



Niedersachsen-Monitor

Landesamt für Statistik
Niedersachsen



Niedersachsen

Zeichenerklärung

— = Nichts vorhanden	D = Durchschnitt
0 = Mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit	p = vorläufige Zahl
. = Zahlenwert unbekannt oder aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht	r = berichtigte Zahl
X = Nachweis ist nicht sinnvoll, unmöglich, oder Fragestellung trifft nicht zu	s = geschätzte Zahl
... = Angabe fällt später an	dav. = davon. Mit diesem Wort wird die Aufgliederung einer Gesamtmasse in sämtliche Teilmassen eingeleitet
/ = Nicht veröffentlicht, weil nicht ausreichend genau oder nicht repräsentativ	dar. = darunter. Mit diesem Wort wird die Ausgliederung einzelner Teilmassen angekündigt
() = Aussagewert eingeschränkt, da Zahlenwert statistisch relativ unsicher	

Änderungen bereits bekanntgegebener Zahlen beruhen auf nachträglichen Berichtigungen.
Abweichungen in den Summen sind in der Regel auf das Runden der Einzelpositionen zurückzuführen.

Soweit nicht anders vermerkt ist, wurden die Tabellen im Landesamt für Statistik Niedersachsen erarbeitet und gelten für das Gebiet des Landes Niedersachsen.

Qualität

Sollte dem LSN nach Veröffentlichung dieser Publikation ein Fehler bekannt werden, so wird in der Online-Version darauf hingewiesen und der Fehler korrigiert. Die Online-Version finden Sie im Internet unter:
www.statistik.niedersachsen.de > [Veröffentlichungen](#) > [Zusammenfassende Statistische Veröffentlichungen](#)
bzw. in der Statistischen Bibliothek (Publikationsserver der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder).
Die Statistische Bibliothek finden Sie im Internet unter: www.statistikportal.de > [Produkte](#) > [Statistische Bibliothek](#).

Information und Beratung

Auskünfte zu dieser Veröffentlichung unter:
margret.koch-sterrenberg@statistik.niedersachsen.de
Tel.: 0511 9898 - 3111

Auskünfte aus allen Bereichen der amtlichen Statistik unter:
Tel.: 0511 9898 - 1132, 1134
Fax: 0511 9898 - 99 1134
E-Mail: auskunft@statistik.niedersachsen.de
Internet: www.statistik.niedersachsen.de

Herausgeber

Landesamt für Statistik Niedersachsen
Postfach 91 07 64
30427 Hannover

Preis: 10,00 €
Erscheinungsweise: jährlich
Erschienen im Dezember 2018
ISSN 1432-5756



PDF-Version und XLSX-Dateien (Tabellen) unter:
www.statistik.niedersachsen.de
> [Veröffentlichungen](#)
> [Zusammenfassende Statistische Veröffentlichungen](#)

© Landesamt für Statistik Niedersachsen, Hannover 2018.
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt

Einführung.....	5
Die wichtigsten Ergebnisse.....	6
Bevölkerung.....	9
Familie und Beruf.....	14
Erwerbstätigkeit.....	21
Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen.....	28
Finanzen	43
Schulische Qualifikation	51
Wissenschaft und Kultur	55
Umwelt und Energie	63
Soziales, Sicherheit.....	71
Gleichstellung von Frauen und Männern	79
Niedersachsen in Europa	82
Kartenansicht: Deutschland und seine Länder Niedersachsen und seine Statistischen Regionen	89

Der *Niedersachsen-Monitor* trägt mittels eines systematischen Bund-Länder-Vergleichs sowie ausgewählter europäischer Daten zur Positionsbestimmung des Landes Niedersachsen bei. Er erscheint mit dieser Ausgabe zum 21. Mal. Dabei liegen ihm folgende methodische Prämissen und Gliederungsprinzipien zu Grunde:

1. Alle 74 Tabellen basieren auf zumeist von der amtlichen Statistik erarbeiteten, öffentlich zugänglichen Informationen. Sie sind nach Sachgebieten geordnet und nach einer einheitlichen Systematik erstellt. Soweit möglich handelt es sich um endgültige Ergebnisse.
2. Die 71 Ländertabellen enthalten hochverdichtete statistische Informationen für die 16 Länder der Bundesrepublik, Deutschland sowie Ost- und Westdeutschland. Unter „Ostdeutschland“ werden in der Regel die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen verstanden. Die anderen zehn Länder werden als „Westdeutschland“ zusammengefasst.
3. Untersuchungsgegenstand ist stets das Land Niedersachsen. Die Daten der anderen Länder dienen im Wesentlichen dazu, Strukturen und Entwicklungen des Landes vergleichend darzustellen und zu untersuchen.
4. Die Entwicklung und Positionierung Niedersachsens wird überwiegend am Bundestrend gemessen und beurteilt. Die Werte für Niedersachsen und Deutschland werden in den Tabellen optisch hervorgehoben und durch Diagramme visualisiert.
5. Die Ländertabellen enthalten immer den aktuellsten für alle Länder vorliegenden Wert – bei Redaktionsschluss war das in dieser Ausgabe meist 2017, sonst 2016 oder früher –, sowie das Vorjahresergebnis und einen Wert, der 5 Jahre zurückliegt. Dies ermöglicht einen kurz- und einen mittelfristigen Vergleich. Es wird davon abgewichen, wenn keine jährlichen Daten vorliegen oder methodische Brüche einen mittelfristigen Vergleich unmöglich machen.
6. Die absoluten Zahlen werden ergänzt durch Veränderungsraten, Quoten und Beziehungszahlen. Mit diesen Indikatoren werden die Daten für die Länder und im Zeitablauf vergleichbar.
7. Zahlenwerte in den Tabellen sind ggf. gerundet, die grafische Darstellung erfolgt ohne Rundung. Bei Beziehungszahlen je Einwohnerinnen und Einwohner wird – wenn nicht anders angegeben – der Bevölkerungsstand vom 30.06. des betrachteten Jahres zu Grunde gelegt.
8. Die Ländertabellen werden ergänzt durch 3 Tabellen, die Niedersachsen und seine Statistischen Regionen im Vergleich mit der Europäischen Union darstellen.

9. Am Ende der Kapitel verweisen Infokästen auf Quellen sowie Fundstellen für weiterführende Informationen vor allem für Deutschland und seine 16 Länder.

Für Niedersachsen wird darüber hinaus in vielen Fällen u. a. auf weiterführende Produkte des LSN mit tieferer Regionalisierung hingewiesen, wie z. B. [Statistische Berichte](#), die [LSN-Online-Regionaldatenbank](#) sowie das im Auftrag des Niedersächsischen Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung bereitgestellte [Online-Regionalmonitoring Niedersachsen](#).

10. Änderungen gegenüber dem Vorjahr:

Die Tabellen sind fortlaufend nummeriert. In dieser Ausgabe stehen sie erstmals themenbezogen am Ende des jeweiligen Kapitels. Das Querschnittskapitel „Gleichstellung“ bezieht sich auf Tabellen der dort angegebenen Texte.

Das Kapitel Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen beinhaltet Themen zur Globalisierung. Einige Tabellen wurden zusammengefasst.

Hinweise:

- Die Ergebnisse der Wanderungsstatistik und als Folge die Entwicklung des Bevölkerungsstandes ab dem Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen, technischer Weiterentwicklungen der Datenlieferungen aus dem Meldewesen an die Statistik sowie der Umstellung auf ein neues statistisches Aufbereitungsverfahren nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.
- Die Vergleichbarkeit der Mikrozensusergebnisse für 2017 und 2016 mit den Vorjahren ist eingeschränkt (Tab. 9 Alleinerziehende sowie Tab. 8, 12 und 13 Erwerbstätige). 2016 erfolgte die Umstellung auf eine neue Mikrozensus-Stichprobe. Ab 2017 wird zudem nur noch die Bevölkerung in Privathaushalten (ohne Gemeinschaftsunterkünfte) ausgewiesen.

Der Niedersachsen-Monitor 2018 entstand unter der redaktionellen Leitung von Dr. Margret Koch-Sterrenberg. Die Texte wurden erstellt von Silke Dahl, Sascha Ebigt, Annabell Friedrich, Heiko Irls, Dr. Margret Koch-Sterrenberg, Arne Lehmann, Uwe Mahnecke, Martin Rehm, Rita Skorka, Dr. Margot Thomsen und Katja Zielinsky.

Über den hier gebotenen Bund-Länder-Vergleich hinaus stehen im thematisch gegliederten Internetangebot des LSN viele weitere Daten und Analysen für Niedersachsen bereit: <http://www.statistik.niedersachsen.de>.

Die wichtigsten Ergebnisse

Niedersachsens Bevölkerungszahl steigt weiter

Niedersachsens Bevölkerungszahl nähert sich weiter der 8-Millionen-Grenze an. Ende 2017 lebten 7 962 775 Menschen im Lande, 17 090 Personen bzw. 0,2 % mehr als im Vorjahr (Deutschland: +0,3 %). Dies lag in Niedersachsen an der Zuwanderung aus dem Ausland. Der demografische Wandel hin zu einer älteren und vielfältigeren Gesellschaft setzte sich in Niedersachsen fort. Insgesamt gab es von 2012 bis 2017 trotz Geburtendefizit einen jährlichen Bevölkerungsanstieg aufgrund des Wanderungsgewinns.

Quoten in der Kindertagesbetreuung steigen

Die Quoten der in einer Kindertageseinrichtung oder öffentlich geförderten Kindertagespflege betreuten Kinder entwickelten sich 2017 in Niedersachsen positiv: Bei den unter 3-Jährigen wurden 29,6 % betreut, ganztägig waren es 12,2 %. Bei der Ganztagsbetreuung der 3- bis unter 6-Jährigen wurde 2017 ein Wert von 30,4 % erreicht. Im Vergleich der Länder befindet sich Niedersachsen damit im Aufholprozess, liegt aber – zum Teil noch deutlich – unter dem jeweiligen westdeutschen Durchschnitt.

Neuer Höchststand bei Zahl der Erwerbstätigen – Weniger Minijobs – Unterbeschäftigungsquote konstant

Die Zahl der Erwerbstätigen, die in Niedersachsen arbeiten, erreichte 2017 mit 4,07 Mio. erneut einen Höchststand; sie stieg um 1,4 % bzw. 57 753 Personen. Das Wachstum lag damit knapp unter dem Bundesdurchschnitt (1,5 %).

Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Niedersachsen um 2,0 %, während die Zahl der Minijobs um 0,9 % sank (Deutschland: +2,3 % und -1,3 %). Zugleich ging die Arbeitslosenquote insgesamt auf 5,8 % und bei Jugendlichen (unter 25 Jahren) auf 5,5 % zurück (Deutschland: 5,7 bzw. 5,1 %). Allerdings blieb die Unterbeschäftigungsquote 2017 in Niedersachsen mit 7,7 % konstant (Deutschland: 7,8 %; -0,2 Prozentpunkte).

Wirtschaft wächst stärker als im Bundesdurchschnitt

Die Konjunktur war 2017 weiterhin gut und blieb stabil. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg real um +2,5 % und damit um 0,3 Prozentpunkte stärker als im Bundesdurchschnitt. Im sekundären Sektor (Produzierendes Gewerbe) konnte die Bruttowertschöpfung (BWS) in Niedersachsen gegenüber dem Vorjahr um real 3,1 % gesteigert werden. Der Zuwachs lag um 0,5 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt. Grund dafür ist vor allem die im Jahr 2016 erneut deutlich veränderte Kostenstruktur bei dem größten niedersächsischen Fahrzeugbauer.

Im tertiären Sektor (dienstleistende Wirtschaftsbereiche) konnte die BWS 2017 in Niedersachsen real um 2,3 % gesteigert werden; auch hier wurde der Bundesdurchschnitt (+2,2 %) übertroffen. Das BIP pro erwerbstätiger Person lag 2017 bei 70 832 Euro und damit bei lediglich 96,1 % des Bundesdurchschnitts.

Umsatzanteil der kleinen und mittleren Unternehmen am Gesamtumsatz leicht gestiegen

Der Umsatzanteil der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU: Umsätze bis unter 50 Mio. Euro pro Jahr) an den Lieferungen und Leistungen aller Unternehmen stieg 2016 in Niedersachsen im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 Prozentpunkte auf 37,0 % (deutschlandweit: +0,7 %). Im Gegensatz zu 2014 und früheren Jahren lag der niedersächsische KMU-Anteil 2015 und auch 2016 um 0,4 bzw. 0,2 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt.

Einkommen und Verdienste gestiegen, aber weiterhin unter Bundesdurchschnitt

Aufgrund der anhaltend guten Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage stiegen die Pro-Kopf-Einkommen und Verdienste. Das Verfügbare Einkommen pro Kopf stieg 2017 in Niedersachsen um knapp 400 Euro bzw. 1,9 % auf 21 045 Euro (96,0 % des Bundesdurchschnittswertes). Die Bruttojahresverdienste der abhängig Beschäftigten (ganzjährig Vollzeitbeschäftigte) stiegen gegenüber 2016 um 2,5 % und lagen 2017 bei 93,8 % des Bundesdurchschnitts.

Steuereinnahmen stiegen – Zinsausgaben sanken

Staat und die Kommunen profitierten auch 2017 von der guten Konjunktur. So stiegen die Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahr um 2,2 % (Deutschland: +4,6 %), die Ausgaben nur um 1,7 % (Deutschland: +3,1 %), so dass die Zinsausgaben um 8,8 % zurückgefahren werden konnten (Deutschland: -6,0 %). Eine wichtige Rolle spielte dabei das weiterhin niedrige Zinsniveau.

Schulische Qualifikation verbessert – Hochschulqualifikation relativ stabil

Eine gute Ausbildung verbessert die Möglichkeiten im Arbeitsmarkt und ist daher die beste Absicherung gegen Armut. Die rückläufigen Zahlen bei Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss 2016 in Niedersachsen sind daher positiv zu bewerten. Die Quote sank 2016 gegenüber 2011 um 0,6 % auf 5,2 % (Deutschland: jeweils 6,1 %). Auch die Quote der „frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger“ ging 2017 gegenüber 2012 um 0,6 Prozentpunkte zurück auf 11,3 % (Deutschland: 10,1 %).

Während die Abiturientenquote 2016 mit 37,8 % unter dem Bundesdurchschnitt lag (41,2 %), war der Anteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung in Niedersachsen mit 53,2 % etwas höher als im bundesweiten Schnitt (52,2 %).

Die Quote der Studienanfängerinnen und Studienanfänger ging 2016 in Niedersachsen leicht auf 40,6 % zurück und blieb deutlich unter der bundesweiten Quote 56,7 %. Die Zahl der Absolventinnen und Absolventen im Erststudium blieb in den letzten Jahren sowohl in Niedersachsen als auch bundesweit relativ stabil.

Anteil erneuerbarer Energien gestiegen

Im Jahr 2015 wurden in Niedersachsen 31 628 Mio. kWh aus erneuerbaren Energien erzeugt. Der Anteil erneuerbarer Energien an der niedersächsischen Stromerzeugung stieg damit im Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr um 4,1 Prozentpunkte auf 40,1 % (bundesweit: 29,1 %).

Quoten für Armutsgefährdung und Mindestsicherung sanken leicht

Trotz guter Konjunktur und günstiger Arbeitsmarktlage bei sinkender Arbeitslosigkeit gingen die Quoten für Armutsgefährdung und Mindestsicherung nur leicht zurück. Die Armutsgefährdungsquote lag mit 15,8 % leicht unter dem Spitzenwert des Vorjahres und damit im Bundesdurchschnitt – aber 0,6 Prozentpunkte höher als 2012. Der Rückgang der Quote gegenüber 2016 ist vor allem auf die

Verringerung der Zahl der armutsgefährdeten Menschen ohne Migrationshintergrund zurückzuführen.

Der Anteil der Bezieherinnen und Bezieher von Mindestsicherungsleistungen an der Bevölkerung sank 2016 in Niedersachsen leicht auf 9,7 % (Bundesdurchschnitt: 9,5 %). Dies ist insbesondere auf den Rückgang bei den deutschen SGB II-Beziehenden und den Empfängerinnen und Empfängern von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zurückzuführen.

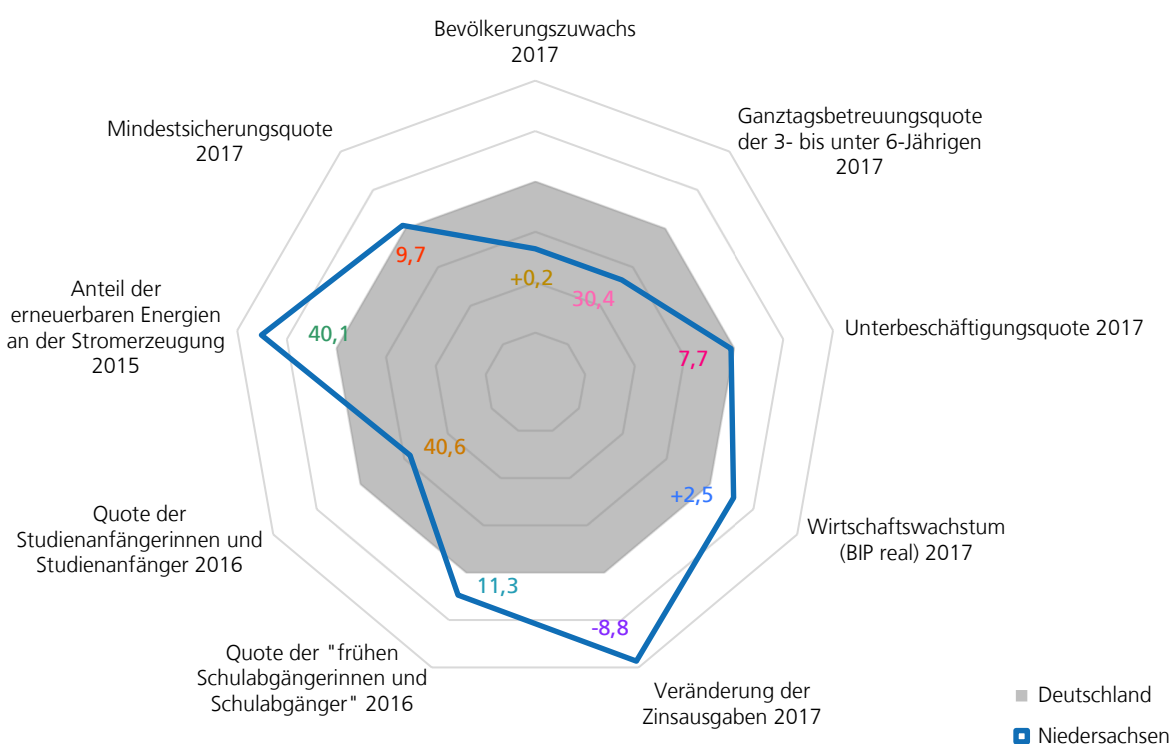
Gleichstellung der Geschlechter macht nur kleine Fortschritte

In Niedersachsen waren von je 20 Personen mit Minijobs etwa 13 Frauen und 7 Männer. Der Frauenanteil sank gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Prozentpunkte auf 63,2 % (Westdeutschland: 63,4 %). Bei den Erwerbstätigen in Teilzeit blieb der Frauenanteil in Niedersachsen 2017 mit 80,0 % jedoch unverändert und damit über dem bundesweiten Durchschnitt (77,3 %).

Der unbereinigte Gender Pay Gap (GPG) konzentriert sowohl strukturelle Unterschiede als auch Benachteiligungen zwischen den Geschlechtern. In den Jahren 2017 und 2016 verdienten Frauen in Niedersachsen im Durchschnitt pro Stunde etwa 20 % weniger als Männer (Deutschland: 21 %). Gegenüber 2012 ging dieser Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen um 1,0 Prozentpunkte zurück.

Im europäischen Vergleich ist ein unbereinigter GPG von 20 % vergleichsweise hoch. Im Jahr 2016 lag er im Durchschnitt der EU bei 16 %.

■ Quoten, Anteile und Veränderungen in Niedersachsen im Vergleich zum Durchschnitt in Deutschland – Prozent –



Aktuelle Entwicklungen im Jahr 2018

In den ersten Monaten des Jahres 2018 setzten sich im Wesentlichen die beobachteten Entwicklungen fort. Die Daten für Niedersachsen und Deutschland sind nur beim Wirtschaftswachstum deutlich verschieden (Tab. 71).

Das **Bruttoinlandsprodukt** (BIP) Niedersachsens stieg im ersten Halbjahr 2018 real um 1,3 %. Im Ländervergleich lag das Wachstum allerdings 0,6 Prozentpunkte unter dem Schnitt der westdeutschen und ostdeutschen Länder (jeweils +1,9 %).

Die Arbeitsmarktzahlen entwickelten sich weiter positiv. Die Zahl der am Arbeitsort gezählten **Erwerbstätigen** stieg im ersten Quartal 2018 um 1,4 % auf rund 4,06 Mio. Personen. Dieser Zuwachs entsprach dem bundesweiten Schnitt. Einen besonders hohen Wert erreichte Berlin mit +2,9 %.

Gleichzeitig sank die **Arbeitslosigkeit**: Im Juni 2018 lag die Arbeitslosenquote in Niedersachsen nur noch bei 5,1 % und damit 0,5 Prozentpunkte niedriger als ein Jahr zuvor. Dies entsprach der bundesweiten Entwicklung, wobei die Quote mit 5,0 % etwas besser war. Ostdeutsch-

land erreichte mit -0,7 Prozentpunkten einen deutlicheren Rückgang bei der Arbeitslosigkeit als Westdeutschland. Die aktuelle Spanne der Länderquoten reicht von nur noch 2,7 % in Bayern bis 9,7 % in Bremen.

Die **Unterbeschäftigungsquote** blieb sowohl in Niedersachsen als auch in Deutschland insgesamt 2,0 Prozentpunkte über der Arbeitslosenquote.

Die „**bekämpfte Armut**“, hier gemessen am Anteil der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften an der Bevölkerung unter 65 Jahren, lag 0,1 Prozentpunkte niedriger als ein Jahr zuvor (Bund: -0,3 Prozentpunkte). Damit sank die SGB II-Quote in Niedersachsen im April 2018 auf einen Wert von 9,8 % (Bund: 9,5 %). In Ostdeutschland sank die Quote um 0,9 Prozentpunkte auf 12,9 %, während sie in Westdeutschland nur um 0,2 Prozentpunkte auf 8,9 % zurückging.

Die Quote der in **Kindertageseinrichtungen** betreuten Kinder unter 3 Jahren stieg in Niedersachsen bis März 2018 auf 30,9 % und lag damit 1,3 Prozentpunkte über dem Wert von März 2017 (Westdeutschland: 29,4 %; +0,6 Prozentpunkte). In Niedersachsen erhöhte sich in dieser Altersgruppe die Zahl um 4 109 betreute Kinder.

Aktuelle Entwicklungen 2018

Land	Veränderung des BIP (real)	Erwerbstätige ¹⁾ (am Arbeitsort)	Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen	Arbeitslosenquote	Veränderung der Arbeitslosenquote	Unterbeschäftigungsquote	SGB II-Quote ²⁾	Veränderung der SGB II-Quote	Kindertagesbetreuung von unter 3-Jährigen ³⁾
	1. Hj 2018/ 1. Hj 2017	1. Vj 2018	1. Vj 2018/ 1. Vj 2017	Juni 2018	Juni 2018/ Juni 2017	Juni 2018	April 2018	April 2018/ April 2017	01.03.2018/ 01.03.2017
	%	in 1 000	%		Prozentpunkte	%		Prozentpunkte	%
Baden-Württemberg	+1,6	6 277	+1,3	3,0	-0,4	4,4	5,4	-0,2	29,1
Bayern	+2,8	7 553	+1,6	2,7	-0,3	3,9	4,4	-0,2	27,5
Berlin	+2,3	1 972	+2,6	7,9	-0,9	11,2	18,4	-1,1	43,9
Brandenburg	+2,3	1 108	+1,1	6,0	-0,7	8,2	10,5	-0,9	56,4
Bremen	+1,8	431	+1,5	9,7	-0,5	13,2	19,5	-0,1	28,4
Hamburg	+1,8	1 252	+1,3	6,1	-0,6	8,6	12,9	-0,4	44,0
Hessen	+1,4	3 450	+1,7	4,5	-0,4	6,3	9,0	-0,2	30,6
Mecklenburg-Vorpommern	+1,0	744	+1,4	7,4	-0,6	10,1	12,6	-1,0	56,4
Niedersachsen	+1,3	4 064	+1,4	5,1	-0,5	7,1	9,8	-0,1	30,9
Nordrhein-Westfalen	+1,5	9 461	+1,4	6,7	-0,6	9,0	12,2	-0,2	27,2
Rheinland-Pfalz	+3,3	2 020	+1,2	4,4	-0,3	6,1	7,7	-0,2	30,9
Saarland	+0,7	529	+0,5	6,0	-0,5	9,0	11,9	-0,4	28,6
Sachsen	+2,1	2 052	+1,2	5,8	-0,6	7,9	10,3	-0,8	50,9
Sachsen-Anhalt	+1,0	1 000	+0,2	7,6	-0,5	10,7	14,2	-1,0	57,1
Schleswig-Holstein	+1,3	1 395	+1,0	5,2	-0,6	7,3	10,4	-0,3	33,7
Thüringen	+1,5	1 040	+0,2	5,2	-0,6	7,4	9,4	-0,7	54,0
Deutschland	+1,9	44 347	+1,4	5,0	-0,5	7,0	9,5	-0,3	33,6
Westdeutschland	+1,9	36 432	+1,4	4,7	-0,4	6,5	8,7	-0,2	29,4
Ostdeutschland	+1,9	7 915	+1,3	6,6	-0,7	9,2	12,9	-0,9	51,5

1) Quelle: Erwerbstätigenrechnung, Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Mai 2018

2) Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (einschl. sonstige Leistungsberechtigte, vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen und Kinder ohne Leistungsanspruch) je Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 0 bis unter 65 Jahren am 31.12.2017.

3) Anteil der betreuten unter 3-Jährigen in öffentlich geförderter Kindertagesbetreuung (einschließlich Kindertagespflege; Stichtag: 1.3.2018) an allen Kindern dieser Altersgruppe zum 31.12.2017.

Bevölkerungsanstieg geringer als in den Vorjahren

Die Bevölkerungszahl Niedersachsens stieg 2017 auf annähernd 8,0 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner (Tab. 1). Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Plus von gut 17 000 Personen (+0,2 %). Der Anstieg fiel damit deutlich geringer aus als die – durch hohe Zuzüge aus dem Ausland verursachten – Anstiege in den Vorjahren (2015: +98 312 Personen; 2016: +22 644 Personen). Insgesamt lebten Ende 2017 rund 82,8 Mio. Menschen in Deutschland.

In 12 Ländern stieg die Bevölkerungszahl 2017 gegenüber dem Vorjahr, besonders stark aber in den beiden Stadtstaaten Berlin und Hamburg (jeweils +1,1 %) sowie in Baden-Württemberg (+0,7 %). In Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und dem Saarland ging die Bevölkerungszahl zurück.

Im Vergleich zu 2012 stieg die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in Niedersachsen um fast 183 800 Personen bzw. 2,4 %. In Deutschland waren es beinahe 2,27 Mio. Personen mehr (+ 2,8 %).

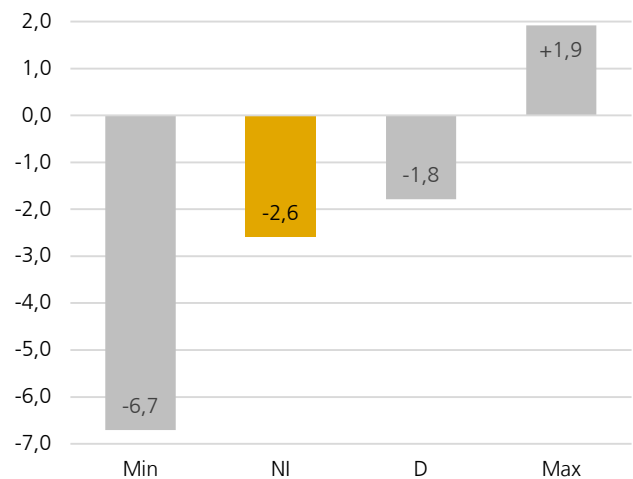
Der Länderanteil an der Bevölkerung in Deutschland hat sich über die Jahre nur geringfügig verändert. Im Jahr 2017 lebten in Niedersachsen 9,6 % der deutschen Bevölkerung. Das war nach Nordrhein-Westfalen (21,6 %), Bayern (15,7 %) und Baden-Württemberg (13,3 %) der vierthöchste Anteil. Niedersachsen wies jedoch mit fast 48 000 Quadratkilometern die zweitgrößte Gebietsfläche auf (Bayern: gut 70 000 Quadratkilometer) und hatte die niedrigste Bevölkerungsdichte in Westdeutschland. Durchschnittlich

wohnten im Jahr 2017 in Niedersachsen etwa 167 Einwohnerinnen und Einwohner je Quadratkilometer (Deutschland: etwa 232 Personen).

Weniger Geburten als Sterbefälle

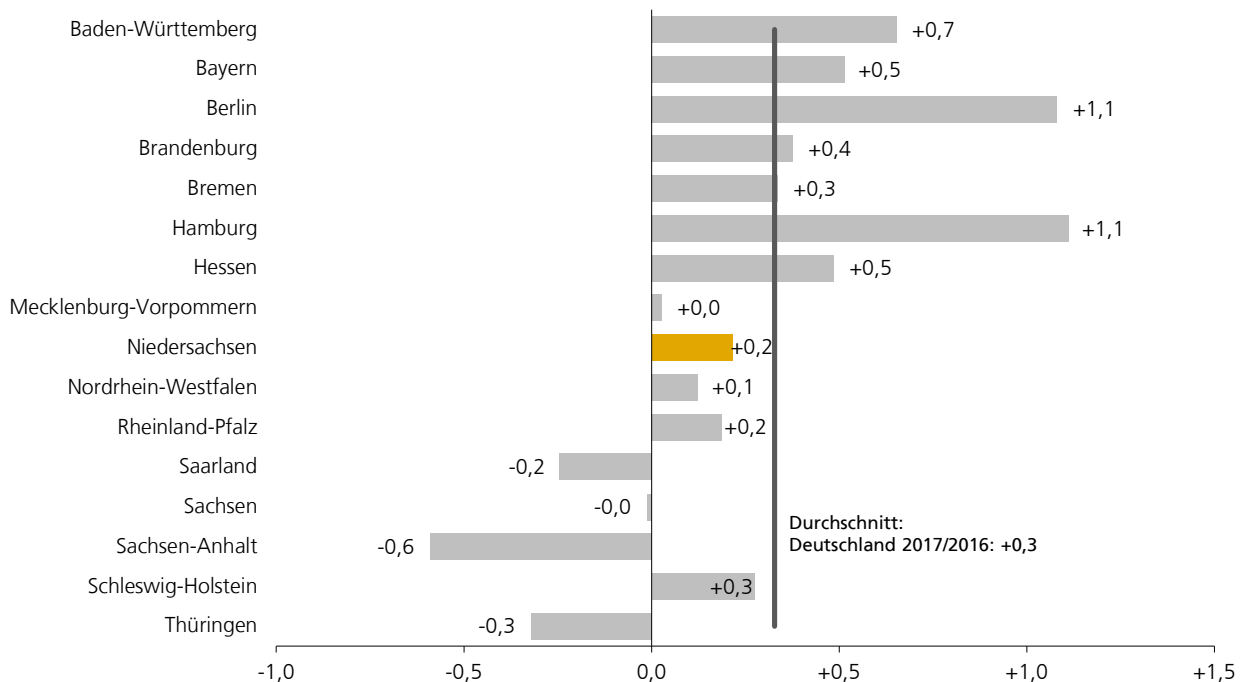
Die Geburtenzahl sank 2017 in Niedersachsen im Vergleich zu 2016 um 2,9 % (Tab. 2). Mit 73 020 Geburten erblickten fast 2 200 weniger Kinder das Licht der Welt als

Geburtendefizit/-überschuss je 1 000 Einwohner/-innen 2017 – Anzahl –



im Vorjahr (Deutschland: -0,9 %). Im mittelfristigen Vergleich zu 2012 stiegen die Geburtenzahlen in Niedersachsen allerdings überdurchschnittlich um 18,8 % (Bundesdurchschnitt: +16,5 %). Die relative Geburtenhäufigkeit lag

Veränderung der Bevölkerung 2017 gegenüber 2016 (jeweils 31.12.) – Prozent –



in Niedersachsen 2017 bei 92 Lebendgeborenen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner (Deutschland: 95).

Der Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung war 2017 erneut negativ: In Niedersachsen wurden rund 20 700 Menschen weniger geboren als gestorben sind. Das Geburtendefizit je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner betrug 2,6. Das war das dritthöchste Defizit unter den westdeutschen Ländern (Westdeutschland: -1,4; Ostdeutschland: -3,5).

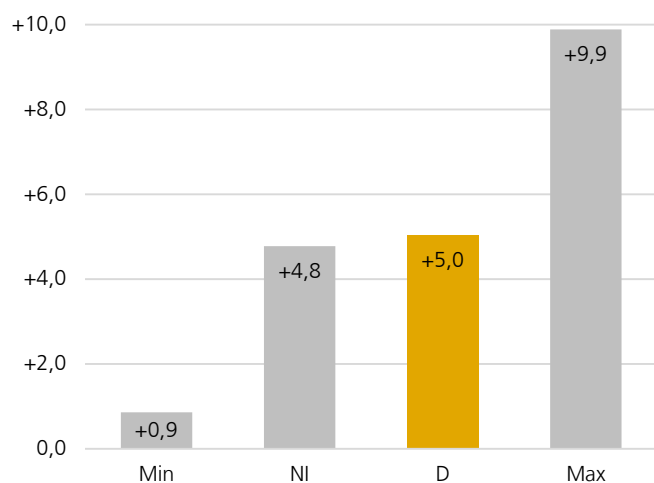
Mehr Zuzüge als Fortzüge

Im Jahr 2017 zogen insgesamt 38 068 Menschen mehr nach Niedersachsen als aus Niedersachsen fortzogen (Tab. 3). Der Wanderungssaldo mit dem Ausland betrug 38 605 und mit den anderen Ländern Deutschlands -537 Personen. Eine hohe Nettozuwanderung gab es vor allem aus Rumänien (7 347 Personen), Polen (4 250), Syrien (4 273) und der Türkei (4 136). Die Zuwanderungen von Menschen aus Syrien, aber auch aus dem Irak und Afghanistan, sind jedoch gegenüber 2016 deutlich gesunken.

In allen Ländern war der Wanderungssaldo über die Grenzen des Bundesgebietes positiv (Deutschland: +416 080 Menschen). Wanderungsgewinne innerhalb des Bundesgebietes verzeichneten 6 Länder, darunter insbesondere Brandenburg mit 14 458 Menschen.

Der Wanderungsgewinn je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner sank gegenüber dem Vorjahr in Niedersachsen leicht auf 4,8 Personen. Im Ländervergleich war dieser Indikator in den Stadtstaaten Hamburg (9,9) und Berlin (9,3) besonders hoch und in Sachsen-Anhalt (0,9) und Thüringen (1,9) besonders niedrig (Deutschland: +5,0).

Wanderungssaldo insgesamt je 1 000 Einwohner/-innen 2017 – Anzahl –

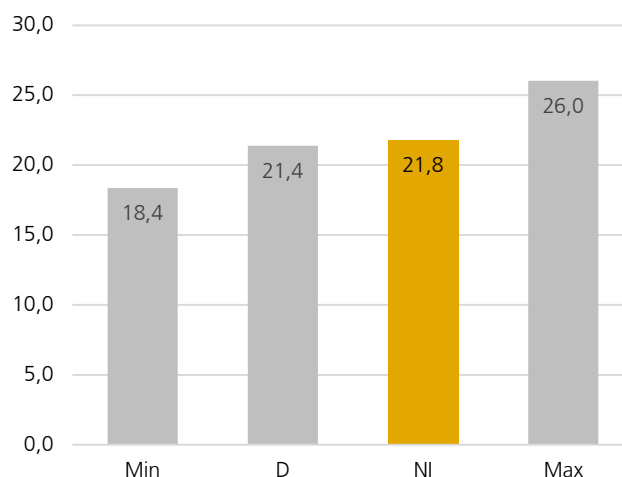


Insgesamt gab es von 2012 bis 2017 in Niedersachsen und Deutschland trotz Geburtendefizit einen jährlichen Bevölkerungsanstieg aufgrund des Wanderungsgewinns.

Überdurchschnittlicher Anteil älterer Menschen

Im Jahr 2017 waren in Niedersachsen rund 21,8 % der Bevölkerung 65 Jahre oder älter (Deutschland: 21,4 %; Tab.1). Gegenüber 2016 stieg der Anteil um 0,2 Prozentpunkte, gegenüber 2012 um 0,7 Prozentpunkte. Hamburg war 2017 hinsichtlich des Anteils älterer Menschen das „jüngste“ Land (18,4 %) Sachsen und Sachsen-Anhalt waren die „ältesten“ Länder (25,9 bzw. 26,0 %).

Anteil der 65-Jährigen und Älteren an der Gesamtbevölkerung 2017 – Prozent –



Anteil der Ausländerinnen und Ausländer weiter einstellig

Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Gesamtbevölkerung (am 31.12.) nahm 2017 in allen Ländern zu, bundesweit auf 11,7 % (Tab.1). Dies ist auch mit der gesetzlich festgelegten anteiligen Verteilung von Asylsuchenden auf die Länder nach dem Königsteiner Schlüssel zu erklären. Er bemisst sich zu zwei Dritteln nach dem Steueraufkommen und zu einem Drittel nach der Bevölkerungszahl. Für Niedersachsen betrug die Aufnahmequote 2017 gut 9,3 %. In Niedersachsen lebten 2017 laut Bevölkerungsfortschreibung 713 228 Ausländerinnen und Ausländer. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung lag mit 9,0 % unter dem westdeutschen Durchschnitt (12,7 %).

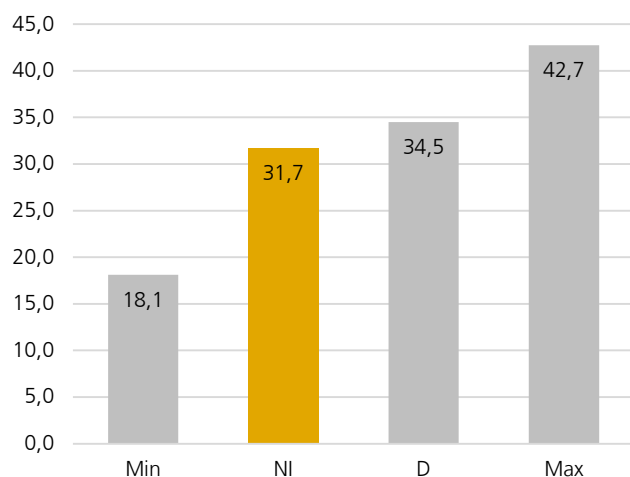
Annähernd 8 800 Eingebürgerte 2017

Eingebürgerte sind Personen, denen auf Antrag die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen wurde. Sie werden zu deutschen Bürgerinnen und Bürgern und verfügen damit über alle staatsbürgerlichen Rechte und Partizipationsmöglichkeiten. Ausländische Staatsangehörige haben einen Anspruch auf Einbürgerung, wenn bestimmte Voraussetzungen vorliegen. Ein Absehen von der Erfüllung einzelner Voraussetzungen ist z. B. bei Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern, Ehegatten und Kindern der einzubürgernden Person sowie Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen möglich. Sofern ein öffentliches Interesse an der Einbürgerung besteht und einige Mindestanforderungen erfüllt sind, kann die Einbürgerungsbehörde der Einbürgerung zustimmen (sogenannte Ermessenseinbürgerung).

Die Zahl der Einbürgerungen in Niedersachsen stieg das dritte Jahr in Folge. 2017 wurden mit 8 785 Einbürgerungen 3,1 % mehr Personen zu Bürgerinnen und Bürgern als im Vorjahr (Tab. 4). Im Durchschnitt der Jahre 2012 bis 2017 lag die Zahl bei knapp 8 300 Einbürgerungen pro Jahr. Bundesweit erfolgten 2017 gut 112 200 Einbürgerungen, dies waren 1,7 % mehr als im Vorjahr.

Mehr als ein Drittel der Personen, die 2017 in Deutschland eingebürgert wurden, kamen aus Staaten der Europäischen Union (34,5 %). In Niedersachsen lag der Anteil der Eingebürgerten aus EU-Staaten bei 31,7 %. Die Spanne reichte in den Ländern von 18,1 % in Sachsen-Anhalt bis 42,7 % in Bayern.

■ Anteil Einbürgerungen aus EU-Staaten an allen Einbürgerungen 2017 – Prozent –



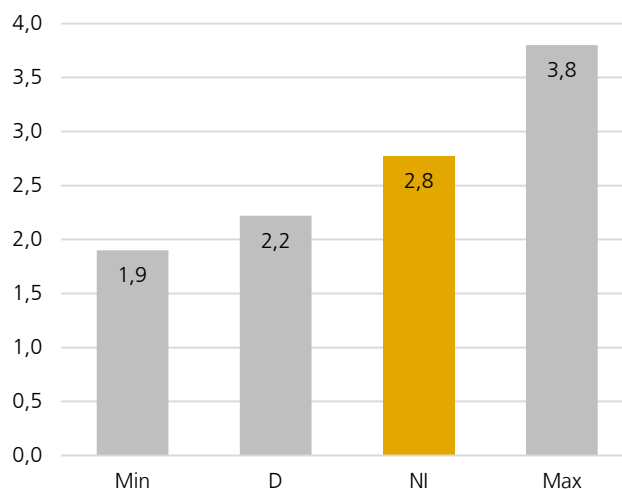
Am häufigsten ließen sich in Niedersachsen – wie in den Vorjahren – türkische Staatsangehörige einbürgern (1 208). Mit 672 Personen stellten die Briten die zweitgrößte Gruppe (siehe Infokasten: Statistisches Bundesamt). Damit wurden mehr als doppelt so viele Briten wie im Vorjahr (295) und fast 34-mal so viele wie noch vor 5 Jahren eingebürgert. Ein Zusammenhang mit dem Brexit liegt hier nahe. Auf Bundesebene wurden mit 14 984 Personen ebenfalls

am häufigsten Staatsangehörige aus der Türkei eingebürgert, gefolgt von Staatsangehörigen aus dem Vereinigten Königreich (7 493 Personen).

Der Indikator Ausgeschöpftes Einbürgerungspotential (aEP) bezieht die Zahl der Einbürgerungen auf die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von 10 Jahren und mehr. Das aEP ist ein internationaler Indikator vor allem für eine erfolgreiche rechtliche Integration.

In Niedersachsen lag das Ausgeschöpfte Einbürgerungspotential bei 2,8 % und damit über dem bundesweiten Durchschnitt von 2,2 %. Die höchsten Ausschöpfungsquoten erreichten Thüringen (3,8 %) und Hamburg (3,6 %). In Bayern und Berlin wurden nur je 1,9 % der Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von 10 Jahren und mehr eingebürgert.

■ Ausgeschöpftes Einbürgerungspotential 2017 – Prozent –



Beim Ausgeschöpften Einbürgerungspotential haben sich die Niveaus in den Ländern seit 2012 nicht wesentlich verändert. In Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen war die Ausschöpfungsquote am höchsten und lag im Durchschnitt der letzten 6 Jahre bei 3,9 %, 3,5 % bzw. 3,4 %.

Infokasten mit Quellen sowie Fundstellen für weiterführende Informationen:

Bevölkerungszahlen, Geburten und Sterbefälle, Zu- und Fortzüge:

- [GENESIS-Online](#): Statistiken Bevölkerung (124), Geburten/Sterbefälle (126) und Außenwanderungen (127)
- [Statistisches Bundesamt](#): Bevölkerung
- [Regionaldatenbank Deutschland](#): Wanderungsstatistik, Statistik 12711
- [LSN-Onlinedatenbank](#): Bevölkerungsfortschreibung (100), Natürliche Bevölkerungsbewegung (110) und Wanderungsstatistik (120)
- [Regionalmonitoring Niedersachsen](#) > Bevölkerung

- **Ausländerinnen und Ausländer aus dem Ausländerzentralregister:** [LSN-Onlinedatenbank](#): Ausländerzentralregister (105)

- **Einbürgerungen:** Statistisches Bundesamt: Bevölkerung. [Einbürgerungen Fachserie 1 Reihe 2.1](#)
- [Bundesamt für Migration und Flüchtlinge](#)
- [Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung](#) > Themen > Migration und Teilhabe > Monitoring > Analysen und Informationen: Migration und Teilhabe - Integrationsmonitoring Niedersachsen 2017

Tabellen Bevölkerung

1. Bevölkerungsstand¹⁾ und -dichte 31.12.

Land	Einwohner/-innen am 31.12.			Länderanteil	Anteil der 65-Jährigen und Älteren	Anteil der Ausländer/ -innen	Einwohner/ -innen je qkm ²⁾	Veränderung der Zahl der Einwohner/-innen				
	2012	2016	2017					2017/2012	2017/2016			
	Anzahl							%		Anzahl	%	
Baden-Württemberg	10 569 111	10 951 893	11 023 425	13,3	20,0	15,1	308	+4,3	+0,7			
Bayern	12 519 571	12 930 751	12 997 204	15,7	20,3	12,6	184	+3,8	+0,5			
Berlin	3 375 222	3 574 830	3 613 495	4,4	19,2	17,6	4 055	+7,1	+1,1			
Brandenburg	2 449 511	2 494 648	2 504 040	3,0	24,1	4,4	84	+2,2	+0,4			
Bremen	654 774	678 753	681 032	0,8	21,1	17,4	1 622	+4,0	+0,3			
Hamburg	1 734 272	1 810 438	1 830 584	2,2	18,4	16,2	2 424	+5,6	+1,1			
Hessen	6 016 481	6 213 088	6 243 262	7,5	20,5	15,7	296	+3,8	+0,5			
Mecklenburg-Vorpommern	1 600 327	1 610 674	1 611 119	1,9	24,1	4,3	69	+0,7	+0,0			
Niedersachsen	7 778 995	7 945 685	7 962 775	9,6	21,8	9,0	167	+2,4	+0,2			
Nordrhein-Westfalen	17 554 329	17 890 100	17 912 134	21,6	20,9	12,8	525	+2,0	+0,1			
Rheinland-Pfalz	3 990 278	4 066 053	4 073 679	4,9	21,5	10,6	205	+2,1	+0,2			
Saarland	994 287	996 651	994 187	1,2	23,4	10,7	387	-0,0	-0,2			
Sachsen	4 050 204	4 081 783	4 081 308	4,9	25,9	4,6	221	+0,8	-0,0			
Sachsen-Anhalt	2 259 393	2 236 252	2 223 081	2,7	26,0	4,7	109	-1,6	-0,6			
Schleswig-Holstein	2 806 531	2 881 926	2 889 821	3,5	22,9	7,7	183	+3,0	+0,3			
Thüringen	2 170 460	2 158 128	2 151 205	2,6	25,3	4,5	133	-0,9	-0,3			
Deutschland	80 523 746	82 521 653	82 792 351	100	21,4	11,7	232	+2,8	+0,3			
Westdeutschland	64 618 629	66 365 338	66 608 103	80,5	20,8	12,7	268	+3,1	+0,4			
Ostdeutschland	15 905 117	16 156 315	16 184 248	19,5	23,9	7,4	149	+1,8	+0,2			

1) Die Ergebnisse der Wanderungsstatistik und als Folge die Entwicklung des Bevölkerungsstandes ab Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen, technischer Weiterentwicklungen der Datenlieferungen aus dem Meldewesen an die Statistik sowie der Umstellung auf ein neues statistisches Aufbereitungsverfahren nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

2) Bodenfläche insgesamt 31.12.2016.

2. Lebendgeborene

Land	Lebendgeborene			Lebendgeborene je 1 000 Einwohner/-innen			Geburten- überschuss/ -defizit ¹⁾ je 1 000 Ein- wohner/ -innen	Veränderung der Zahl der Lebendgeborenen	
	2012	2016	2017	2012	2016	2017		2017/2012	2017/2016
	Anzahl							%	
Baden-Württemberg	89 477	107 479	107 375	8,5	9,8	9,8	-0,2	+20,0	-0,1
Bayern	107 039	125 686	126 187	8,6	9,8	9,7	-0,6	+17,9	+0,4
Berlin	34 678	41 086	40 160	10,4	11,6	11,2	+1,6	+15,8	-2,3
Brandenburg	18 482	20 934	20 337	7,5	8,4	8,1	-4,6	+10,0	-2,9
Bremen	5 639	7 136	7 000	8,6	10,6	10,3	-1,3	+24,1	-1,9
Hamburg	17 706	21 480	21 133	10,3	11,9	11,6	+1,9	+19,4	-1,6
Hessen	51 607	60 731	60 988	8,6	9,8	9,8	-0,9	+18,2	+0,4
Mecklenburg-Vorpommern	12 715	13 442	13 081	7,9	8,4	8,1	-4,8	+2,9	-2,7
Niedersachsen	61478	75 215	73 020	7,9	9,5	9,2	-2,6	+18,8	-2,9
Nordrhein-Westfalen	145 755	173 274	171 979	8,3	9,7	9,6	-1,8	+18,0	-0,7
Rheinland-Pfalz	31 169	37 518	37 443	7,8	9,2	9,2	-2,4	+20,1	-0,2
Saarland	6 878	8 215	8 313	6,9	8,2	8,4	-5,0	+20,9	+1,2
Sachsen	34 686	37 940	36 833	8,6	9,3	9,0	-4,4	+6,2	-2,9
Sachsen-Anhalt	16 888	18 092	17 837	7,5	8,1	8,0	-6,7	+5,6	-1,4
Schleswig-Holstein	22 005	25 420	25 066	7,8	8,8	8,7	-3,3	+13,9	-1,4
Thüringen	17 342	18 475	18 132	8,0	8,5	8,4	-5,2	+4,6	-1,9
Deutschland ²⁾	673 544	792 123	784 901	8,4	9,6	9,5	-1,8	+16,5	-0,9
Westdeutschland	538 753	642 154	638 504	8,4	9,7	9,6	-1,4	+18,5	-0,6
Ostdeutschland	134 791	149 969	146 380	8,5	9,3	9,1	-3,5	+8,6	-2,4

1) Anzahl der Lebendgeborenen minus Anzahl der Gestorbenen.

2) Ab 2016: Gesamtzahl der Lebendgeborenen sowie Gesamtzahl der Sterbefälle einschließlich der Fälle mit unbestimmtem Geschlecht.

3. Wanderungssaldo¹⁾

Land	Wanderungssaldo insgesamt (Zuzüge - Fortzüge)			Davon		Wanderungssaldo insgesamt je 1 000 Einwohner/-innen			Veränderung des Wanderungssaldos insgesamt	
				Über die Grenzen des Bundes- gebietes	Innerhalb des Bundes- gebietes					
	2012	2016	2017			2012	2016	2017	2017/2012	2017/2016
	Anzahl									
Baden-Württemberg	+65 806	+76 108	+72 113	+77 220	-5 107	+6,2	+7,0	+6,6	+6 307	-3 995
Bayern	+91 586	+96 066	+75 689	+69 096	+6 593	+7,3	+7,5	+5,8	-15 897	-20 377
Berlin	+41 324	+54 148	+33 533	+36 546	-3 013	+12,4	+15,2	+9,3	-7 791	-20 615
Brandenburg	+5 729	+20 868	+20 727	+6 269	+14 458	+2,3	+8,4	+8,3	+14 998	-141
Bremen	+4 103	+8 583	+3 271	+6 187	-2 916	+6,3	+12,7	+4,8	-832	-5 312
Hamburg	+15 011	+20 201	+18 009	+18 468	-459	+8,7	+11,2	+9,9	+2 998	-2 192
Hessen	+30 641	+42 205	+34 108	+35 387	-1 279	+5,1	+6,8	+5,5	+3 467	-8 097
Mecklenburg-Vorpommern	- 615	+5 392	+8 120	+4 490	+3 630	-0,4	+3,4	+5,0	+8 735	+2 728
Niedersachsen	+28 653	+39 797	+38 068	+38 605	-537	+3,7	+5,0	+4,8	+9 415	-1 729
Nordrhein-Westfalen	+53 493	+59 575	+51 622	+66 878	-15 256	+3,0	+3,3	+2,9	-1 871	-7 953
Rheinland-Pfalz	+12 783	+22 785	+17 542	+16 185	+1 357	+3,2	+5,6	+4,3	+4 759	-5 243
Saarland	+1 548	+5 946	+2 668	+4 858	-2 190	+1,6	+6,0	+2,7	+1 120	-3 278
Sachsen	+11 728	+13 242	+17 421	+11 293	+6 128	+2,9	+3,2	+4,3	+5 693	+4 179
Sachsen-Anhalt	-4 255	+4 651	+1 919	+4 713	-2 794	-1,9	+2,1	+0,9	+6 174	-2 732
Schleswig-Holstein	+13 138	+32 481	+17 278	+11 872	+5 406	+4,7	+11,3	+6,0	+4 140	-15 203
Thüringen	-1 728	-2 255	+3 992	+8 013	-4 021	-0,8	-1,0	+1,9	+5 720	+6 247
Deutschland	+368 945	+499 793	+ 416 080	+ 416 080	x	+4,6	+6,1	+5,0	+47 135	-83 713
Westdeutschland	+316 762	+403 747	+330 368	+344 756	x	+4,9	+6,1	+5,0	+13 606	-73 379
Ostdeutschland	+52 183	+96 046	+85 712	+71 324	x	+3,3	+6,0	+5,3	+33 529	-10 334

1) Einschließlich unbekanntes Ausland sowie einschließlich Herkunfts-/Zielgebiet "ungeklärt" und "ohne Angabe". Die Ergebnisse der Wanderungsstatistik sind aufgrund methodischer Änderungen, technischer Weiterentwicklungen der Datenlieferungen aus dem Meldewesen an die Statistik sowie der Umstellung auf ein neues statistisches Aufbereitungsverfahren nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

4. Einbürgerungen

Land	Eingebürgerte ¹⁾			Anteil Eingebürgerte aus EU-Staaten	Eingebürgerte je 1 000 Ausländer/-innen 31.12.		Ausge- schöpftes Einbürge- rungs- potential ²⁾	Veränderung der Zahl der Eingebürgerten	
	2012	2016	2017		2012	2017		2017/2012	2017/2016
	Anzahl			%	Anzahl			%	
Baden-Württemberg	16 390	17 791	18 299	38,9	13	11	2,0	+11,6	+2,9
Bayern	13 205	14 394	15 638	42,7	11	9	1,9	+18,4	+8,6
Berlin	6 398	6 127	6 479	29,9	13	7	1,9	+1,3	+5,7
Brandenburg	464	821	765	39,3	9	7	2,6	+64,9	-6,8
Bremen	1 553	1 391	1 449	21,3	19	12	2,7	-6,7	+4,2
Hamburg	5 737	5 819	5 608	27,1	24	19	3,6	-2,2	-3,6
Hessen	14 571	11 887	11 496	37,0	19	11	2,2	-21,1	-3,3
Mecklenburg-Vorpommern	503	533	526	27,2	15	7	3,2	+4,6	-1,3
Niedersachsen	8526	8 519	8 785	31,7	17	11	2,8	+3,0	+3,1
Nordrhein-Westfalen	30 282	27 027	27 381	30,9	16	11	2,0	-9,6	+1,3
Rheinland-Pfalz	5 693	6 064	5 881	37,3	18	13	2,9	+3,3	-3,0
Saarland	1 336	1 212	1 188	39,0	17	10	2,2	-11,1	-2,0
Sachsen	1 094	1 453	1 560	30,1	11	8	3,2	+42,6	+7,4
Sachsen-Anhalt	706	686	734	18,1	14	7	3,1	+4,0	+7,0
Schleswig-Holstein	2 978	2 864	2 714	36,6	21	11	2,9	-8,9	-5,2
Thüringen	502	601	701	29,0	12	7	3,8	+39,6	+16,6
Deutschland	112 348	110 383	112 211	34,5	16	11	2,2	-0,1	+1,7
Westdeutschland	100 271	96 968	98 439	35,3	16	11	x	-1,8	+1,5
Ostdeutschland	9 667	10 221	10 765	29,6	13	7	x	+11,4	+5,3

1) Angaben für Deutschland einschließlich Einbürgerungen im Ausland lebender Personen (2012: 2 410 Personen, 2016: 3 194 Personen, 2017: 3 007 Personen).

2) Das ausgeschöpfte Einbürgerungspotential (aEP) bezieht die Einbürgerungen im Inland auf die seit mindestens 10 Jahre im Inland lebende ausländische Bevölkerung zum 31.12. des Vorjahres. Quelle (Ausländerinnen und Ausländer): Ausländerzentralregister

Seit einigen Jahren ist das Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer weiter in den Fokus gerückt. Es wurden eine Reihe staatlicher, kommunaler und politischer Maßnahmen getroffen, die insbesondere auf die frühkindliche Betreuung abzielen. Zu nennen ist hier unter anderem der seit 2013 bestehende gesetzliche Anspruch auf frühkindliche Förderung in einer Kindertageseinrichtung oder Tagespflege ab dem vollendeten ersten Lebensjahr (vgl. § 24 SGB VIII). Je nach beruflicher Situation und persönlichen Lebensumständen sind Mütter bzw. Väter auf eine Ganztagsbetreuung ihrer Kinder angewiesen. Der gesetzliche Mindestanspruch auf Kinderbetreuung in Kindertagesstätten umfasst in Niedersachsen vier Stunden an fünf Tagen in der Woche (vgl. § 8 KiTaG).

Kindertagesbetreuung der unter 3-Jährigen: Betreuungsquoten steigen

Die Betreuungsquote zeigt den Anteil der betreuten Kinder einer Altersgruppe des jeweiligen Vorjahres. Bei der Ganztagsbetreuung besteht eine vertraglich vereinbarte Betreuungszeit von mehr als 7 Stunden täglich.

Zum Stichtag 1. März 2017 wurden in Niedersachsen 64 067 Kinder, die das 3. Lebensjahr noch nicht erreicht hatten, in einer Kindertageseinrichtung oder öffentlich geförderten Kindertagespflege betreut (Tab. 5). Das sind 5 891 mehr Kinder (+10,1 %) als noch ein Jahr zuvor (2016: 58 176). Damit hatte Niedersachsen im Ländervergleich hinter Hamburg (+10,5 %) den zweitgrößten Anstieg bei den betreuten Kindern unter 3 Jahren im Jahr 2017 zu verzeichnen. Im Bundesdurchschnitt lag der Anstieg bei 5,9 %. Im mittelfristigen Vergleich zum Jahr 2012 hat sich die Anzahl der betreuten Kinder im Krippenalter um mehr als die Hälfte erhöht (+53,4 %; etwa +22 300 Kinder).

Analog zur Anzahl der betreuten Kinder stieg auch die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen von 28,4 % im Vorjahr auf 29,6 % im Jahr 2017 an. Damit rückt Niedersachsen dem im Jahr 2013 politisch formulierten Ziel, eine Betreuungsquote von 35 % zu erreichen, ein Stück näher. 2012 lag die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen noch bei 22,1 %. Im Ländervergleich lag Niedersachsen im Jahr 2017 über dem westdeutschen Durchschnitt von 28,8 % (Ostdeutschland: 51,3 %). Die Ganztagsbetreuung erhöhte sich um 0,5 Prozentpunkte auf 12,2 % und blieb damit unter dem westdeutschen Durchschnitt (13,4 %).

Personalschlüssel leicht verbessert

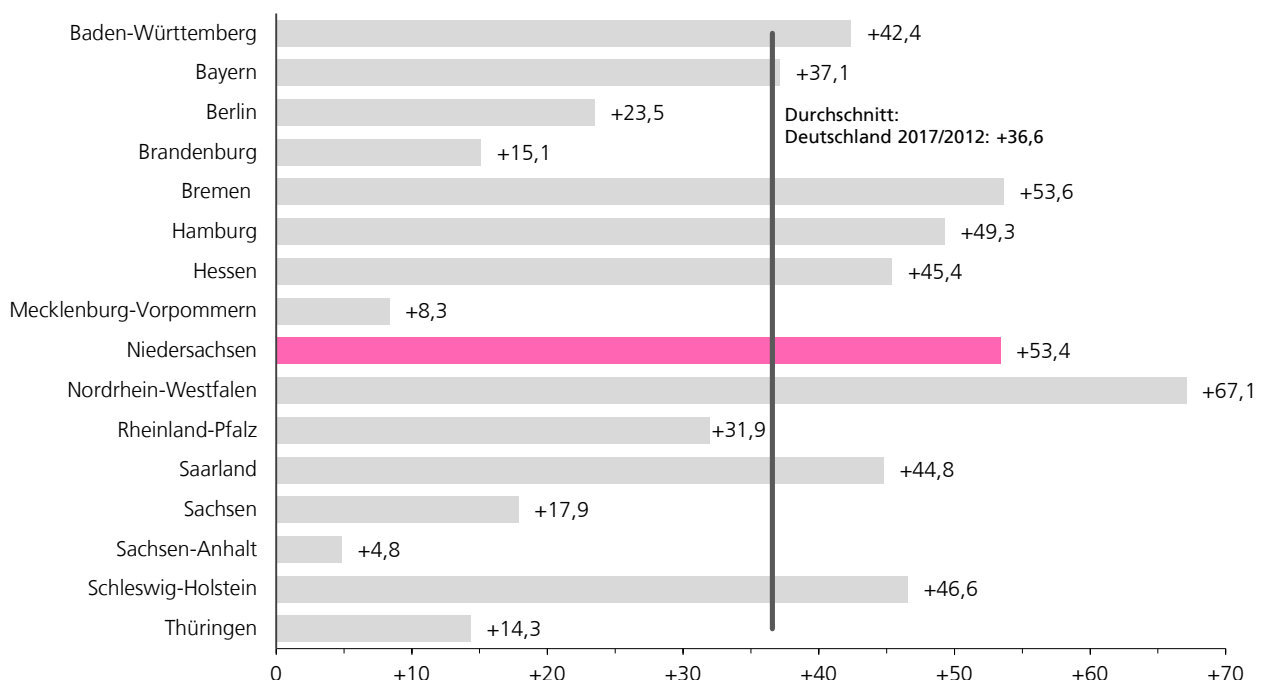
Als Qualitätsindikator für die Kinderbetreuung gilt – neben der fachlichen Qualifikation der betreuenden Personen – vor allem auch der Personalschlüssel. Dieser gibt das rechnerische Verhältnis zwischen dem pädagogischen Vollzeitpersonal und den betreuten Kindern an. Empfohlen wird bei den unter 3-Jährigen ein Verhältnis von 1:3.

Den empfohlenen Personalschlüssel von 3,0 (also 3 Kinder je pädagogischer Vollzeitstelle) erreichte im Jahr 2017 kein Land (Tab. 5). Baden-Württemberg lag mit 3,1 aber nur knapp über dem empfohlenen Wert. Niedersachsen konnte wie bereits in den letzten vier Jahren den Personalschlüssel um 0,1 gegenüber dem Vorjahr verbessern (2017: 3,8). Damit liegt Niedersachsen weiterhin näher am empfohlenen Personalschlüssel als Deutschland insgesamt mit 4,3.

Ganztagesbetreuung der 3- bis unter 6-Jährigen ausgebaut

Eine ebenso positive Veränderung ist auch bei der Ganztagsbetreuung von Kindern im Alter von 3 bis unter 6 Jahren zu beobachten.

Veränderung der Zahl der betreuten unter 3-jährigen Kinder 2017 gegenüber 2012 – Prozent –

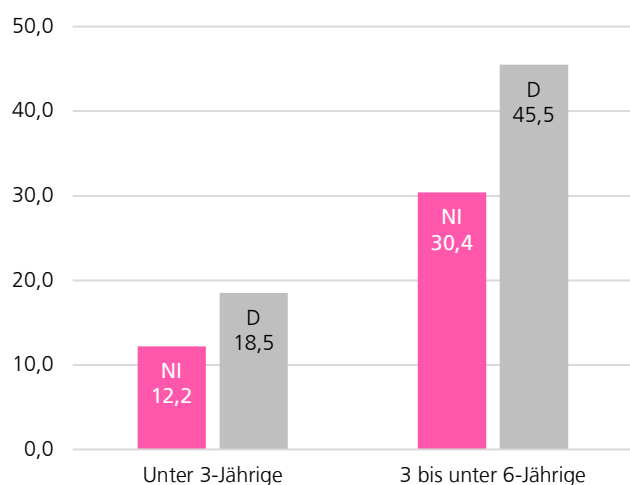


ren zu beobachten (Tab. 6). Im Jahr 2017 wurden 5,6 % mehr Kinder als im Vorjahr ganztätig in einer Kita betreut (2017: 61 940). Im 5-Jahresvergleich bedeutet dies sogar einen Anstieg um 63,1 %. Kein anderes Land konnte in diesem Zeitraum seine Ganztagesbetreuung derart ausbauen. Im Bundesdurchschnitt wurden 28,4 % mehr Kinder ganztätig betreut als 2012.

Dementsprechend stieg auch die Ganztagsbetreuungsquote für die Altersgruppe 3 bis unter 6 Jahre innerhalb der letzten fünf Jahre deutlich an. Im Jahr 2012 lag diese noch bei 19,0 % und erreichte im Jahr 2017 einen Wert von 30,4 %. Niedersachsen befindet sich damit im Aufholprozess, liegt aber im Ländervergleich an vorletzter Stelle. Im westdeutschen Schnitt lag die Quote bei 38,6 %. In den ostdeutschen Ländern ist die Ganztagsbetreuung historisch stärker ausgebaut und erreichte in Thüringen sogar eine Quote von 91,8 %.

Zum 01.08.2018 trat in Niedersachsen das geänderte Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder in Kraft. Ab diesem Zeitpunkt ist für Vorschulkinder ab drei Jahren bis zur Einschulung der Besuch einer Kindertageseinrichtung bis zu acht Stunden täglich gebührenfrei. Es wird daher ein weiterer Anstieg der betreuten Kinder und Ganztagesquoten in den nächsten Jahren zu erwarten sein.

■ Ganztagsbetreuungsquote von unter 3-Jährigen sowie von 3 bis unter 6-Jährigen 2017 – Prozent –



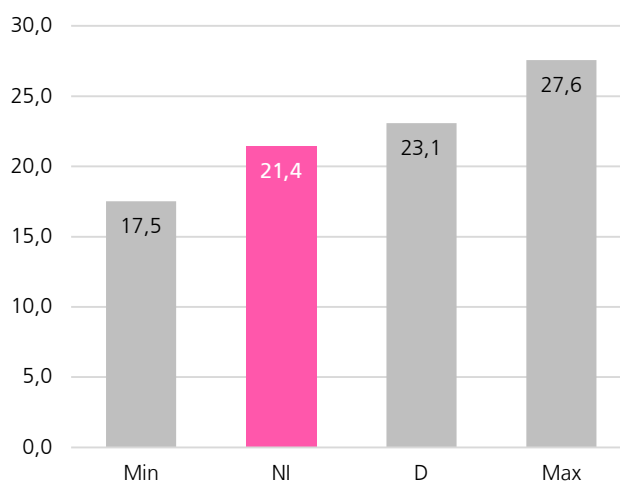
Elterngeldbeziehende: Immer mehr Väter nehmen Elterngeld in Anspruch

Eine weitere staatliche Maßnahme zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Weiterentwicklung des Elterngeldes. Das Basis-Elterngeld entspricht bei Erwerbstätigen etwa zwei Dritteln des Nettogehaltes und kann für bis zu 14 Monate bezogen werden (bei Teilzeit-Tätigkeit bis zu 28 Monate). Elterngeld wird vom Tage der Geburt bis zum Ende des 14. Lebensmonats an Mütter und Väter ausbezahlt, um das fehlende Einkommen während der Betreuungszeit des Kindes auszugleichen. Seit der Einführung des ElterngeldPlus im Jahr 2015 können Elterngeldbezüge bis zu 36 Monate andauern und von den Elternanteilen flexibler gestaltet werden.

Im Jahr 2017 lag die Anzahl der elterngeldbeziehenden Mütter und Väter in Niedersachsen bei 167 340 (Tab. 7).

Damit stieg die Anzahl der Beziehenden im Vergleich zum Vorjahr um 9,2 %. Bei den Vätern war sogar ein Anstieg um 11,3 % auf 35 866 zu verzeichnen. Immer mehr Männer nehmen damit das Elterngeld in Anspruch: Im Jahr 2017 war mehr als jeder fünfte Leistungsbezieher männlich (21,4 %) – und das, obwohl 89,8 % der beziehenden Väter vor der Geburt des Kindes erwerbstätig waren. Diese Entwicklung ist ebenso für das gesamte Bundesgebiet erkennbar. Im Schnitt stieg die Anzahl der elterngeldbeziehenden Männer gegenüber 2016 um 11,4 %, darunter waren 92,2 % vor der Geburt des Kindes erwerbstätig. Niedersachsen lag jedoch weiterhin unter dem Bundesdurchschnitt. Der Männeranteil an allen Elterngeldbeziehenden lag bundesweit bei 23,1 %.

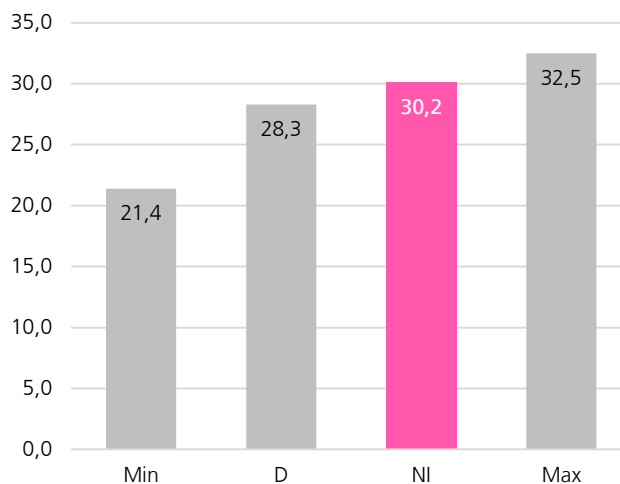
■ Anteil der Männer an allen Elterngeldbeziehenden 2017 – Prozent –



Steigende Zahlen bei den Teilzeitbeschäftigten

Als Teilzeitbeschäftigte werden im Mikrozensus alle Personen gezählt, die bis zu 31 Stunden pro Woche arbeiten – ohne Auszubildende. Ab dem Jahr 2017 werden hierzu nur noch Personen in Privathaushalten befragt (ohne Gemeinschaftsunterkünfte, z. B. Alten- und Pflegeheime, die ein verkürztes Frageprogramm erhalten).

■ Anteil Erwerbstätiger in Teilzeitarbeit an allen Erwerbstätigen 2017 – Prozent –



Die Anzahl der Erwerbstätigen in Teilzeit stieg im Jahr 2017 in Niedersachsen erneut um 1,1 % (Tab. 8). Mit einem Anstieg von knapp 12 000 Teilzeitarbeitskräften gegenüber dem Vorjahr blieb der steigende Trend aus 2016 bestehen. Im Bundesvergleich lag Niedersachsen damit weiterhin im Mittelfeld. Die Stadtstaaten Berlin und Bremen wiesen mit 5,2 % und 3,5 % die größten Zuwächse auf.

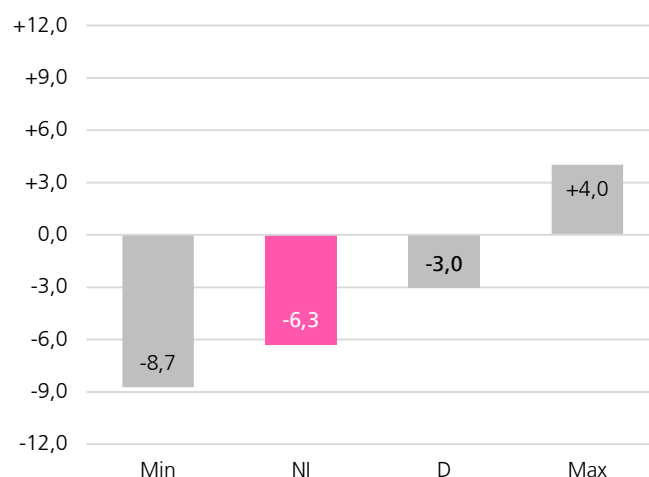
Teilzeitarbeit ist weiterhin eine Frauendomäne. Während sich der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen in Teilzeit in Niedersachsen nicht verändert hat (weiterhin 80,0 %), gab es im Bundesdurchschnitt einen Rückgang von 0,6 Prozentpunkten auf 77,3 %.

Weniger Alleinerziehende

Im Jahr 2017 lebten rund 244 000 Alleinerziehende in Niedersachsen (Tab. 9). Damit nahm die Zahl der Alleinerziehenden im Vergleich zum Vorjahr um 6,3 % ab. Im Ländervergleich hatte nur Mecklenburg-Vorpommern (8,7 %) einen stärkeren Rückgang. Im Bundesdurchschnitt war gegenüber 2016 eine Verringerung um 3,0 % zu verzeichnen. Nur im Saarland zeichnete sich ein Plus ab (+4,0 %). Die Vergleichbarkeit mit den Vorjahren ist jedoch leicht eingeschränkt, da im Mikrozensus seit 2017 die Frage nach unverheirateten Paaren im Haushalt mit Auskunftspflicht erhoben wird, was zu einem Rückgang der erfassten Anzahl der Alleinerziehenden geführt haben dürfte.

Unter den niedersächsischen Alleinerziehenden befanden sich im Jahr 2017 rund 203 000 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 83,0 % an allen Alleinerziehenden. Im langfristigen Vergleich bedeutet dies einen Rückgang des Frauenanteils um 2,6 Prozentpunkte gegenüber 2012.

■ Veränderung der Zahl der Alleinerziehenden 2017 gegenüber 2016 – Prozent –



Mehr Eheschließungen – weniger Scheidungen

Seit 2013 stieg die Zahl der Eheschließungen in Niedersachsen jährlich an. Im Jahr 2017 wurden 41 601 Ehen und damit 0,8 % mehr als im Vorjahr geschlossen (Tab. 10). Im Bundesdurchschnitt gingen die Eheschließungen gegenüber 2016 jedoch leicht zurück (-0,7 %).

Dem gegenüber wurden 2017 in Niedersachsen 6,6 % weniger Ehescheidungen vollzogen als ein Jahr zuvor (Tab. 11). Unter den 15 986 Scheidungen waren 54,9 % Paare mit minderjährigen Kindern. Das ist der höchste Anteil im Bundesgebiet. Im Schnitt hatten 50,1 % der geschiedenen Paare in Deutschland mindestens ein minderjähriges Kind.

Infokasten mit Quellen sowie Fundstellen für weiterführende Informationen:

- **Kinderbetreuung:** Statistische Ämter des Bundes und der Länder: [Kindertagesbetreuung regional 2017. Ein Vergleich aller 402 Kreise in Deutschland. Wiesbaden 2018](#)
- **Regionalmonitoring Niedersachsen:** Soziales > Betreuung und Pflege
- Das [niedersächsische Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder \(KiTaG\)](#) § 8 Absatz II, § 21
- Das [Achte Buch Sozialgesetzbuch – Kinder und Jugendhilfe \(SGB VIII\)](#) § 24
- **Elterngeldstatistik:** Statistisches Bundesamt: Öffentliche Sozialleistungen. [Statistik zum Elterngeld – Leistungsbezüge 2017. Wiesbaden 2018](#)
- und [Statistik zum Elterngeld. Beendete Leistungsbezüge für im Jahr 2014 geborene Kinder. Wiesbaden 2016](#)
- **Familien und Erwerbstätigkeit** nach Familientypen: LSN: Tabellen aus dem Mikrozensus Themenbereich: [Haushalte und Familien, Mikrozensus und freiwillige Haushaltsbefragungen – Tabellen](#)
- **Eheschließungen:** [Regionaldatenbank Deutschland](#) (12611 Statistik der Eheschließungen)
- [LSN Onlinedatenbank](#) (130 Eheschließungen)
- **Ehescheidungen:** Statistisches Bundesamt: [GENESIS-Online](#) (12631 Statistik rechtskräftiger Urteile in Ehesachen)
- [LSN Onlinedatenbank](#) (140 Ehescheidungen)

Tabellen Familie und Beruf

5. Kindertagesbetreuung von unter 3-Jährigen

Land	Betreute Kinder ¹⁾			Betreuungsquote ²⁾			Ganztags- betreuungs- quote	Personal- schlüssel ³⁾	Veränderung der Zahl der betreuten Kinder	
	2012	2016	2017	2012	2016	2017			2017/2012	2017/2016
	Anzahl			%					Anzahl	%
Baden-Württemberg	62 732	82 534	89 320	23,1	27,7	28,6	10,8	3,1	+42,4	+8,2
Bayern	73 003	95 243	100 121	23,0	27,2	27,4	10,4	3,7	+37,1	+5,1
Berlin	41 820	50 589	51 636	42,6	45,9	44,4	29,9	5,9	+23,5	+2,1
Brandenburg	30 708	34 549	35 349	53,4	57,2	55,8	37,8	5,8	+15,1	+2,3
Bremen	3 432	5 033	5 272	21,2	27,0	26,4	16,2	3,3	+53,6	+4,7
Hamburg	17 738	23 977	26 483	35,8	42,9	44,7	25,2	5,2	+49,3	+10,5
Hessen	36 729	50 034	53 406	23,7	29,7	30,2	18,6	3,9	+45,4	+6,7
Mecklenburg-Vorpommern	21 025	22 367	22 777	53,6	56,0	56,0	42,1	6,0	+8,3	+1,8
Niedersachsen	41 772	58 176	64 067	22,1	28,4	29,6	12,2	3,8	+53,4	+10,1
Nordrhein-Westfalen	79 118	122 774	132 194	18,1	25,7	26,3	13,1	3,7	+67,1	+7,7
Rheinland-Pfalz	25 589	31 268	33 761	27,0	29,9	30,7	16,5	3,5	+31,9	+8,0
Saarland	4 670	6 389	6 761	22,1	28,6	28,3	22,4	3,8	+44,8	+5,8
Sachsen	48 244	55 657	56 871	46,4	50,6	50,5	42,6	6,4	+17,9	+2,2
Sachsen-Anhalt	29 559	30 368	30 992	57,5	57,0	56,9	46,6	5,8	+4,8	+2,1
Schleswig-Holstein	16 295	21 887	23 882	24,2	30,9	31,9	14,2	3,7	+46,6	+9,1
Thüringen	25 774	28 713	29 469	49,8	52,2	53,2	49,5	5,4	+14,3	+2,6
Deutschland	558 208	719 558	762 361	27,6	32,7	33,1	18,5	4,3	+36,6	+5,9
Westdeutschland	361 078	497 315	535 267	22,3	28,1	28,8	13,4	...	+48,2	+7,6
Ostdeutschland	197 130	222 243	227 094	49,0	51,8	51,3	39,9	...	+15,2	+2,2

1) Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen. Stichtag: 01.03.

2) Die Betreuungsquote bezieht sich auf 100 Kinder gleichen Alters am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.

3) Der Personalschlüssel gibt die Anzahl der Kinder an, die rechnerisch von einer pädagogisch vollzeittätigen Person betreut werden.

6. Ganztägige Kindertagesbetreuung von 3- bis unter 6-Jährigen

Land	Ganztätig betreute Kinder ¹⁾			Ganztagsbetreuungsquote ²⁾			Veränderung der Zahl der betreuten Kinder	
	2012	2016	2017	2012	2016	2017	2017/2012	2017/2016
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	45 462	65 339	69 616	16,1	22,7	23,9	+53,1	+6,5
Bayern	87 864	115 917	120 050	27,0	34,8	35,2	+36,6	+3,6
Berlin	53 937	61 317	62 478	58,7	60,8	60,2	+15,8	+1,9
Brandenburg	35 024	39 555	39 783	59,1	62,7	62,5	+13,6	+0,6
Bremen	4 296	6 288	6 616	26,6	37,3	38,3	+54,0	+5,2
Hamburg	18 200	22 417	24 746	38,4	45,6	48,6	+36,0	+10,4
Hessen	65 187	81 278	83 944	41,4	49,7	50,6	+28,8	+3,3
Mecklenburg-Vorpommern	24 186	27 484	27 612	62,6	67,6	68,2	+14,2	+0,5
Niedersachsen	37 966	58 638	61 940	19,0	29,1	30,4	+63,1	+5,6
Nordrhein-Westfalen	172 594	208 844	213 694	37,9	45,1	45,7	+23,8	+2,3
Rheinland-Pfalz	44 021	51 668	54 060	44,7	50,8	52,3	+22,8	+4,6
Saarland	7 554	10 814	11 158	34,8	48,7	49,4	+47,7	+3,2
Sachsen	77 085	87 853	89 358	76,5	81,1	82,0	+15,9	+1,7
Sachsen-Anhalt	32 707	43 345	43 505	63,5	81,5	80,9	+33,0	+0,4
Schleswig-Holstein	15 489	22 910	25 127	21,6	32,0	34,6	+62,2	+9,7
Thüringen	44 474	49 632	50 248	87,4	90,8	91,8	+13,0	+1,2
Deutschland	766 046	953 299	983 935	37,1	44,8	45,5	+28,4	+3,2
Westdeutschland	498 633	644 113	670 951	29,8	37,7	38,6	+34,6	+4,2
Ostdeutschland	267 413	309 186	312 984	68,0	73,5	73,6	+17,0	+1,2

1) Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder eine Ganztagskita besuchen, sowie in Kindertageseinrichtungen, die mehr als 7 Stunden täglich betreut werden. Stichtag: 01.03.

2) Die Betreuungsquote bezieht sich auf 100 Kinder gleichen Alters am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.

7. Elterngeld

Land	Beendete Leistungsbezüge Elterngeld – insgesamt		Anteil beendete Bezüge – Männer		Durchschnittl. Bezugsdauer ¹⁾ – Männer	Leistungsbeziehende Elterngeld ²⁾			
	für 2010 geb. Kinder	für 2014 geb. Kinder	für 2010 geb. Kinder	für 2014 geborene Kinder		Insgesamt	Männer- anteil	Beziehende vor der Geburt des Kindes erwerbstätig	
					Männer			Frauen	
									2012
	Anzahl		%		Monate	Anzahl	%		
Baden-Württemberg	110 697	131 181	21,5	28,2	2,7	240 400	25,3	95,3	72,7
Bayern	134 587	158 643	25,1	30,0	2,7	295 960	25,4	95,3	76,1
Berlin	41 063	48 698	24,8	28,9	3,8	86 959	25,7	89,3	68,7
Brandenburg	23 204	25 463	22,1	27,3	2,9	47 330	23,5	92,4	78,4
Bremen	6 116	7 408	16,8	21,9	4,0	13 905	19,8	82,9	56,3
Hamburg	20 913	25 216	22,4	28,1	3,2	46 495	24,2	93,9	73,4
Hessen	61 715	69 989	20,3	25,3	3,2	132 423	21,6	91,3	69,1
Mecklenburg-Vorpommern	15 733	15 890	19,4	22,2	3,2	29 485	20,5	90,4	75,1
Niedersachsen	73 982	85 675	18,9	24,8	3,1	167 340	21,4	89,8	69,3
Nordrhein-Westfalen	165 915	188 673	16,6	22,0	3,5	368 254	21,0	90,0	68,2
Rheinland-Pfalz	36 323	41 724	17,9	23,5	3,0	82 353	19,6	90,7	67,9
Saarland	7 670	8 805	14,3	19,6	3,2	17 541	17,5	88,7	63,3
Sachsen	45 084	50 982	24,9	31,2	2,8	90 362	27,6	93,6	79,8
Sachsen-Anhalt	19 223	21 236	17,1	22,3	3,3	39 413	21,4	88,8	71,7
Schleswig-Holstein	26 134	28 696	18,2	23,3	3,3	55 961	20,1	88,5	73,4
Thüringen	21 872	24 674	22,8	29,3	2,7	46 289	24,6	92,0	77,5
Deutschland	810 231	932 953	20,7	26,2	3,1	1 760 470	23,1	92,2	71,7
Westdeutschland	644 052	746 010	20,2	25,7	...	1 420 632	22,7	92,4	70,9
Ostdeutschland	166 179	186 943	22,8	28,0	...	339 838	24,8	91,4	75,1

1) Die maximale Bezugsdauer für vor dem 1. Juli 2015 geborene Kinder betrug 14 Monate (Basiselterngeld).

2) Mit der Einführung des ElterngeldPlus zum 1.7.2015 können Elterngeldbezüge bis zu 36 Monaten andauern und mehrfach zwischen den Elternteilen wechseln.
Daten für beendete Leistungsbezüge für im Jahr 2015 geborene Kinder werden aus diesem Grund erst 2019 vorliegen.

8. Erwerbstätige (am Wohnort)¹⁾ in Teilzeitarbeit²⁾

Land	Erwerbstätige in Teilzeitarbeit insgesamt			Darunter Frauenanteil an Erwerbstätige in Teilzeitarbeit insgesamt			Anteil der Erwerbstätigen in Teil- zeitarbeit an allen Erwerbs- tätigen	Veränderung der Anzahl der Erwerbstätigen in Teilzeitarbeit insgesamt	
	2012	2016	2017	2012	2016	2017		2017/2012	2017/2016
	Anzahl in 1 000			%					
Baden-Württemberg	1 507	1 653	1 679	81,1	79,6	78,4	29,8	+11,5	+1,6
Bayern	1 734	1 854	1 882	82,1	81,3	80,8	27,9	+8,5	+1,5
Berlin	430	459	483	63,6	63,1	62,1	27,0	+12,3	+5,2
Brandenburg	254	268	273	75,4	72,8	73,6	22,0	+7,3	+1,7
Bremen	94	102	106	73,2	71,5	71,7	32,5	+12,7	+3,5
Hamburg	224	236	242	71,7	74,0	72,6	25,9	+8,0	+2,8
Hessen	830	914	922	78,5	77,3	77,0	30,3	+11,0	+0,8
Mecklenburg-Vorpommern	160	172	174	74,9	75,2	75,1	23,2	+8,4	+0,9
Niedersachsen	1 076	1 127	1 140	81,6	80,0	80,0	30,2	+5,9	+1,1
Nordrhein-Westfalen	2 243	2 465	2 495	80,5	78,8	77,9	29,7	+11,2	+1,2
Rheinland-Pfalz	550	616	624	80,8	79,5	78,6	31,1	+13,4	+1,4
Saarland	129	141	141	81,6	80,6	80,1	30,7	+9,5	+0,4
Sachsen	405	429	437	74,3	71,8	72,7	22,3	+8,1	+1,8
Sachsen-Anhalt	224	219	218	77,7	76,0	76,0	21,5	-2,9	-0,4
Schleswig-Holstein	398	413	424	78,9	77,3	76,7	30,9	+6,6	+2,8
Thüringen	221	220	226	75,8	75,1	74,1	21,4	+2,2	+2,9
Deutschland	10 481	11 287	11 466	79,2	77,9	77,3	28,3	+9,4	+1,6
Westdeutschland	8 786	9 520	9 655	80,5	79,2	78,6	29,6	+9,9	+1,4
Ostdeutschland	1 695	1 768	1 811	72,5	70,9	70,8	23,7	+6,9	+2,5

1) 2016 Umstellung auf eine neue Mikrozensus-Stichprobe. Ab 2017 nur noch Bevölkerung in Privathaushalten (ohne Gemeinschaftsunterkünfte). Dadurch ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den Vorjahren eingeschränkt.

2) Teilzeit definiert als bis zu 31 geleisteten Arbeitsstunden pro Woche.

Quelle: Mikrozensus

9. Alleinerziehende¹⁾

Land	Alleinerziehende			Darunter Frauen			Alleinerziehende je 1 000 Einwohner/-innen	Veränderung der Zahl der Alleinerziehenden	
	2012	2016	2017	2012	2017			2017/2012	2017/2016
	Anzahl in 1 000			%		Anzahl in 1 000		Anzahl	%
Baden-Württemberg	314	339	325	86,0	83,4	271	30	+3,6	-4,2
Bayern	371	393	383	85,4	83,2	318	29	+3,0	-2,6
Berlin	151	147	145	88,8	85,6	124	40	-3,4	-1,2
Brandenburg	98	93	87	87,9	85,0	74	35	-10,6	-5,9
Bremen	26	25	24	88,2	84,9	20	35	-9,3	-5,0
Hamburg	71	65	64	90,5	87,4	56	35	-10,7	-1,7
Hessen	191	199	194	84,5	84,4	164	31	+1,7	-2,5
Mecklenburg-Vorpommern	60	63	57	89,1	83,9	48	35	-4,5	-8,7
Niedersachsen	238	261	244	85,6	83,0	203	31	+2,6	-6,3
Nordrhein-Westfalen	562	566	555	85,9	84,4	469	31	-1,2	-2,0
Rheinland-Pfalz	133	135	128	84,8	82,2	105	31	-4,0	-4,9
Saarland	37	34	35	85,5	83,9	29	35	-5,4	+4,0
Sachsen	138	131	129	88,7	86,3	112	32	-6,5	-1,5
Sachsen-Anhalt	87	80	79	89,7	87,1	69	35	-9,5	-1,9
Schleswig-Holstein	93	90	89	85,5	84,4	75	31	-4,4	-1,1
Thüringen	84	80	80	83,9	82,5	66	37	-4,8	-0,2
Deutschland	2 655	2 701	2 619	86,3	84,1	2 203	32	-1,4	-3,0
Westdeutschland	2 037	2 106	2 040	85,7	83,8	1 710	31	+0,2	-3,1
Ostdeutschland	618	595	578	88,1	85,3	493	36	-6,4	-2,8

1) 2016 Umstellung auf eine neue Mikrozensus-Stichprobe. Seit 2017 wird die Frage nach unverheirateten Paaren im Haushalt mit Auskunftspflicht erhoben. Die Anzahl der nachgewiesenen unverheirateten Paare ist dadurch leicht gestiegen, während die durch den Mikrozensus erfasste Anzahl der Alleinerziehenden zurückgegangen ist. Dadurch ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den Vorjahren eingeschränkt.

Quelle: Mikrozensus

10. Eheschließungen

Land	Eheschließungen insgesamt			Eheschließungen je 10 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Eheschließungen	
	2012	2016	2017 ¹⁾	2012	2016	2017	2017/2012	2017/2016
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	50 555	54 556	54 591	48,0	49,9	49,7	+8,0	+0,1
Bayern	61 768	66 324	66 790	49,5	51,5	51,5	+8,1	+0,7
Berlin	13 222	13 748	12 686	39,5	38,7	35,3	-4,1	-7,7
Brandenburg	12 505	13 817	14 156	51,0	55,5	56,7	+13,2	+2,5
Bremen	2 706	2 677	2 744	41,5	39,6	40,4	+1,4	+2,5
Hamburg	6 774	6 388	5 727	39,3	35,5	31,5	-15,5	-10,3
Hessen	27 721	29 697	29 281	46,2	48,1	47,0	+5,6	-1,4
Mecklenburg-Vorpommern	10 713	11 660	11 399	66,8	72,5	70,8	+6,4	-2,2
Niedersachsen	38 947	41 284	41 601	50,0	51,9	52,2	+6,8	+0,8
Nordrhein-Westfalen	81 759	87 060	86 475	46,6	48,7	48,3	+5,8	-0,7
Rheinland-Pfalz	20 242	21 218	20 747	50,7	52,2	51,0	+2,5	-2,2
Saarland	4 968	4 980	4 698	49,9	49,9	47,2	-5,4	-5,7
Sachsen	18 348	18 750	18 942	45,3	46,0	46,5	+3,2	+1,0
Sachsen-Anhalt	10 707	10 465	10 424	47,2	46,7	46,8	-2,6	-0,4
Schleswig-Holstein	16 383	17 687	17 593	58,4	61,5	60,9	+7,4	-0,5
Thüringen	10 105	10 115	9 612	46,5	46,8	44,6	-4,9	-5,0
Deutschland	387 423	410 426	407 466	48,2	49,8	49,3	+5,2	-0,7
Westdeutschland	311 823	331 871	330 247	48,3	50,1	49,7	+5,9	-0,5
Ostdeutschland	75 600	78 555	77 219	47,6	48,7	47,8	+2,1	-1,7

1) Ohne Eheschließungen zwischen Personen gleichen Geschlechts.

11. Ehescheidungen

Land	Ehescheidungen insgesamt			Darunter von Paaren mit minderjährigen Kindern ¹⁾	Ehescheidungen je 10 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Ehescheidungen	
	2012	2016	2017		2012	2016	2017	2017/2012	2017/2016
	Anzahl		%		Anzahl		%		
Baden-Württemberg	22 226	19 664	18 356	50,1	21,1	18,0	16,7	-17,4	-6,7
Bayern	25 644	24 134	22 599	49,8	20,6	18,7	17,4	-11,9	-6,4
Berlin	7 267	6 253	6 070	45,4	21,7	17,6	16,9	-16,5	-2,9
Brandenburg	5 031	4 691	4 445	44,0	20,5	18,9	17,8	-11,6	-5,2
Bremen	1 391	1 419	1 332	52,0	21,3	21,0	19,6	-4,2	-6,1
Hamburg	3 446	3 204	2 912	48,1	20,0	17,8	16,0	-15,5	-9,1
Hessen	14 334	13 264	12 500	51,1	23,9	21,5	20,1	-12,8	-5,8
Mecklenburg-Vorpommern	3 276	2 866	2 976	46,3	20,4	17,8	18,5	-9,2	+3,8
Niedersachsen	17 806	17 120	15 986	54,9	22,9	21,5	20,1	-10,2	-6,6
Nordrhein-Westfalen	43 399	37 650	35 778	50,6	24,7	21,1	20,0	-17,6	-5,0
Rheinland-Pfalz	9 724	8 897	8 362	46,9	24,4	21,9	20,5	-14,0	-6,0
Saarland	2 491	2 209	2 037	52,1	25,0	22,1	20,5	-18,2	-7,8
Sachsen	7 104	6 698	6 427	51,6	17,6	16,4	15,8	-9,5	-4,0
Sachsen-Anhalt	4 620	4 183	3 808	50,6	20,4	18,7	17,1	-17,6	-9,0
Schleswig-Holstein	7 113	6 194	6 123	47,4	25,4	21,5	21,2	-13,9	-1,1
Thüringen	4 275	3 951	3 790	48,4	19,7	18,3	17,6	-11,3	-4,1
Deutschland	179 147	162 397	153 501	50,1	22,3	19,7	18,6	-14,3	-5,5
Westdeutschland	147 574	133 755	125 985	50,6	22,9	20,2	18,9	-14,6	-5,8
Ostdeutschland	31 573	28 642	27 516	47,8	19,9	17,8	17,0	-12,8	-3,9

1) Paare, die zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Scheidung mindestens ein gemeinsames minderjähriges Kind hatten.

Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt weiter positiv

In Niedersachsen und Deutschland stiegen 2017 gegenüber dem Vorjahr die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und die Erwerbstätigkeitsquote. Zugleich ging die Arbeitslosenquote insgesamt und bei Jugendlichen zurück, ebenso wie die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten. Wie in den Jahren zuvor entwickelte sich der Arbeitsmarkt 2017 weiter positiv.

Die Ergebnisse zu den Erwerbstätigen am Wohnort (Tab. 12, 13) auf Basis des Mikrozensus 2017 sind aufgrund methodischer Änderungen in der Datenbasis nur eingeschränkt vergleichbar mit den Vorjahren. Als Erwerbstätige gelten Personen (15 Jahre und älter), die mindestens 1 Stunde gegen Entgelt einer beruflichen Tätigkeit nachgehen.

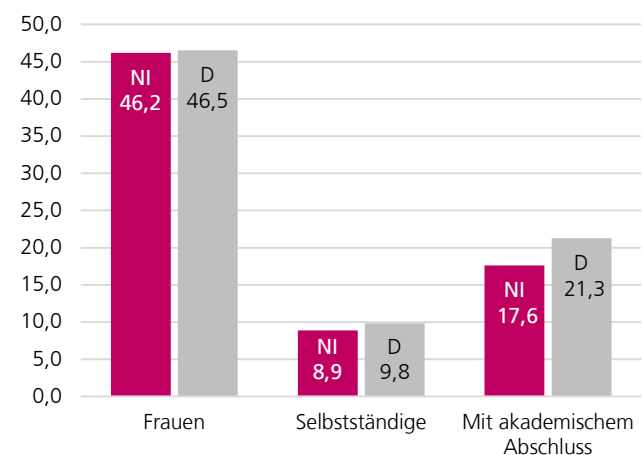
Zahl der Erwerbstätigen erneut gestiegen

Etwa 3,94 Mio. Personen waren nach Ergebnissen des Mikrozensus 2017 in Niedersachsen erwerbstätig (Tab. 12). Im Vergleich zu 2016 nahm die Zahl der (am Wohnort gezählten) Erwerbstätigen um rund 42 500 Personen bzw. 1,1 % zu. Im mittelfristigen Vergleich 2017 gegenüber 2012 entsprach dies einem Zuwachs um 5,6 %. Insgesamt gab es 2017 in Deutschland rund 41,6 Mio. Erwerbstätige, das waren rund 302 900 (+0,7 %) mehr als 2016 und 6,2 % mehr als 2012. Der Frauenanteil an der Zahl der Erwerbstätigen lag in Niedersachsen im Jahr 2017 bei 46,2 % (Deutschland: 46,5 %).

Quote der Selbstständigen sinkt erneut

Der Anteil der selbstständig Erwerbstätigen an allen Erwerbstätigen (Tab. 12) lag 2017 in Niedersachsen bei nur noch 8,9 % (Deutschland 9,8 %). Dies entsprach einem Rückgang um 1,3 Prozentpunkte gegenüber 2012. Einen Anstieg der Quote der Selbstständigen gab es im Vergleich 2017 zu 2012 nur im Saarland.

■ Anteile an allen Erwerbstätigen 2017 – Frauen, Selbstständige, Personen mit akademischem Abschluss – Prozent –



Anteil der Hochqualifizierten steigt langsam

Im Jahr 2017 hatten in Niedersachsen 17,6 % der Erwerbstätigen einen akademischen Abschluss, d. h. einen Hoch-

■ Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen am Wohnort 2017 gegenüber 2012 – Prozent –



schul- oder Fachhochschulabschluss oder eine Promotion (Tab. 12). Dieser Anteil entsprach einem Anstieg um 1,6 Prozentpunkte gegenüber 2012, er lag aber deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt. In Deutschland stieg der Anteil der Hochqualifizierten in diesem Zeitraum um 2,8 Prozentpunkte auf 21,3 %. Grundsätzlich steigt der Anteil Hochqualifizierter vor allem durch den Eintritt junger Erwerbstätiger in den Arbeitsmarkt, die zumeist ein höheres Qualifikationsniveau aufweisen als die älteren bzw. aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Beschäftigten.

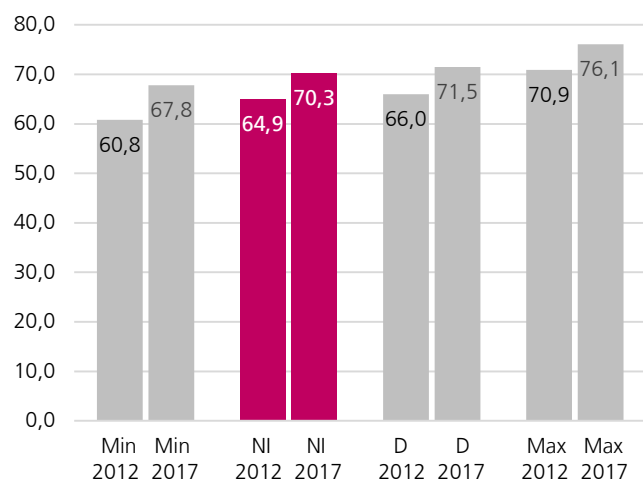
Der Anteil der Frauen unter den hochqualifizierten Erwerbstätigen lag in Niedersachsen 2017 mit 44,6 % etwa auf dem bundesweiten Niveau (44,8 %).

Erwerbstätigenquote der Frauen steigt stärker als die Quote der Männer

Für die Berechnung der Erwerbstätigenquote wird die Zahl der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren zur gleichaltrigen Gesamtbevölkerung in Beziehung gesetzt.

Etwa 3 von 4 Einwohnerinnen und Einwohnern im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) waren 2017 in Deutschland und Niedersachsen erwerbstätig (74,3 % und 75,2 %). Die geschlechterspezifischen Erwerbstätigenquoten (Tab. 13) unterschieden sich in Niedersachsen noch um 7,8 Prozentpunkte (Deutschland: 7,4 Prozentpunkte), nähern sich mit der Zeit aber immer mehr an. So lag 2017 die Erwerbstätigenquote der Frauen in Niedersachsen mit

■ Erwerbstätigenquote der Frauen (15 bis unter 65 Jahre) 2012 und 2017 – Prozent –

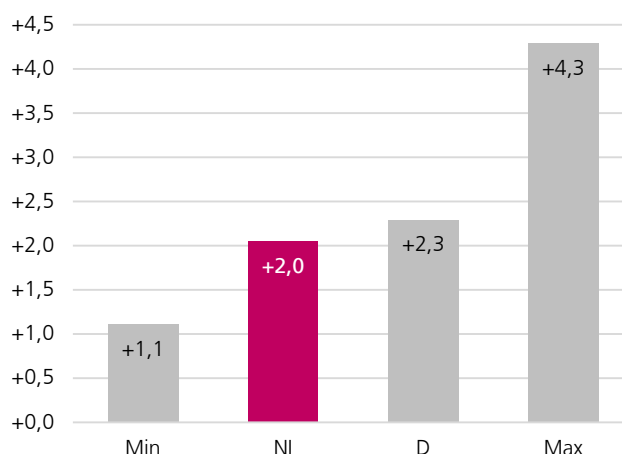


70,3 % um 5,4 Prozentpunkte höher als 2012. Die Erwerbstätigenquote der Männer war mit 78,1 % deutlich höher, stieg mittelfristig jedoch weniger stark an (+2,9 Prozentpunkte). Den geringsten Niveauunterschied erreichte im Jahr 2017 Brandenburg mit nur noch 1,4 Prozentpunkten. Den größten Unterschied verzeichnete Bayern mit 8,7 Prozentpunkten, wobei die Erwerbstätigenquote der Männer mit 83,0 % am höchsten war.

Fast 2,9 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigte

Die Zahl der (am Arbeitsort gezählten) sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg in Niedersachsen 2017 um etwa 58 000 auf knapp 2,9 Mio. (Tab. 14). Dies entsprach einer Zunahme von 2,0 % gegenüber dem Vorjahr und gegenüber 2012 einem Plus um fast ein Zehntel (9,9 %). Auch in allen anderen Ländern stieg die Beschäftigtenzahl weiter. Von 2016 zu 2017 war der Zuwachs in Sachsen-Anhalt sowie Thüringen am niedrigsten (jeweils +1,1 %) und in Berlin am höchsten (+4,3 %; Deutschland: +2,3 %). Der Anteil der Frauen blieb in Niedersachsen bei 45,8 % und lag leicht unter dem Deutschlandwert (46,3 %). In Ostdeutschland war der Frauenanteil mit 49,3 % weiterhin höher als in Westdeutschland (45,6 %), am höchsten in Mecklenburg-Vorpommern mit 51,1 % und Berlin mit 50,2 %.

■ Veränderung der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter (am Arbeitsort) 2017 gegenüber 2016 – Prozent –



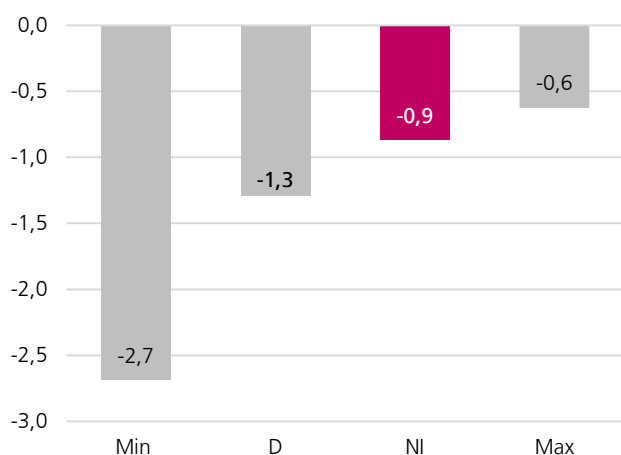
Weniger ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte

Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das aus dem sogenannten Minijob erzielte Arbeitsentgelt regelmäßig 450 Euro (bis 2012: 400 Euro) im Monat nicht überschreitet. Die geringfügig entlohnnten Beschäftigten werden hier ohne Beschäftigte im Nebenjob ausgewiesen. Kurzfristig Beschäftigte fallen bei dieser Betrachtung nicht unter die geringfügig entlohnnten Beschäftigten.

Am 30.06.2017 gingen in Niedersachsen 504 717 Personen ausschließlich einer geringfügig entlohnnten Beschäftigung nach (Tab. 15). Dies bedeutete gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um 0,9 %. Die Zahl der „Minijobberinnen und Minijobber“ ging in allen Ländern gegenüber 2016 zurück, bundesweit um 1,3 %. Den größten Rückgang gab es in Bremen und Sachsen-Anhalt (jeweils 2,7 %). Mittelfristig reduzierte sich von 2012 zu 2017 die Zahl der „Minijobberinnen und Minijobber“ in drei ostdeutschen Ländern um mehr als ein Zehntel (Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg). Bundesweit sank die Zahl mittelfristig um 4,6 %, in Niedersachsen um 3,5 %.

Der Anteil der Frauen an allen ausschließlich geringfügig entlohnnten Beschäftigten lag 2017 in Niedersachsen mit 63,2 % um 1,0 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt. Wie bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen sind im ostdeutschen Arbeitsmarkt die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den Minijobs geringer als in Westdeutschland. Der Anteil der Frauen lag 2017 in Ostdeutschland mit 54,2 % deutlich unter dem Anteil in Westdeutschland mit 63,4 %.

■ **Veränderung der Zahl ausschließlich geringfügig entlohnnter Beschäftigter (am Arbeitsort) 2017 gegenüber 2016 – Prozent –**



Arbeitslosenquote leicht gesunken

Bei der Arbeitslosenquote wird die Zahl der Arbeitslosen in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen ausgewiesen.

In Niedersachsen waren 2017 im Jahresdurchschnitt 244 260 Personen arbeitslos gemeldet (Tab. 16). Das waren 8 315

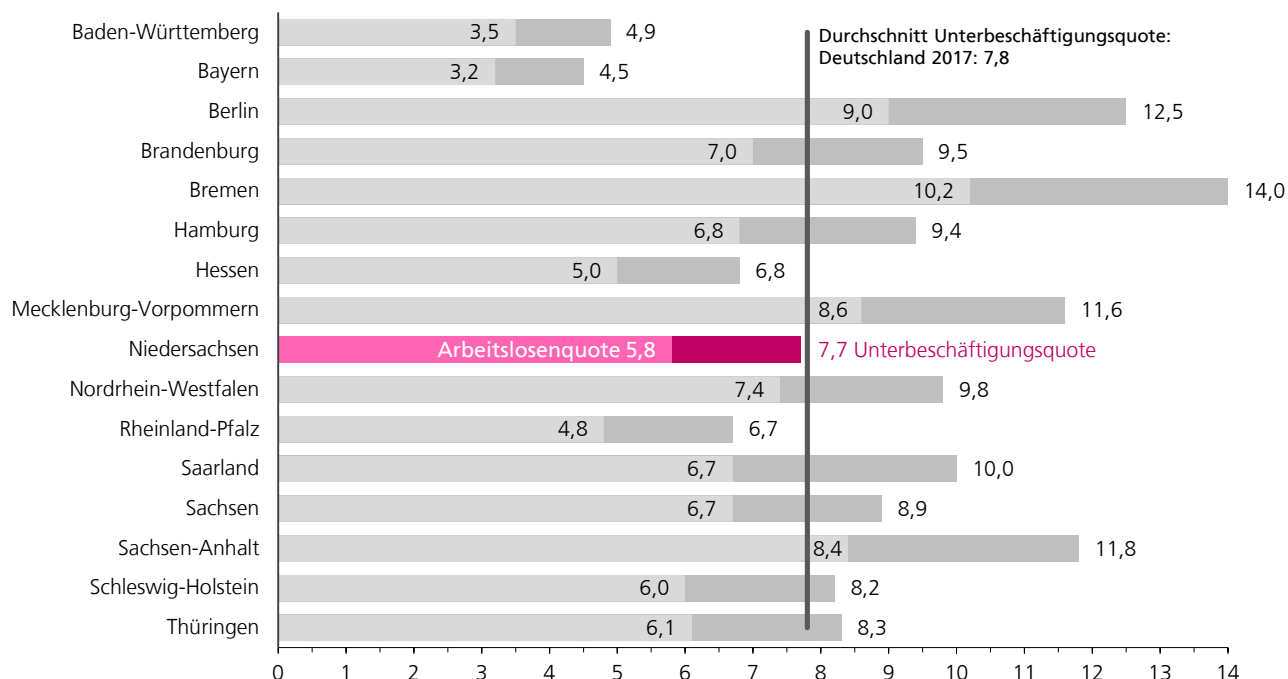
Arbeitslose weniger als 2016 und 20 283 weniger als 2012, wobei der Rückgang kurz- und mittelfristig unter dem bundesweiten Durchschnitt lag. In allen Ländern sanken die Arbeitslosenzahlen 2017 gegenüber dem Vorjahr. In den fünf ostdeutschen Flächenländern reduzierte sich die Zahl der Arbeitslosen in diesem Zeitraum jeweils um mehr als ein Zehntel, mittelfristig gab es hier 2017 gegenüber 2012 Rückgänge um die 30 %.

Die Arbeitslosenquote in Niedersachsen sank 2017 gegenüber 2016 leicht auf 5,8 % (2016: 6,0 %) und lag damit knapp über der bundesdurchschnittlichen Quote (5,7 %). Die Quoten sanken in Westdeutschland durchschnittlich um 0,3 Prozentpunkte auf 5,3 %, in Ostdeutschland hingegen um 0,9 Prozentpunkte auf 7,6 %. Im mittelfristigen Vergleich 2017 gegenüber 2012 gab es in den westdeutschen Ländern einen Rückgang um 0,6 Prozentpunkte. In den ostdeutschen Ländern sank die Quote um 3,1 Prozentpunkte und näherte sich damit deutlich dem Westniveau bis auf 2,3 Prozentpunkte an.

Unterbeschäftigungsquote konstant

Einige Personengruppen werden in der Arbeitslosenstatistik nicht als arbeitslos gezählt, obwohl sie in der Regel trotzdem ein geregeltes Beschäftigungsverhältnis suchen (z. B. Teilnehmende an einer Trainingsmaßnahme). Ein möglichst umfassendes Bild über das tatsächliche Ausmaß an fehlender Beschäftigung liefert ergänzend zur Arbeitslosenquote die von der Bundesagentur für Arbeit berechnete Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit). Als unterbeschäftigt gelten zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch Personen, die im Sinne des SGB III nicht als arbeitslos gezählt werden, weil sie an einer Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik teilnehmen oder sich in einem arbeitsmarktpolitischen Sonderstatus befinden. Die Unterbeschäftigungsquote ist somit höher als die Arbeitslosenquote.

■ **Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit) und darunter Arbeitslosenquote (Jahresdurchschnitte) 2017 – Prozent –**



Die Unterbeschäftigungsquote lag 2017 in Niedersachsen wie schon 2016 bei 7,7 % (Tab. 16). Die Differenz zur Arbeitslosenquote stieg damit um 0,2 Prozentpunkte auf 1,9 Prozentpunkte. Es befinden sich also anteilig mehr Menschen in einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme oder einem Sonderstatus als im Vorjahr. Im bundesweiten Durchschnitt ist die Unterbeschäftigung auf 7,8 % gesunken, die Differenz zur Arbeitslosenquote stieg aber im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls um 0,2 Prozentpunkte auf 2,1 Prozentpunkte im Jahr 2017.

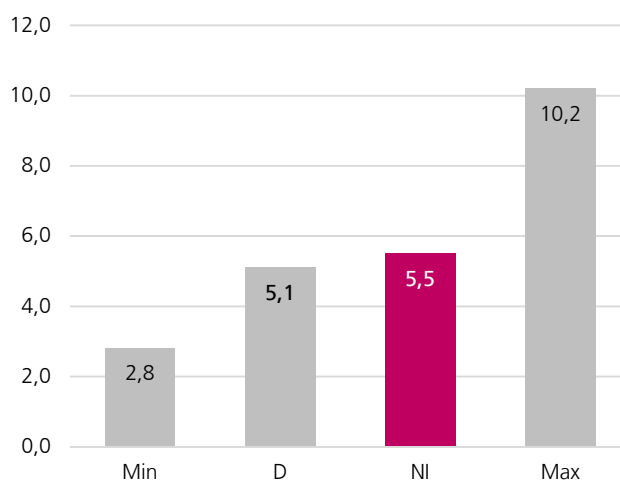
Im Vergleich 2017 zu 2012 ist die Unterbeschäftigungsquote in allen Ländern gesunken: in Niedersachsen um 1,0 Prozentpunkte, in den ostdeutschen Ländern zwischen 3,0 und 4,3 Prozentpunkten und bundesweit um 1,3 Prozentpunkte.

Jugendarbeitslosigkeit gesunken

Im Jahresdurchschnitt 2016 waren in Niedersachsen 25 649 Menschen unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet, dies waren 2,9 % weniger als im Vorjahr (Tab. 17). Die Zahl der erwerbsfähigen Jugendlichen, denen der Einstieg in die Arbeitswelt nicht gelang, veränderte sich in den Ländern mittelfristig sehr unterschiedlich. Im Vergleich zu 2012 verringerten sich die Zahlen bundesweit um 15,8 % auf eine Quote von 5,1 %. In den ostdeutschen Ländern gingen die absoluten Zahlen durchschnittlich um 39,8 % zurück. Allerdings hatten Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Sachsen-Anhalt 2017 immer noch Jugendarbeitslosigkeits-

quoten von 9,5 % und höher. In Niedersachsen lag die Quote der Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2017 bei 5,5 %.

■ **Arbeitslosenquote Jugendlicher unter 25 Jahren (Jahresdurchschnitt) 2017 – Prozent –**



In allen Ländern waren die Arbeitslosenquoten der weiblichen 15- bis unter 25-Jährigen niedriger als die der männlichen. In Niedersachsen betrug die Differenz 1,6 Prozentpunkte (Deutschland: 1,7 Prozentpunkte). Die Spanne reichte von 1,0 Prozentpunkten in Bayern bis 4,3 Prozentpunkten in Berlin. In Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und Sachsen-Anhalt waren 2017 mehr als ein Zehntel der jungen Männer (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen der entsprechenden Altersgruppe) arbeitsuchend gemeldet.

Infokasten mit Quellen sowie Fundstellen für weiterführende Informationen:

- **Erwerbstätigkeit:** LSN – Tabellen aus dem Themenbereich Haushalte und Familien, Mikrozensus und freiwillige Haushaltsbefragungen: [Erwerbstätige nach sozio-demographischen Merkmalen und Wirtschaftsbereichen](#)
- **Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte:** [GENESIS-Online Datenbank](#): Statistik 13111 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Quelle: Bundesagentur für Arbeit
- [Regionaldatenbank Deutschland](#) – Arbeitsmarkt: 13111 Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit
- [Regionalmonitoring Niedersachsen](#) – Arbeit und Beschäftigung
- **Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte:** Bundesagentur für Arbeit: [Geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Wohn- und Arbeitsort. Deutschland nach Kreisen und Gemeinden](#)
- **Arbeitslosigkeit:** Bundesagentur für Arbeit: [Arbeitslose nach Rechtskreisen \(Jahresheft\) - Deutschland – Dez. 2017](#)
- Bundesagentur für Arbeit: [Arbeitslose und Unterbeschäftigung](#)
- Bundesagentur für Arbeit: [Migration und Arbeitsmarkt](#)
- [Regionalmonitoring Niedersachsen](#) – Arbeit und Beschäftigung

Tabellen Erwerbstätigkeit

12. Erwerbstätige¹⁾ (am Wohnort)

Land	Erwerbstätige insgesamt			Darunter				Veränderung Erwerbstätige insgesamt	
				Frauenanteil	Selbst- ständigen- quote	Mit akademischem Abschluss ²⁾			
						Anteil an Erwerbs- tätigen	Veränderung des Anteils		
	2012	2016		2017		2017/2012		2017/2016	
	Anzahl (1 000)			%		Prozent- punkte	%		
Baden-Württemberg	5 397	5 790	5 850	46,0	9,0	21,7	+2,5	+8,4	+1,0
Bayern	6 496	6 889	6 956	46,3	10,3	21,4	+2,8	+7,1	+1,0
Berlin	1 570	1 740	1 791	47,3	14,8	38,0	+6,3	+14,1	+2,9
Brandenburg	1 203	1 251	1 240	48,1	10,1	18,0	+2,1	+3,1	-0,8
Bremen	299	327	326	46,3	9,0	24,0	+1,8	+8,8	-0,5
Hamburg	864	939	963	47,5	13,0	33,0	+7,1	+11,4	+2,5
Hessen	2 965	3 121	3 153	46,4	10,1	25,0	+3,9	+6,3	+1,0
Mecklenburg-Vorpommern	745	760	757	47,5	8,4	16,4	+3,6	+1,6	-0,4
Niedersachsen	3 733	3 900	3 943	46,2	8,9	17,6	+1,6	+5,6	+1,1
Nordrhein-Westfalen	8 151	8 619	8 657	46,4	9,4	20,6	+2,8	+6,2	+0,4
Rheinland-Pfalz	1 956	2 055	2 060	46,3	9,4	18,3	+1,8	+5,4	+0,2
Saarland	460	481	478	46,1	9,1	16,7	+0,8	+4,1	-0,5
Sachsen	1 892	1 982	1 976	46,8	10,3	19,4	+1,8	+4,4	-0,3
Sachsen-Anhalt	1 056	1 044	1 028	47,3	7,4	14,2	+0,5	-2,7	-1,6
Schleswig-Holstein	1 350	1 389	1 416	47,7	10,8	18,1	+2,0	+4,9	+1,9
Thüringen	1 070	1 053	1 049	46,6	8,5	16,4	+1,8	-2,0	-0,4
Deutschland	39 206	41 339	41 641	46,5	9,8	21,3	+2,8	+6,2	+0,7
Westdeutschland	31 670	33 509	33 801	46,3	9,7	21,1	+2,7	+6,7	+0,9
Ostdeutschland	7 536	7 830	7 840	47,2	10,5	22,1	+3,2	+4,0	+0,1

1) 2016 Umstellung auf eine neue Mikrozensus-Stichprobe. Ab 2017 nur noch Bevölkerung in Privathaushalten (ohne Gemeinschaftsunterkünfte). Dadurch ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den Vorjahren eingeschränkt.

2) Hochschul- und Fachhochschulabschluss sowie Promotion.

Quelle: Mikrozensus

13. Erwerbstätigenquoten¹⁾

Land	Erwerbstätigenquote der Frauen (15 bis unter 65 Jahre)			Erwerbstätigenquote der Männer (15 bis unter 65 Jahre)			Veränderung der Erwerbs- tätigenquote von Frauen	Veränderung der Erwerbs- tätigenquote von Männern
	2012	2016	2017	2012	2016	2017	2017/2016	
	%						Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	68,3	73,3	73,5	79,1	81,0	81,9	+0,2	+0,8
Bayern	68,7	73,6	74,3	80,2	82,0	83,0	+0,7	+1,1
Berlin	63,5	68,8	69,7	67,5	74,0	75,8	+0,9	+1,8
Brandenburg	70,9	74,9	76,1	74,8	77,6	77,5	+1,3	-0,1
Bremen	63,4	67,0	68,7	68,1	74,2	74,6	+1,7	+0,3
Hamburg	67,6	72,3	72,8	75,5	78,5	79,9	+0,5	+1,4
Hessen	65,6	69,3	70,5	76,8	78,2	79,1	+1,3	+0,9
Mecklenburg-Vorpommern	68,7	71,1	72,1	72,4	73,0	74,7	+0,9	+1,7
Niedersachsen	64,9	69,0	70,3	75,3	77,3	78,1	+1,3	+0,8
Nordrhein-Westfalen	61,5	66,8	67,8	73,9	75,6	76,1	+0,9	+0,5
Rheinland-Pfalz	66,4	70,6	70,6	77,5	78,0	78,8	+0,0	+0,9
Saarland	60,8	68,5	68,7	72,2	75,0	76,3	+0,2	+1,3
Sachsen	69,1	74,0	75,4	74,4	78,6	79,4	+1,5	+0,8
Sachsen-Anhalt	68,7	71,2	72,8	73,6	74,4	74,9	+1,6	+0,5
Schleswig-Holstein	66,9	70,5	72,2	75,2	77,3	78,1	+1,7	+0,8
Thüringen	70,4	73,4	74,1	75,8	77,2	78,9	+0,7	+1,7
Deutschland	66,0	70,6	71,5	75,9	78,0	78,9	+0,9	+0,9
Westdeutschland	65,5	70,3	71,1	76,6	78,5	79,3	+0,8	+0,8
Ostdeutschland	68,2	72,1	73,3	72,9	76,1	77,1	+1,2	+1,1

1) 2016 Umstellung auf eine neue Mikrozensus-Stichprobe. Ab 2017 nur noch Bevölkerung in Privathaushalten (ohne Gemeinschaftsunterkünfte). Dadurch ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den Vorjahren eingeschränkt.

Quelle: Mikrozensus

14. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort)¹⁾

Land	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt (30.6.)			Darunter Frauen	Anteil der Frauen			Veränderung insgesamt	
	2012	2016	2017		2012	2016	2017	2017/2012	2017/2016
	Anzahl				%				
Baden-Württemberg	4 112 269	4 458 706	4 566 739	2 059 629	44,8	45,2	45,1	+11,1	+2,4
Bayern	4 870 338	5 317 529	5 460 683	2 497 888	45,4	45,8	45,7	+12,1	+2,7
Berlin	1 199 055	1 367 680	1 426 462	715 535	51,3	50,6	50,2	+19,0	+4,3
Brandenburg	784 192	818 474	834 579	402 707	48,3	48,4	48,3	+6,4	+2,0
Bremen	299 274	319 681	325 375	142 703	43,5	43,8	43,9	+8,7	+1,8
Hamburg	858 289	933 846	952 959	444 327	46,3	46,6	46,6	+11,0	+2,0
Hessen	2 295 642	2 462 605	2 524 156	1 146 543	45,2	45,5	45,4	+10,0	+2,5
Mecklenburg-Vorpommern	542 493	560 372	567 650	289 888	51,4	51,3	51,1	+4,6	+1,3
Niedersachsen	2 632 994	2 836 091	2 894 119	1 325 671	45,0	45,8	45,8	+9,9	+2,0
Nordrhein-Westfalen	6 134 130	6 549 350	6 698 306	3 030 194	44,4	45,3	45,2	+9,2	+2,3
Rheinland-Pfalz	1 285 111	1 364 682	1 388 764	647 862	45,8	46,7	46,7	+8,1	+1,8
Saarland	369 310	379 591	384 202	174 772	43,7	45,3	45,5	+4,0	+1,2
Sachsen	1 474 964	1 555 300	1 580 184	771 156	49,0	49,0	48,8	+7,1	+1,6
Sachsen-Anhalt	773 505	783 900	792 591	391 252	49,4	49,6	49,4	+2,5	+1,1
Schleswig-Holstein	872 523	940 613	964 957	461 466	47,4	47,9	47,8	+10,6	+2,6
Thüringen	773 749	793 363	801 728	389 467	48,2	48,6	48,6	+3,6	+1,1
Deutschland ²⁾	29 280 034	31 443 318	32 164 973	14 891 680	45,9	46,4	46,3	+9,9	+2,3
Westdeutschland	23 729 880	25 562 694	26 160 260	11 931 055	45,0	45,6	45,6	+10,2	+2,3
Ostdeutschland	5 547 958	5 879 089	6 003 194	2 960 005	49,6	49,5	49,3	+8,2	+2,1

1) Daten nach einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit 2017.

2) Einschließlich Beschäftigten, die keinem Land zuzuordnen waren, sowie ohne Angabe des Landes.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit – Beschäftigte nach dem Arbeitsort (Zeitreihe Quartalszahlen), Nürnberg, Datenstand April 2018

15. Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte (am Arbeitsort)¹⁾

Land	Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte (ohne Beschäftigte im Nebenjob) insgesamt (30.06.)			Darunter Frauen	Anteil der Frauen			Veränderung insgesamt	
	2012	2016	2017		2012	2016	2017	2017/2012	2017/2016
	Anzahl				%				
Baden-Württemberg	723 749	700 690	692 126	440 799	66,9	64,4	63,7	-4,4	-1,2
Bayern	776 918	770 812	765 996	502 507	68,9	66,4	65,6	-1,4	-0,6
Berlin	150 427	146 772	144 237	78 191	55,0	54,5	54,2	-4,1	-1,7
Brandenburg	101 721	91 692	90 576	48 797	56,4	54,5	53,9	-11,0	-1,2
Bremen	47 522	46 291	45 046	26 484	61,5	59,3	58,8	-5,2	-2,7
Hamburg	107 165	104 414	102 670	61 272	61,3	60,2	59,7	-4,2	-1,7
Hessen	382 006	378 025	372 991	233 317	65,5	63,1	62,6	-2,4	-1,3
Mecklenburg-Vorpommern	67 085	64 258	63 052	32 786	55,2	52,7	52,0	-6,0	-1,9
Niedersachsen	523 287	509 140	504 717	318 893	67,3	64,1	63,2	-3,5	-0,9
Nordrhein-Westfalen	1 279 392	1 221 532	1 200 982	759 088	66,3	63,8	63,2	-6,1	-1,7
Rheinland-Pfalz	263 617	264 452	262 066	166 255	67,5	64,1	63,4	-0,6	-0,9
Saarland	71 374	68 631	67 899	42 469	67,1	63,4	62,5	-4,9	-1,1
Sachsen	179 362	159 806	157 217	85 602	58,6	55,2	54,4	-12,3	-1,6
Sachsen-Anhalt	88 145	78 703	76 587	42 785	59,8	56,5	55,9	-13,1	-2,7
Schleswig-Holstein	181 204	176 375	173 851	104 195	63,9	61,0	59,9	-4,1	-1,4
Thüringen	87 834	82 104	80 748	44 004	58,9	55,5	54,5	-8,1	-1,7
Deutschland ²⁾	5 032 466	4 864 910	4 801 922	2 988 176	65,5	62,9	62,2	-4,6	-1,3
Westdeutschland	4 356 234	4 240 362	4 188 344	2 655 279	66,7	64,1	63,4	-3,9	-1,2
Ostdeutschland	674 574	623 335	612 417	332 165	57,3	54,9	54,2	-9,2	-1,8

1) Daten nach einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit 2017.

2) Einschließlich Beschäftigten, die keinem Land zuzuordnen waren, sowie ohne Angabe des Landes.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit – Beschäftigte nach dem Arbeitsort (Zeitreihe Quartalszahlen), Nürnberg, Datenstand April 2018

16. Arbeitslose und Arbeitslosenquote (Jahresdurchschnitte)

Land	Arbeitslose			Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen			Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit)	Veränderung der Arbeitslosenzahl	
	2012	2016	2017	2012	2016	2017		2017/2012	2017/2016
	Anzahl			%					
Baden-Württemberg	222 202	226 421	212 837	3,9	3,8	3,5	4,9	-4,2	-6,0
Bayern	248 860	250 623	231 353	3,7	3,5	3,2	4,5	-7,0	-7,7
Berlin	215 348	181 018	168 991	12,3	9,8	9,0	12,5	-21,5	-6,6
Brandenburg	136 125	105 555	92 648	10,2	8,0	7,0	9,5	-31,9	-12,2
Bremen	36 828	36 393	35 687	11,2	10,5	10,2	14,0	-3,1	-1,9
Hamburg	70 434	70 666	69 248	7,5	7,1	6,8	9,4	-1,7	-2,0
Hessen	178 329	172 826	166 287	5,7	5,3	5,0	6,8	-6,8	-3,8
Mecklenburg-Vorpommern	101 893	80 389	70 982	12,0	9,7	8,6	11,6	-30,3	-11,7
Niedersachsen	264 543	252 574	244 260	6,6	6,0	5,8	7,7	-7,7	-3,3
Nordrhein-Westfalen	733 307	725 653	701 219	8,1	7,7	7,4	9,8	-4,4	-3,4
Rheinland-Pfalz	111 083	111 436	106 299	5,3	5,1	4,8	6,7	-4,3	-4,6
Saarland	34 282	37 103	34 672	6,7	7,2	6,7	10,0	+1,1	-6,6
Sachsen	207 826	157 862	140 348	9,8	7,5	6,7	8,9	-32,5	-11,1
Sachsen-Anhalt	136 701	110 263	96 960	11,5	9,6	8,4	11,8	-29,1	-12,1
Schleswig-Holstein	100 051	94 977	92 434	6,9	6,3	6,0	8,2	-7,6	-2,7
Thüringen	99 316	77 215	68 614	8,5	6,7	6,1	8,3	-30,9	-11,1
Deutschland	2 897 126	2 690 975	2 532 837	6,8	6,1	5,7	7,8	-12,6	-5,9
Westdeutschland	1 999 918	1 978 672	1 894 294	5,9	5,6	5,3	7,2	-5,3	-4,3
Ostdeutschland	897 209	712 303	638 543	10,7	8,5	7,6	10,4	-28,8	-10,4

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit – Arbeitslose nach Rechtskreisen, Februar 2018

17. Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren (Jahresdurchschnitte)

Land	Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren			Arbeitslosenquote von Jugendlichen unter 25 Jahren bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen ¹⁾				Veränderung der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen	
				insgesamt		männlich	weiblich		
	2012	2016	2017	2016	2017			2017/2012	2017/2016
	Anzahl			%					
Baden-Württemberg	19 099	20 524	19 506	2,9	2,8	3,3	2,2	+2,1	-5,0
Bayern	23 896	25 908	23 106	3,2	2,8	3,3	2,3	-3,3	-10,8
Berlin	21 304	13 961	13 771	9,5	9,6	11,7	7,4	-35,4	-1,4
Brandenburg	11 957	6 802	6 255	8,2	7,9	8,9	6,6	-47,7	-8,0
Bremen	3 369	3 429	3 402	9,6	9,3	10,9	7,5	+1,0	-0,8
Hamburg	5 213	5 401	5 408	5,6	5,6	6,7	4,5	+3,7	+0,1
Hessen	17 473	16 621	16 797	5,0	5,0	5,8	4,1	-3,9	+1,1
Mecklenburg-Vorpommern	9 953	6 547	5 879	10,9	10,2	11,7	8,5	-40,9	-10,2
Niedersachsen	26 350	26 405	25 649	5,7	5,5	6,2	4,6	-2,7	-2,9
Nordrhein-Westfalen	71 271	66 506	64 090	6,6	6,3	7,4	5,2	-10,1	-3,6
Rheinland-Pfalz	12 163	11 762	11 457	4,7	4,6	5,4	3,8	-5,8	-2,6
Saarland	3 625	3 378	2 841	6,2	5,3	6,2	4,2	-21,6	-15,9
Sachsen	17 789	10 889	10 333	7,2	7,1	8,0	6,1	-41,9	-5,1
Sachsen-Anhalt	11 991	7 978	7 298	9,9	9,5	10,3	8,5	-39,1	-8,5
Schleswig-Holstein	10 753	9 745	9 703	5,9	5,9	7,0	4,7	-9,8	-0,4
Thüringen	7 938	5 313	5 200	6,7	6,7	7,4	6,0	-34,5	-2,1
Deutschland	274 144	241 168	230 694	5,3	5,1	5,9	4,2	-15,8	-4,3
Westdeutschland	193 212	189 678	181 958	4,8	4,6	5,4	3,8	-5,8	-4,1
Ostdeutschland	80 932	51 490	48 736	8,6	8,4	9,6	7,1	-39,8	-5,3

1) Der entsprechenden Altersgruppe.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit – Bestand Arbeitslose und Arbeitslosenquoten in der Altersgruppe 15 bis unter 25 Jahre nach Geschlecht, Hannover, Juli 2018

Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen

Wirtschaftsleistung wächst überdurchschnittlich

Im Jahr 2017 wurde in Niedersachsen ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Höhe von rund 288 Mrd. Euro erwirtschaftet (Tab. 18). Dies waren real 2,5 % mehr als im Vorjahr. Die niedersächsische Wirtschaft wuchs im Jahr 2017 um 0,3 Prozentpunkte stärker als der Bundesdurchschnitt. Die höchsten Zuwachsraten des BIP erzielten Bremen (3,3 %) und Berlin (3,1 %).

In den letzten 5 Jahren stieg das BIP in Niedersachsen nominal von 242 Mrd. Euro im Jahr 2012 auf 288 Mrd. Euro im Jahr 2017. Das entsprach einer realen Veränderung von +10,2 %. Im Vergleich dazu wuchs das BIP in Deutschland im selben Zeitraum um 8,6 %. Zwar konnten alle Länder in den letzten 5 Jahren ihr Bruttoinlandsprodukt steigern, jedoch gab es deutliche Unterschiede in den Zuwachsraten. Die Spannweite lag zwischen 1,0 % im Saarland und 12,5 % in Berlin.

Das BIP für Deutschland lag 2017 bei 3,26 Billionen Euro. Der Anteil Niedersachsens an der gesamten deutschen Wirtschaftsleistung betrug 8,8 %. Die höchsten Anteile am gesamtdeutschen BIP erwirtschafteten Nordrhein-Westfalen mit 21,2 %, gefolgt von Bayern mit 18,2 % und Baden-Württemberg mit 15,1 %.

Die Wirtschaftsleistung der niedersächsischen Erwerbstätigen betrug 2017 pro Kopf 70 832 Euro, im Bundesdurchschnitt waren es 73 680 Euro. Das höchste Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätiger Person erzielte Hamburg mit

94 279 Euro, das niedrigste Mecklenburg-Vorpommern mit 56 980 Euro.

Zahl der Erwerbstätigen steigt durchschnittlich

Der Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR) berechnet die Zahl aller Erwerbstätigen am Arbeitsort auf Basis diverser Datenquellen.

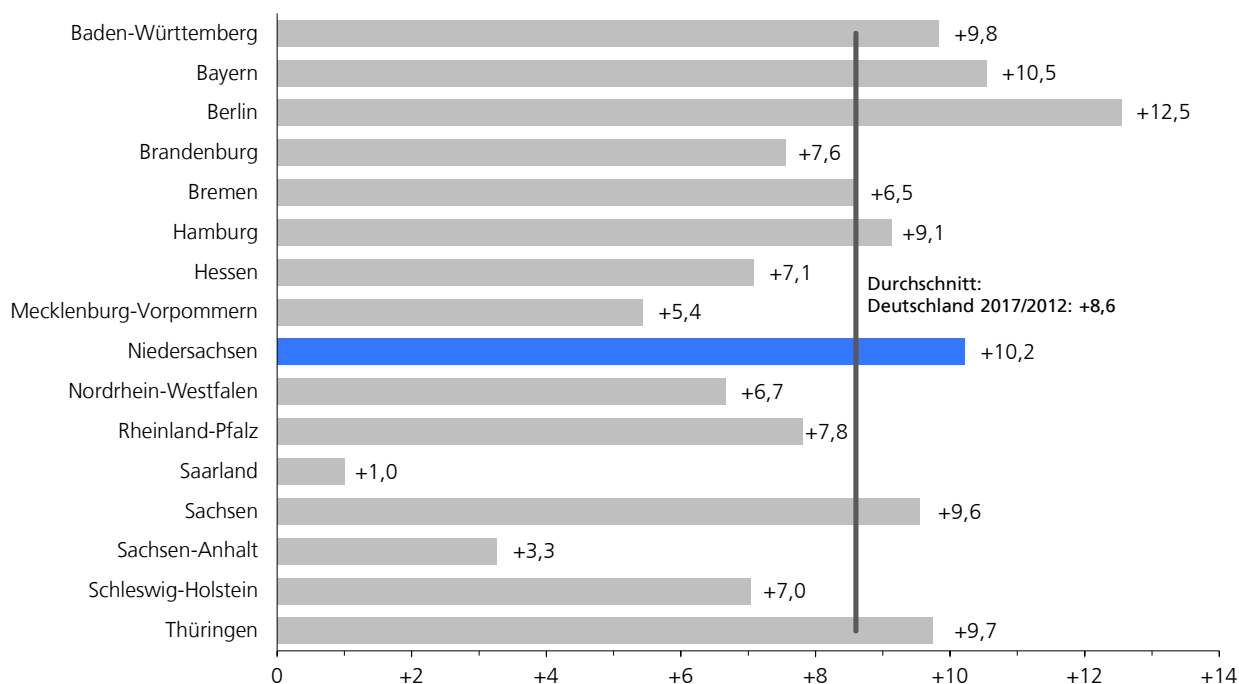
Die Zahl der Erwerbstätigen, die in Niedersachsen arbeiteten (Tab. 19), stieg 2017 um 1,4 % auf 4,07 Mio. Personen. Das Wachstum lag damit knapp unter dem Bundesdurchschnitt (1,5 %). Im mittelfristigen Vergleich von 2017 zu 2012 entsprach der Anstieg in Niedersachsen dem bundesweiten Durchschnitt (+5,3 %).

Der Schwerpunkt der Erwerbstätigkeit liegt sowohl in Niedersachsen als auch bundesweit im Dienstleistungssektor: 2017 waren hier 73,9 % der Erwerbstätigen in Niedersachsen tätig, 23,7 % arbeiteten im Produzierenden Gewerbe und 2,4 % in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei.

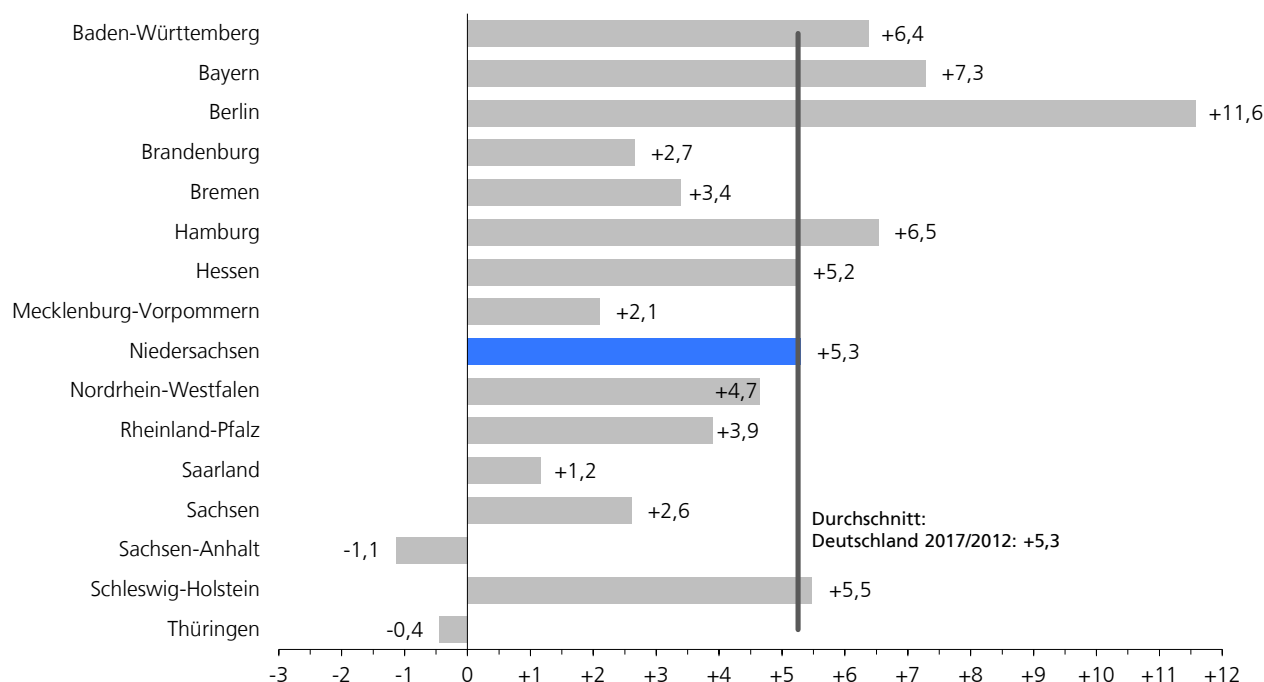
Bruttowertschöpfung nimmt in allen Wirtschaftssektoren zu

Die Gesamt-Bruttowertschöpfung (BWS; Tab. 20-22) Niedersachsens wurde 2017 überwiegend im Dienstleistungsbereich (65,2 %) und zu einem Drittel im Produzierenden Gewerbe (33,2 %) erzielt. Der Anteil der Land- und Forst-

■ Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (real) 2017 gegenüber 2012 – Prozent –



■ Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort 2017 gegenüber 2012 – Prozent –

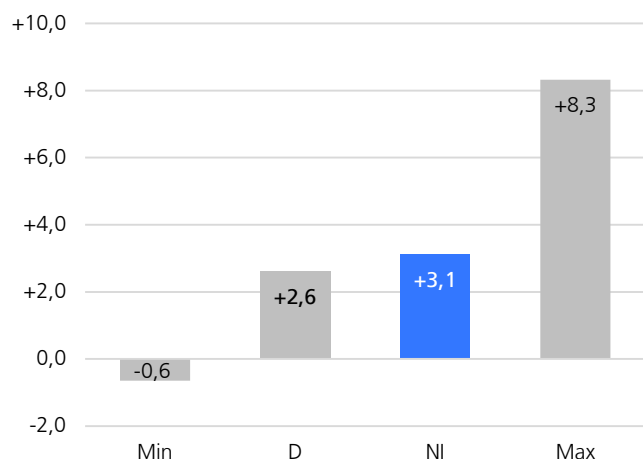


wirtschaft, Fischerei (primärer Sektor) betrug zwar nur 1,7 %, Niedersachsen hatte mit 20,8 % der gesamtdeutschen BWS in diesem Wirtschaftssektor 2017 jedoch zusammen mit Bayern einen Spitzenwert (Tab.20).

Im sekundären Sektor (Produzierendes Gewerbe) konnte die BWS in Niedersachsen gegenüber dem Vorjahr um real 3,1 % gesteigert werden (Tab. 21). Damit lag der Zuwachs um 0,5 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt. Grund dafür ist vor allem die im Jahr 2016 erneut deutlich veränderte Kostenstruktur bei dem größten niedersächsischen Fahrzeugbauer.

Gegenüber 2012 ist der Anteil der Wertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in Niedersachsen um 1,0 Prozentpunkte gestiegen. Der Anteil Niedersachsens an der gesamten Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbes in Deutschland 2017 betrug 9,6 %.

■ Veränderung der Bruttowertschöpfung (real) im Produzierenden Gewerbe 2017 gegenüber 2016 – Prozent –



Im tertiären Sektor (dienstleistende Wirtschaftsbereiche) konnte die BWS 2017 in Niedersachsen real um 2,3 % gesteigert werden (Tab. 22); auch hier wurde der Bundesdurchschnitt (+2,2 %) übertroffen. Zur gesamtdeutschen BWS dieses Sektors trug Niedersachsen mit 8,4 % den fünftgrößten Anteil bei.

Zahl der Unternehmensinsolvenzen sinkt

Im Jahr 2017 stellten 1 710 Unternehmen in Niedersachsen einen Insolvenzantrag. Das waren deutlich weniger (7,6 %) als im Jahr zuvor (Tab. 23). Im Bundesdurchschnitt sank die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um -6,6 % gegenüber dem Vorjahr. Im Vergleich zu 2012 wurden 2017 in Niedersachsen über ein Viertel (-26,1 %) weniger insolvente Unternehmen gezählt, im gesamten Bundesgebiet waren es 29 % weniger.

Umsatzanteil der kleinen und mittleren Unternehmen am Gesamtumsatz leicht gestiegen

Der Anteil des Umsatzes der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) mit Lieferungen und Leistungen von weniger als 50 Mio. Euro an den Lieferungen und Leistungen aller Unternehmen ist 2016 im Vergleich zu 2015 in Niedersachsen leicht gestiegen (+1,4 Prozentpunkte) und machte 37,0 % aus (Tab. 24). Die KMU in Niedersachsen erzielten 2016 Umsätze aus Lieferungen und Leistungen von knapp 209 Mrd. Euro. Bis einschließlich 2014 war der KMU-Anteil am Umsatz in Niedersachsen stets höher als im Bundesdurchschnitt, 2015 und auch 2016 lag der KMU-Anteil in Niedersachsen darunter, und zwar um 0,4 bzw. 0,2 Prozentpunkte.

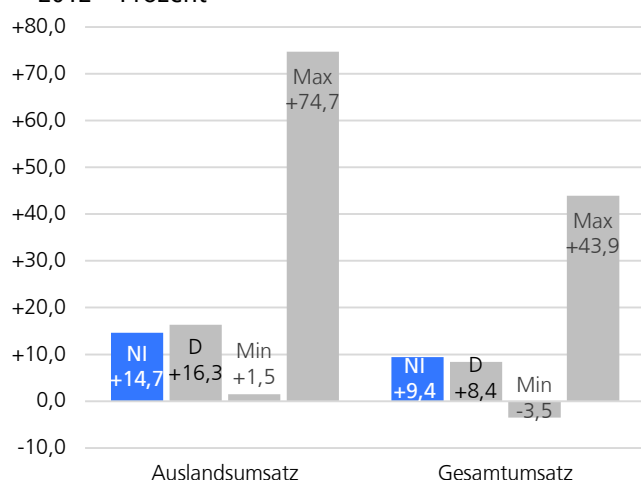
Die Kleinstunternehmen mit weniger als 2 Mio. Euro Umsatz aus Lieferungen und Leistungen, worunter in Niedersachsen etwa 93 % der KMU fallen, hatten am Umsatz aller Unternehmen einen Anteil von 12,0 % (Deutschland: 12,2 %). In den ostdeutschen Ländern betrug dieser Wert mit 21,5 % mehr als ein Fünftel (Westdeutschland: 11,2 %).

Umsatzsteigerung im Verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe

Der Umsatz im Wirtschaftsbereich Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden stieg in Niedersachsen 2017 um 4,5 % auf 213,8 Mrd. Euro (Tab. 25). Der Zuwachs lag unter dem Bundesdurchschnitt (+5,7 %). Im Vergleich zu 2012 legte der Umsatz in Niedersachsen um 9,4 % zu und lag damit über dem Umsatzplus in Deutschland insgesamt (+8,4 %). Die größten Steigerungen, allerdings bei deutlich geringeren Absolutwerten, konnten im selben Zeitraum in Bremen (+43,9 %) und Mecklenburg-Vorpommern (+25,4 %) erzielt werden.

Von den Gesamtumsätzen wurden 2017 im niedersächsischen Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 46,7 % bzw. 99,9 Mrd. Euro im Auslandsgeschäft erzielt. Gegenüber dem Vorjahr entsprach das einem Anstieg von 6,3 %. Für Deutschland (Anteil 48,2 %) lag die Steigerung des Auslandsumsatzes mit 6,9 % etwas höher. Im Fünffjahresvergleich 2017 zu 2012 erhöhte sich der Auslandsumsatz des niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbes um 14,7 % und damit weniger als im Bundesdurchschnitt (16,3 %). Die stärkste Zuwachsrate in diesem Zeitraum hatte Bremen mit 74,7 %, die kleinste Brandenburg (1,5 %).

■ Veränderung des Auslands- und Gesamtumsatzes im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2017 gegenüber 2012 – Prozent –



Hinsichtlich des Anteils des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz des Verarbeitenden Gewerbes lag Niedersachsen mit 46,7 % im Mittelfeld (Deutschland: 48,2 %). In 7 Ländern lag dieser Anteil 2017 bei mehr als der Hälfte, darunter Bremen mit mehr als 60 %.

Der Wert für den Auslandsumsatz im niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden ist deutlich höher als der Exportwert in der Außenhandelsstatistik. Im Gegensatz zur Außenhandelsstatistik, in der der Exportwert einer Ware dem Land zugerechnet wird, in dem sie die letzte wesentliche Bearbeitung erfahren hat, sind im oben genannten Auslandsumsatz auch Warenumsätze (z. B. Handelswaren) enthalten, deren Ursprungsland nicht Niedersachsen ist.

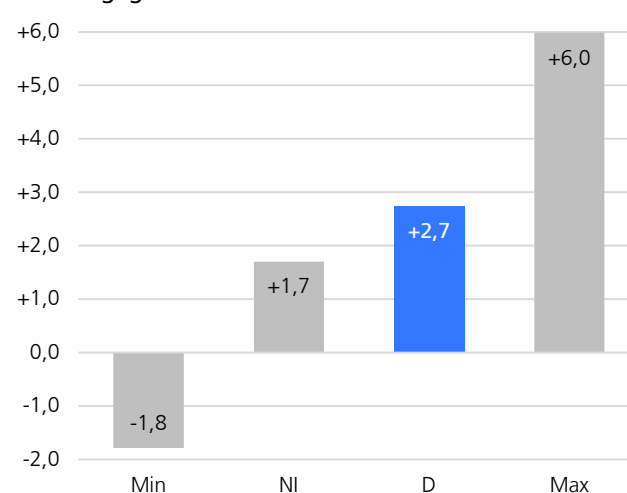
Im niedersächsischen Bauhauptgewerbe lag die Veränderung des Umsatzes 2017 im Vergleich zum Vorjahr bei +5,0 % und damit unter dem Bundesdurchschnitt von +8,6 % (Tab. 26). Das höchste Umsatzplus im Bauhauptgewerbe verzeichnete Bremen mit 15,1 %, in Hamburg stiegen die Umsätze im Vergleich zu 2016 mit einem Plus von 0,9 % am schwächsten. Die Veränderungsraten im Zeitraum 2012 bis 2017 waren in allen Ländern positiv. In Niedersachsen stieg der Umsatz in dieser Zeit um 24,3 % (Bundesdurchschnitt: +26,4 %). Die stärkste Zuwachsrate hatte Baden-Württemberg mit 46 %, die niedrigste Sachsen-Anhalt mit 4,5 %. Unverändert blieb die Bedeutung des niedersächsischen Bauhauptgewerbes innerhalb des gesamtdeutschen Bauhauptgewerbes: Etwa jeder neunte Umsatzeuro Deutschlands wurde von hiesigen Unternehmen erzielt.

Wieder neuer Rekord bei Gästeübernachtungen

Auch im Jahr 2017 war Niedersachsen vor allem für inländische Gäste ein attraktives Reiseziel, die Übernachtungszahlen erreichten erneut einen Rekord. Es wurden insgesamt 43,5 Millionen Übernachtungen in Niedersachsen gebucht und damit nochmals 1,7 % mehr als 2016 (Tab. 27). Deutschlandweit stieg die Zahl der Gästeübernachtungen um 2,7 %.

Etwa jede elfte Übernachtung (8,7 %) in Niedersachsen entfiel auf einen Gast aus dem Ausland, im gesamten Bundesgebiet war es fast jede fünfte (18,3 %). Den höchsten Anteil an ausländischen Gästeübernachtungen hatte Berlin mit 44,9 %.

■ Veränderung der Zahl der Gästeübernachtungen 2017 gegenüber 2016 – Prozent –



Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von Gästen in Niedersachsen lag 2017 unverändert zum Vorjahr bei 3 Tagen. Damit stand Niedersachsen an dritter Stelle unter den Ländern, lediglich in den benachbarten Küstenländern Mecklenburg-Vorpommern (4,0 Tage) und Schleswig-Holstein (3,9 Tage) blieben die Gäste länger. Grund dafür ist, dass an den Küsten und insbesondere auf den Inseln wie z. B. auf Norderney, Amrum oder Rügen längere Urlaube verbracht werden.

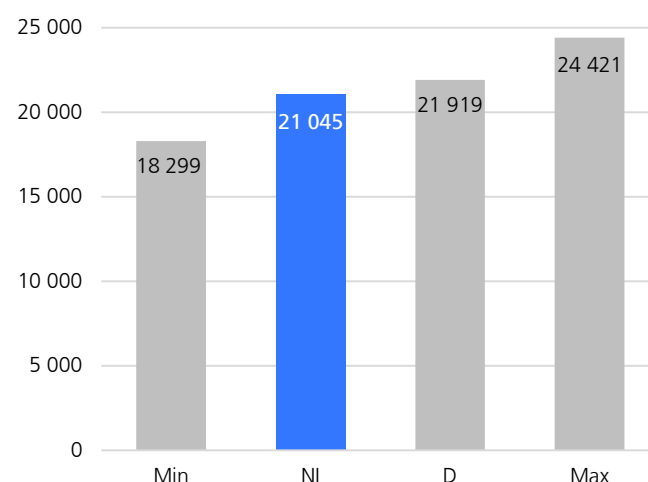
Verfügbares Einkommen und Verdienste steigen

Die anhaltend gute Wirtschaftslage schlug sich auch in gestiegenen Einkommen und Verdiensten nieder. Die niedersächsischen Einwohnerinnen und Einwohner hatten pro Kopf 2016 ein verfügbares Einkommen in Höhe von 21 045 Euro (Einkommen inkl. Sozialleistungen nach Abzug von direkten Steuern und Sozialversicherungsabgaben; Tab. 28). Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Plus von knapp 400 Euro (+1,9 %). Das verfügbare Einkommen in Deutschland lag bei 21 919 Euro pro Kopf und stieg um 2,1 %. Im Zeitraum 2011 bis 2016 lag der Anstieg in Niedersachsen mit 10,4 % über dem Bundesdurchschnitt von 9,4 %. Dennoch lag Niedersachsen beim verfügbaren Einkommen weiter unter dem Bundesdurchschnitt.

Bei den Bruttojahresverdiensten der Vollzeitbeschäftigten im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich in Niedersachsen war 2017 ein Plus von 2,5 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen (Tab. 29); dieses fiel höher aus als im Bundesdurchschnitt (+1,7 %). Der Bruttojahresverdienst inkl. Sonderzahlungen betrug 2017 in Niedersachsen 46 722 Euro, rund 3 000 Euro weniger als das Bundesniveau (49 792 Euro).

Im Vergleich zu 2012 war eine geringe Annäherung hinsichtlich der Verdienstunterschiede zwischen Frauen und

■ Verfügbares Einkommen je Einwohner/-in 2016
– Euro –



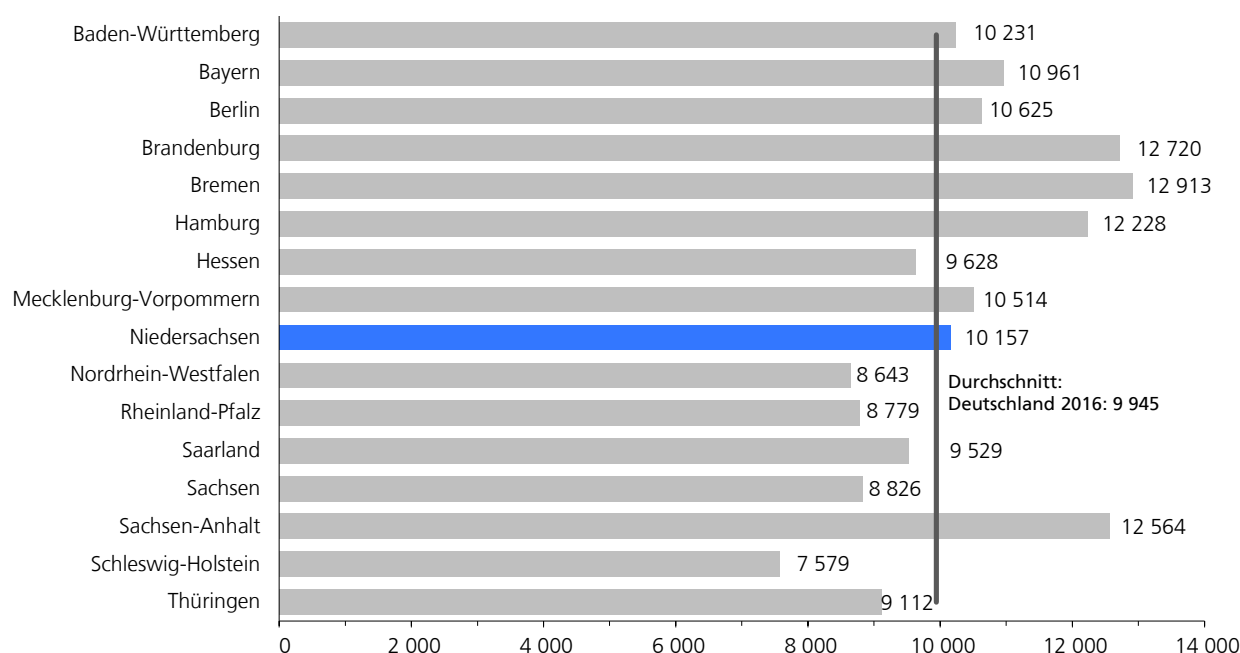
Männern festzustellen. 2017 entsprach der Bruttojahresverdienst von Frauen in Niedersachsen 83,8 % des Verdienstes der Männer. Dies waren 2,2 Prozentpunkte mehr als 2012. Beim Bruttostundenverdienst ohne Sonderzahlungen (Voll- und Teilzeit) gab es eine Annäherung um 1,0 Prozentpunkte: In Niedersachsen verdienten 2017 die Frauen gemessen am Bruttostundenverdienst ebenso wie im Vorjahr rund 20 % weniger als die Männer. 5 Jahre zuvor waren es 21 %. Diese Entwicklung des sog. unbereinigten Gender Pay Gap war im Bundesdurchschnitt fast identisch.

Erneut weniger Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe

Im Vergleich zum Vorjahr sanken 2016 die Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden in Niedersachsen er-

■ Investitionen je tätige Person 2016 – Euro –

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

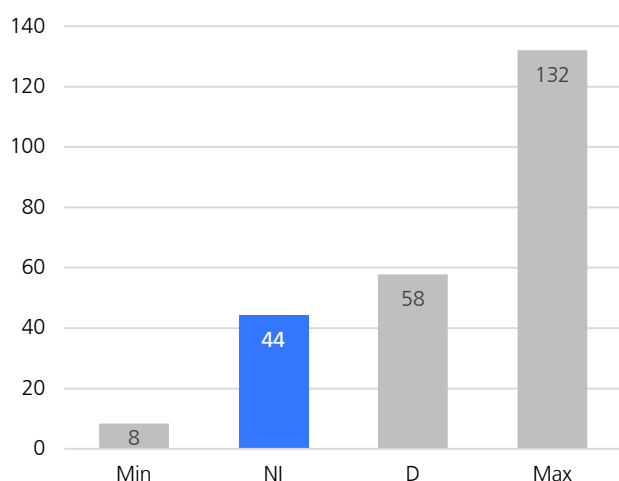


neut, und zwar um 5,5 % (Tab. 30). In Deutschland gab es dagegen ein Investitionsplus von 4,2 %. Bezogen auf den für einen Vergleich der Investitionen aussagekräftigeren Zeitraum von 2011 bis 2016 stiegen die Investitionen in Niedersachsen um 4,3 %. Bundesweit war der Anstieg mit 12,7 % fast dreimal so stark.

Weniger Patentanmeldungen

Die Zahl der Patentanmeldungen sank in Niedersachsen im Jahr 2017 im Vergleich zu 2016 um 5,0 % (Tab. 31). In Deutschland insgesamt sank die Zahl um 1,5 %. Bei der Gesamtzahl der Patentanmeldungen lag Niedersachsen im Jahr 2017 mit 3 514 Patentanmeldungen an vierter Stelle. Spitzenreiter war – wie bereits in den Vorjahren – Bayern, dicht gefolgt von Baden-Württemberg.

■ Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner/-innen 2017 – Anzahl –



Weiterer Anstieg der Exporte ...

Im Vergleich zum Vorjahr konnte Niedersachsen 2017 den Wert seiner Ausfuhren um 3,7 % steigern (Tab. 32). Niedersachsen lag damit aber deutlich unter dem Ausfuhrzuwachs Deutschlands (6,2 %). Die niedersächsische Wirtschaft exportierte Waren im Wert von 88,2 Mrd. Euro ins Ausland, was einem Anteil von 8,7 % an der gesamtdeutschen Ausfuhr entsprach. Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen hatten mit 19,0 % bis 19,9 % die größten Anteile am Gesamtexport.

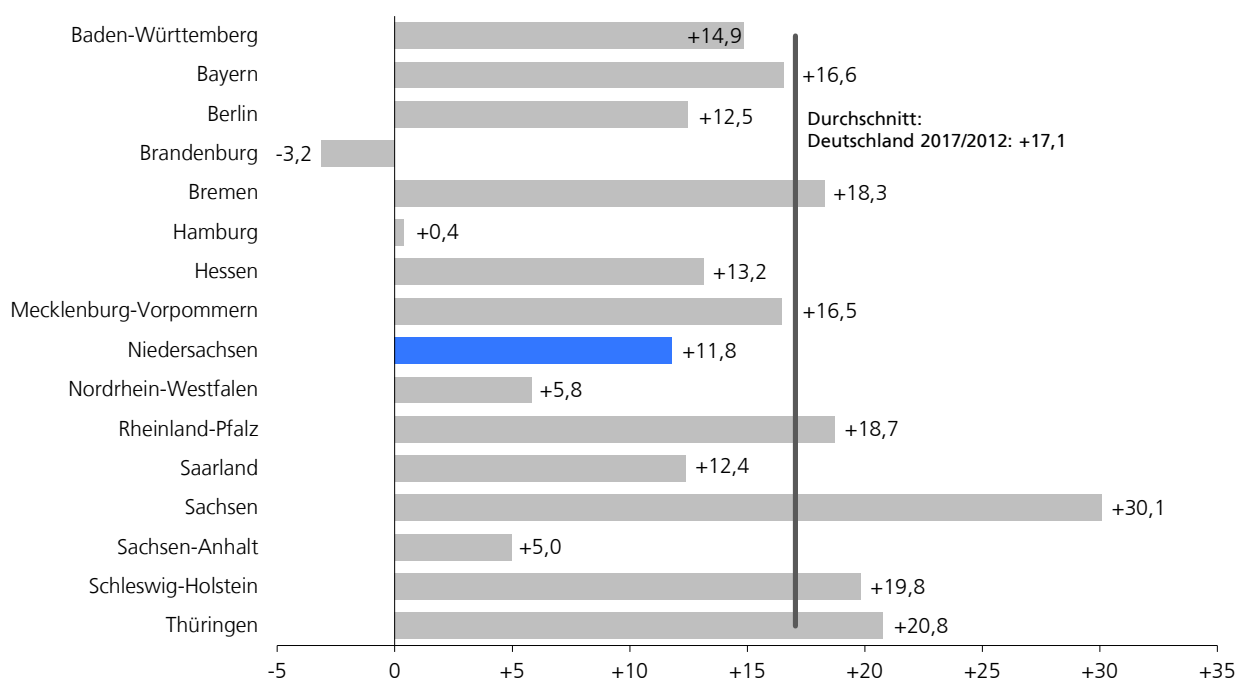
Im Vergleich der Jahre 2017 und 2012 konnte Niedersachsen den Wert der exportierten Waren um 11,8 % steigern, lag damit aber unter dem Bundesdurchschnitt (+17,1 %).

... und wieder mehr Importe

Beim Wert der Einfuhren verzeichnete Niedersachsen 2017 einen Anstieg um 12,9 % (Tab. 33). Der Wert der importierten Waren betrug 89,2 Mrd. Euro. In Deutschland veränderte sich der Wert der Importe gegenüber 2016 weniger deutlich (+8,4 %), lag aber erstmals über der Marke von 1-Billion-Euro.

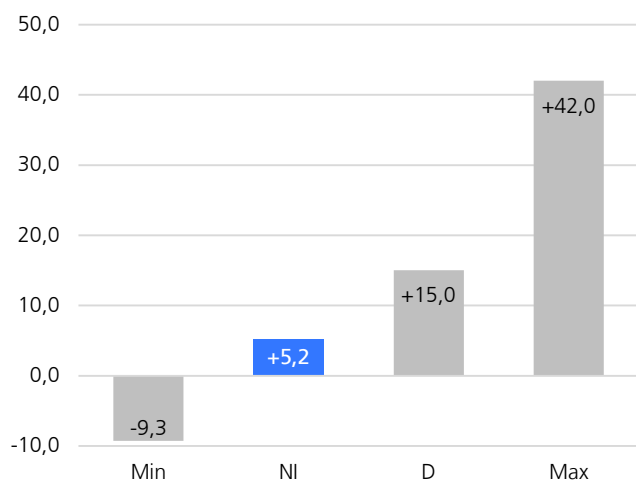
Der Wert der aus Deutschland ins Ausland exportierten Waren lag auch 2017 deutliche 238 Mrd. Euro über dem Wert der nach Deutschland importierten Waren. In Niedersachsen lag der Wert der ausgeführten Güter lediglich gut 1 Milliarde Euro über dem Wert der eingeführten Güter. In Brandenburg, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt lagen die Werte der Importe über denen der Exporte.

■ Veränderung der Ausfuhren 2017 gegenüber 2012 – Prozent –



Im Zeitraum 2012 bis 2017 stieg der Wert importierter Waren nach Niedersachsen um 5,2 %, der Wert für Deutschland wuchs um 15 %.

■ Veränderung der Einfuhren 2017 gegenüber 2012 – Prozent –



Der Anteil Niedersachsens an der gesamtdeutschen Einfuhr lag 2017 bei 8,9 %. Hauptabnehmer der nach Deutschland importierten Güter waren Nordrhein-Westfalen (22,7 %), Bayern (17,9 %) und Baden-Württemberg (17,0 %).

Internationale Kapitalverflechtung niedersächsischer Investoren steigt an

Ein weiterer Aspekt der globalen wirtschaftlichen Verflechtung sind neben den Im- und Exporten die Direktinvestitionen. Laut den Erläuterungen der Deutschen Bundesbank gibt die Statistik zur Bestandserhebung über Direktinvestitionen „Auskunft über die Kapitalbeziehungen aus Beteiligungen von Inländern an Unternehmen im Ausland bzw. von Ausländern an Unternehmen in Deutschland zu einem festen Zeitpunkt“. In der Bestandserhebung werden die Direktinvestitionsbestände (Saldo der Forderungen und Verbindlichkeiten) gemäß international harmonisierter Berechnungsvorgaben dargestellt.

Der Bestand unmittelbarer Auslandsdirektinvestitionen betrug 2016 in Niedersachsen rund 66 Mrd. Euro (Tab. 34). Der Wert der Investitionen, die niedersächsische Investoren im Ausland getätigt haben, stieg damit gegenüber 2015 um 4,8 %. Deutschlandweit lag der Wertzuwachs im Bestand der Auslandsdirektinvestitionen bei 2,2 %.

Der Bestand unmittelbarer Direktinvestitionen ausländischer Investoren im Inland betrug 2016 in Niedersachsen 24,9 Mrd. Euro (Tab. 34). Der Wert ging im Vergleich zu 2015 um 3,9 % zurück. In Deutschland stieg dagegen der Bestand 2016 gegenüber dem Vorjahr um 1,6 %.

Infokasten mit Quellen sowie Fundstellen für weiterführende Informationen:

BIP, BWS und Einkommen:

- [Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“](#) der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (VGRdL)
- [Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ \(AK ETR\)](#)
- LSN: Themenbereich: [Konjunktur, VGR - Übersicht](#)
- [Regionalmonitoring Niedersachsen > Wirtschaft](#)

- **Verdienste:** Statistisches Bundesamt: [Arbeitnehmerverdienste 2017 \(Fachserie 16 Reihe 2.3\)](#), Wiesbaden März 2018

- [GENESIS-Online:](#) Vierteljährliche Verdiensterhebung, Statistik 62321

- LSN: Themenbereich: [Preise, Verdienste, Arbeitskosten – Vierteljährliche Verdiensterhebung \(VVE\)](#)

- **Unternehmensinsolvenzen:** Statistisches Bundesamt: [Unternehmen und Arbeitsstätten. Insolvenzverfahren \(Fachserie 2 Reihe 4.1\)](#)

- LSN: [Statistische Berichte Niedersachsen D III 1 - j / 2017: Insolvenzverfahren 2017](#)

Umsatz: [GENESIS-Online:](#)

- **Verarbeitendes Gewerbe,** Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, Statistiken 42 bzw. Jahresbericht für Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe, Statistik 42271

- **Bauhauptgewerbe:** Statistiken 44 bzw. Betriebe, Tätige Personen, Entgelte, Umsatz im Bauhauptgewerbe, Statistik 44111

- **Gästeübernachtungen:** Statistisches Bundesamt: [Monatserhebung im Tourismus 2017 \(Fachserie 6 Reihe 7.1\)](#), Wiesbaden Februar 2018

- [LSN-OnlineDatenbank:](#) Beherbergungen im Reiseverkehr (736)

- [Regionalmonitoring Niedersachsen > Wirtschaft – Tourismus](#)

- **Patentanmeldungen:** [Deutsches Patent- und Markenamt:](#) Jahresbericht 2017, Berlin 2018

- **Ein- und Ausfuhren:** [GENESIS-Online:](#) Außenhandel, Statistik 51

- **Direktinvestitionen:** Deutsche Bundesbank: [Direktinvestitionen – Tabellen Direktinvestitionsbestände nach Bundesländern 2016](#)

Tabellen Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen

18. Bruttoinlandsprodukt¹⁾

Land	Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen			Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen			Veränderung des Bruttoinlandsprodukts insgesamt (real)	
	2012	2016	2017	2012	2016	2017	2017/2012	2017/2016
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	413 689	476 274	493 265	70 282	77 245	78 748	+9,8	+2,3
Bayern	494 015	569 810	594 447	70 345	76 953	78 830	+10,5	+2,8
Berlin	109 910	130 537	136 614	62 908	68 906	69 977	+12,5	+3,1
Brandenburg	58 993	66 942	69 132	54 332	60 755	61 904	+7,6	+1,4
Bremen	28 871	32 056	33 662	69 559	75 382	78 437	+6,5	+3,3
Hamburg	98 017	112 959	117 572	83 837	92 163	94 279	+9,1	+2,4
Hessen	238 020	269 440	279 085	72 998	79 726	81 265	+7,1	+2,2
Mecklenburg-Vorpommern	36 710	41 019	42 783	49 954	55 093	56 980	+5,4	+1,8
Niedersachsen	241 513	276 270	287 959	62 568	68 945	70 832	+10,2	+2,5
Nordrhein-Westfalen	596 332	668 912	691 518	66 232	71 978	73 385	+6,7	+1,7
Rheinland-Pfalz	122 724	138 500	144 308	63 035	69 180	71 363	+7,8	+2,5
Saarland	32 277	34 331	35 300	61 635	65 367	66 562	+1,0	+1,2
Sachsen	101 520	118 199	121 738	50 725	58 077	59 262	+9,6	+1,4
Sachsen-Anhalt	54 220	59 078	60 695	53 081	58 565	60 070	+3,3	+0,8
Schleswig-Holstein	79 837	89 825	93 367	60 075	65 114	66 664	+7,0	+2,1
Thüringen	51 612	59 898	61 906	48 993	57 310	58 973	+9,7	+1,6
Deutschland	2 758 260	3 144 050	3 263 350	65 578	72 048	73 680	+8,6	+2,2
Westdeutschland	2 345 295	2 668 376	2 770 482	68 144	74 519	76 203	+8,5	+2,3
Ostdeutschland	412 965	475 674	492 868	54 024	60 750	62 119	+8,9	+1,9

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom August 2017/Februar 2018; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

19. Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder¹⁾

Land	Erwerbstätige (am Arbeitsort) insgesamt			Anteil der Wirtschaftsbereiche			Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen	
				Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produ- zierendes Gewerbe	Dienst- leistungen		
	2012	2016	2017	2017			2017/2012	2017/2016
	Anzahl in 1 000			%				
Baden-Württemberg	5 886	6 166	6 262	1,2	30,9	67,9	+6,4	+1,6
Bayern	7 023	7 405	7 534	1,8	27,4	70,8	+7,3	+1,8
Berlin	1 747	1 894	1 949	0,0	11,4	88,6	+11,6	+2,9
Brandenburg	1 086	1 102	1 115	2,9	21,9	75,2	+2,7	+1,2
Bremen	415	425	429	0,1	18,9	81,0	+3,4	+0,9
Hamburg	1 169	1 226	1 246	0,1	12,7	87,1	+6,5	+1,6
Hessen	3 261	3 380	3 431	0,8	21,2	78,0	+5,2	+1,5
Mecklenburg-Vorpommern	735	745	750	3,0	18,4	78,6	+2,1	+0,8
Niedersachsen	3 860	4 007	4 065	2,4	23,7	73,9	+5,3	+1,4
Nordrhein-Westfalen	9 004	9 293	9 423	0,8	22,3	76,8	+4,7	+1,4
Rheinland-Pfalz	1 947	2 002	2 023	2,1	25,5	72,4	+3,9	+1,0
Saarland	524	525	530	0,4	26,5	73,1	+1,2	+0,9
Sachsen	2 001	2 035	2 054	1,4	26,6	72,1	+2,6	+0,9
Sachsen-Anhalt	1 021	1 009	1 010	2,2	25,6	72,2	-1,1	+0,1
Schleswig-Holstein	1 329	1 379	1 402	2,4	19,4	78,3	+5,5	+1,6
Thüringen	1 053	1 045	1 049	1,7	29,4	68,8	-0,4	+0,3
Deutschland	42 061	43 638	44 271	1,4	24,1	74,5	+5,3	+1,5
Westdeutschland	34 417	35 808	36 344	1,4	24,7	74,0	+5,6	+1,5
Ostdeutschland	7 644	7 830	7 927	1,6	21,7	76,8	+3,7	+1,2

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom Mai 2018; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

20. Bruttowertschöpfung (BWS) der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei¹⁾

Land	Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbs- tätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2012	2016	2017	2012	2017			2017/2012	2017/2016
	Mio. €			%			€	%	
Baden-Württemberg	1 818	1 615	1 848	0,5	0,4	8,9	24 296	+0,8	-3,5
Bayern	3 676	3 614	4 343	0,8	0,8	20,8	32 097	+11,7	-1,2
Berlin	6	4	5	0,0	0,0	0,0	8 691	-17,8	-1,3
Brandenburg	906	760	910	1,7	1,5	4,4	28 665	-1,7	+0,1
Bremen	22	4	5	0,1	0,0	0,0	12 305	-74,4	-1,1
Hamburg	67	50	61	0,1	0,1	0,3	34 780	-9,7	-1,2
Hessen	743	663	773	0,3	0,3	3,7	29 155	+2,8	-0,3
Mecklenburg-Vorpommern	1 065	647	844	3,2	2,2	4,1	37 879	-24,4	+8,0
Niedersachsen	3 507	3 534	4 327	1,6	1,7	20,8	43 806	+23,7	+1,0
Nordrhein-Westfalen	2 471	2 234	2 743	0,5	0,4	13,2	34 744	+11,4	+1,6
Rheinland-Pfalz	1 416	1 326	1 416	1,3	1,1	6,8	33 681	+4,8	-7,1
Saarland	56	44	52	0,2	0,2	0,2	24 255	-10,6	-2,5
Sachsen	836	706	850	0,9	0,8	4,1	30 694	-1,4	-2,8
Sachsen-Anhalt	1 132	832	954	2,3	1,7	4,6	42 613	-15,0	-4,7
Schleswig-Holstein	957	813	1 095	1,3	1,3	5,3	33 626	+7,5	+5,2
Thüringen	711	546	607	1,5	1,1	2,9	33 991	-16,9	-7,6
Deutschland	19 388	17 392	20 832	0,8	0,7	100	33 763	+5,7	-0,7
Westdeutschland	14 733	13 896	16 662	0,7	0,7	80,0	33 695	+11,5	-0,6
Ostdeutschland	4 655	3 496	4 170	1,3	0,9	20,0	34 040	-12,4	-1,4

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom August 2017/Februar 2018; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

21. Bruttowertschöpfung (BWS) im Produzierenden Gewerbe¹⁾

Land	Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbs- tätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2012	2016	2017	2012	2017			2017/2012	2017/2016
	Mio. €			%			€	%	
Baden-Württemberg	146 192	168 736	174 544	39,3	39,3	19,4	90 363	+11,1	+2,3
Bayern	151 270	174 356	184 048	34,1	34,4	20,4	89 298	+13,6	+4,2
Berlin	16 572	18 653	18 908	16,8	15,4	2,1	85 204	+4,7	-0,6
Brandenburg	14 676	16 305	16 653	27,7	26,7	1,9	68 201	+7,5	-0,1
Bremen	7 153	8 086	8 910	27,6	29,4	1,0	109 770	+18,9	+8,3
Hamburg	14 658	17 921	19 160	16,6	18,1	2,1	120 804	+25,6	+4,9
Hessen	52 954	62 235	64 593	24,8	25,7	7,2	88 681	+13,1	+2,2
Mecklenburg-Vorpommern	7 127	7 931	8 319	21,6	21,6	0,9	60 138	+9,3	+2,2
Niedersachsen	69 908	82 291	86 086	32,2	33,2	9,6	89 537	+18,7	+3,1
Nordrhein-Westfalen	154 892	165 238	170 996	28,9	27,4	19,0	81 419	+4,4	+1,4
Rheinland-Pfalz	38 708	42 537	45 600	35,1	35,1	5,1	88 656	+8,8	+5,2
Saarland	10 354	10 742	11 070	35,7	34,8	1,2	78 785	+0,9	+1,0
Sachsen	27 608	33 515	34 487	30,3	31,4	3,8	63 319	+15,6	+1,0
Sachsen-Anhalt	16 099	17 233	17 653	33,0	32,3	2,0	68 479	+4,5	+0,1
Schleswig-Holstein	17 403	19 705	20 282	24,3	24,1	2,3	74 978	+10,6	+1,0
Thüringen	15 499	18 059	18 815	33,4	33,7	2,1	61 021	+12,8	+2,3
Deutschland	761 073	863 543	900 124	30,7	30,6	100	84 416	+11,0	+2,6
Westdeutschland	663 493	751 848	785 289	31,5	31,5	87,2	87 763	+11,1	+2,9
Ostdeutschland	97 580	111 695	114 835	26,3	25,9	12,8	66 951	+9,8	+0,7

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom August 2017/Februar 2018; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

22. Bruttowertschöpfung (BWS) der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche¹⁾

Land	Bruttowertschöpfung der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbs- tätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2012	2016	2017	2012	2017			2017/2012	2017/2016
	Mio. €			%			€	%	
Baden-Württemberg	223 735	258 644	268 155	60,2	60,3	13,3	63 004	+8,7	+2,4
Bayern	288 979	335 274	347 344	65,1	64,8	17,2	64 991	+8,6	+2,3
Berlin	82 189	98 922	104 209	83,2	84,6	5,2	60 242	+13,9	+3,9
Brandenburg	37 430	43 232	44 741	70,6	71,8	2,2	53 210	+7,6	+2,0
Bremen	18 768	20 784	21 422	72,3	70,6	1,1	61 633	+1,9	+1,4
Hamburg	73 353	83 775	86 739	83,3	81,9	4,3	79 818	+5,8	+1,9
Hessen	160 189	179 794	186 155	74,9	74,0	9,2	69 477	+4,9	+2,3
Mecklenburg-Vorpommern	24 797	28 370	29 394	75,2	76,2	1,5	49 801	+5,2	+1,7
Niedersachsen	143 611	163 019	169 105	66,2	65,2	8,4	56 272	+5,7	+2,3
Nordrhein-Westfalen	378 506	435 038	449 478	70,6	72,1	22,3	62 048	+7,3	+2,0
Rheinland-Pfalz	70 157	80 888	83 039	63,6	63,8	4,1	56 652	+6,9	+1,3
Saarland	18 594	20 137	20 692	64,1	65,0	1,0	53 373	+0,7	+1,4
Sachsen	62 782	72 244	74 377	68,8	67,8	3,7	50 191	+6,8	+1,6
Sachsen-Anhalt	31 491	35 148	36 092	64,6	66,0	1,8	49 427	+3,0	+1,3
Schleswig-Holstein	53 382	60 390	62 769	74,4	74,6	3,1	57 192	+5,7	+2,4
Thüringen	30 170	35 348	36 370	65,0	65,2	1,8	50 266	+8,6	+1,5
Deutschland	1 698 135	1 951 007	2 020 078	68,5	68,7	100	61 194	+7,3	+2,2
Westdeutschland	1 429 276	1 637 744	1 694 895	67,8	67,9	83,9	62 973	+7,0	+2,1
Ostdeutschland	268 859	313 263	325 183	72,5	73,2	16,1	53 339	+8,7	+2,4

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom August 2017/Februar 2018; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

23. Unternehmensinsolvenzen

Land	Unternehmensinsolvenzen			Unternehmensinsolvenzen je 10 000 Unternehmen ¹⁾		Veränderung der Zahl der Unternehmensinsolvenzen	
	2012	2016	2017	2012	2017 ²⁾	2017/2012	2017/2016
	Anzahl					%	
Baden-Württemberg	2 169	1 672	1 902	48,3	42,2	-12,3	+13,8
Bayern	3 286	2 738	2 559	54,4	41,9	-22,1	-6,5
Berlin	1 286	1 369	1 349	91,4	88,7	+4,9	-1,5
Brandenburg	608	522	436	66,9	46,3	-28,3	-16,5
Bremen	230	213	206	101,9	91,8	-10,4	-3,3
Hamburg	781	907	741	86,1	80,3	-5,1	-18,3
Hessen	1 548	1 421	1 457	62,0	58,5	-5,9	+2,5
Mecklenburg-Vorpommern	375	304	251	67,3	45,1	-33,1	-17,4
Niedersachsen	2 314	1 850	1 710	84,0	61,6	-26,1	-7,6
Nordrhein-Westfalen	10 548	6 547	5 892	156,8	88,2	-44,1	-10,0
Rheinland-Pfalz	1 094	777	715	70,0	46,1	-34,6	-8,0
Saarland	352	327	245	100,2	70,5	-30,4	-25,1
Sachsen	1 388	1 060	918	92,2	61,7	-33,9	-13,4
Sachsen-Anhalt	657	516	501	97,3	76,8	-23,7	-2,9
Schleswig-Holstein	1 143	956	888	101,4	76,9	-22,3	-7,1
Thüringen	518	339	323	67,7	43,7	-37,6	-4,7
Deutschland	28 297	21 518	20 093	87,1	61,5	-29,0	-6,6
Westdeutschland	23 465	17 408	16 315	87,9	61,0	-30,5	-6,3
Ostdeutschland	4 832	4 110	3 778	83,0	64,0	-21,8	-8,1

1) Ohne steuerpflichtige Unternehmen mit Umsätzen unter 17 500 Euro.

2) Bezogen auf die Zahl der Unternehmen im Jahr 2016.

24. Umsatzsteuerpflichtige kleine und mittlere Unternehmen (KMU)¹⁾

Land	KMU insgesamt	Darunter Kleinst- unternehmen	Lieferungen und Leistun- gen aller Unternehmen	Darunter Lieferungen und Leistun- gen der KMU	KMU-Anteil			Anteil der Kleinst- unternehmen	Veränderung des KMU-Anteils						
					an Lieferungen und Leistungen aller Unternehmen										
					2016				2011	2015	2016		2016/2011	2016/2015	
					Anzahl		Mio. €		%						
Baden-Württemberg	448 554	417 391	1 065 649	343 226	32,8	32,2	32,2	9,9	-1,9	-0,1					
Bayern	608 839	572 054	1 042 657	407 766	39,4	39,1	39,1	13,1	-0,8	-0,1					
Berlin	151 823	144 590	205 261	81 559	39,4	37,9	39,7	15,3	+0,8	+4,8					
Brandenburg	94 027	89 194	84 689	51 788	62,1	62,8	61,2	23,3	-1,5	-2,6					
Bremen	22 245	20 206	67 484	23 326	35,0	34,8	34,6	8,1	-1,3	-0,6					
Hamburg	91 666	84 971	399 176	73 022	16,2	18,0	18,3	5,3	+13,0	+1,7					
Hessen	247 897	232 866	471 169	166 956	34,7	34,9	35,4	11,9	+2,2	+1,5					
Mecklenburg-Vorpommern	55 511	52 285	43 763	32 913	71,3	74,5	75,2	30,1	+5,5	+0,9					
Niedersachsen	276 456	257 407	564 697	208 982	38,7	36,5	37,0	12,0	-4,3	+1,4					
Nordrhein-Westfalen	665 206	620 574	1 422 678	499 263	34,1	34,6	35,1	10,9	+3,0	+1,3					
Rheinland-Pfalz	154 703	145 991	229 540	97 181	43,4	43,8	42,3	15,4	-2,4	-3,4					
Saarland	34 611	32 134	72 530	25 453	34,1	34,8	35,1	11,6	+3,0	+1,0					
Sachsen	148 587	140 459	130 714	87 878	66,7	67,2	67,2	24,4	+0,8	+0,1					
Sachsen-Anhalt	65 115	61 208	66 177	41 288	61,8	61,7	62,4	22,6	+0,9	+1,1					
Schleswig-Holstein	115 034	108 221	161 129	76 887	47,2	47,5	47,7	16,7	+1,1	+0,5					
Thüringen	73 855	69 495	60 974	45 933	77,5	75,1	75,3	26,1	-2,8	+0,3					
Deutschland	3 254 129	3 049 046	6 088 287	2 263 422	36,8	36,9	37,2	12,2	+1,1	+0,7					
Westdeutschland	2 665 211	2 491 815	5 496 709	1 922 062	34,6	34,7	35,0	11,2	+1,0	+0,7					
Ostdeutschland	588 918	557 231	591 578	341 359	58,2	57,1	57,7	21,5	-0,9	+1,0					

1) KMU = Unternehmen bis unter 50 Mio. Euro Jahresumsatz; Kleinstunternehmen: bis unter 2 Mio. Euro Jahresumsatz.

25. Gesamtumsatz und Auslandsumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden			Gesamt- umsatz je Beschäftigten	Anteil Auslands- umsatz am Gesamtumsatz	Veränderung des Auslandsumsatzes		Veränderung des Gesamtumsatzes	
	2012	2016	2017			2017/2012	2017/2016	2017/2012	2017/2016
	Mio. €					€	%		
Baden-Württemberg	308 985	349 553	361 454	280 555	55,1	+25,7	+3,4	+17,0	+3,4
Bayern ¹⁾	336 793	349 822	369 883	285 677	53,2	+13,9	+7,4	+9,8	+5,7
Berlin	23 327	24 718	25 175	275 997	57,3	+17,3	+1,5	+7,9	+1,9
Brandenburg	25 432	25 800	26 272	260 784	28,0	+1,5	-3,4	+3,3	+1,8
Bremen	24 913	27 744	35 856	685 125	64,1	+74,7	+35,5	+43,9	+29,2
Hamburg	88 419	68 567	78 171	890 021	30,8	+23,4	+12,0	-11,6	+14,0
Hessen	110 573	109 838	115 863	281 679	52,6	+9,8	+10,1	+4,8	+5,5
Mecklenburg-Vorpommern	12 729	14 611	15 967	271 243	33,2	+44,9	+16,9	+25,4	+9,3
Niedersachsen	195 405	204 671	213 803	382 322	46,7	+14,7	+6,3	+9,4	+4,5
Nordrhein-Westfalen	342 530	331 933	350 097	285 025	44,4	+8,3	+6,4	+2,2	+5,5
Rheinland-Pfalz	89 666	91 996	99 426	338 268	53,8	+15,0	+9,1	+10,9	+8,1
Saarland	27 147	27 506	29 156	326 364	50,8	+12,6	+11,6	+7,4	+6,0
Sachsen	59 529	63 793	67 396	239 299	37,3	+18,5	+6,5	+13,2	+5,6
Sachsen-Anhalt	42 413	39 193	40 923	307 979	29,4	+6,9	+7,9	-3,5	+4,4
Schleswig-Holstein	36 150	35 975	37 902	291 698	38,1	+1,7	+0,4	+4,8	+5,4
Thüringen	31 462	34 153	35 480	203 241	32,5	+21,7	+6,4	+12,8	+3,9
Deutschland	1 755 473	1 799 872	1 902 825	303 227	48,2	+16,3	+6,9	+8,4	+5,7
Westdeutschland	1 560 581	1 597 604	1 691 611	311 225	49,8	+16,3	+7,1	+8,4	+5,9
Ostdeutschland	194 892	202 268	211 214	251 471	35,9	+16,3	+5,3	+8,4	+4,4

1) Auf Grund revidierter Betriebsmeldungen sind die Umsatzwerte in Bayern ab dem Jahr 2014 im Wirtschaftszweig WZ 2008-2910 und den darüber liegenden Aggregaten mit den vorhergehenden Zeiträumen nur eingeschränkt vergleichbar.

26. Umsatz im Bauhauptgewerbe (Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen)

Land	Umsatz im Bauhauptgewerbe			Anteil am Bundesgebiet		Umsatz je Beschäftigten	Veränderung des Umsatzes	
	2012	2016	2017	2012	2017		2017/2012	2017/2016
	Mio. €			%		€	%	
Baden-Württemberg	7 778	10 131	11 355	12,6	14,6	194 007	+46,0	+12,1
Bayern	12 105	14 685	16 190	19,6	20,8	184 285	+33,7	+10,2
Berlin	2 118	2 581	2 779	3,4	3,6	205 521	+31,2	+7,7
Brandenburg	2 289	2 718	2 815	3,7	3,6	169 663	+23,0	+3,6
Bremen	464	443	509	0,8	0,7	157 904	+9,9	+15,1
Hamburg	1 377	1 603	1 617	2,2	2,1	284 136	+17,5	+0,9
Hessen	4 068	4 173	4 416	6,6	5,7	140 392	+8,6	+5,8
Mecklenburg-Vorpommern	1 116	1 259	1 407	1,8	1,8	158 563	+26,0	+11,8
Niedersachsen	7 140	8 452	8 876	11,6	11,4	176 309	+24,3	+5,0
Nordrhein-Westfalen	9 830	10 898	12 071	15,9	15,5	173 173	+22,8	+10,8
Rheinland-Pfalz	2 950	3 174	3 580	4,8	4,6	177 361	+21,3	+12,8
Saarland	762	827	845	1,2	1,1	168 551	+10,9	+2,2
Sachsen	4 069	4 571	5 013	6,6	6,4	158 365	+23,2	+9,7
Sachsen-Anhalt	2 086	2 158	2 180	3,4	2,8	140 428	+4,5	+1,0
Schleswig-Holstein	1 530	2 013	2 104	2,5	2,7	160 317	+37,5	+4,5
Thüringen	1 987	2 079	2 195	3,2	2,8	153 163	+10,5	+5,6
Deutschland	61 668	71 764	77 952	100	100	174 930	+26,4	+8,6
Westdeutschland	48 003	56 399	61 562	77,8	79,0	178 381	+28,2	+9,2
Ostdeutschland	13 665	15 365	16 389	22,2	21,0	163 079	+19,9	+6,7

27. Gästeübernachtungen (einschließlich Campingplätze)

Land	Gästeübernachtungen insgesamt			Darunter von Gästen aus dem Ausland	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer ¹⁾			Veränderung der Zahl der Gästeübernachtungen insgesamt	
	2012	2016	2017		2012	2016	2017	2017/2012	2017/2016
	Anzahl in 1 000				%	Tage			%
Baden-Württemberg	47 672	52 043	52 932	21,5	2,6	2,5	2,4	+11,0	+1,7
Bayern	84 013	90 812	94 369	20,3	2,7	2,6	2,5	+12,3	+3,9
Berlin	24 896	31 068	31 150	44,9	2,3	2,4	2,4	+25,1	+0,3
Brandenburg	11 481	12 880	13 090	7,4	2,8	2,7	2,7	+14,0	+1,6
Bremen	1 916	2 403	2 448	20,2	1,8	1,9	1,8	+27,7	+1,9
Hamburg	10 634	13 331	13 822	24,9	1,9	2,0	2,0	+30,0	+3,7
Hessen	29 965	32 591	34 104	22,5	2,3	2,2	2,2	+13,8	+4,6
Mecklenburg-Vorpommern	27 941	30 292	29 752	3,4	4,0	4,0	4,0	+6,5	-1,8
Niedersachsen	40 004	42 767	43 495	8,7	3,1	3,0	3,0	+8,7	+1,7
Nordrhein-Westfalen	45 419	49 597	51 509	21,3	2,3	2,2	2,2	+13,4	+3,9
Rheinland-Pfalz	21 091	21 889	22 226	23,6	2,6	2,5	2,5	+5,4	+1,5
Saarland	2 285	3 020	3 089	15,0	2,9	3,0	2,9	+35,2	+2,3
Sachsen	18 355	18 750	19 513	10,5	2,6	2,5	2,5	+6,3	+4,1
Sachsen-Anhalt	7 354	7 792	8 135	7,8	2,5	2,4	2,4	+10,6	+4,4
Schleswig-Holstein	24 484	28 204	29 892	6,7	4,0	3,8	3,9	+22,1	+6,0
Thüringen	9 695	9 739	9 927	6,3	2,7	2,6	2,6	+2,4	+1,9
Deutschland	407 203	447 178	459 454	18,3	2,7	2,6	2,6	+12,8	+2,7
Westdeutschland	307 481	336 656	347 886	18,6	2,6	2,5	2,5	+13,1	+3,3
Ostdeutschland	99 722	110 521	111 568	17,3	2,8	2,8	2,8	+11,9	+0,9

1) Rechnerischer Wert Übernachtungen/Ankünfte pro Person.

28. Verfügbares Einkommen je Einwohner/-in¹⁾

Land	Verfügbares Einkommen je Einwohner/-in			Deutschland = 100		Veränderung je Einwohner/-in	
	2011	2015	2016	2015	2016	2016/2011	2016/2015
	€			Messzahl		%	
Baden-Württemberg	21 861	23 455	23 947	109,3	109,3	+9,5	+2,1
Bayern	22 080	23 574	24 026	109,8	109,6	+8,8	+1,9
Berlin	18 183	19 302	19 719	89,9	90,0	+8,4	+2,2
Brandenburg	17 592	18 924	19 431	88,1	88,6	+10,5	+2,7
Bremen	19 102	20 499	20 724	95,5	94,5	+8,5	+1,1
Hamburg	22 695	23 940	24 421	111,5	111,4	+7,6	+2,0
Hessen	20 681	22 093	22 454	102,9	102,4	+8,6	+1,6
Mecklenburg-Vorpommern	16 373	17 755	18 299	82,7	83,5	+11,8	+3,1
Niedersachsen	19 067	20 661	21 045	96,2	96,0	+10,4	+1,9
Nordrhein-Westfalen	19 968	21 174	21 614	98,6	98,6	+8,2	+2,1
Rheinland-Pfalz	20 389	21 820	22 240	101,6	101,5	+9,1	+1,9
Saarland	18 771	20 108	20 536	93,7	93,7	+9,4	+2,1
Sachsen	17 265	18 665	19 191	86,9	87,6	+11,2	+2,8
Sachsen-Anhalt	16 595	18 157	18 648	84,6	85,1	+12,4	+2,7
Schleswig-Holstein	20 122	21 774	22 217	101,4	101,4	+10,4	+2,0
Thüringen	16 864	18 410	18 951	85,8	86,5	+12,4	+2,9
Deutschland	20 035	21 468	21 919	100	100	+9,4	+2,1
Westdeutschland	20 719	22 158	22 594	103,2	103,1	+9,0	+2,0
Ostdeutschland	17 264	18 647	19 147	86,9	87,4	+10,9	+2,7

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2017/Februar 2018.

29. Durchschnittliche Bruttoverdienste von Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich

Land	Bruttojahresverdienste von Vollzeitbeschäftigten ¹⁾			Bruttojahresverdienst (Vollzeitbeschäftigte) von Frauen in Prozent des Verdienstes von Männern ¹⁾		Verdienstabstand von Frauen zu Männern (alle Beschäftigte) gemessen am Bruttostundenverdienst (unbereinigter Gender Pay Gap) ²⁾			Veränderung der Bruttojahres- verdienste ¹⁾
	2012	2016	2017	2012	2017	2012	2016	2017	2017/2016
	€			%					
Baden-Württemberg	48 938	53 211	54 203	74,2	75,6	27	27	27	+1,9
Bayern	47 520	52 110	52 786	77,0	79,7	25	24	24	+1,3
Berlin	43 119	47 093	48 409	84,5	88,1	15	14	13	+2,8
Brandenburg	35 132	38 582	39 260	96,0	98,0	7	4	3	+1,8
Bremen	46 178	49 523	51 417	76,0	78,8	27	23	23	+3,8
Hamburg	51 463	55 155	56 584	78,0	79,8	24	20	20	+2,6
Hessen	50 395	54 813	56 153	79,4	80,5	24	23	24	+2,4
Mecklenburg-Vorpommern	33 030	36 404	37 441	93,7	97,0	7	6	5	+2,8
Niedersachsen	42 347	45 576	46 722	81,6	83,8	21	20	20	+2,5
Nordrhein-Westfalen	47 188	50 246	50 665	80,2	82,1	24	22	22	+0,8
Rheinland-Pfalz	44 129	47 955	47 982	80,9	82,6	22	20	20	+0,1
Saarland	43 055	46 544	47 312	80,2	81,1	25	24	23	+1,7
Sachsen	41 176	38 522	45 021	81,6	85,1	11	11	11	+16,9
Sachsen-Anhalt	33 900	38 340	39 823	90,6	92,8	5	2	2	+3,9
Schleswig-Holstein	33 883	43 889	39 167	97,0	98,1	8	9	8	-10,8
Thüringen	32 953	37 075	37 924	94,1	96,5	18	17	15	+2,3
Deutschland	44 991	48 936	49 792	79,5	81,9	23	21	21	+1,7
Westdeutschland ³⁾	46 871	50 688	51 515	78,7	80,8	24	23	22	+1,6
Ostdeutschland ⁴⁾	33 840	37 985	38 970	93,6	95,7	8	7	7	+2,6

1) Einschließlich Sonderzahlungen.

2) Verdienststrukturerhebungen 2010 und 2014 fortgeschrieben mit Ergebnissen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung.

3) Einschließlich Berlin.

4) Ohne Berlin.

30. Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden				Veränderung der Investitionen	
	insgesamt			je tätige Person		
	2011	2015	2016		2016/2011	2016/2015
	Mio. €			€	%	
Baden-Württemberg	9 936	11 880	12 867	10 231	+29,5	+8,3
Bayern	10 767	12 427	13 921	10 961	+29,3	+12,0
Berlin	803	780	948	10 625	+18,1	+21,6
Brandenburg	1 056	1 124	1 225	12 720	+16,0	+8,9
Bremen	779	792	666	12 913	-14,6	-16,0
Hamburg	966	1 022	1 053	12 228	+8,9	+3,0
Hessen	3 230	3 754	3 897	9 628	+20,6	+3,8
Mecklenburg-Vorpommern	–	477	599	10 514	–	+25,7
Niedersachsen	5 282	5 825	5 507	10 157	+4,3	-5,5
Nordrhein-Westfalen	9 403	10 004	10 427	8 643	+10,9	+4,2
Rheinland-Pfalz	2 542	3 128	2 543	8 779	+0,0	-18,7
Saarland	1 101	929	858	9 529	-22,0	-7,6
Sachsen	4 610	2 514	2 431	8 826	-47,3	-3,3
Sachsen-Anhalt	1 417	1 384	1 636	12 564	+15,5	+18,2
Schleswig-Holstein	850	907	933	7 579	+9,8	+2,9
Thüringen	1 455	1 637	1 547	9 112	+6,3	-5,5
Deutschland	54 198	58 583	61 059	9 945	+12,7	+4,2
Westdeutschland	44 857	50 668	52 672	9 898	+17,4	+4,0
Ostdeutschland	–	7 915	8 387	10 253	–	+6,0

31. Patentanmeldungen

Land	Patentanmeldungen insgesamt			Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Patentanmeldungen insgesamt	
	2012	2016	2017	2012	2016	2017	2017/2012	2017/2016
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	14 243	14 379	14 511	135	132	132	+1,9	+0,9
Bayern	14 355	15 871	15 482	115	123	119	+7,9	-2,5
Berlin	857	830	714	26	23	20	-16,7	-14,0
Brandenburg	299	331	328	12	13	13	+9,7	-0,9
Bremen	150	143	129	23	21	19	-14,0	-9,8
Hamburg	761	790	770	44	44	42	+1,2	-2,5
Hessen	2 295	1 938	1 925	38	31	31	-16,1	-0,7
Mecklenburg-Vorpommern	180	105	135	11	7	8	-25,0	+28,6
Niedersachsen	2 958	3 700	3 514	38	47	44	+18,8	-5,0
Nordrhein-Westfalen	6 764	7 073	7 209	39	40	40	+6,6	+1,9
Rheinland-Pfalz	1 129	1 076	917	28	26	23	-18,8	-14,8
Saarland	249	197	197	25	20	20	-20,9	0,0
Sachsen	1 057	810	719	26	20	18	-32,0	-11,2
Sachsen-Anhalt	247	229	186	11	10	8	-24,7	-18,8
Schleswig-Holstein	516	502	508	18	17	18	-1,6	+1,2
Thüringen	594	519	535	27	24	25	-9,9	+3,1
Deutschland	46 654	48 493	47 779	58	59	58	+2,4	-1,5
Westdeutschland	43 420	45 669	45 162	67	69	68	+4,0	-1,1
Ostdeutschland	3 234	2 824	2 617	20	18	16	-19,1	-7,3

Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt

32. Ausfuhr

Land	Ausfuhr			Anteil an der deutschen Ausfuhr 2017 ²⁾	Veränderung der Ausfuhren	
	2012	2016	2017 ¹⁾		2017/2012	2017/2016
	Mio. €				%	
Baden-Württemberg	175 104	190 747	201 115	19,9	+14,9	+5,4
Bayern	164 588	182 253	191 835	19,0	+16,6	+5,3
Berlin	13 631	15 147	15 331	1,5	+12,5	+1,2
Brandenburg	13 316	13 200	12 895	1,3	-3,2	-2,3
Bremen	17 858	19 871	21 129	2,1	+18,3	+6,3
Hamburg	50 813	54 010	51 002	5,1	+0,4	-5,6
Hessen	55 059	58 438	62 300	6,2	+13,2	+6,6
Mecklenburg-Vorpommern	6 156	7 143	7 169	0,7	+16,5	+0,4
Niedersachsen	78 891	85 010	88 187	8,7	+11,8	+3,7
Nordrhein-Westfalen	180 815	179 085	191 357	19,0	+5,8	+6,9
Rheinland-Pfalz	46 297	52 413	54 956	5,4	+18,7	+4,9
Saarland	14 778	15 410	16 607	1,6	+12,4	+7,8
Sachsen	31 828	36 663	41 396	4,1	+30,1	+12,9
Sachsen-Anhalt	14 806	14 760	15 541	1,5	+5,0	+5,3
Schleswig-Holstein	18 825	20 106	22 560	2,2	+19,8	+12,2
Thüringen	12 613	14 286	15 234	1,5	+20,8	+6,6
Deutschland ³⁾	1 092 627	1 203 833	1 278 936	100	+17,1	+6,2
Westdeutschland	803 027	857 344	901 048	89,3	+12,2	+5,1
Ostdeutschland	92 349	101 199	107 566	10,7	+16,5	+6,3

1) Vorläufige Werte.

2) Anteilsberechnung der Länder nur auf Basis der regional zuordnungsfähigen Werte.

3) Einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordnungsfähiger Exporte.

33. Einfuhr

Land	Einfuhr			Anteil an der deutschen Einfuhr 2017 ²⁾	Veränderung der Einfuhren	
	2012	2016	2017 ¹⁾		2017/2012	2017/2016
	Mio. €				%	
Baden-Württemberg	139 427	161 120	170 557	17,0	+22,3	+5,9
Bayern	147 591	166 208	179 800	17,9	+21,8	+8,2
Berlin	9 885	12 114	13 780	1,4	+39,4	+13,8
Brandenburg	19 046	15 500	17 279	1,7	-9,3	+11,5
Bremen	13 862	13 283	14 426	1,4	+4,1	+8,6
Hamburg	69 247	68 530	65 969	6,6	-4,7	-3,7
Hessen	77 849	86 171	93 697	9,3	+20,4	+8,7
Mecklenburg-Vorpommern	4 459	5 384	6 332	0,6	+42,0	+17,6
Niedersachsen	84 790	79 008	89 218	8,9	+5,2	+12,9
Nordrhein-Westfalen	202 288	206 694	228 305	22,7	+12,9	+10,5
Rheinland-Pfalz	31 390	34 523	40 391	4,0	+28,7	+17,0
Saarland	12 556	12 829	14 300	1,4	+13,9	+11,5
Sachsen	19 478	21 939	24 246	2,4	+24,5	+10,5
Sachsen-Anhalt	15 670	14 712	16 259	1,6	+3,8	+10,5
Schleswig-Holstein	20 176	20 785	20 828	2,1	+3,2	+0,2
Thüringen	8 053	9 897	10 391	1,0	+29,0	+5,0
Deutschland ³⁾	904 864	960 268	1 041 037	100	+15,0	+8,4
Westdeutschland	799 177	849 151	917 492	91,2	+14,8	+8,0
Ostdeutschland	76 591	79 544	88 287	8,8	+15,3	+11,0

1) Vorläufige Werte.

2) Anteilsberechnung der Länder nur auf Basis der regional zuordnungsfähigen Werte.

3) Einschließlich regional nicht zuordnungsfähiger Importe.

34. Bestand unmittelbarer Direktinvestitionen¹⁾

Land	Bestand unmittelbarer inländischer Direktinvestitionen im Ausland (31.12.)			Veränderung	Bestand unmittelbarer ausländischer Direktinvestitionen im Inland (31.12.)			Veränderung	
	2012	2015	2016 ²⁾		2016/2015	2012	2015		2016 ²⁾
	Mio. €				%	Mio. €			%
Baden-Württemberg	151 551	226 719	245 685	+8,4	80 217	84 141	89 813	+6,7	
Bayern	216 197	227 683	238 613	+4,8	107 872	130 989	133 305	+1,8	
Berlin	-629	-889	-3 713	+317,7	28 439	28 628	24 026	-16,1	
Brandenburg	1 641	3 510	3 649	+4,0	1 419	7 222	3 223	-55,4	
Bremen	1 134	3 944	4 035	+2,3	4 054	4 698	3 840	-18,3	
Hamburg	47 080	48 041	48 361	+0,7	63 977	59 359	59 785	+0,7	
Hessen	161 019	185 445	182 978	-1,3	115 879	113 238	127 478	+12,6	
Mecklenburg-Vorpommern	701	958	685	-28,5	5 008	4 549	5 295	+16,4	
Niedersachsen	58 061	62 938	65 949	+4,8	19 980	25 856	24 850	-3,9	
Nordrhein-Westfalen	219 500	256 681	253 952	-1,1	189 042	180 666	179 334	-0,7	
Rheinland-Pfalz	29 260	40 164	38 940	-3,0	11 911	13 194	12 483	-5,4	
Saarland	2 835	2 778	2 779	+0,0	1 668	1 525	1 639	+7,5	
Sachsen	1 203	1 429	1 703	+19,2	5 832	4 929	5 346	+8,5	
Sachsen-Anhalt	5 741	4 115	3 586	-12,9	2 918	2 883	2 881	-0,1	
Schleswig-Holstein	4 580	4 976	5 115	+2,8	11 508	11 652	10 969	-5,9	
Thüringen	838	1 205	1 441	+19,6	1 870	2 131	1 984	-6,9	
Deutschland ³⁾	900 710	1 069 697	1 093 758	+2,2	651 593	675 660	686 250	+1,6	
Westdeutschland	891 217	1 059 369	1 086 407	+2,6	606 108	625 318	643 496	+2,9	
Ostdeutschland	9 495	10 328	7 351	-28,8	45 486	50 342	42 755	-15,1	

1) Der Bestand der unmittelbaren Direktinvestitionen ist ein Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten. Ab 2012 wurde die Berechnung im Rahmen der Harmonisierung gemäß der neuen OECD Benchmark Definition of Foreign Direct Investment durchgeführt. Dadurch fallen die Direktinvestitionsbestände deutlich geringer aus. Ein Vergleich mit früheren Jahren ist daher nicht sinnvoll.

2) Vorläufige Angaben.

3) Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Deutsche Bundesbank (Stand Mai 2018)

Für den Ländervergleich werden die betrachteten Finanzgrößen der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (unter Aufsicht des jeweiligen Landes) zusammengefasst. Die Darstellung umfasst sowohl die unmittelbaren Haushalte der Länder, Kommunen und Sozialversicherungen (Kernhaushalte) als auch die Extrahaushalte.

Extrahaushalte sind öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU), die gemäß dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) zum Staatssektor gehören. Als FEU gelten Einheiten, an denen die öffentliche Hand zu mindestens 50 % über das Nennkapital oder das Stimmrecht beteiligt ist (öffentliche Kontrolle). FEU bilden jedoch keine Extrahaushalte, wenn sie sich zu mindestens 50 % durch eigene Gebühren, Beiträge u. ä. finanzieren, wie beispielsweise kommunale Versorgungsunternehmen. Diese sogenannten Marktproduzenten gehören gemäß ESGV nicht zum Staatssektor.

Kern- und Extrahaushalte bilden zusammen den öffentlichen Gesamthaushalt, wie er in den Tabellen 35 bis 41 zusammengefasst dargestellt ist. Tabelle 42 bildet hingegen den Finanzausgleich zwischen den Ländern, respektive zwischen Bund und Ländern ab.

Im Folgenden werden für die Einnahmen und Ausgaben die sogenannten bereinigten Einnahmen und Ausgaben herangezogen. Diese enthalten keine besonderen Finanzierungsvorgänge wie beispielsweise Kreditaufnahmen und -tilgungen. Darüber hinaus werden die Zahlungen auf gleicher Ebene (z. B. Zahlungen zwischen Land und Kommunen) herausgerechnet.

Unterdurchschnittlicher Anstieg der Einnahmen und der Steuereinnahmen

Im Jahre 2017 stiegen die Einnahmen der öffentlichen Gesamthaushalte von Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen in allen Ländern mit Ausnahme Mecklenburg-Vorpommerns an (Tab. 35). Bundesweit belief sich das Wachstum auf 4,6 %. Bundesweit konnten die Gesamthaushalte so über Einnahmen von 6 669 Euro pro Kopf verfügen. In Niedersachsen wuchsen die Einnahmen um 1,5 % auf 5 953 Euro pro Kopf. Geringere Wachstumsraten wurden nur in Sachsen-Anhalt (+0,8 %) und eben Meck-

lenburg-Vorpommern (-3,0 %) verzeichnet. Die stärksten Einnahmenezuwächse konnten für Rheinland-Pfalz (+7,6 %) und Bremen (+6,6 %) berechnet werden.

Über die höchsten Pro-Kopf-Einnahmen konnten die Stadtstaaten Hamburg (10 453 Euro), Bremen (9 294 Euro) und Berlin (8 299 Euro) verfügen. Die geringsten Pro-Kopf-Einnahmen wurden 2017 in Niedersachsen (5 953 Euro) und dem Saarland (6 042 Euro) erzielt.

In Tabelle 35 ist die Steuereinnahmequote als Quotient der kassenmäßigen Steuereinnahmen und der Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushaltes dargestellt. Demnach bezogen im Jahr 2017 die öffentlichen Gesamthaushalte in Niedersachsen 69,8 % der Einnahmen aus Steuererträgen. Damit lag Niedersachsen leicht über dem Bundesdurchschnitt von 68,4 %.

In allen Ländern konnten die öffentlichen Gesamthaushalte im Jahr 2017 eine Zunahme der Steuererträge verbuchen (Tab.36). Bundesweit wuchsen die Steuereinnahmen um 4,6 % auf 4 560 Euro pro Kopf. Niedersachsen lag bei den Steuereinnahmen mit einem Wachstum von 2,2 % auf dem vorletzten Platz vor Sachsen-Anhalt (+2,0 %). Auch die Pro-Kopf-Steuereinnahmen lagen mit 4 154 Euro unter dem Bundesdurchschnitt von 4 560 Euro.

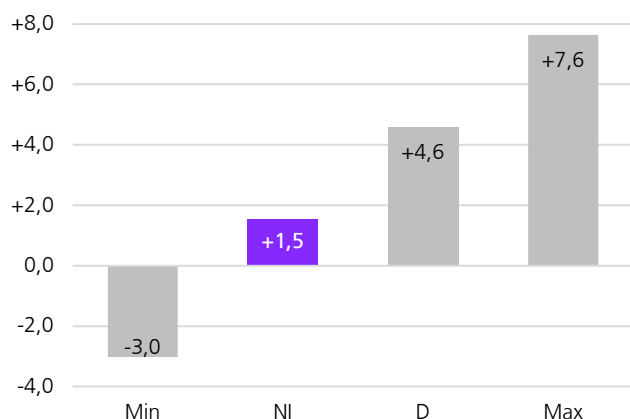
Bei der Betrachtung des Quotienten aus Steuereinnahmen und Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist auffällig, dass die Stadtstaaten Bremen (9,3 %) und Hamburg (9,9 %) die geringsten Werte aufweisen, hingegen wurden für die wirtschaftsschwächeren Länder Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg (jeweils 14,2 %) und Sachsen-Anhalt (13,8 %) die höchsten Quoten berechnet. Niedersachsen lag hier mit einem Wert von 11,5 % nahe beim Bundesdurchschnitt von 11,6 %.

Ausgaben moderat gewachsen ...

Bundesweit lagen 2017 die Ausgaben der öffentlichen Gesamthaushalte der Länder, Kommunen und Sozialversicherungen bei 6 393 Euro pro Kopf. Die Ausgaben waren damit 3,1 % höher als im Vorjahr und 17,4 % höher als 2012 (Tab. 37). In Niedersachsen waren es 5 681 Euro pro Kopf; eine moderate Ausgabensteigerung von 1,7 % gegenüber dem Vorjahr und um 16,0 % gegenüber 2012. Starke Ausgabenzuwächse gab es 2017 vor allem in Sachsen (+6,8 %), Hamburg (+5,6 %) und Nordrhein-Westfalen (+5,0 %). Demgegenüber wurden in Mecklenburg-Vorpommern und dem Saarland die Ausgaben um 4,3 %, respektive um 1,5 % reduziert.

Die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben der öffentlichen Gesamthaushalte fielen wiederum in den Stadtstaaten Hamburg (10 619 Euro), Bremen (9 135 Euro) und Berlin (7 622 Euro) an; die geringsten in Thüringen (5 669 Euro) und Niedersachsen (5 681 Euro).

■ Veränderung der Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (Kernhaushalte und Extrahaushalte) 2017 gegenüber 2016 – Prozent –



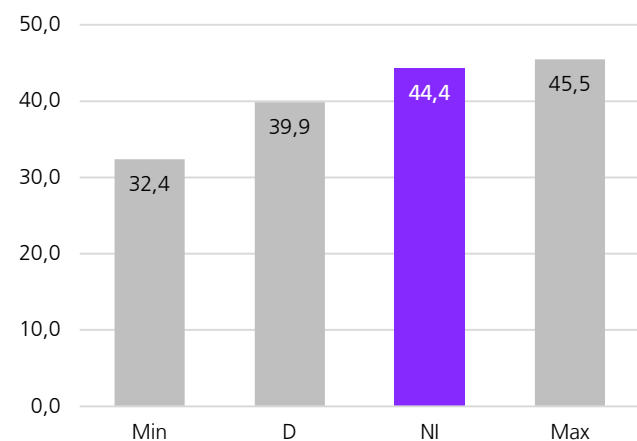
Bezogen auf die Wirtschaftsleistung (BIP) haben vor allem die ostdeutschen Länder hohe Anteile der Ausgaben an den Bruttoinlandsprodukten (im Schnitt: 21,1 %). Den Spitzenplatz belegt hier Sachsen-Anhalt (23,7 %), gefolgt von Brandenburg (22,8 %) und Mecklenburg-Vorpommern (22,0 %). In wirtschaftsstärkeren Ländern ist dieser Quotient zum Teil deutlich niedriger, am niedrigsten in Bayern und Baden-Württemberg (14,2 % und 14,3 %) sowie Niedersachsen (15,7 %).

... Personalausgaben überdurchschnittlich gewachsen

In allen Ländern stiegen 2017 die Ausgaben der öffentlichen Gesamthaushalte für Personal an (Tab. 38). Gegenüber dem Vorjahr wuchs dieser Ausgabenposten bundesweit um 4,2 % und lag damit noch oberhalb des Wachstums der Gesamtausgaben. Bundesweit wurden damit 2 549 Euro pro Kopf ausgegeben. In Niedersachsen wuchsen die Personalausgaben überdurchschnittlich (5,4 %) auf 2 520 Euro pro Kopf. Das stärkste Wachstum wurde in Hamburg und Bremen mit jeweils 5,8 % berechnet. Diese beiden Länder tätigten auch (pro Kopf gerechnet) die höchsten Personalausgaben mit 3 439 Euro (Hamburg) und 3 148 Euro (Bremen). Die geringsten Personalausgaben je Einwohner und Einwohnerin wendeten Thüringen (2 242 Euro) und Mecklenburg-Vorpommern (2 256 Euro) auf.

Bundesweit verwendeten Länder, Kommunen und Sozialversicherungen 39,9 % der Ausgaben für Personal. Niedersachsen lag hier mit 44,4 % über dem Durchschnitt. Höhere Personalausgabenanteile wurden nur noch für das Saarland (45,5 %) berechnet.

■ Personalausgabenquote der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (Kernhaushalte und Extrahaushalte) 2017 – Prozent –

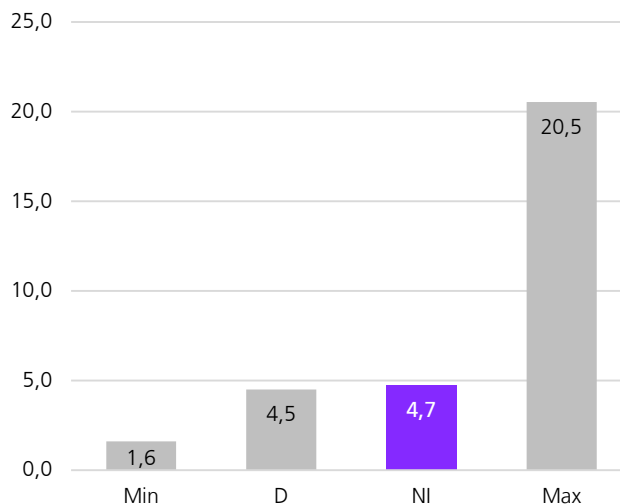


Zinsausgaben deutlich rückläufig

Bundesweit sanken die Zinsausgaben der Länder, Kommunen und Sozialversicherungen im Jahr 2017 um 6,0 % (Tab. 39). In Niedersachsen sank dieser Ausgabenposten um 8,8 %, so dass pro Kopf gerechnet 197 Euro für Zin-

sen aufgewendet wurden. Trotz weiterhin niedriger Zinsen stiegen die Zinsaufwendungen in Hamburg (13,0 %) und Bremen (2,1 %). Die Zins-Steuer-Quote als Quotient aus Zinsausgaben und Steuereinnahmen weist über die Länder eine große Streuung auf. So wurden in Bayern und in Sachsen lediglich 1,6 % der Steuererträge auf die Zinszahlungen verwendet. In Bremen hingegen betrugen die Zinsausgaben 20,5 % der Steuereinnahmen. Für Niedersachsen lag die Zins-Steuer-Quote mit 4,7 % etwas über dem bundesweiten Durchschnitt von 4,5 %.

■ Zins-Steuer-Quote 2017 – Prozent –



Wieder positiver Finanzierungssaldo

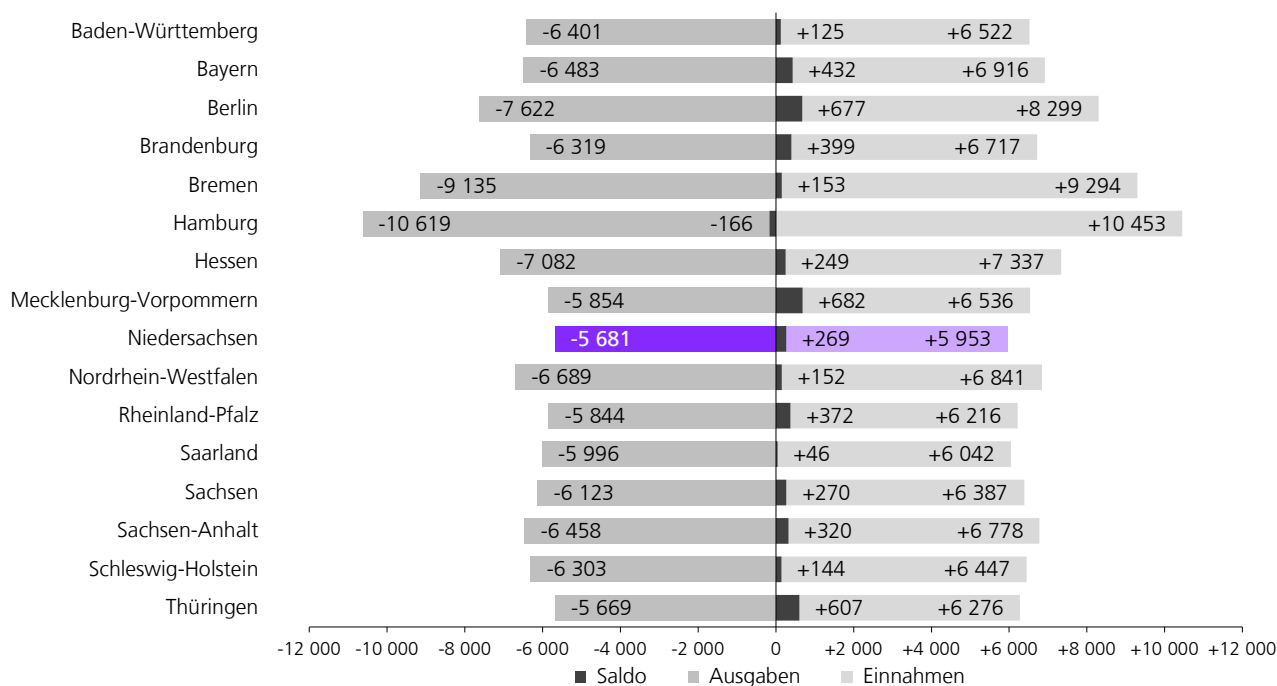
Die öffentlichen Gesamthaushalte erzielten 2017 in allen Ländern mit Ausnahme Hamburgs Finanzierungsüberschüsse, d. h. die Einnahmen überstiegen die Ausgaben (Tab. 40). Die höchsten Überschüsse pro Kopf erwirtschafteten Mecklenburg-Vorpommern (682 Euro), Berlin (677 Euro) und Thüringen (607 Euro). Für Niedersachsen konnte für das Land, die Kommunen und die Sozialversicherungen das dritte Jahr in Folge ein Überschuss ausgewiesen werden. Für 2017 betrug dieser 2 145 Mio. Euro oder 269 Euro pro Kopf. Für Hamburg wurde ein Finanzierungsdefizit (Ausgaben überstiegen die Einnahmen) von 302 Mio. Euro oder 166 Euro pro Kopf errechnet.

Um einen Vergleich des Finanzierungssaldos zwischen den Ländern zu ermöglichen, wurde in Tabelle 40 ein Quotient aus Finanzierungssaldo und der Wirtschaftsleistung (BIP) gebildet. Von Ländern mit Finanzierungsüberschüssen wirkte sich dies im Verhältnis zum BIP vor allem in Mecklenburg-Vorpommern (2,6 %) und Thüringen (2,1 %) deutlich aus. Der Finanzierungsüberschuss in Niedersachsen belief sich auf 0,7 % des BIP, was dem Bundesdurchschnitt entspricht.

Leichte Abnahme der Verschuldung

Die Verschuldung der öffentlichen Gesamthaushalte hat 2017 im Schnitt aller Länder um 3,2 % abgenommen und

Ausgaben, Einnahmen und Finanzierungssaldo der Länder und Kommunen je Einwohnerin und Einwohner 2017 – Euro –

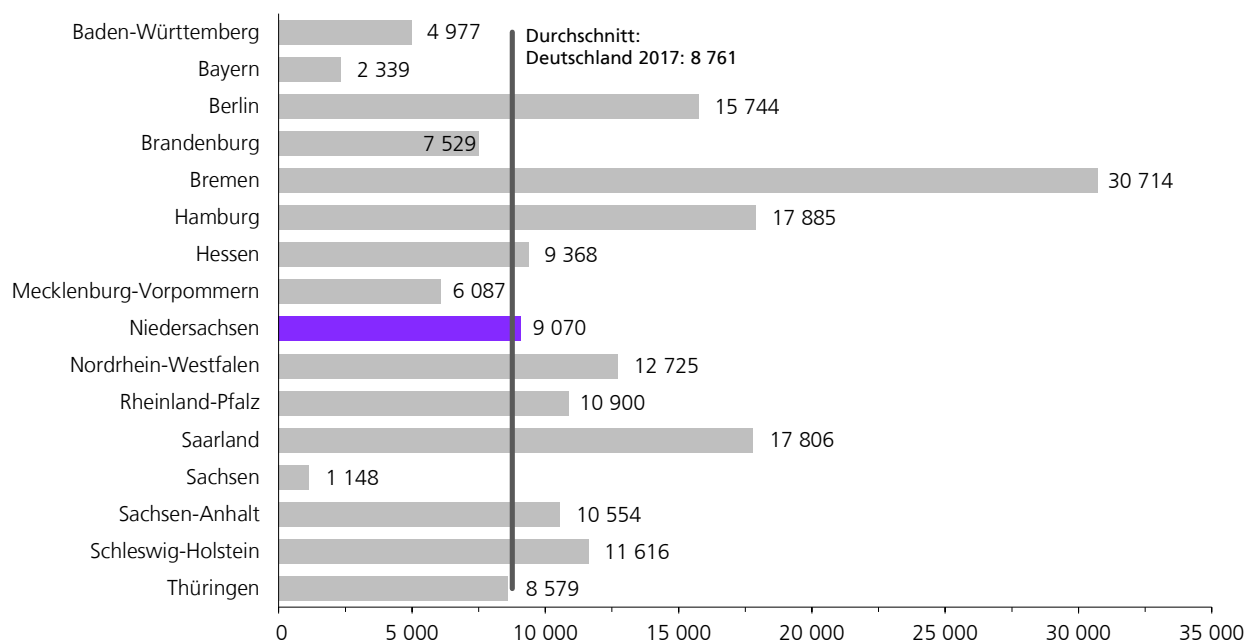


betrug rechnerisch 8 761 Euro je Einwohnerin und Einwohner (Tab. 41). In 13 Ländern konnten Schulden abgebaut werden. Die stärksten Rückgänge gab es in Sachsen (11,9 %), Baden-Württemberg (11,7 %) und Bayern (8,3 %). In Niedersachsen nahmen die Schulden leicht um 0,5 % ab. In drei Ländern wuchs die Verschuldung: Hamburg (+4,6 %), Thüringen (+1,6 %) und Sachsen-Anhalt (1,0 %). Im Vergleich der Jahre 2017 und 2012 wird deutlich, dass in Sachsen die Schulden fast halbiert wurden (-49,8 %), in Hamburg hingegen um knapp ein Drittel (32,3 %) anwuchsen.

Die höchsten Schuldenstände pro Kopf wurden in Bremen (30 714 Euro), Hamburg (17 885 Euro) und dem Saarland (17 806 Euro) verzeichnet; die geringsten in Sachsen (1 148 Euro), Bayern (2 339 Euro) und Baden-Württemberg (4 977 Euro). Niedersachsen belegt hier mit 9 070 Euro einen Platz im Mittelfeld.

Eine andere Möglichkeit, den Stand der Verschuldung in ein Verhältnis zu setzen, ist der Quotient aus Schuldenstand und BIP. Hier zeigt sich ein ähnliches Ergebnis wie bei der Pro-Kopf-Verschuldung. Die höchsten Schulden-

**Schulden je Einwohnerin und Einwohner 2017 – Euro –
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände
Kernhaushalte und Extrahaushalte**



quoten wiesen Bremen (62,0 %), das Saarland (50,2 %) und Berlin (41,4 %) auf. Bei der Hansestadt Hamburg fällt die Verschuldung aufgrund der hohen Wirtschaftsleistung dagegen nicht so stark ins Gewicht (27,7 %). Sachsen (3,8 %), Bayern (5,1 %) und Baden-Württemberg (11,1 %) wiesen die geringsten Schuldenquoten auf. Niedersachsen liegt mit 25,1 % oberhalb des Durchschnitts aller Länder (22,2 %).

Geringfügig höhere Mittel aus dem Finanzausgleich

Die Beträge, die die Länder in den Finanzausgleich einzahlen oder ausgezahlt bekommen, sind in Tabelle 42 abgebildet (die Angaben 2016 und 2017 sind vorläufig).

Es handelt sich dabei um die Summen des vertikalen und des horizontalen bundesstaatlichen Finanzausgleichs. Der horizontale Länderfinanzausgleich (LFA) verteilt Finanzmittel zwischen den Ländern um. Die Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) bilden den vertikalen Finanzausgleich, bei welchem von einer übergeordneten Gebietskörperschaft (Bund) unter bestimmten Bedin-

gungen Zahlungen an nachgeordnete Gebietskörperschaften (Länder) geleistet werden.

Das Volumen des Finanzausgleichs (LFA und BEZ) ist 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 750 Mio. Euro auf 9 106 Mio. Euro gesunken. Zu beachten ist, dass sich die Beträge des Länderfinanzausgleichs (LFA) zwischen den Zahler- und Empfängerländern saldieren. Niedersachsen erhielt 2017 aus dieser Summe 1 074 Mio. Euro (oder 135 Euro pro Kopf) und damit 23 Mio. Euro mehr als im Vorjahr. Die Zahlerländer waren Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg.

Der Quotient aus Finanzausgleich (LFA und BEZ) geteilt durch die Einnahmen der Länder (einschließlich ihrer Gemeinden) zeigt das Gewicht des bundesstaatlichen Finanzausgleichs für die Haushalte der Länder. Für Berlin (21,1 %), Bremen (15,5 %) und die ostdeutschen Flächenländer haben die Einzahlungen für die Haushalte eine höhere Bedeutung als für Nordrhein-Westfalen (1,6 %) sowie für Schleswig-Holstein und auch Niedersachsen (jeweils 2,3 %).

Infokasten mit Quellen sowie Fundstellen für weiterführende Informationen:

- **Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte:** Statistisches Bundesamt: Finanzen und Steuern. [Vierteljährliche Kassen-ergebnisse des Öffentlichen Gesamthaushalts 1.- 4. Vierteljahr 2017 \(Fachserie 14 Reihe 2\)](#), Wiesbaden 2018
- LSN: [Statistische Berichte Niedersachsen L Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern](#)
- **Schulden der öffentlichen Haushalte:**
- Statistisches Bundesamt: [Finanzen und Steuern. Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts 2016 \(Fachserie 14 Reihe 5\)](#), Wiesbaden 2017
- LSN: [Statistische Berichte Niedersachsen L Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern](#)
- **Länderfinanzausgleich:** Bundesministerium der Finanzen: [Länderfinanzausgleich. Daten zur horizontalen Umsatzsteuerverteilung, zum Länderfinanzausgleich und zu den Bundesergänzungszuweisungen](#) (Zusammenfassung der Abrechnungsergebnisse für die Jahre ab 2005)

Tabellen Finanzen

35. Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾			Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Einnahmen		Steuereinnahmequote 2017 ²⁾
	2012	2016	2017	2012	2016	2017	2017/2012	2017/2016	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	58 087	68 521	71 673	5 511	6 272	6 522	+23,4	+4,6	74,8
Bayern	68 556	84 947	89 742	5 495	6 593	6 916	+30,9	+5,6	73,4
Berlin	24 120	28 309	29 810	7 210	7 972	8 299	+23,6	+5,3	51,7
Brandenburg	13 968	16 050	16 778	5 700	6 452	6 717	+20,1	+4,5	58,4
Bremen	4 605	5 921	6 311	7 061	8 756	9 294	+37,1	+6,6	49,7
Hamburg	12 650	18 087	19 034	7 336	10 056	10 453	+50,5	+5,2	61,1
Hessen	34 421	44 079	45 699	5 734	7 136	7 337	+32,8	+3,7	70,8
Mecklenburg-Vorpommern	9 302	10 856	10 528	5 803	6 748	6 536	+13,2	-3,0	57,7
Niedersachsen	38 836	46 683	47 398	4 989	5 873	5 953	+22,0	+1,5	69,8
Nordrhein-Westfalen	99 843	115 196	122 405	5 691	6 444	6 841	+22,6	+6,3	65,5
Rheinland-Pfalz	19 731	23 506	25 300	4 946	5 787	6 216	+28,2	+7,6	68,5
Saarland	4 613	5 716	6 015	4 632	5 728	6 042	+30,4	+5,2	66,8
Sachsen	22 807	24 720	26 044	5 637	6 061	6 387	+14,2	+5,4	60,0
Sachsen-Anhalt	12 993	15 000	15 114	5 732	6 698	6 778	+16,3	+0,8	55,4
Schleswig-Holstein	13 836	17 608	18 611	4 935	6 121	6 447	+34,5	+5,7	66,7
Thüringen	11 619	13 026	13 516	5 342	6 028	6 276	+16,3	+3,8	60,3
Deutschland ³⁾	442 071	527 129	551 290	5 498	6 401	6 669	+24,7	+4,6	68,4
Westdeutschland	355 178	430 265	452 189	5 506	6 497	6 799	+27,3	+5,1	69,3
Ostdeutschland	94 808	107 962	111 790	5 968	6 695	6 917	+17,9	+3,5	56,7

1) Dargestellt sind hier die bereinigten Gesamteinnahmen, dabei werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gemeindeverbände) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet, die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

2) Quotient aus kassenmäßigen Steuereinnahmen und Gesamteinnahmen.

3) 2012 einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

36. Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Steuereinnahmen		Steuer- einnahmen/ BIP 2017
	2012	2016	2017	2012	2016	2017	2017/2012	2017/2016	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	42 175	50 883	53 584	4 001	4 657	4 876	+27,0	+5,3	10,9
Bayern	49 319	63 717	65 828	3 953	4 945	5 073	+33,5	+3,3	11,1
Berlin	11 636	14 790	15 425	3 478	4 165	4 294	+32,6	+4,3	11,3
Brandenburg	7 318	9 179	9 790	2 986	3 690	3 919	+33,8	+6,7	14,2
Bremen	2 277	3 055	3 136	3 491	4 517	4 618	+37,7	+2,7	9,3
Hamburg	8 928	10 815	11 624	5 178	6 013	6 383	+30,2	+7,5	9,9
Hessen	23 746	31 267	32 375	3 956	5 061	5 198	+36,3	+3,5	11,6
Mecklenburg-Vorpommern	4 677	5 692	6 073	2 918	3 538	3 770	+29,8	+6,7	14,2
Niedersachsen	26 455	32 363	33 077	3 398	4 072	4 154	+25,0	+2,2	11,5
Nordrhein-Westfalen	62 499	76 155	80 122	3 563	4 260	4 478	+28,2	+5,2	11,6
Rheinland-Pfalz	13 293	16 206	17 326	3 332	3 989	4 257	+30,3	+6,9	12,0
Saarland	3 124	3 826	4 018	3 137	3 834	4 036	+28,6	+5,0	11,4
Sachsen	12 242	14 767	15 618	3 026	3 621	3 830	+27,6	+5,8	12,8
Sachsen-Anhalt	6 789	8 202	8 370	2 995	3 663	3 754	+23,3	+2,0	13,8
Schleswig-Holstein	9 146	11 744	12 407	3 262	4 082	4 298	+35,7	+5,7	13,3
Thüringen	6 431	7 807	8 149	2 957	3 613	3 784	+26,7	+4,4	13,2
Deutschland ¹⁾	290 053	360 468	376 921	3 608	4 377	4 560	+29,9	+4,6	11,6
Westdeutschland	240 961	300 030	313 496	3 735	4 531	4 714	+30,1	+4,5	11,3
Ostdeutschland	49 092	60 438	63 425	3 090	3 748	3 924	+29,2	+4,9	12,9

1) 2012 einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

37. Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾			Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Ausgaben		Bereinigte Ausgaben/ BIP 2017
	2012	2016	2017	2012	2016	2017	2017/2012	2017/2016	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	56 492	68 050	70 343	5 359	6 229	6 401	+24,5	+3,4	14,3
Bayern	65 867	81 145	84 131	5 279	6 298	6 483	+27,7	+3,7	14,2
Berlin	24 093	26 977	27 380	7 202	7 597	7 622	+13,6	+1,5	20,0
Brandenburg	13 843	15 246	15 785	5 650	6 129	6 319	+14,0	+3,5	22,8
Bremen	5 181	6 007	6 204	7 945	8 883	9 135	+19,7	+3,3	18,4
Hamburg	13 687	18 313	19 337	7 937	10 182	10 619	+41,3	+5,6	16,4
Hessen	38 037	43 199	44 114	6 336	6 993	7 082	+16,0	+2,1	15,8
Mecklenburg-Vorpommern	9 417	9 854	9 430	5 875	6 125	5 854	+0,1	-4,3	22,0
Niedersachsen	38 985	44 484	45 233	5 008	5 597	5 681	+16,0	+1,7	15,7
Nordrhein-Westfalen	103 901	114 030	119 692	5 923	6 379	6 689	+15,2	+5,0	17,3
Rheinland-Pfalz	20 977	23 066	23 785	5 258	5 678	5 844	+13,4	+3,1	16,5
Saarland	5 651	6 057	5 969	5 675	6 071	5 996	+5,6	-1,5	16,9
Sachsen	21 157	23 383	24 968	5 229	5 733	6 123	+18,0	+6,8	20,5
Sachsen-Anhalt	12 807	13 916	14 399	5 651	6 214	6 458	+12,4	+3,5	23,7
Schleswig-Holstein	14 143	18 034	18 196	5 044	6 268	6 303	+28,7	+0,9	19,5
Thüringen	11 297	12 155	12 209	5 194	5 625	5 669	+8,1	+0,4	19,7
Deutschland ²⁾	450 043	512 817	528 484	5 598	6 227	6 393	+17,4	+3,1	16,2
Westdeutschland	362 920	422 385	437 003	5 626	6 378	6 571	+20,4	+3,5	15,8
Ostdeutschland	92 614	101 530	104 170	5 830	6 296	6 446	+12,5	+2,6	21,1

1) Dargestellt sind hier die bereinigten Gesamteinnahmen, dabei werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gemeindeverbände) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet, die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

2) 2012 einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

38. Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Personalausgaben		Personal- ausgaben- quote 2017 ¹⁾
	2012	2016	2017	2012	2016	2017	2017/2012	2017/2016	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	23 746	27 733	28 883	2 253	2 538	2 628	+21,6	+4,1	41,1
Bayern	26 095	31 197	32 577	2 091	2 421	2 510	+24,8	+4,4	38,7
Berlin	8 219	9 622	10 067	2 457	2 710	2 803	+22,5	+4,6	36,8
Brandenburg	4 799	5 533	5 816	1 959	2 224	2 328	+21,2	+5,1	36,8
Bremen	1 935	2 020	2 138	2 967	2 988	3 148	+10,5	+5,8	34,5
Hamburg	4 724	5 921	6 263	2 740	3 292	3 439	+32,6	+5,8	32,4
Hessen	14 224	16 152	16 695	2 369	2 615	2 680	+17,4	+3,4	37,8
Mecklenburg-Vorpommern	3 094	3 564	3 634	1 930	2 215	2 256	+17,5	+2,0	38,5
Niedersachsen	16 394	19 039	20 062	2 106	2 395	2 520	+22,4	+5,4	44,4
Nordrhein-Westfalen	38 159	43 480	45 367	2 175	2 432	2 535	+18,9	+4,3	37,9
Rheinland-Pfalz	8 734	9 979	10 356	2 189	2 457	2 544	+18,6	+3,8	43,5
Saarland	2 313	2 636	2 716	2 323	2 642	2 728	+17,4	+3,0	45,5
Sachsen	7 981	9 081	9 295	1 972	2 226	2 280	+16,5	+2,4	37,2
Sachsen-Anhalt	4 618	5 069	5 173	2 038	2 263	2 320	+12,0	+2,1	35,9
Schleswig-Holstein	5 528	6 507	6 817	1 972	2 262	2 361	+23,3	+4,8	37,5
Thüringen	4 275	4 712	4 828	1 966	2 181	2 242	+12,9	+2,4	39,5
Deutschland ²⁾	175 149	202 244	210 686	2 178	2 456	2 549	+20,3	+4,2	39,9
Westdeutschland	141 851	164 664	171 873	2 199	2 486	2 584	+21,2	+4,4	39,3
Ostdeutschland	32 986	37 580	38 814	2 076	2 330	2 402	+17,7	+3,3	37,3

1) Quotient aus Personalausgaben und bereinigten Gesamtausgaben.

2) 2012 einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

39. Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Ausgaben		Zins-Steuer- Quote 2017 ¹⁾
	2012	2016	2017	2012	2016	2017	2017/2012	2017/2016	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	2 682	1 956	1 817	254	179	165	-32,2	-7,1	3,4
Bayern	1 568	1 117	1 055	126	87	81	-32,7	-5,6	1,6
Berlin	2 094	1 399	1 318	626	394	367	-37,1	-5,8	8,5
Brandenburg	714	415	358	291	167	143	-49,8	-13,6	3,7
Bremen	625	631	644	958	933	949	+3,2	+2,1	20,5
Hamburg	885	751	849	513	418	466	-4,1	+13,0	7,3
Hessen	1 953	1 526	1 451	325	247	233	-25,7	-4,9	4,5
Mecklenburg-Vorpommern	440	301	253	274	187	157	-42,4	-15,8	4,2
Niedersachsen	2 286	1 717	1 566	294	216	197	-31,5	-8,8	4,7
Nordrhein-Westfalen	8 053	4 527	4 306	459	253	241	-46,5	-4,9	5,4
Rheinland-Pfalz	1 342	1 124	1 032	336	277	254	-23,1	-8,1	6,0
Saarland	590	484	458	593	485	460	-22,5	-5,4	11,4
Sachsen	445	271	245	110	67	60	-44,9	-9,6	1,6
Sachsen-Anhalt	826	567	502	365	253	225	-39,3	-11,4	6,0
Schleswig-Holstein	1 040	737	656	371	256	227	-36,9	-11,0	5,3
Thüringen	715	509	448	329	236	208	-37,3	-12,1	5,5
Deutschland ²⁾	26 339	18 032	16 958	328	219	205	-35,6	-6,0	4,5
Westdeutschland	21 024	14 571	13 835	326	220	208	-34,2	-5,1	4,4
Ostdeutschland	5 234	3 461	3 124	329	215	193	-40,3	-9,8	4,9

1) Quotient aus Zinsausgaben und Steuereinnahmen.

2) 2012 einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

40. Finanzierungssaldo der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Finanzierungssaldo der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Finanzierungssaldo der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung des Finanzierungssaldos		Finanzie- rungssaldo/ BIP 2017
	2012	2016	2017	2012	2016	2017	2017/2012	2017/2016	
	Mio. €			€			Mio. €		%
Baden-Württemberg	+1 600	+522	+1 369	+152	+48	+125	-230,5	+847,7	+0,3
Bayern	+2 685	+3 801	+5 612	+215	+295	+432	+2 927,1	+1 810,6	+0,9
Berlin	+28	+1 332	+2 433	+8	+375	+677	+2 404,3	+1 101,1	+1,8
Brandenburg	+125	+804	+996	+51	+323	+399	+871,3	+192,0	+1,4
Bremen	-581	-86	+104	-891	-127	+153	+685,0	+189,6	+0,3
Hamburg	-1 023	-225	-302	-593	-125	-166	+721,0	-76,9	-0,3
Hessen	-3 617	+875	+1 549	-603	+142	+249	+5 166,2	+674,1	+0,6
Mecklenburg-Vorpommern	-115	+1 003	+1 098	-72	+623	+682	+1 213,4	+95,7	+2,6
Niedersachsen	-149	+2 200	+2 145	-19	+277	+269	+2 294,0	-55,1	+0,7
Nordrhein-Westfalen	-4 057	+1 166	+2 713	-231	+65	+152	+6 770,6	+1 547,9	+0,4
Rheinland-Pfalz	-1 245	+433	+1 516	-312	+107	+372	+2 760,4	+1 082,3	+1,1
Saarland	-1 038	-341	+46	-1 042	-342	+46	+1 083,7	+387,5	+0,1
Sachsen	+1 652	+1 356	+1 099	+408	+332	+270	-552,9	-256,9	+0,9
Sachsen-Anhalt	+186	+1 084	+714	+82	+484	+320	+528,2	-370,1	+1,2
Schleswig-Holstein	-307	-426	+416	-109	-148	+144	+723,0	+842,2	+0,4
Thüringen	+338	+871	+1 307	+155	+403	+607	+969,2	+436,2	+2,1
Deutschland ¹⁾	-7 942	+14 368	+22 816	-99	+174	+276	+30 758,0	+8 448,0	+0,7
Westdeutschland	-7 732	+7 918	+15 168	-120	+120	+228	+22 900,5	+7 249,9	+0,5
Ostdeutschland	+2 214	+6 449	+7 647	+139	+400	+473	+5 433,5	+1 197,9	+1,6

1) 2012 einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

41. Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich¹⁾ der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände (31.12.)			Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Schulden		Schulden/ BIP 2017
	2012	2016	2017	2012	2016	2017	2017/2012	2017/2016	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	68 905	61 962	54 691	6 537	5 672	4 977	-20,6	-11,7	11,1
Bayern	42 220	33 094	30 347	3 384	2 568	2 339	-28,1	-8,3	5,1
Berlin	60 925	58 031	56 554	18 213	16 342	15 744	-7,2	-2,5	41,4
Brandenburg	21 752	19 707	18 808	8 877	7 922	7 529	-13,5	-4,6	27,2
Bremen	19 664	21 324	20 857	30 155	31 532	30 714	+6,1	-2,2	62,0
Hamburg	24 611	31 128	32 568	14 273	17 307	17 885	+32,3	+4,6	27,7
Hessen	59 036	61 240	58 356	9 834	9 914	9 368	-1,2	-4,7	20,9
Mecklenburg-Vorpommern	12 167	10 438	9 804	7 591	6 488	6 087	-19,4	-6,1	22,9
Niedersachsen	68 604	72 614	72 220	8 813	9 136	9 070	+5,3	-0,5	25,1
Nordrhein-Westfalen	257 868	234 885	227 710	14 699	13 140	12 725	-11,7	-3,1	32,9
Rheinland-Pfalz	44 536	45 388	44 365	11 164	11 173	10 900	-0,4	-2,3	30,7
Saarland	16 008	17 860	17 726	16 077	17 901	17 806	+10,7	-0,8	50,2
Sachsen	9 316	5 309	4 679	2 302	1 302	1 148	-49,8	-11,9	3,8
Sachsen-Anhalt	23 924	23 295	23 532	10 556	10 402	10 554	-1,6	+1,0	38,8
Schleswig-Holstein	32 088	33 680	33 534	11 444	11 707	11 616	+4,5	-0,4	35,9
Thüringen	18 483	18 186	18 476	8 498	8 416	8 579	-0,0	+1,6	29,8
Deutschland ²⁾	780 107	748 141	724 225	9 703	9 085	8 761	-7,2	-3,2	22,2
Westdeutschland	633 539	613 175	592 373	9 820	9 259	8 907	-6,5	-3,4	21,4
Ostdeutschland	146 568	134 966	131 852	9 226	8 369	8 158	-10,0	-2,3	26,8

1) Die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich beinhalten Kassenkredite, Wertpapierschulden und Kredite.

2) 2012 einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

42. Länderfinanzausgleich (LFA) und Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) der Länder

Land	LFA und BEZ der Länder insgesamt			LFA und BEZ der Länder je Einwohner/-in			Veränderung insgesamt		(LFA + BEZ)/ bereinigte Einnahmen 2017
	2012	2016 ¹⁾	2017 ¹⁾	2012	2016 ¹⁾	2017 ¹⁾	2017/2012	2017/2016	
	Mio. €			€			Mio. €		%
Baden-Württemberg	-2 765	-2 538	-2 779	-262	-232	-253	-14	-241	-3,9
Bayern	-3 797	-5 821	-5 887	-304	-452	-454	-2 090	-66	-6,6
Berlin	5 667	6 023	6 297	1 694	1 696	1 753	+630	+274	21,1
Brandenburg	2 001	1 601	1 534	817	644	614	-467	-67	9,1
Bremen	751	978	978	1 152	1 446	1 440	+227	0	15,5
Hamburg	-25	86	-40	-14	48	-22	-15	-126	-0,2
Hessen	-1 304	-2 261	-2 480	-217	-366	-398	-1 176	-219	-5,4
Mecklenburg-Vorpommern	1 549	1 305	1 236	966	811	767	-313	-69	11,7
Niedersachsen	237	1051	1 074	30	132	135	+837	+23	2,3
Nordrhein-Westfalen	595	1 698	1 913	34	95	107	+1 318	+215	1,6
Rheinland-Pfalz	441	643	650	111	158	160	+209	+7	2,6
Saarland	207	319	352	208	320	354	+145	+33	5,9
Sachsen	3 501	2 937	2 793	865	720	685	-708	-144	10,7
Sachsen-Anhalt	2 102	1 783	1 483	927	796	665	-619	-300	9,8
Schleswig-Holstein	258	402	422	92	140	146	+164	+20	2,3
Thüringen	1 981	1 652	1 561	911	764	725	-420	-91	11,5
Deutschland	11 399	9 856	9 106	142	120	110	-2 293	-750	1,7
Westdeutschland	-5 402	-5 443	-5 797	-84	-82	-87	-395	-354	-1,3
Ostdeutschland	16 801	15 301	14 904	1 058	949	922	-1 897	-397	13,3

1) Vorläufige Angaben.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Die Berechnung der Quoten der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher (Tab. 43), der Abiturientinnen und Abiturienten, der Studienberechtigten (Tab. 45) sowie der Studienanfängerinnen und Studienanfänger (Tab. 46 in Kapitel Wissenschaft und Kultur) erfolgt nach dem sogenannten „Quotensummenverfahren“. Bei dem Verfahren, das vor allem im internationalen Vergleich benutzt wird, wird der Anteil der betrachteten Personen an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres ermittelt. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert.

Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss gesunken

Im Jahr 2016 verließen in Niedersachsen insgesamt 4 291 Jugendliche die Schule, ohne mindestens einen Hauptschulabschluss erworben zu haben (Tab. 43). Im Vergleich zum Vorjahr waren das 48 bzw. 1,1 % Schülerinnen und Schüler weniger. Einen Rückgang gab es in 6 weiteren Ländern, darunter die stärksten Rückgänge in Berlin (-17,2 %), Sachsen-Anhalt (-4,1 %) und Rheinland-Pfalz (-3,1 %). Im bundesweiten Durchschnitt stieg die Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss im Vergleich zu 2015 um 3,6 % auf 49 156.

Die Zahl der sogenannten Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher ist mittelfristig im Zeitraum von 2011 bis 2016 bundesweit um 0,6 % zurückgegangen. Einen zweistelligen Rückgang gab es in Mecklenburg-Vorpommern (-12,6 %) und in Niedersachsen (-15,6 %). Diese Entwicklung gilt jedoch nicht für alle Länder. In vier Ländern stiegen die Werte um zweistellige Prozentwerte, am stärksten im Saarland (+35,9 %).

Die Quote der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher lag 2016 in Niedersachsen bei 5,2 % und blieb damit im Vergleich zu 2015 unverändert. Hessen hatte mit 5,1 % im Jahr 2016 die niedrigste Quote und Sachsen-Anhalt die höchste (9,6 %). Den stärksten Anstieg gab es im Saarland um 2,4 Prozentpunkte auf 7,1 %. Bundesweit stieg die Quote leicht um 0,2 Prozentpunkte auf 6,1 %.

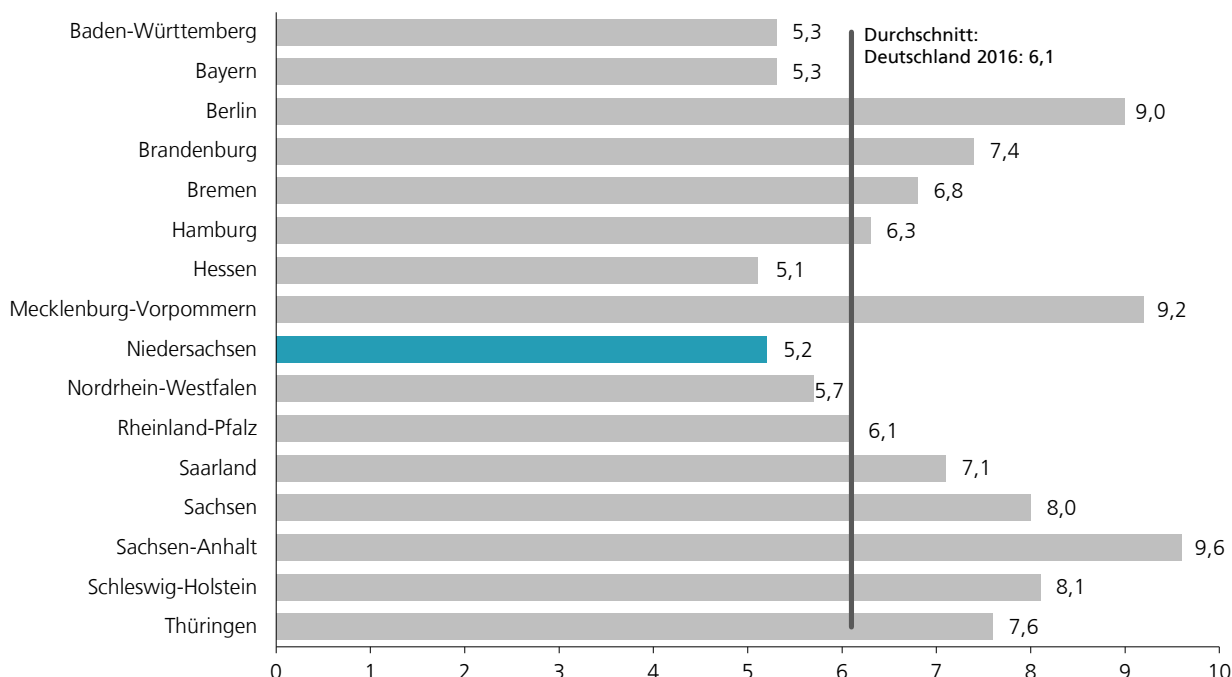
Quote der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger gesunken

Der internationale Indikator der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger fasst Personen im Alter zwischen 18 bis unter 25 Jahre zusammen, die maximal die Sekundarstufe I abgeschlossen haben und ohne Berufsausbildung sind oder sich nicht in einer solchen befinden und auch nicht an einer Weiterbildung teilnehmen. Die Quote wird auf Basis des Mikrozensus in Bezug auf die gleichaltrige Bevölkerung berechnet. Die in Tabelle 44 dargestellte Auswertung entstammt der Berechnung des statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat).

Im Jahr 2017 waren 11,3 % der 18- bis unter 25-Jährigen in Niedersachsen frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger. Dies entsprach gegenüber 2016 einem Rückgang von 0,8 Prozentpunkten und gegenüber 2012 einem Rückgang von 0,6 Prozentpunkten.

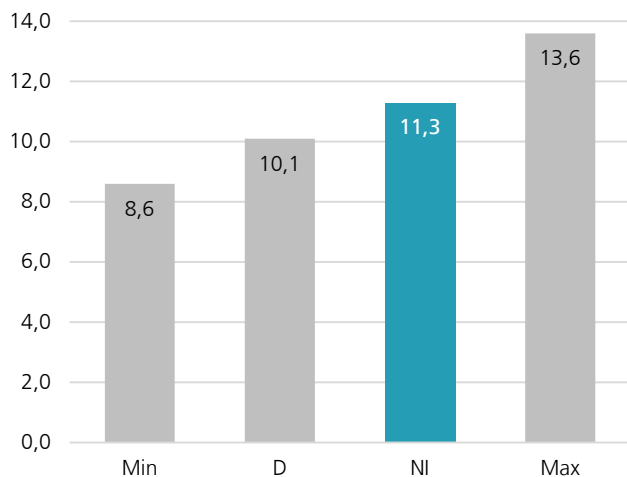
Soweit Quotenwerte nach Geschlecht vorliegen, war die Quote der männlichen frühen Schulabgänger in fast allen Ländern (ausgenommen in Sachsen) höher als die Quote der frühen Schulabgängerinnen. In Niedersachsen lag die Quote der Schulabgänger bei 12,2 % und die Quote der Schulabgängerinnen bei 10,3 %. In Berlin war der Abstand

Anteil Schulentlassener ohne Hauptschulabschluss an der gleichaltrigen Bevölkerung 2016 – Prozent –



der geschlechterspezifischen Quoten mit 4,5 Prozentpunkten am größten, wobei die Quote der Schulabgänger bei 15,5 % lag. Im Bundesdurchschnitt betrug die Gesamtquote der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger 10,1 % und ist damit gegenüber 2016 und 2012 leicht zurückgegangen (10,3 % und 10,5 %).

■ Anteil früher Schulabgängerinnen und -abgänger (18- bis unter 25-Jährige) 2017 – Prozent –



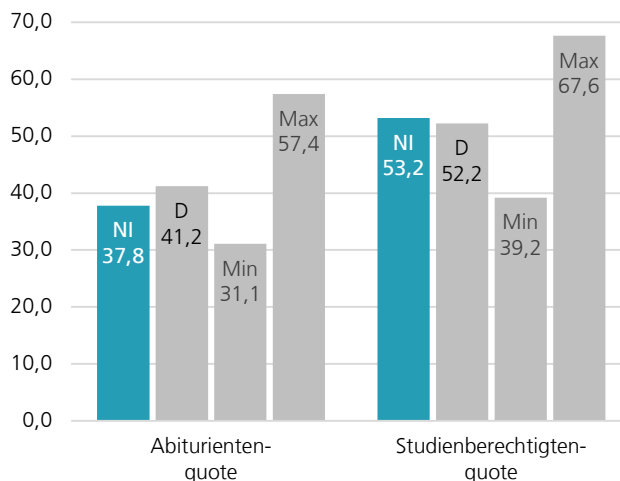
Weniger Abiturientinnen und Abiturienten – niedrigere Abiturientenquote

Im Jahr 2016 erlangten 33 489 niedersächsische Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen die allgemeine Hochschulreife (Tab. 45). Das waren etwa 1 % Absolventinnen und Absolventen weniger als im Vorjahr.

Für aussagekräftige Zeit- und Regionalvergleiche wird die Quote der Abiturientinnen und Abiturienten berechnet. Niedersachsen erreichte 2016 eine Quote von 37,8 %, was einem Rückgang von 0,4 Prozentpunkten gegenüber 2015 entsprach. 2016 lag die niedersächsische Quote 3,4 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt von 41,2 %.

Letztere veränderte sich gegenüber 2015 nicht. Im Ländervergleich zeigt sich eine große Spannweite der Quoten: Die höchste Quote der Abiturientinnen und Abiturienten (ohne doppelten Abiturjahrgang) gab es 2016 in Hamburg (57,4 %), die niedrigste in Bayern (31,1 %).

■ Abiturienten- und Studienberechtigtenquote 2016 – Prozent –



Anteil der Studienberechtigten über Bundesniveau

Die Studienberechtigtenquote gibt den Anteil der zur Aufnahme eines Studiums Berechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung an. Neben dem Abitur berücksichtigt diese Quote also auch andere Abschlüsse, insbesondere die Fachhochschulreife (Tab. 45).

Im Jahr 2016 lag die Studienberechtigtenquote in Niedersachsen bei 53,2 % und damit etwas über dem Bundesdurchschnitt von 52,2 %. Unter den Flächenländern hatten Baden-Württemberg, Saarland und Schleswig-Holstein höhere Quoten als Niedersachsen. In Schleswig-Holstein waren knapp zwei Drittel der Schulentlassenen (67,6 %) studienberechtigt, was bundesweit auch den Höchstwert darstellte. Die niedrigste Studienberechtigtenquote gab es im Jahr 2016 in Sachsen-Anhalt (39,2 %).

Infokasten mit Quellen sowie Fundstellen für weiterführende Informationen:

- **Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss sowie Abiturienten- und Studienberechtigtenquoten:** Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): [Dokumentation Nr. 215 – Juni 2018: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 2007 bis 2016](#), Tabellen C.I.1.1 und C.I.1.1.3 sowie C.III.1.3.2, C.III.1.3.2a und C.III.1.3a

Frühe Schulabgängerinnen und -abgänger:

- Statistische Ämter des Bundes und der Länder: [Amtliche Sozialberichterstattung – frühe Schulabgänger](#)
- Eurostat: Datenbank [Tabelle edat_ifse_16](#)

Tabellen Schulische Qualifikation

43. Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss an allgemein bildenden Schulen

Land	Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss			Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss an der gleichaltrigen Bevölkerung ¹⁾			Veränderung der Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss	
	2011	2015	2016	2011	2015	2016	2016/2011	2016/2015
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	5 922	5 768	6 125	5,1	5,0	5,3	+3,4	+6,2
Bayern	6 983	6 259	7 033	5,2	4,8	5,3	+0,7	+12,4
Berlin	2 487	3 009	2 490	9,7	11,2	9,0	+0,1	-17,2
Brandenburg	1 411	1 556	1 523	8,6	7,9	7,4	+7,9	-2,1
Bremen ²⁾	482	447	437	8,0	7,2	6,8	-9,3	-2,2
Hamburg	1 020	897	992	6,9	5,8	6,3	-2,7	+10,6
Hessen	3 370	2 542	3 180	5,5	4,1	5,1	-5,6	+25,1
Mecklenburg-Vorpommern	1 345	1 000	1 175	13,3	8,4	9,2	-12,6	+17,5
Niedersachsen	5 085	4 339	4 291	5,8	5,2	5,2	-15,6	-1,1
Nordrhein-Westfalen	11 114	11 054	10 805	5,7	5,9	5,7	-2,8	-2,3
Rheinland-Pfalz	2 469	2 606	2 525	5,8	6,3	6,1	+2,3	-3,1
Saarland	487	442	662	4,8	4,7	7,1	+35,9	+49,8
Sachsen	2 259	2 354	2 533	9,3	7,9	8,0	+12,1	+7,6
Sachsen-Anhalt	1 738	1 735	1 663	12,1	10,6	9,6	-4,3	-4,1
Schleswig-Holstein	2 143	2 234	2 436	7,0	7,4	8,1	+13,7	+9,0
Thüringen	1 157	1 197	1 286	7,8	7,5	7,6	+11,1	+7,4
Deutschland	49 472	47 439	49 156	6,1	5,9	6,1	-0,6	+3,6
Westdeutschland	39 075	36 588	38 486	-1,5	+5,2
Ostdeutschland	10 397	10 851	10 670	+2,6	-1,7

1) Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (sog. "Quotensummenverfahren").

2) In Bremen werden im Rahmen der Inklusion seit dem Schuljahr 2011/12 Schülerinnen und Schüler mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf Wahrnehmung- und Entwicklungsförderung (geistige Entwicklung) ihre Werkstufe von Klasse 10 bis 12 im beruflichen Bereich absolvieren. Die Daten für Bremen sind daher nur eingeschränkt vergleichbar.

Quelle: Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 215: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 2006-2016

44. Frühe Schulabgängerinnen und -abgänger (18 bis unter 25-Jährige)¹⁾

Land	Frühe Schulabgänger/-innen insgesamt			Männlich	Weiblich	Veränderung insgesamt	
	2012	2016	2017	2017		2017/2012 ²⁾	2017/2016
	%					Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	8,4	9,3	8,7	9,5	7,7	+0,3	-0,6
Bayern	7,3	7,6	7,1	7,8	6,4	-0,2	-0,5
Berlin	13,4	11,7	13,2	15,5	11,0	-0,2	+1,5
Brandenburg	10,2	11,0	12,4	15,2	/	+2,2	+1,4
Bremen	13,1	10,9	11,1	/	/	-2,0	+0,2
Hamburg	12,4	12,7	11,2	12,0	10,4	-1,2	-1,5
Hessen	9,5	10,5	10,1	11,8	8,3	+0,6	-0,4
Mecklenburg-Vorpommern	11,2	13,5	9,7	/	/	-1,5	-3,8
Niedersachsen	11,9	12,1	11,3	12,2	10,3	-0,6	-0,8
Nordrhein-Westfalen	12,9	11,4	11,6	12,5	10,7	-1,3	+0,2
Rheinland-Pfalz	12,5	11,7	11,8	13,3	10,1	-0,7	+0,1
Saarland	12,8	10,3	11,7	13,0	/	-1,1	+1,4
Sachsen	8,1	7,7	8,6	7,5	9,9	+0,5	+0,9
Sachsen-Anhalt	11,2	11,0	13,6	15,0	12,1	+2,4	+2,6
Schleswig-Holstein	12,6	10,2	8,8	10,0	7,4	-3,8	-1,4
Thüringen	7,6	8,8	8,7	10,6	/	+1,1	-0,1
Deutschland	10,5	10,3	10,1	11,1	9,0	-0,4	-0,2
Westdeutschland
Ostdeutschland

1) Frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger sind Personen, die weder über eine Hochschulzugangsberechtigung wie Abitur oder Fachhochschulreife noch über eine Berufsausbildung verfügen, sich nicht im Grund- und Zivildienst befinden und auch nicht an Aus- oder Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen.

2) Zeitreihenbruch 2014; Daten 2017 sind daher nur eingeschränkt vergleichbar mit Daten 2012.

Quelle: Eurostat

45. Schulentlassene mit Hochschulreife an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen

Land	Allgemeine Hochschulreife						Studien- berechtigigten- quote ²⁾	Veränderung der Abiturientenquoten	
	Absolventen/-innen			Abiturientenquote ¹⁾					
	2011	2015	2016	2011	2015	2016	2016/2011	2016/2015	
	Anzahl			%			Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	50 628	53 352	53 277	40,0	43,9	42,7	57,1	+2,7	-1,2
Bayern ³⁾	73 477	43 185	43 736	51,4	31,6	31,1	45,3	-20,3	-0,5
Berlin	12 986	14 063	15 209	41,2	48,8	51,7	59,6	+10,5	+2,9
Brandenburg	7 306	8 256	8 749	38,4	46,0	44,6	52,2	+6,2	-1,4
Bremen	3 251	3 327	3 220	46,0	49,4	45,3	51,5	-0,7	-4,1
Hamburg	7 957	9 611	9 890	47,5	57,7	57,4	65,8	+9,9	-0,3
Hessen	23 550	25 936	24 901	36,6	40,3	37,3	52,3	+0,7	-3,0
Mecklenburg-Vorpommern	3 677	4 690	4 962	31,8	41,2	39,9	43,2	+8,1	-1,3
Niedersachsen ³⁾	47 885	33 820	33 489	51,9	38,2	37,8	53,2	-14,1	-0,4
Nordrhein-Westfalen	80 611	89 054	89 781	38,3	45,7	44,9	52,1	+6,6	-0,8
Rheinland-Pfalz	16 165	17 188	18 769	34,3	39,3	40,9	48,9	+6,6	+1,6
Saarland	3 428	3 832	3 770	30,9	37,7	37,1	62,6	+6,2	-0,6
Sachsen	8 535	11 173	11 691	31,7	40,3	38,6	46,3	+6,9	-1,7
Sachsen-Anhalt	4 397	5 233	5 619	27,9	34,0	33,1	39,2	+5,2	-0,9
Schleswig-Holstein ³⁾	11 029	12 988	20 103	34,3	42,0	62,7	67,6	+28,4	+20,7
Thüringen	5 097	6 253	6 722	33,9	41,2	39,9	48,8	+6,0	-1,3
Deutschland	359 979	341 961	353 888	41,1	41,2	41,2	52,2	+0,1	0,0
Westdeutschland	317 981	292 293	300 936
Ostdeutschland	41 998	49 668	52 952

1) Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit Hochschulreife an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (sog. "Quotensummenverfahren").

2) Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife zusammen an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres ("Quotensummenverfahren").

3) In Bayern und Niedersachsen 2011 sowie in Schleswig-Holstein 2016 doppelter Abiturjahrgang.

Quelle: Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 215: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 2006-2016

Zahl der Erstsemester relativ konstant

Im Sommersemester 2016 und darauffolgenden Wintersemester begannen insgesamt 37 330 Hochschulzugangsberechtigte erstmals ein Studium in Niedersachsen (Tab. 46). Das waren rund 7,3 % der bundesweit 509 760 Erstsemester und damit anteilig weniger als im Vorjahr (7,7 %).

Die absolute Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger blieb in Niedersachsen in den letzten 5 Jahren relativ konstant, bundesweit ging sie um knapp 9 000 Personen zurück. Ein leicht verändertes Bild ergibt sich bei Betrachtung der Quote der Studienanfängerinnen und Studienanfänger. Diese stieg bundesweit im Vergleich der Jahre 2011 und 2016 um 1,1 Prozentpunkte auf 56,7 %. Das heißt, absolut betrachtet ging die Zahl der Erstsemester zwar etwas zurück, in Bezug zur gleichaltrigen Bevölkerung ist sie jedoch leicht gestiegen. Die niedersächsische Quote lag 2016 mit 40,6 % hingegen nahezu auf dem Niveau von 2011, während sie 2015 noch um 3,2 Prozentpunkte höher ausfiel. Diese Werte spiegeln tendenziell auch die Entwicklung im Ländervergleich wider. So ist die Studienanfängerquote im 5-Jahresvergleich nur in 4 Ländern zurückgegangen. Im Vergleich zum Vorjahr sank sie dagegen in 10 Ländern. Die Zahlen deuten darauf hin, dass der langjährige Trend zum Studium in den letzten Jahren einen Höhepunkt erreicht hat und sich seit 2016 leicht abschwächt.

Hinsichtlich des Niveaus der Quote der Studienanfängerinnen und Studienanfänger im Ländervergleich blieb die Struktur auch 2016 unverändert. In den Stadtstaaten mit ihren zentralörtlichen Funktionen und der hohen Attrakti-

vität als Studienort sind die Quoten im Durchschnitt höher als in den Flächenländern.

Immer mehr Studierende

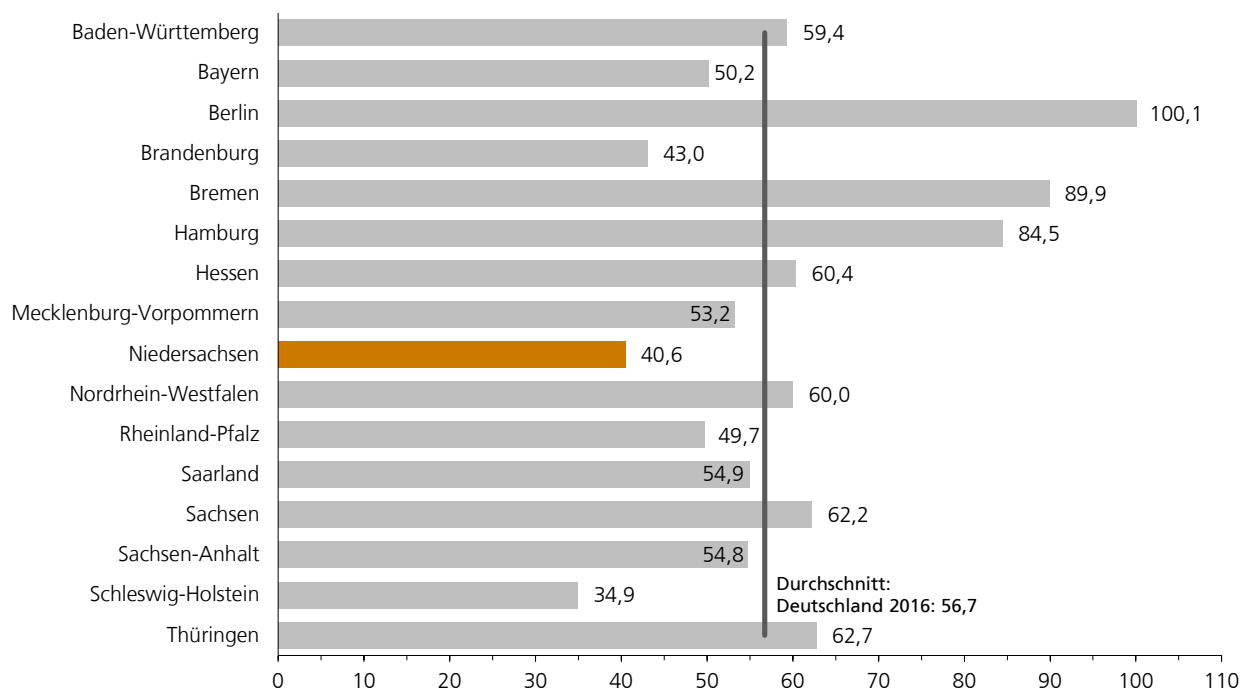
Im Wintersemester 2016/2017 waren in Deutschland etwa 2,8 Mio. Personen an Hochschulen eingeschrieben (Tab. 47). Davon studierten etwa 204 900 bzw. 7,3 % in Niedersachsen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Zuwachs von knapp 5 000 Studierenden. Mit Ausnahme von 4 ostdeutschen Flächenländern waren in den anderen Ländern ebenfalls Zuwächse zu verzeichnen. Im mittelfristigen Vergleich zwischen 2016 und 2011 ging die Zahl der Studierenden in allen 5 ostdeutschen Flächenländern zurück. In Berlin sowie in allen westdeutschen Ländern stiegen die Zahlen kontinuierlich.

Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer mittelfristig unverändert

Zu den Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern werden Studierende gezählt, die ihre (Fach-) Hochschulzugangsberechtigung im Ausland bzw. an einem ausländischen Studienkolleg erworben haben. Der Anteil an allen Studierenden kann als Gradmesser der Internationalisierung und Attraktivität von Hochschulstandorten herangezogen werden.

In Niedersachsen lag der Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an allen Studierenden im Wintersemester 2016/2017 bei 7,8 % (Tab. 47). Im Vergleich zum Vorjahr ist der Wert um 0,5 Prozentpunkte gestiegen (bundesweit 9,5 %; +0,4 Prozentpunkte). Die Werte in den

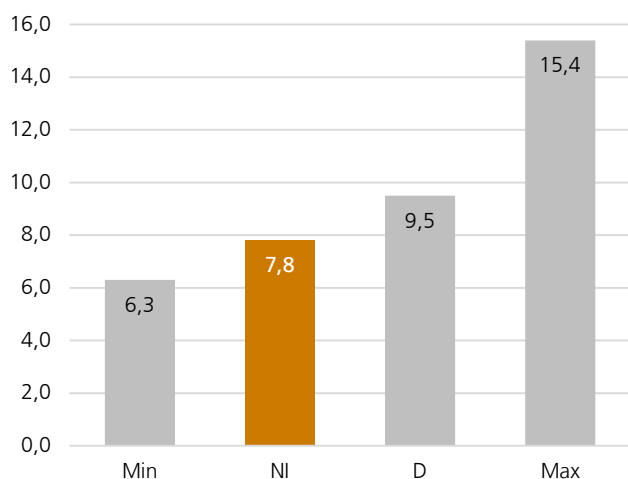
Studienanfängerquote 2016 – Prozent –



Ländern lagen dabei zwischen 15,4 % in Berlin und 6,3 % in Schleswig-Holstein.

Die großen Unterschiede zwischen den Ländern deuten zum einen darauf hin, dass Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer stärker von der Hauptstadt angezogen werden. Daneben sind es aber vor allem auch die ostdeutschen Länder sowie das Saarland und Bremen, in denen der Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer vergleichsweise hoch ist. Im Gegensatz dazu ist der Anteil in 4 der 5 Küstenländer vergleichsweise niedrig, darunter auch Niedersachsen. Welche konkreten Pull-Faktoren für ausländische Studierende vorrangig bei der Wahl des Studienortes von Bedeutung sind, lässt sich an dieser Stelle nicht beantworten. Wahrscheinlich spielen mehrere Faktoren, wie beispielsweise das jeweilige Studienangebot und seine Qualität, die Höhe der Semesterbeiträge und die geografische Lage eine Rolle.

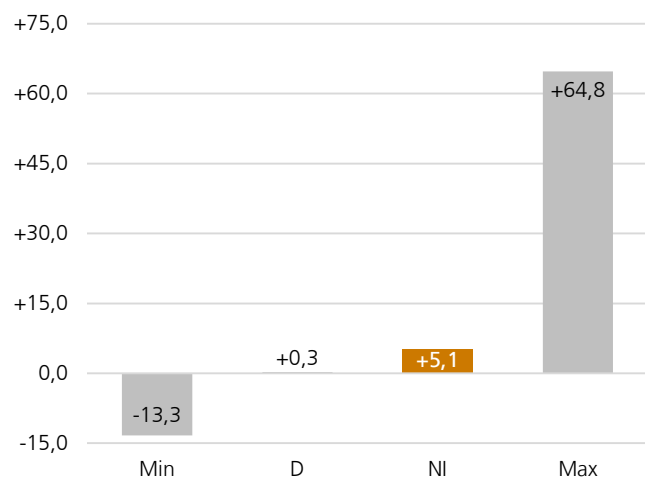
■ Anteil der Bildungsausländer/-innen an den Studierenden 2016 – Prozent –



Leichte Zunahme bei Zahl der Promotionen

Die Zahl der Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen blieb in den letzten Jahren sowohl in Niedersach-

■ Veränderung der Zahl der Promotionen 2016 gegenüber 2015 – Prozent –



sen als auch bundesweit relativ stabil (Tab. 48). Im Laufe des Jahres 2016 beendeten 23 113 Personen erfolgreich ein Erststudium in Niedersachsen, das waren 1,0 % weniger als im Vorjahr und 1,9 % mehr als 2011.

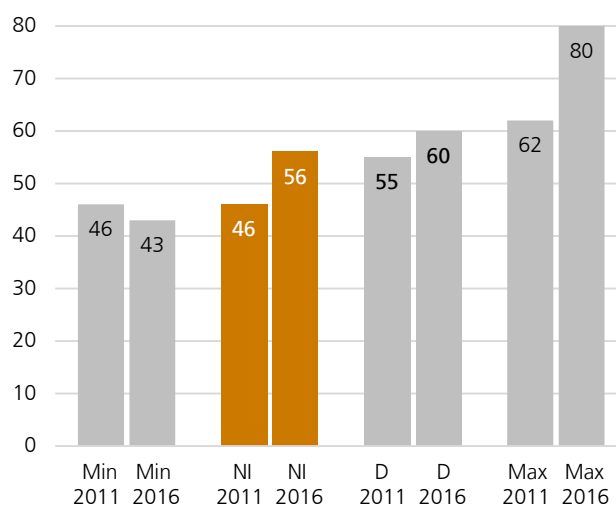
Der akademische Grad des „Doktors“ wurde 2016 in Niedersachsen 2 350 Mal verliehen (Tab. 49). Dies bedeutet eine Zunahme um 5,1 % gegenüber dem Vorjahr. Im Bundesdurchschnitt blieb die Zahl der Promotionen nahezu unverändert (29 303 Promotionen; +0,3 %). Über die Jahre schwankten die Werte in einzelnen Ländern teilweise deutlich. Den größten Zuwachs im Vorjahresvergleich gab es in Bremen (+64,8 %), den höchsten Rückgang im Saarland (-13,3 %).

Durchschnittlich 56 Studierende je Professur

Die Zahl der besetzten Professuren an Niedersachsens Hochschulen blieb 2016 im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant und ging nur marginal um 3 Stellen auf 3 635 zurück (Tab. 50). Bundesweit lag die Zahl bei 46 835.

Der Bezug auf die Studierendenzahl aus Tabelle 47 zeigt, dass jede Professorin bzw. jeder Professor in Deutschland rechnerisch 60 Studentinnen und Studenten betreute, an niedersächsischen Hochschulen waren es durchschnittlich 56. Das niedrigste Betreuungsverhältnis verzeichnete Thüringen mit 43:1, das höchste Nordrhein-Westfalen mit 80:1.

■ Anzahl der Studierenden je Professur 2011 und 2016



Im Vergleich der Jahre 2011 und 2016 ist die Betreuungsrelation in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen deutlich stärker gestiegen (etwa +10 Studierende) als im Bundesdurchschnitt (+5). In beiden Ländern ist die Studierendenzahl stärker gestiegen als die Zahl der Professuren. In allen ostdeutschen Ländern mit Ausnahme von Berlin hat sich das Betreuungsverhältnis im Fünf-Jahresvergleich hingegen verbessert, u. a. durch rückläufige Studierendenzahlen.

Das Betreuungsverhältnis gilt als ein Gradmesser der Qualität der akademischen Ausbildung. Allerdings wird es auch von den Struk-

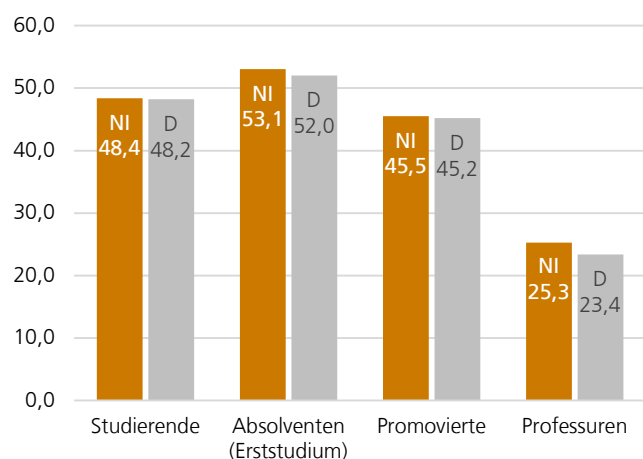
turen der Studiengänge an den jeweiligen Hochschulen beeinflusst. So sind die Betreuungsrelationen in medizinischen Studiengängen meist geringer, in den Sprach- und Kulturwissenschaften dagegen höher.

Nur jede vierte Professur von einer Frau besetzt

Das Geschlechterverhältnis zwischen Studentinnen und Studenten an niedersächsischen Hochschulen ist nach wie vor nahezu ausgeglichen (Tab. 46, 47, 48). Im Jahr 2016 waren 51,4 % der Erstsemester weiblich, der Anteil der Studentinnen an allen Studierenden betrug 48,4 %, der Anteil der Frauen an allen Absolventinnen und Absolventen, die erfolgreich ein Erststudium abgeschlossen haben, lag bei 53,1 %. Für Deutschland insgesamt sind die Werte ähnlich (50,5 %, 48,2 % bzw. 52,0 %). Je nach Land und der dortigen Hochschullandschaft mit unterschiedlichem Fächerangebot variieren die Anteile etwas. Auch im Zeitverlauf sind kleinere Schwankungen zu beobachten. Rein zahlenmäßige Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind jedoch im Wesentlichen nicht vorhanden.

Im Bereich der höheren akademischen Abschlüsse ist hingegen noch kein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis erreicht. Von den 2016 in Niedersachsen bestandenen Promotionen wurde mit 45,5 % zwar annähernd die Hälfte von Frauen abgelegt (Tab. 49). In der Professorenschaft sind Frauen jedoch nach wie vor deutlich unterrepräsentiert (Tab. 50). In Niedersachsen betrug das Verhältnis zwischen Frauen und Männern 1 zu 3 bzw. der Frauenanteil 25,3 % und lag damit etwas über dem Bundesdurchschnitt von 23,4 %. Auch wenn die Anteile der Frauen in allen Ländern im mittelfristigen Vergleich stiegen, so sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern immer noch mehr als deutlich.

Anteile der Frauen an Studierenden, Absolventen, Promovierten und Professuren insgesamt 2016 – Prozent –



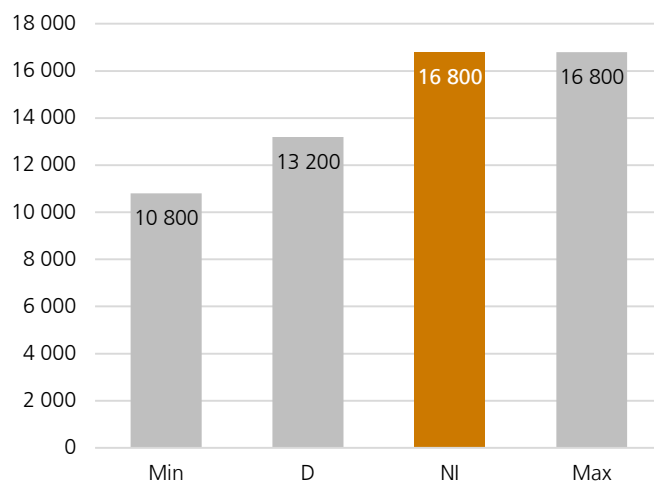
Weiterhin höchste Ausgaben für Hochschulen je studierender Person

Die öffentlichen Ausgaben für Hochschulen beliefen sich im Jahr 2014 in Niedersachsen auf knapp 3,2 Mrd. Euro.

Dieser Betrag umfasste Ausgaben für Forschung und Lehre sowie für zusätzliche Dienstleistungen, wie z. B. für Studentenwerke (Tab. 51). Im mittelfristigen Vergleich stiegen die Ausgaben sowohl in Niedersachsen (+28,1 %) als auch bundesweit deutlich an (+30,5 %).

Setzt man die Ausgaben in Relation zur Zahl der Studierenden (einschließlich Promovierende) ergibt sich ein etwas anderes Bild. Die Ausgaben je Studierenden sanken zwischen 2009 und 2014 in Niedersachsen um 900 Euro auf nunmehr 16 800 Euro, bundesweit um 700 Euro auf 13 200 Euro. Im Ländervergleich hat Niedersachsen damit jedoch immer noch die höchsten Ausgaben getätigt.

Öffentliche Ausgaben für Hochschulen je Studierenden 2014 – Euro –

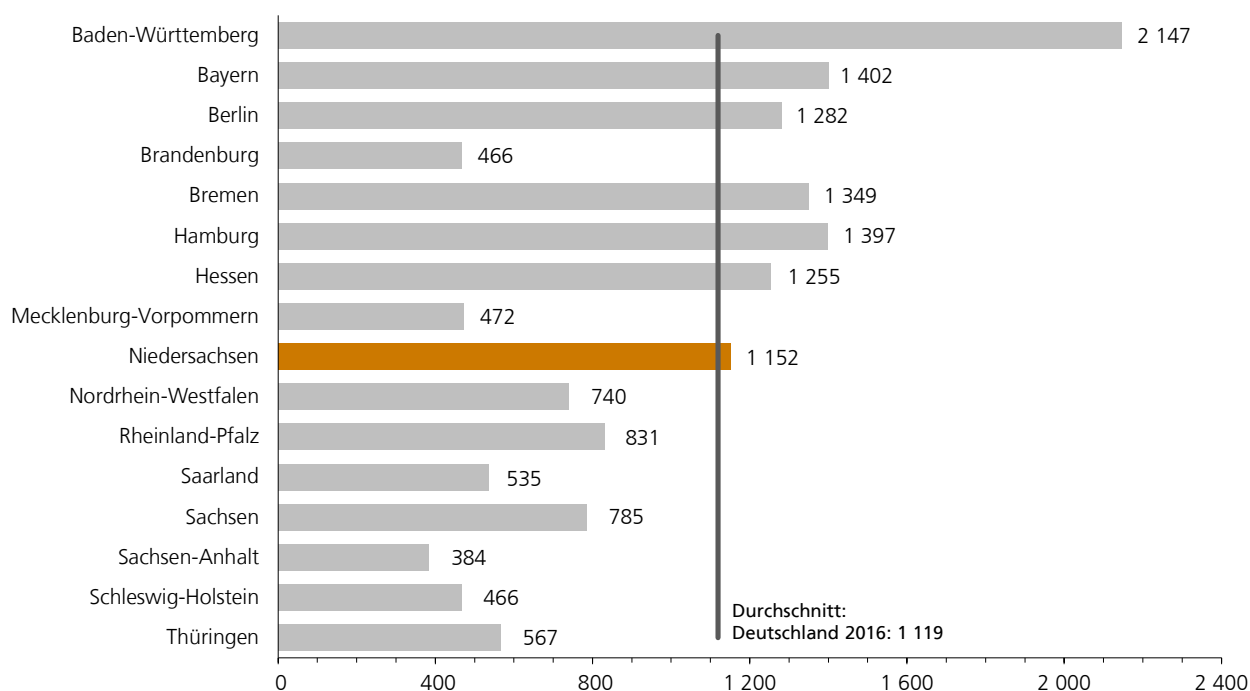


Ausgaben für Forschung und Entwicklung leicht überdurchschnittlich

Ausgaben für Forschung und Entwicklung leisten einen relevanten Beitrag zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Die Höhe der Ausgaben stellt eine wichtige Bestimmungsgröße für das Innovationstempo einer Volkswirtschaft dar.

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) betrugen im Jahr 2016 in Niedersachsen knapp 9,2 Mrd. Euro (Tab. 52). Diese FuE-Ausgaben umfassen Ausgaben des Staates, privater Institutionen ohne Erwerbszweck, der Hochschulen (interne FuE-Aufwendungen) sowie der Wirtschaft. In Deutschland beliefen sich die Ausgaben insgesamt auf 92,2 Mrd. Euro. Dies entsprach je Einwohnerin und Einwohner einer Aufwendung von durchschnittlich 1 119 Euro. In Niedersachsen lagen die Pro-Kopf-Ausgaben mit 1 152 Euro knapp darüber. Im Ländervergleich tätigte Baden-Württemberg wie schon in den Vorjahren die höchsten Ausgaben pro Kopf (2 147 Euro), mit größerem Abstand gefolgt von Bayern (1 402 Euro). Mittelfristig sind die Ausgaben im Vergleich der Jahre 2011 und 2016 in allen Ländern gestiegen, wobei der Anstieg in Niedersachsen mit 41,5 % am deutlichsten ausfiel. Eine ähnlich hohe Zunahme konnte nur Rheinland-Pfalz aufweisen. In anderen Ländern fiel die Veränderung deutlich geringer aus.

■ Ausgaben für Forschung und Entwicklung je Einwohnerin und Einwohner 2016 – Euro –



Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ändert sich das Bild nur wenig: Der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am BIP war 2016 in Baden-Württemberg mit 4,9 % im Ländervergleich mit Abstand am höchsten. Im Bundesdurchschnitt lag die sogenannte FuE-Quote bei 2,9 %, in Niedersachsen bei 3,3 %. In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist das Ziel formuliert, dass die FuE-Quote bis 2030 jährlich mindestens 3 % betragen soll.

Diese Quote hatte Niedersachsen 2016 bereits zum wiederholten Male erreicht. Die Gründe für die Unterschiede in der Ausgabenhöhe zwischen den Ländern können vielfältig sein. Eine Analyse der Ausgabenstrukturen könnte Aufschluss geben, ob die Ausgabenhöhe wesentlich durch die Wirtschafts- und Institutionsstrukturen in den Ländern beeinflusst wird.

Infokasten mit Quellen sowie Fundstellen für weiterführende Informationen:

Studierende, Absolventen, Promotionen, Professuren:

- Statistisches Bundesamt: Bildung, Forschung und Kultur. [Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen](#) (Fachserie 11 Reihe 4.3.1), Wiesbaden 2017.
- Statistisches Bundesamt: [Prüfungen an Hochschulen](#) (u. a. Promotionen) (Fachserie 11 Reihe 4.2), Wiesbaden 2017.
- [LSN-Onlinedatenbank](#): Hochschulstatistik (310) und Hochschulpersonal (310).
- **Ausgaben für Hochschulen**: Statistisches Bundesamt: Bildung, Forschung und Kultur. [Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen](#) (Fachserie 11 Reihe 4.3.2), Wiesbaden 2017.
- **Ausgaben für Forschung und Entwicklung**: Statistisches Bundesamt: Bildung, Forschung und Kultur. [Forschung und Entwicklung](#).

Tabellen Wissenschaft und Kultur

46. Studienanfängerinnen und -anfänger nach Land des Studienortes

Land	Studienanfänger/-innen im ersten Hochschulsesemester ¹⁾			Darunter weiblich	Studienanfängerquote ²⁾			Veränderung der Studienanfängerquote	
	2011	2015	2016		2011	2015	2016	2016/2011	2016/2015
	Anzahl				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	78 026	76 342	76 916	37 678	60,5	60,8	59,4	-1,1	-1,4
Bayern ³⁾	85 867	74 223	73 437	36 791	58,5	52,1	50,2	-8,3	-1,9
Berlin	31 234	34 189	35 367	18 502	79,1	98,0	100,1	+21,0	+2,0
Brandenburg	9 530	8 184	8 112	4 294	40,6	46,2	43,0	+2,5	-3,1
Bremen	6 937	7 263	6 992	3 483	88,6	96,4	89,9	+1,4	-6,5
Hamburg	17 544	16 550	16 951	8 544	85,8	84,3	84,5	-1,4	+0,2
Hessen	40 560	41 029	42 203	21 397	59,3	61,0	60,4	+1,1	-0,6
Mecklenburg-Vorpommern	7 482	6 605	6 880	3 408	47,4	54,5	53,2	+5,9	-1,2
Niedersachsen ³⁾	37 404	38 872	37 330	19 186	40,5	43,8	40,6	+0,1	-3,2
Nordrhein-Westfalen	120 305	124 623	124 915	63 027	56,3	61,7	60,0	+3,7	-1,7
Rheinland-Pfalz	24 180	22 414	23 035	12 280	50,6	49,6	49,7	-0,9	+0,0
Saarland	5 734	5 755	5 867	3 011	49,5	54,6	54,9	+5,4	+0,4
Sachsen	21 478	21 104	20 036	9 791	58,5	68,7	62,2	+3,7	-6,5
Sachsen-Anhalt	10 896	9 759	9 699	5 018	51,0	58,5	54,8	+3,8	-3,8
Schleswig-Holstein ³⁾	10 463	10 015	11 109	5 534	32,7	32,4	34,9	+2,2	+2,5
Thüringen	11 108	9 653	10 911	5 631	55,4	59,8	62,7	+7,3	+2,9
Deutschland	518 748	506 580	509 760	257 575	55,6	58,2	56,7	+1,1	-1,5
Westdeutschland	427 020	417 086	418 755	210 931
Ostdeutschland	91 728	89 494	91 005	46 644

1) Sommer- und nachfolgendes Wintersemester.

2) Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (sog. "Quotensummenverfahren").

3) In Bayern und Niedersachsen 2011 sowie in Schleswig-Holstein 2016 doppelter Abiturjahrgang.

47. Studierende und Bildungsausländerinnen und -ausländer

Land	Studierende im Wintersemester			Darunter weiblich	Anteil der Bildungsausländer/-innen an den Studierenden			Veränderung des Anteils an den Studierenden	
	2011	2015	2016		2011	2015	2016	2016/2011	2016/2015
	Anzahl				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	308 339	359 125	362 339	171 723	9,2	9,9	10,4	+1,2	+0,5
Bayern	320 318	376 488	378 320	184 079	7,3	8,6	9,1	+1,8	+0,5
Berlin	153 694	175 917	180 235	89 965	13,0	14,6	15,4	+2,4	+0,8
Brandenburg	51 676	49 395	49 205	25 421	9,3	12,4	13,1	+3,7	+0,7
Bremen	33 337	36 324	36 334	17 299	11,5	10,9	11,3	-0,2	+0,5
Hamburg	85 243	97 881	101 069	49 888	7,5	8,1	8,5	+1,1	+0,4
Hessen	208 887	244 322	250 450	119 167	8,6	8,7	9,0	+0,4	+0,2
Mecklenburg-Vorpommern	40 471	38 541	38 143	18 607	4,8	6,2	7,0	+2,3	+0,8
Niedersachsen	161 417	199 959	204 895	99 129	7,8	7,3	7,8	+0,0	+0,5
Nordrhein-Westfalen	597 952	751 740	776 130	368 826	7,5	7,6	7,9	+0,3	+0,3
Rheinland-Pfalz	117 105	121 459	122 230	62 234	7,5	7,4	7,6	+0,1	+0,2
Saarland	26 864	30 838	31 093	15 293	11,8	11,4	11,6	-0,2	+0,2
Sachsen	111 635	113 281	111 499	51 024	8,8	13,3	13,7	+4,9	+0,4
Sachsen-Anhalt	55 761	54 954	54 629	27 001	7,9	11,1	11,2	+3,2	+0,1
Schleswig-Holstein	54 607	57 412	59 919	28 926	5,5	5,9	6,3	+0,8	+0,4
Thüringen	53 668	50 163	50 520	24 803	6,6	11,4	11,6	+5,1	+0,3
Deutschland	2 380 974	2 757 799	2 807 010	1 353 385	8,3	9,1	9,5	+1,2	+0,4
Westdeutschland	1 914 069	2 275 548	2 322 779	1 116 564
Ostdeutschland	466 905	482 251	484 231	236 821

48. Absolventinnen und Absolventen (Erststudium)¹⁾

Land	Absolventen/-innen (Erststudium) insgesamt ²⁾			Darunter weiblich				Veränderung der Zahl der Absolventen/-innen insgesamt	
				2011	2016	Anteil			
	2011	2015	2016			2011	2016	2016/2011	2016/2015
	Anzahl								
Baden-Württemberg	47 560	54 407	53 351	23 339	25 815	49,1	48,4	+12,2	-1,9
Bayern	45 932	53 133	51 031	23 211	26 503	50,5	51,9	+11,1	-4,0
Berlin	18 725	17 683	17 914	9 881	9 549	52,8	53,3	-4,3	+1,3
Brandenburg	6 523	5 826	5 227	3 535	2 784	54,2	53,3	-19,9	-10,3
Bremen	4 339	4 157	4 285	2 207	2 207	50,9	51,5	-1,2	+3,1
Hamburg	10 514	10 133	10 228	5 222	5 396	49,7	52,8	-2,7	+0,9
Hessen	24 416	25 115	25 364	12 552	13 493	51,4	53,2	+3,9	+1,0
Mecklenburg-Vorpommern	4 746	4 223	4 073	2 558	2 175	53,9	53,4	-14,2	-3,6
Niedersachsen	22 682	23 350	23 113	12 201	12 263	53,8	53,1	+1,9	-1,0
Nordrhein-Westfalen	64 631	67 526	71 563	32 523	38 054	50,3	53,2	+10,7	+6,0
Rheinland-Pfalz	14 425	15 031	14 404	8 025	7 821	55,6	54,3	-0,1	-4,2
Saarland	2 565	3 806	3 694	1 423	1 923	55,5	52,1	+44,0	-2,9
Sachsen	17 436	13 365	13 031	9 136	6 305	52,4	48,4	-25,3	-2,5
Sachsen-Anhalt	7 365	6 099	5 631	4 110	3 091	55,8	54,9	-23,5	-7,7
Schleswig-Holstein	7 515	6 758	6 419	3 822	3 382	50,9	52,7	-14,6	-5,0
Thüringen	7 897	6 490	5 839	4 177	3 169	52,9	54,3	-26,1	-10,0
Deutschland	307 271	317 102	315 167	157 922	163 930	51,4	52,0	+2,6	-0,6
Westdeutschland	244 579	263 416	263 452	124 525	136 857	50,9	51,9	+7,7	+0,0
Ostdeutschland	62 692	53 686	51 715	33 397	27 073	53,3	52,4	-17,5	-3,7

1) Ohne Masterabsolventen.

2) Einschließlich Weiterstudium zur Verbesserung der Prüfungsnote.

49. Promotionen

Land	Bestandene Promotionen insgesamt			Darunter von Frauen bestandene Promotionen				Veränderung der Zahl der Promotionen insgesamt	
				2011	2016	Anteil			
	2011	2015	2016			2011	2016	2016/2011	2016/2015
	Anzahl					%			
Baden-Württemberg	4 247	4 900	4 613	1 872	2 000	44,1	43,4	+8,6	-5,9
Bayern	4 241	4 589	4 703	1 929	2 053	45,5	43,7	+10,9	+2,5
Berlin	2 213	2 457	2 463	1 085	1 200	49,0	48,7	+11,3	+0,2
Brandenburg	386	422	394	161	176	41,7	44,7	+2,1	-6,6
Bremen	350	227	374	153	177	43,7	47,3	+6,9	+64,8
Hamburg	1 147	948	1 071	559	508	48,7	47,4	-6,6	+13,0
Hessen	2 125	2 351	2 468	964	1 132	45,4	45,9	+16,1	+5,0
Mecklenburg-Vorpommern	473	525	543	200	254	42,3	46,8	+14,8	+3,4
Niedersachsen	2 268	2 236	2 350	1 009	1 069	44,5	45,5	+3,6	+5,1
Nordrhein-Westfalen	4 985	5 636	5 454	2 114	2 384	42,4	43,7	+9,4	-3,2
Rheinland-Pfalz	1 103	1 059	1 113	506	489	45,9	43,9	+0,9	+5,1
Saarland	97	414	359	29	161	29,9	44,8	+270,1	-13,3
Sachsen	1 458	1 528	1 557	639	664	43,8	42,6	+6,8	+1,9
Sachsen-Anhalt	549	595	596	239	326	43,5	54,7	+8,6	+0,2
Schleswig-Holstein	641	536	529	333	294	52,0	55,6	-17,5	-1,3
Thüringen	698	795	716	313	361	44,8	50,4	+2,6	-9,9
Deutschland	26 981	29 218	29 303	12 105	13 248	44,9	45,2	+8,6	+0,3
Westdeutschland	21 204	22 896	23 034	9 468	10 267	44,7	44,6	+8,6	+0,6
Ostdeutschland	5 777	6 322	6 269	2 637	2 981	45,6	47,6	+8,5	-0,8

50. Professuren an Hochschulen

Land	Professuren insgesamt ¹⁾			Darunter Professuren von Frauen				Veränderung der Zahl der Professuren insgesamt	
				2011	2016	Anteil			
	2011	2015	2016			2011	2016	2016/2011	2016/2015
	Anzahl					%			
Baden-Württemberg	6 585	7 284	7 361	1 141	1 530	17,3	20,8	+11,8	+1,1
Bayern	6 161	6 720	6 822	986	1 312	16,0	19,2	+10,7	+1,5
Berlin	3 108	3 317	3 386	940	1 091	30,2	32,2	+8,9	+2,1
Brandenburg	908	930	939	192	251	21,1	26,7	+3,4	+1,0
Bremen	656	683	680	152	188	23,2	27,6	+3,7	-0,4
Hamburg	1 489	1 619	1 628	361	468	24,2	28,7	+9,3	+0,6
Hessen	3 367	3 646	3 666	722	916	21,4	25,0	+8,9	+0,5
Mecklenburg-Vorpommern	831	804	822	133	172	16,0	20,9	-1,1	+2,2
Niedersachsen	3 483	3 638	3 635	846	918	24,3	25,3	+4,4	-0,1
Nordrhein-Westfalen	8 472	9 587	9 687	1 697	2 407	20,0	24,8	+14,3	+1,0
Rheinland-Pfalz	1 948	2 040	2 110	360	451	18,5	21,4	+8,3	+3,4
Saarland	469	496	510	88	102	18,8	20,0	+8,7	+2,8
Sachsen	2 217	2 337	2 293	382	485	17,2	21,2	+3,4	-1,9
Sachsen-Anhalt	1 069	1 063	1 050	190	217	17,8	20,7	-1,8	-1,2
Schleswig-Holstein	1 029	1 039	1 060	155	215	15,1	20,3	+3,0	+2,0
Thüringen	1 132	1 141	1 186	181	232	16,0	19,6	+4,8	+3,9
Deutschland	42 924	46 344	46 835	8 526	10 955	19,9	23,4	+9,1	+1,1
Westdeutschland	33 659	36 752	37 159	6 508	8 507	19,3	22,9	+10,4	+1,1
Ostdeutschland	9 265	9 592	9 676	2 018	2 448	21,8	25,3	+4,4	+0,9

1) Professuren: ohne (nebenberufliche) Gastprofessuren und Emeriti; einschließlich zentrale Einrichtungen und sonstige Fächer.

51. Öffentliche Ausgaben für Hochschulen

Land	Ausgaben für Hochschulen ^{1), 2)}			Ausgaben für Hochschulen je Studierenden ^{1), 2), 3)}			Veränderung der Ausgaben für Hochschulen		Anteil d. Ausgaben f. Hochschulen am BIP 2014
	2009	2013	2014	2009	2013	2014	2014/2009	2014/2013	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	4 177	5 055	5 387	16 000	13 800	14 200	+29,0	+6,6	1,2
Bayern	4 021	5 262	5 346	15 500	14 300	13 800	+32,9	+1,6	1,0
Berlin	1 796	2 098	2 375	13 400	12 700	13 800	+32,2	+13,2	2,0
Brandenburg	451	621	625	9 700	11 500	11 800	+38,6	+0,6	1,0
Bremen	445	497	497	14 500	14 300	14 400	+11,7	+0,1	1,7
Hamburg	1 034	1 289	1 331	15 400	14 500	14 700	+28,7	+3,3	1,3
Hessen	2 207	2 818	2 838	13 000	12 100	11 500	+28,6	+0,7	1,1
Mecklenburg-Vorpommern	457	570	604	12 500	14 400	15 600	+32,2	+6,0	1,5
Niedersachsen	2 483	3 109	3 182	17 700	17 300	16 800	+28,1	+2,3	1,3
Nordrhein-Westfalen	5 863	7 334	7 931	12 800	11 500	11 700	+35,3	+8,1	1,3
Rheinland-Pfalz	1 115	1 352	1 369	10 900	10 800	10 800	+22,8	+1,3	1,1
Saarland	262	363	365	12 100	11 800	11 300	+39,3	+0,5	1,1
Sachsen	1 408	1 800	1 841	13 600	14 500	14 800	+30,7	+2,3	1,7
Sachsen-Anhalt	599	755	706	11 700	13 100	12 200	+17,9	-6,6	1,3
Schleswig-Holstein	594	701	740	12 700	11 600	12 100	+24,6	+5,6	0,9
Thüringen	646	821	829	12 800	13 900	14 400	+28,4	+1,0	1,5
Deutschland	27 560	34 445	35 968	13 900	13 100	13 200	+30,5	+4,4	1,2
Westdeutschland	22 202	27 780	28 987	14 300	13 100	13 000	+30,6	+4,3	1,2
Ostdeutschland	5 358	6 666	6 981	12 700	13 300	13 900	+30,3	+4,7	1,6

1) Forschung, Lehre und zusätzliche Dienstleistungen (z. B. Studentenwerke) insgesamt.

2) Für alle Abschlusslevel im Hochschulbereich, das sind 2009 die Level 5a/6 nach ISCED-1997 sowie 2013 und 2014 die Level 5-8 nach ISCED-2011.

3) Ausgaben gerundet auf volle 100 Euro.

52. Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE)

Land	Ausgaben für Forschung und Entwicklung ¹⁾			Ausgaben für Forschung und Entwicklung je Einwohner/-in			Veränderung der Ausgaben für FuE		Anteil der Aus- gaben für FuE am BIP 2016
	2011	2015	2016	2011	2015	2016	2016/2011	2016/2015	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	19 472	22 733	23 451	1 856	2 109	2 147	+20,4	+3,2	4,9
Bayern	14 418	17 359	18 059	1 162	1 362	1 402	+25,3	+4,0	3,2
Berlin	3 609	4 411	4 552	1 095	1 266	1 282	+26,1	+3,2	3,5
Brandenburg	955	1 092	1 159	389	443	466	+21,4	+6,1	1,7
Bremen	752	873	912	1 157	1 315	1 349	+21,3	+4,5	2,8
Hamburg	2 100	2 423	2 513	1 228	1 369	1 397	+19,7	+3,7	2,2
Hessen	6 832	7 403	7 752	1 143	1 210	1 255	+13,5	+4,7	2,9
Mecklenburg-Vorpommern	743	753	759	461	470	472	+2,2	+0,8	1,9
Niedersachsen	6 469	8 867	9 156	831	1 128	1 152	+41,5	+3,3	3,3
Nordrhein-Westfalen	11 556	12 689	13 231	659	718	740	+14,5	+4,3	2,0
Rheinland-Pfalz	2 387	3 188	3 374	598	793	831	+41,3	+5,8	2,4
Saarland	472	535	534	472	541	535	+13,1	-0,1	1,6
Sachsen	2 787	3 099	3 203	687	764	785	+14,9	+3,4	2,7
Sachsen-Anhalt	770	810	860	337	363	384	+11,7	+6,2	1,5
Schleswig-Holstein	1 080	1 277	1 342	386	449	466	+24,3	+5,1	1,5
Thüringen	1 082	1 183	1 225	495	549	567	+13,2	+3,6	2,0
Deutschland ²⁾	75 569	88 782	92 174	942	1 090	1 119	+22,0	+3,8	2,9
Westdeutschland	65 537	77 346	80 324	1 019	1 181	1 213	+22,6	+3,9	3,0
Ostdeutschland	9 947	11 348	11 758	626	710	729	+18,2	+3,6	2,5

1) Staat, private Institutionen ohne Erwerbszweck, Hochschulen (interne FuE-Aufwendungen), Wirtschaft.

2) Einschließlich nicht aufteilbarer Mittel.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Stifterverband Wissenschaftsstatistik, Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

53. Öffentliche Ausgaben für Kultur – Grundmittel –

Land	Öffentliche Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche ¹⁾			Öffentliche Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche je Einwohner/-in ¹⁾			Veränderung der öffentlichen Ausgaben ²⁾		Anteil der Aus- gaben für Kultur am BIP 2013
	2009	2011	2013 ³⁾	2009	2011	2013	2013/2009	2013/2011	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	1 204	1 259	1 339	112	120	126	+11,2	+6,4	0,3
Bayern	1 385	1 469	1 553	111	118	123	+12,1	+5,7	0,3
Berlin	690	668	637	201	203	186	-7,7	-4,6	0,6
Brandenburg	241	263	274	96	107	112	+13,8	+4,2	0,5
Bremen	102	114	130	155	175	197	+26,8	+14,0	0,4
Hamburg	311	274	351	175	160	201	+12,8	+28,1	0,3
Hessen	684	752	759	113	126	126	+11,0	+0,9	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	172	173	188	104	107	118	+9,5	+8,8	0,5
Niedersachsen	591	705	736	74	91	94	+24,5	+4,4	0,3
Nordrhein-Westfalen	1 583	1 754	1 816	88	100	103	+14,7	+3,5	0,3
Rheinland-Pfalz	314	342	342	78	86	86	+8,9	-0,1	0,3
Saarland	82	74	88	80	74	89	+7,5	+18,8	0,3
Sachsen	736	721	815	176	178	201	+10,8	+13,0	0,8
Sachsen-Anhalt	313	356	326	132	156	145	+4,3	-8,3	0,6
Schleswig-Holstein	202	201	213	71	72	75	+5,1	+5,8	0,3
Thüringen	322	338	347	143	155	161	+7,8	+2,7	0,6
Deutschland ⁴⁾	8 933	9 463	9 913	109	118	123	+11,0	+4,8	0,4
Westdeutschland	6 459	6 944	7 325	99	108	113	+13,4	+5,5	0,3
Ostdeutschland	2 474	2 519	2 588	151	159	163	+4,6	+2,7	0,6

1) Zu den kulturnahen Bereichen gehören Ausgaben für Volkshochschulen und Sonstige Weiterbildung, kirchliche Angelegenheiten sowie Rundfunkanstalten und Fernsehen.

2) Die Werte sind aufgrund der Umstellung des Kulturbereiches der Kunsthochschulen gemäß des Funktionenplans der staatlichen Haushaltssystematik und aufgrund der Umstellung von Kamera-
listik auf Doppik, Ausgliederungen von Kultureinrichtungen sowie Veranschlagungen von Finanzausgleichsmitteln mit den Werten der Vorjahre nur eingeschränkt vergleichbar.

3) Vorläufige IST-Werte, Stand Dez. 2016.

4) Summe der Grundmittel der Länder; Bundesmittel: 1 784 Mio. € in 2009, 2 174 Mio. € in 2011, 1 889 Mio. € in 2013.

Aufkommen an Haushaltsabfällen leicht gestiegen – Recycling-Quote auch 2016 hoch

Zum Abfall gehören Haus- und Sperrmüll, Bioabfälle sowie getrennt gesammelte Abfälle zur Verwertung, z. B. Verpackungen, Glas und Papier, Pappe und Karton.

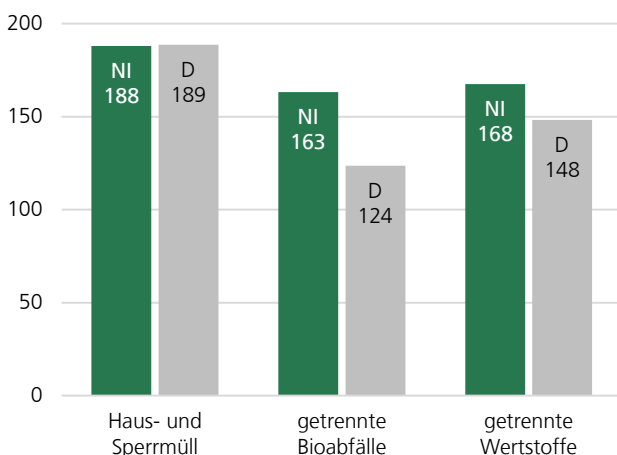
Das Haushaltsabfallaufkommen in Niedersachsen ist 2016 im Vergleich zum Vorjahr um 1,8 % auf 4,14 Mio. Tonnen gestiegen. Gegenüber 2011 (4,0 Mio. Tonnen) war das Aufkommen 3,5 % höher (Tab. 55).

Die öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung ist regional unterschiedlich gut ausgebaut und verschieden organisiert. Dies erklärt zumindest zum Teil die großen Unterschiede des erfassten Aufkommens an Haushaltsabfällen, die u. a. verschiedene Anteile haushaltsähnlicher Gewerbeabfälle enthalten. 200 kg Pro-Kopf liegen zwischen dem Minimum in Sachsen (331 kg) und dem Maximum in Rheinland-Pfalz (531 kg). Niedersachsen erreichte mit 521 kg pro Kopf bundesweit die zweithöchste Menge (Deutschland: 463 kg).

Ein wichtiger Grund für das hohe Pro-Kopf-Aufkommen in Niedersachsen liegt in der stark ausgeprägten Erfassung der Bioabfallaufkommen. Das Kreislaufwirtschaftsgesetz verpflichtet die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger dazu, biologisch abbaubare Garten- und Parkabfälle einschließlich Friedhofsabfälle getrennt zu sammeln und zu verwerten. Mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Aufkommen von 163 kg getrennter Bioabfälle lag Niedersachsen auf Platz 2 unter den Ländern. Die niedersächsische Bevölkerung brachte im Schnitt 39 kg mehr Bioabfälle auf die Waage als die gesamtdeutsche (124 kg).

Bei den getrennt gesammelten Wertstoffen wie Altpapier, Altglas etc. lag das niedersächsische Pro-Kopf-Aufkommen mit 168 kg ebenfalls höher als im Bundesdurchschnitt (148 kg). Das niedersächsische Restabfallaufkommen (Haus- und Sperrmüll) mit 188 kg pro Kopf entsprach dagegen dem Bundesniveau (189 kg). Den höchsten Pro-Kopf-Wert unter den Ländern hielt Hamburg (276 kg).

■ Anteile an Aufkommen Haushaltsabfälle 2016 – Haus- und Sperrmüll, getrennte Bioabfälle, getrennte Wertstoffe – Prozent –



Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch weiter gestiegen

Der Primärenergieverbrauch ist der Einsatz der ursprünglichen Energieträger (Kohle, Erdöl, Erdgas) vor der Umwandlung beispielsweise in Strom oder Wärme. Durch Verluste bei der Umwandlung (z. B. in Kraftwerken) ist der Primärenergieverbrauch größer als der Endenergieverbrauch.

Der Verbrauch erneuerbarer Energien (Windkraft, Biomasse und Solarenergie) betrug im Jahr 2015 in Niedersachsen 61 479 Mio. kWh (Tab. 56). Im Vergleich zum Jahr 2010 (50 286 Mio. kWh) bedeutete das einen Anstieg um 22,3 %. Der Anteil der erneuerbaren Energieträger am Primärenergieverbrauch war in Niedersachsen seit Beginn der Datenerhebung immer höher als im Bundesdurchschnitt. Der Anteil stieg 2015 um 2,0 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr auf 16,8 % und lag damit 4,4 Prozentpunkte über dem Anteil in Deutschland insgesamt (12,4 %).

Vier von zehn Kilowattstunden aus erneuerbaren Energien

Im Jahr 2015 wurden in Niedersachsen insgesamt 78 862 Mio. kWh Strom erzeugt, darunter 31 628 Mio. kWh aus erneuerbaren Energien (Tab. 57). Im Vergleich zum Vorjahr (26 156 Mio. kWh) war dies ein Anstieg um 20,9 %. Der Anteil erneuerbarer Energien an der niedersächsischen Stromerzeugung stieg damit im Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr um 4,1 Prozentpunkte auf 40,1 %. Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien war 2015 nur in Bayern (34 110 Mio. kWh) höher. Die bayerische Produktion profitiert von einem starken Wasserkraftsektor und der bundesweit höchsten Erzeugung aus Photovoltaik. Rang 3 nahm Schleswig-Holstein (17 844 Mio. kWh) ein.

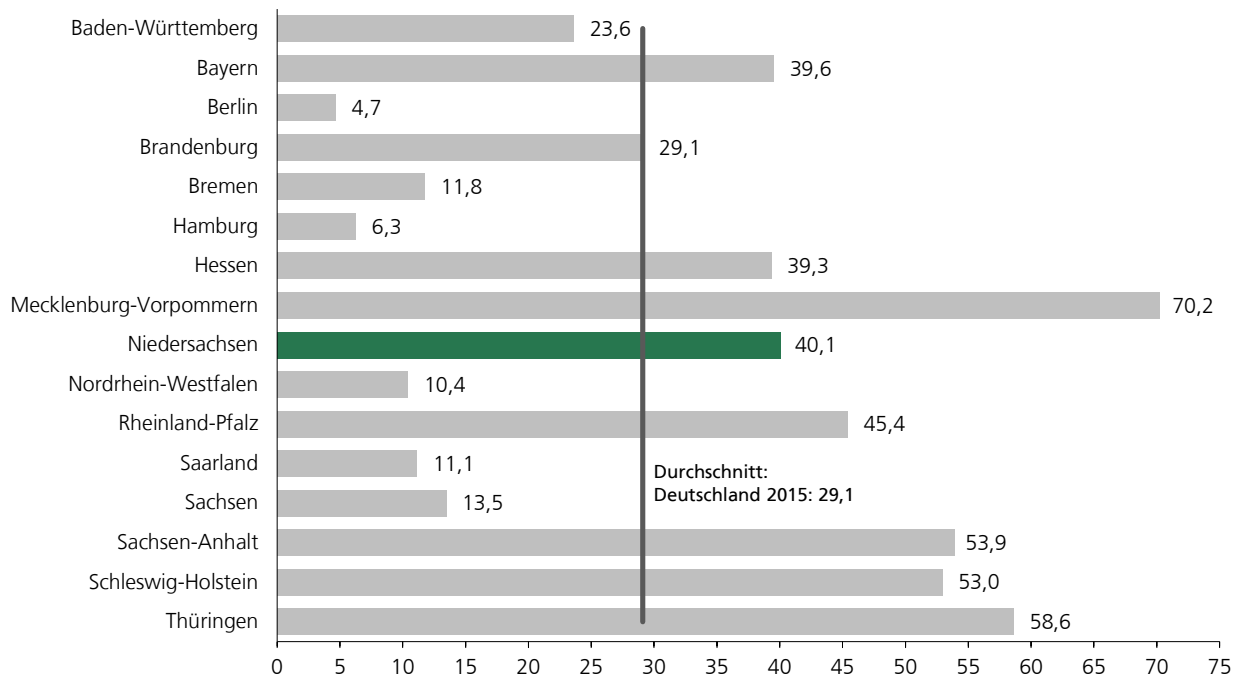
Energiebedingte CO₂-Emissionen leicht gesunken

Die sogenannte Quellenbilanz (energiebedingte CO₂-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch) schließt Emissionen für ausgeführten Strom ein und solche für Importstrom aus. Grundlage der Berechnungen sind die Verbrauchsmengen je eingesetztem fossilen Energieträger und ihr jeweiliger Kohlenstoffgehalt. Die Entwicklung der CO₂-Emissionen ist vor dem Hintergrund internationaler Vereinbarungen zum Klimaschutz (Kyoto- und Folge-Abkommen) zu sehen. Allerdings hängt die Höhe der Emissionen unmittelbar von der Entwicklung des Energieverbrauchs und damit von Konjunktur und Witterungsverhältnissen ab.

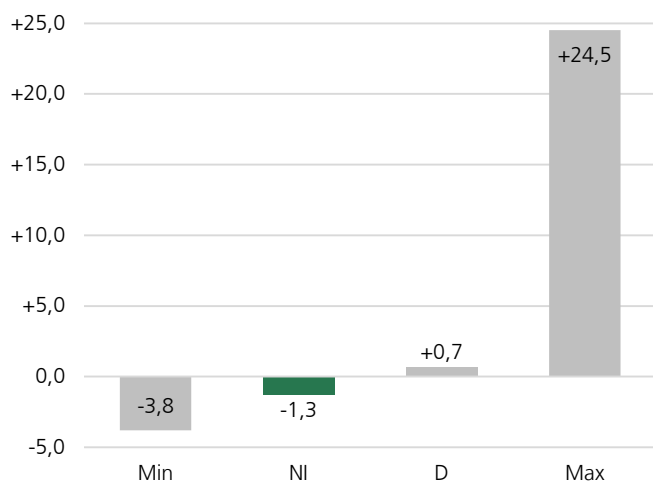
Die Gesamtmenge der energiebedingten CO₂-Emissionen in Niedersachsen betrug 2015 rund 66,0 Mio. Tonnen (Tab. 58), ein Rückgang um 887 000 Tonnen verglichen mit dem Vorjahr (66,8 Mio. Tonnen). Die größte CO₂-Einsparung 2015 entstand durch einen verringerten Einsatz von Mineralöl und Mineralölprodukten und einem Rückgang des Kohleneinsatzes.

Der energiebedingte CO₂-Ausstoß pro Kopf in Niedersachsen lag 2015 mit 8,4 Tonnen um 0,2 Tonnen niedriger als 2014 sowie 0,8 Tonnen unter dem Bundesdurchschnitt.

■ Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien 2015 – Prozent –



■ Veränderung der CO₂-Emissionen aus Primärenergieverbrauch 2015 gegenüber 2014 – Prozent –



ren letztendlich zur Versauerung der Böden. Hinzu kommt der Klimawandel mit entsprechenden Wetterextremen. Daneben sind auch natürliche Ursachen wie Insektenfraß verantwortlich für Baumschäden. Die Erhebung erfolgt anhand einer Stichprobe von Baumgruppen. Dabei wird unterschieden in vier Schadstufen: 1. schwache Kronenverlichtung (Warnstufe) sowie 2. mittelstarke und 3. starke Kronenverlichtung und 4. Abgestorben. Die Schädigungen werden hauptsächlich am Blattverlust sowie an der Vergilbung der Blätter der Baumkronen festgemacht. Nadel- und Laubbäume sind je nach Baumart in unterschiedlichem Maße von Schäden betroffen, sodass die Zusammensetzung des gesamten Waldbestandes Einfluss auf den Anteil der Schädigungen haben kann. Auch die Lage hat je nach Höhe Einfluss auf den Eintrag der Schadstoffe. Fehlende Niederschläge zu Beginn der Vegetationszeit und Spätfrostschäden in Jungbeständen können zu Belastungen der Wälder führen.

Waldzustand: jeder fünfte Baum geschädigt

Das forstliche Umweltmonitoring in Deutschland reicht bis in die 1980er Jahre zurück. Die Waldzustandserhebung nach dem Bundeswaldgesetz ist Teil des Umweltmonitorings. Die Daten der Länder für die Berichterstattung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, BMEL („Ergebnisse der Waldzustandserhebung 2017“) gewährleisten bundesweit abgestimmte Erhebungsmethoden und Auswertungsansätze. Damit sind die Länderergebnisse räumlich und zeitlich vergleichbar. Anhand des Waldzustandes können Aussagen zur Luft- und Bodenqualität gemacht werden.

Detailliertere Waldzustandsberichte stehen für Niedersachsen, Hessen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein zur Verfügung; siehe Infokasten.

Als Ursache für Waldschäden gelten insbesondere der Schadstoffeintrag aus der Luft sowie Depositionen im Niederschlag. Sie füh-

Nach den Kriterien der Waldzustandserhebung (Tab. 59) hatten 2017 in Niedersachsen 19 % aller Waldbäume eine deutliche Kronenverlichtung (Schadstufen 2 bis 4). Der Anteil für Niedersachsen sank kurz- und mittelfristig um einen Prozentpunkt (2016 und 2012: 20 %). Bundesweit lag 2017 der Anteil deutlich geschädigter Waldbäume bei 23 % (2012: 25 %; 2016: 28 %). In den Flächenländern Thüringen (36 %) und Hessen (32 %) gab es den höchsten, in Brandenburg (9 %) und Mecklenburg-Vorpommern (14 %) den niedrigsten Anteil deutlich geschädigter Bäume.

Flächenverbrauch weiterhin hoch

Ende 2015 wurden in Niedersachsen 6 660 km² und damit 14 % der Landesfläche als Siedlungs- und Verkehrsfläche genutzt (Tab. 60). Mehr als die Hälfte davon sind Gebäude- und Freiflächen für das Wohnen, für Industrie, Handel- und Dienstleistungen sowie landwirtschaftliche Bauten

(3 567 km²). Mehr als ein Drittel entfällt auf Verkehrsflächen (2 487 km²). Die übrigen Flächen gehören zu sonstigen Nutzungsarten wie beispielsweise Unland, Grünanlagen, Sportplätze und Friedhöfe.

Die Umnutzung von landwirtschaftlichen oder naturbelassenen Flächen in Siedlungs- und Verkehrsfläche wird als Flächenverbrauch bezeichnet. In der Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen wird angestrebt, den mittleren Flächenverbrauch pro Tag bis zum Jahr 2030 auf maximal 4 ha zu begrenzen. Bundesweit soll gemäß Nationaler Nachhaltigkeitsstrategie der Flächenverbrauch unter 30 ha pro Tag liegen.

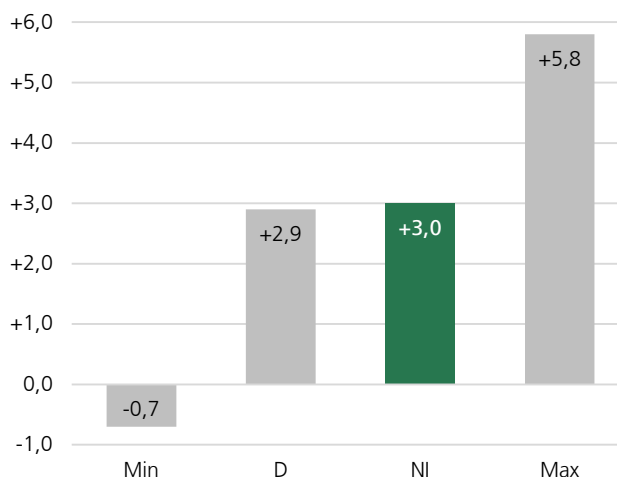
In Niedersachsen lag der Flächenverbrauch 2015 bei 9,3 ha pro Tag. Damit lag er unter dem Wert des Vorjahres von 10,4 ha pro Tag, aber über dem Wert des Jahres 2010, in dem der Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche lediglich 7,9 ha pro Tag betrug.

Bundesweit gab es deutlich größere Fortschritte. So sank der Flächenverbrauch 2015 im Vergleich zu 2010 in allen Ländern, außer in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Bundesweit lag der Flächenverbrauch 2015 bei 42,7 ha pro Tag, im Jahr 2010 wurden noch 76,7 ha pro Tag verbraucht.

Aufgrund der unterschiedlichen Größe der Landesfläche sind die Flächenverbrauchswerte in Hektar pro Tag für einen Vergleich der Länder untereinander nicht ideal. Stattdessen kann die Veränderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Prozent zum Vergleich genutzt werden. Im Fünfjahresvergleich zwischen den Stichtagen 31.12.2010 und 31.12.2015 stieg die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Niedersachsen um 3,0 %. Damit liegt Niedersachsen nur geringfügig über dem bundesweiten Anstieg von 2,9 %. In Thüringen, Sachsen und Bayern stieg die für Siedlung und Verkehr bereitgestellte Fläche am stärksten an (mehr als 5 %), während sie in Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz

nur leicht stieg und in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg sogar sank. Der Vergleich ist jedoch nicht frei von Einschränkungen: In einigen Ländern beeinflussen neben tatsächlichen Nutzungsänderungen vor allem Neuzuordnungen der einzelnen Nutzungsarten im Zuge von Umstellungen im amtlichen Liegenschaftskataster den Zeitvergleich.

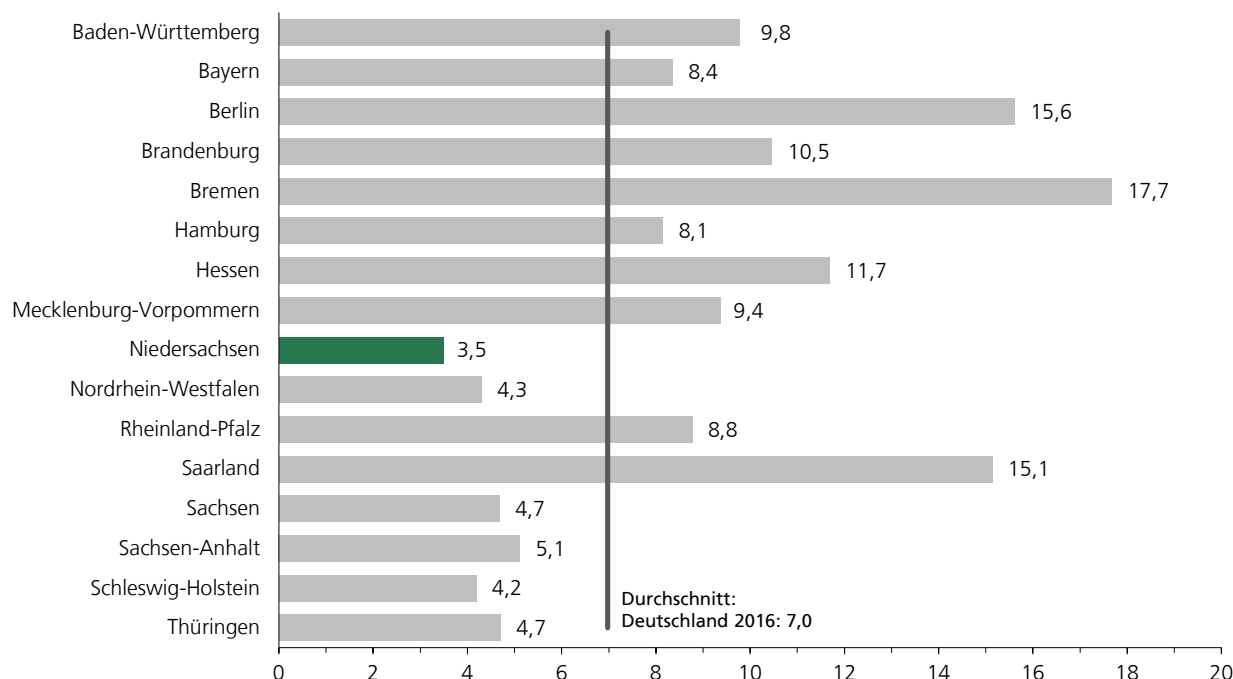
■ Zu- und Abnahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche 2015 gegenüber 2010 – Prozent –



Ökologisch bewirtschaftete Fläche gering

Die Fläche von Betrieben mit ökologischem Landbau (Tab. 61) stieg in Niedersachsen von etwa 78 500 ha im Jahr 2010 auf etwa 90 500 ha im Jahr 2016 (+15,3 %). Damit wurden 2016 insgesamt 3,5 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) in Niedersachsen ökologisch bewirtschaftet. Im Vergleich der Länder weist Niedersachsen weiterhin den geringsten Anteil ökologisch genutzter LF auf.

■ Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) 2016 – Prozent –



Bundesweit wurden 7,0 % der LF nach den Regelungen der EU-Öko-Verordnung oder weitergehenden Vorschriften (Demeter, Bioland etc.) bewirtschaftet.

Geringe Anteile weisen auch Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein mit unter 4,5 % der LF aus, also Länder mit stark konventionell ausgerichteter Erzeugungsstruktur, hohen Viehdichten und überdurchschnittlich hohen Pachtpreisen. Hohe Anteile ökologisch bewirtschafteter LF sind aufgrund der guten Absatzmöglichkeiten in den Stadtstaaten Bremen (17,7 %) und Berlin (15,6 %) zu finden. Von den Flächenländern ragen das Saarland (15,1 %) sowie Hessen und Brandenburg mit jeweils mehr als 10 % ökologisch bewirtschafteter LF heraus.

Der Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche stieg in nahezu allen Ländern im Jahr 2016 sowohl im Vergleich zu 2010 als auch zu 2013 an. Lediglich in Brandenburg und Thüringen ging er geringfügig zurück. Der Anstieg war in den westdeutschen Ländern mit 0,9 Prozentpunkten in den letzten 3 Jahren etwas höher als in den ostdeutschen Ländern mit 0,3 Prozentpunkten (Niedersachsen +0,4 Prozentpunkte).

Eine niedersächsische Besonderheit ist, dass etwa 20 % der Betriebe mit ökologischem Landbau ihre Betriebe nur zu Teilen auf ökologische Produktion umgestellt haben, also auch noch konventionellen Landbau oder konventionelle Viehhaltung betreiben.

Infokasten mit Quellen sowie Fundstellen für weiterführende Informationen:

- **Aufkommen an Haushaltsabfällen:** Statistisches Bundesamt: [Umwelt. Abfallentsorgung 2016 \(Fachserie 19 Reihe 1\), Wiesbaden 2018](#)
- **Primärenergieverbrauch, Stromerzeugung, energiebedingte CO₂-Emissionen:** [Länder Arbeitskreis Energiebilanzen](#)
- **Waldzustand:** Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: [Ergebnisse der Waldzustandserhebung 2017](#)
- **Waldzustandsberichte** des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie für Hessen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein
- **Flächenverbrauch:** Statistisches Bundesamt: [Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Bodenfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung 2016 \(Fachserie 3 Reihe 5.1\), Wiesbaden 2017](#)
- **Ökologischer Landbau:** Statistisches Bundesamt: [Betriebe mit ökologischem Landbau 2016 \(Fachserie 3 Reihe 2.2.1\), Wiesbaden 2017](#)

Tabellen Umwelt und Energie

54. Wasserverbrauch der öffentlichen Wasserversorgung

Land	Wasserabgabe an Letztverbraucher insgesamt		Darunter an Haushalte und Kleingewerbe						
			Wasserverbrauch		Täglicher Pro-Kopf-Verbrauch der versorgten Einwohnerinnen und Einwohner			Veränderung des Pro-Kopf-Verbrauchs	
	2007	2013	2007	2013	2007	2010	2013	2013/2007	2013/2010
	Mio. m³				Liter je Einwohner/-in und Tag			%	
Baden-Württemberg	567	561	455	451	116,4	115,3	116,4	-0,0	+0,9
Bayern	743	728	601	586	133,1	129,1	129,6	-2,7	+0,3
Berlin	189	189	138	141	111,6	112,9	113,8	+2,0	+0,8
Brandenburg	109	111	90	95	98,4	104,8	107,8	+9,6	+2,9
Bremen	39	37	31	29	126,5	122,2	120,6	-4,7	-1,4
Hamburg	103	104	95	96	134,0	134,4	138,1	+3,1	+2,8
Hessen	312	307	269	270	122,7	121,3	124,3	+1,3	+2,5
Mecklenburg-Vorpommern	83	86	62	61	100,4	106,3	104,5	+4,1	-1,7
Niedersachsen	463	461	370	357	128,2	126,3	126,4	-1,4	+0,1
Nordrhein-Westfalen	1 106	1 069	878	844	135,3	134,5	133,4	-1,4	-0,9
Rheinland-Pfalz	223	217	176	174	118,3	119,1	118,6	+0,2	-0,5
Saarland	55	52	44	41	115,9	112,1	113,5	-2,1	+1,2
Sachsen	188	190	131	127	85,3	84,2	86,3	+1,2	+2,5
Sachsen-Anhalt	106	104	80	76	90,0	90,9	92,6	+2,9	+1,8
Schleswig-Holstein	164	162	127	123	132,6	133,5	129,4	-2,4	-3,0
Thüringen	94	92	76	70	90,3	88,6	88,3	-2,3	-0,4
Deutschland	4 544	4 468	3 623	3 541	121,6	120,7	121,2	-0,4	+0,4
Westdeutschland	3 775	3 696	3 046	2 972	128,1	126,6	126,8	-1,1	+0,1
Ostdeutschland	769	772	576	569	95,6	97,2	98,5	+3,0	+1,3

55. Aufkommen an Haushaltsabfällen

Land	Aufkommen an Haushaltsabfällen				Darunter			Veränderung des Aufkommens an Haushaltsabfällen	
					Haus- und Sperrmüll	getrennte Bioabfälle ¹⁾	getrennte Wertstoffe		
	2011	2015			2016			2016/2011	2016/2015
	1 000 Tonnen				kg je Einwohner/-in			%	
Baden-Württemberg	4 714	4 783	4 877	446	140	141	165	+3,4	+2,0
Bayern	5 910	6 057	6 260	486	167	154	159	+5,9	+3,3
Berlin	1 426	1 339	1 362	384	249	24	110	-4,5	+1,7
Brandenburg	994	1 005	1 034	416	210	67	136	+4,1	+2,9
Bremen	298	291	294	435	226	86	122	-1,2	+1,3
Hamburg	803	798	801	445	276	52	117	-0,3	+0,3
Hessen	2 853	2 783	2 854	462	180	139	142	+0,0	+2,6
Mecklenburg-Vorpommern	698	684	701	435	226	75	134	+0,4	+2,4
Niedersachsen	3 998	4 066	4 137	521	188	163	168	+3,5	+1,8
Nordrhein-Westfalen	8 323	8 328	8 432	472	212	116	142	+1,3	+1,2
Rheinland-Pfalz	2 071	2 102	2 158	531	182	172	172	+4,2	+2,7
Saarland	464	485	482	483	188	136	158	+3,8	-0,8
Sachsen	1 361	1 325	1 348	331	151	56	123	-1,0	+1,7
Sachsen-Anhalt	1 033	1 038	1 020	455	196	123	136	-1,3	-1,7
Schleswig-Holstein	1 365	1 410	1 433	498	229	118	150	+5,0	+1,7
Thüringen	885	884	911	422	184	105	132	+2,9	+3,1
Deutschland	37 196	37 376	38 103	463	189	124	148	+2,4	+1,9
Westdeutschland	30 799	31 101	31 727	479	186	137	154	+3,0	+2,0
Ostdeutschland	6 397	6 275	6 376	395	200	68	126	-0,3	+1,6

1) Biotonne; biologisch abbaubare Garten- und Parkabfälle einschließlich Friedhofsabfälle.

56. Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch

Land	Primärenergieverbrauch			Darunter aus erneuerbaren Energien	Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch			Veränderung des Anteils erneuerbarer Energien	
	2010	2014	2015		2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014
	Mio. kWh				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	430 021	385 759	393 941	48 483	10,5	12,4	12,3	+1,8	-0,1
Bayern	578 172	536 688	536 463	91 770	12,9	16,3	17,1	+4,2	+0,8
Berlin	85 662	75 069	73 098	2 920	3,1	3,8	4,0	+0,9	+0,2
Brandenburg	181 949	182 031	183 399	34 025	16,8	17,8	18,6	+1,7	+0,8
Bremen	46 637	44 607	43 944	2 878	4,9	7,1	6,5	+1,6	-0,5
Hamburg	71 470	67 101	71 923	3 137	4,4	4,6	4,4	-0,0	-0,3
Hessen	279 293	235 333	239 085	21 990	6,7	8,7	9,2	+2,4	+0,5
Mecklenburg-Vorpommern	53 788	55 854	22,6	37,0
Niedersachsen	411 229	367 692	365 369	61 479	12,2	14,8	16,8	+4,6	+2,0
Nordrhein-Westfalen ¹⁾	1 225 683	1 188 429	1 172 500	52 222	3,7	4,1	4,5	+0,8	+0,3
Rheinland-Pfalz	186 614	171 776	176 226	21 869	9,5	11,6	12,4	+2,9	+0,9
Saarland	68 689	71 321	68 622	2 804	3,3	3,9	4,1	+0,8	+0,1
Sachsen	177 449	174 343	171 325	16 064	7,4	8,5	9,4	+1,9	+0,9
Sachsen-Anhalt	145 318	135 141	139 671	28 629	14,5	19,4	20,5	+5,9	+1,1
Schleswig-Holstein	125 575	118 892	115 439	26 367	12,2	17,9	22,8	+10,6	+5,0
Thüringen	69 361	64 425	64 977	15 646	20,4	23,1	24,1	+3,6	+1,0
Deutschland ²⁾	3 949 099	3 660 996	3 683 753	456 607	9,9	11,5	12,4	+2,5	+0,9
Westdeutschland ³⁾	3 423 381	3 187 597	8,0	9,7
Ostdeutschland ³⁾	713 529	686 863	13,2	16,3

1) Angaben Primärenergieverbrauch und erneuerbare Energien 2015: Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen.

2) Die Absolutwerte für den Primärenergieverbrauch Deutschlands (AG Energiebilanzen, Stand August 2017: Bilanz 2015) weichen aufgrund einer veränderten Berechnungsmethodik von der Summe der Länder ab.

3) Summe der westdeutschen bzw. ostdeutschen Länder (Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand Juli 2018).

57. Stromerzeugung¹⁾ aus erneuerbaren Energien

Land	Stromerzeugung			Darunter aus erneuerbaren Energien	Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien			Veränderung des Anteils erneuerbarer Energien	
	2010	2014	2015		2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014
	Mio. kWh				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	66 001	60 857	63 328	14 953	17,2	24,3	23,6	+6,4	-0,7
Bayern	91 969	88 289	86 242	34 110	25,9	36,2	39,6	+13,7	+3,4
Berlin	9 108	7 817	7 467	351	4,0	4,0	4,7	+0,7	+0,7
Brandenburg	49 277	54 353	55 458	16 165	19,9	26,5	29,1	+9,3	+2,6
Bremen	7 932	6 940	7 251	853	5,3	11,4	11,8	+6,4	+0,3
Hamburg	2 877	4 107	8 536	535	12,8	12,0	6,3	-6,5	-5,8
Hessen	30 068	13 103	15 914	6 262	10,7	40,3	39,3	+28,7	-1,0
Mecklenburg-Vorpommern ²⁾	8 962	12 298	13 926	9 776	46,0	63,3	70,2	+24,2	+6,9
Niedersachsen	74 937	72 640	78 862	31 628	21,7	36,0	40,1	+18,4	+4,1
Nordrhein-Westfalen ²⁾	186 639	175 402	165 519	17 269	6,1	9,1	10,4	+4,3	+1,3
Rheinland-Pfalz	16 534	17 878	19 687	8 942	26,5	41,3	45,4	+18,9	+4,1
Saarland	7 302	10 145	10 634	1 185	7,4	10,0	11,1	+3,8	+1,1
Sachsen	37 431	42 853	42 362	5 699	8,6	11,8	13,5	+4,8	+1,7
Sachsen-Anhalt	21 199	22 773	23 997	12 944	34,6	48,3	53,9	+19,3	+5,6
Schleswig-Holstein	24 112	28 677	33 697	17 844	29,0	43,0	53,0	+24,0	+9,9
Thüringen	7 362	8 439	9 128	5 352	40,7	54,9	58,6	+17,9	+3,7
Deutschland ³⁾	633 500	627 800	648 100	188 600	16,6	25,9	29,1	+12,5	+3,2
Westdeutschland ⁴⁾	508 371	478 038	489 670	133 581	15,5	24,3	27,3	+11,8	+3,0
Ostdeutschland ⁴⁾	133 339	148 533	152 338	50 287	20,9	29,1	33,0	+12,1	+3,9

1) Einschließlich Eigenverbrauch der Anlagen.

2) Die Zahlen für Deutschland (AG Energiebilanzen, Stand Februar 2018; AG Erneuerbare Energien) weichen aufgrund der Berechnungsmethodik von der Summe der Länder ab.

3) Summe der westdeutschen bzw. ostdeutschen Länder (Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand Juli 2018).

4) Quellen: StLA Mecklenburg-Vorpommern, IT.NRW

58. Energiebedingte CO₂-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch (Quellenbilanz)¹⁾

Land	Energiebedingte CO ₂ -Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch insgesamt ²⁾			Energiebedingte CO ₂ -Emissionen je Einwohner/-in			Veränderung der CO ₂ -Emissionen aus Primärenergieverbrauch	
	2010	2014	2015	2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014
	1 000 t (Gg)			t			%	
Baden-Württemberg	68 305	66 033	67 473	6,4	6,2	6,3	-1,2	+2,2
Bayern	80 640	74 797	76 766	6,4	5,9	6,0	-4,8	+2,6
Berlin	19 695	17 191	16 540	5,7	5,0	4,7	-16,0	-3,8
Brandenburg	56 102	56 103	56 018	22,4	22,9	22,7	-0,1	-0,2
Bremen	14 111	12 983	13 393	21,4	19,7	20,2	-5,1	+3,2
Hamburg	12 295	12 337	15 362	6,9	7,1	8,7	+24,9	+24,5
Hessen	50 444	46 779	49 452	8,3	7,7	8,1	-2,0	+5,7
Mecklenburg-Vorpommern	10 985	10 371	...	6,7	6,5
Niedersachsen	68 437	66 848	65 961	8,6	8,6	8,4	-3,6	-1,3
Nordrhein-Westfalen	275 301	259 397	...	15,4	14,7
Rheinland-Pfalz	27 872	25 663	26 062	7,0	6,4	6,5	-6,5	+1,6
Saarland	19 116	21 088	21 648	18,7	21,3	21,9	+13,2	+2,7
Sachsen	48 628	50 910	49 203	11,7	12,6	12,1	+1,2	-3,4
Sachsen-Anhalt	27 287	25 509	25 125	11,6	11,4	11,3	-7,9	-1,5
Schleswig-Holstein	19 411	17 199	17 256	6,9	6,1	6,1	-11,1	+0,3
Thüringen	10 772	9 885	9 929	4,8	4,6	4,6	-7,8	+0,4
Deutschland³⁾	784 708	744 961	750 037	9,6	9,2	9,2	-4,4	+0,7
Westdeutschland ⁴⁾	635 932	603 124	...	9,7	9,3
Ostdeutschland ⁴⁾	173 469	169 969	...	10,6	10,7

1) Einschließlich Emissionen für ausgeführten Strom, ohne Emissionen für eingeführten Strom.

2) Neuberechnung auf Basis geänderter CO₂-Emissionsfaktoren lt. Nationalem Inventarbericht (NIR 2016), nicht: Mecklenburg-Vorpommern.

3) Die Zahlen für Deutschland weichen aufgrund der Berechnungsmethodik von der Summe der Länder ab. Für Deutschland: Umweltbundesamt, Nationale Trendtabellen für die deutsche Berichterstattung, Stand 15.01.2018 – ohne Emissionen aus dem internationalen Luft- und Seeverkehr; inkl. diffuse Emissionen aus Brennstoffen.

4) Summe der westdeutschen bzw. ostdeutschen Länder (Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand Juli 2018).

59. Waldzustand

Land	Anteile der Schadstufen 2 bis 4 (Kronenverlichtung 26 bis 100 %) ¹⁾ an allen Baumarten			Nachrichtlich: Waldfläche ²⁾	Veränderung der Anteile der Schadstufen 2 bis 4	
	2012	2016	2017	2016	2017/2012	2017/2016
	%			km²	Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	36	37	31	13 526	-5	-6
Bayern	21	32	25	24 872	+4	-7
Berlin	26	11	15	158	-11	+4
Brandenburg	8	9	9	10 308	+1	0
Bremen	8	.	.	5	.	.
Hamburg	.	.	.	40	.	.
Hessen	33	40	32	8 393	-1	-8
Mecklenburg-Vorpommern	17	15	14	4 902	-3	-1
Niedersachsen	20	20	19	10 145	-1	-1
Nordrhein-Westfalen	25	29	25	8 495	0	-4
Rheinland-Pfalz	28	27	24	8 054	-4	-3
Saarland	34	29	26	856	-8	-3
Sachsen	16	16	16	4 952	0	0
Sachsen-Anhalt	16	18	19	4 565	+3	+1
Schleswig-Holstein	21	19	15	1 620	-6	-4
Thüringen	32	37	36	5 279	+4	-1
Deutschland	25	28	23	106 170	-2	-5
Westdeutschland
Ostdeutschland

1) Schadstufen: 1. schwache Kronenverlichtung (Warnstufe) sowie 2. mittelstarke und 3. starke Kronenverlichtung und 4. abgestorben (2-4: deutliche Kronenverlichtung).

2) Mit Umstellung der Datengrundlage auf das Amtliche Liegenschaftskataster-Informationssystem ALKIS® zum Stichtag 31.12.2016 kommt ein neuer Nutzungsartenkatalog für Wald zur Anwendung. Vergleiche mit älteren Veröffentlichungen des Niedersachsen-Monitors im Sinne einer tatsächlichen Zu-/Abnahme der Waldfläche sind nur eingeschränkt möglich.

Quelle (Anteile der Schadstufen): Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Ergebnisse der Waldzustandserhebung

60. Flächenverbrauch: Siedlungs- und Verkehrsfläche¹⁾

Land	Siedlungs- und Verkehrsfläche am 31.12.			Flächenverbrauch			Zu- und Abnahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche	
	2010	2014	2015	2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014
	km²			Hektar pro Tag			%	
Baden-Württemberg	5 054	5 140	5 159	6,6	5,2	5,2	+2,1	+0,4
Bayern	7 995	8 351	8 399	20,8	10,7	13,2	+5,1	+0,6
Berlin	627	626	626	0,3	0,0	0,0	-0,2	0,0
Brandenburg	2 716	2 793	2 800	4,7	3,0	1,9	+3,1	+0,3
Bremen	232	236	236	0,3	0,3	0,0	+1,7	0,0
Hamburg	451	451	448	0,3	-0,8	-0,8	-0,7	-0,7
Hessen	3 276	3 315	3 324	3,8	3,6	2,5	+1,5	+0,3
Mecklenburg-Vorpommern ²⁾	1 847	1 899	1 902	7,1	6,3	0,8	+3,0	+0,2
Niedersachsen	6 464	6 626	6 660	7,9	10,4	9,3	+3,0	+0,5
Nordrhein-Westfalen	7 653	7 794	7 828	11,5	9,0	9,3	+2,3	+0,4
Rheinland-Pfalz	2 823	2 840	2 836	0,5	0,8	-1,1	+0,5	-0,1
Saarland	532	537	538	1,1	0,3	0,3	+1,1	+0,2
Sachsen ³⁾	2 304	2 445	2 432	6,8	x	-3,6	+5,6	x
Sachsen-Anhalt	2 243	2 246	2 248	-1,6	1,6	0,5	+0,2	+0,1
Schleswig-Holstein	1 986	2 032	2 042	3,0	3,0	2,7	+2,8	+0,5
Thüringen	1 501	1 579	1 588	3,6	8,2	2,5	+5,8	+0,6
Deutschland ⁴⁾	47 702	48 910	49 066	76,7	x	42,7	+2,9	x
Westdeutschland	36 466	37 322	37 470	55,9	42,5	40,5	+2,8	+0,4
Ostdeutschland	11 238	11 588	11 596	20,8	x	2,2	+3,2	x

1) Ergebnisse der Flächenerhebungen nach Art der tatsächlichen Nutzung (Stichtag 31.12.). In einigen Ländern beeinflussen neben tatsächlichen Nutzungsartenänderungen vor allem Umwidmungen und Neuordnungen der einzelnen Nutzungsarten im Zuge von Umstellungen im amtlichen Liegenschaftskataster den Zeitvergleich.

2) Mecklenburg-Vorpommern 2014: Rückmigierte ALKIS®-Werte. Abweichender Gebietsstand 28.01.2015.

3) In Sachsen ist die Umstellung der Datengrundlage von ALB auf ALKIS® nunmehr vollständig abgeschlossen. Die dabei angewandten Migrationsregeln führen im statistischen Nachweis zu scheinbaren Nutzungsänderungen, denen in der Realität keine tatsächlichen Veränderungen gegenüberstehen. Aus diesem Grund erfolgt kein Jahresvergleich.

4) Die Deutschland-Werte können aufgrund von Rundungsdifferenzen von der Summe der Länder abweichen.

61. Ökologischer Landbau

Land	Ökologisch bewirtschaftete Fläche ¹⁾			Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche			Veränderung des Anteils der ökologisch bewirtschafteten Fläche	
	2010	2013	2016	2010	2013	2016	2016/2010	2016/2013
	1 000 ha			%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	112,2	124,0	138,5	8,0	8,7	9,8	+1,8	+1,1
Bayern	194,1	217,6	261,0	6,2	6,9	8,4	+2,2	+1,4
Berlin	0,3	0,3	0,3	12,4	15,0	15,6	+3,2	+0,6
Brandenburg	140,8	137,7	137,6	10,6	10,5	10,5	-0,2	-0,0
Bremen	0,8	1,0	1,4	9,8	11,8	17,7	+7,8	+5,9
Hamburg	1,0	1,0	1,2	6,8	6,9	8,1	+1,3	+1,2
Hessen	72,7	81,6	89,7	9,5	10,6	11,7	+2,2	+1,1
Mecklenburg-Vorpommern	117,8	120,4	126,3	8,7	9,0	9,4	+0,7	+0,4
Niedersachsen	78,5	79,5	90,5	3,0	3,1	3,5	+0,4	+0,4
Nordrhein-Westfalen	54,5	62,9	61,9	3,7	4,3	4,3	+0,6	-0,0
Rheinland-Pfalz	38,0	47,3	61,3	5,4	6,7	8,8	+3,4	+2,1
Saarland	8,5	9,3	11,8	10,9	11,9	15,1	+4,2	+3,2
Sachsen	38,0	35,3	42,3	4,2	3,9	4,7	+0,5	+0,8
Sachsen-Anhalt	49,6	53,4	60,1	4,2	4,6	5,1	+0,9	+0,6
Schleswig-Holstein	35,2	35,8	41,4	3,5	3,6	4,2	+0,7	+0,6
Thüringen	39,0	39,8	36,7	5,0	5,1	4,7	-0,3	-0,4
Deutschland	980,9	1 047,0	1 161,9	5,9	6,3	7,0	+1,1	+0,7
Westdeutschland	595,3	660,0	758,6	5,3	5,9	6,8	+1,5	+0,9
Ostdeutschland	385,5	386,9	403,3	6,9	7,0	7,3	+0,4	+0,3

1) Nachgewiesen wird die gesamte bewirtschaftete Landfläche der ökologisch wirtschaftenden Betriebe, unabhängig davon, ob sie bereits umgestellt ist, sich in Umstellung befindet oder konventionell bewirtschaftet wird.

Leichter Rückgang bei der Armutsgefährdung

Als armutsgefährdet gelten Menschen, deren monatliches Nettoeinkommen auch nach Erhalt von Transferzahlungen weniger als 60 % des Median-Einkommens beträgt (hier gemessen am jeweiligen Landeswert). Das Median-Einkommen ist das Einkommen, das sich genau in der Mitte der betrachteten und nach Größe sortierten Einkommen befindet.

In Niedersachsen lag die Armutsgefährdungsquote 2017 mit 15,8 % leicht unter dem Spitzenwert des Vorjahres von 16,0 % (Tab. 63). Betroffen waren demnach rund 1,24 Mio. Menschen, bundesweit betrug die Quote ebenfalls 15,8 % (+0,1 Prozentpunkte). Am niedrigsten war sie mit 11,8 % in Thüringen und am höchsten in Hamburg mit 18,7 %. Im mittelfristigen Vergleich zu 2012 stieg die Armutsgefährdung in Niedersachsen allerdings um 0,6 Prozentpunkte (Deutschland: +0,8 Prozentpunkte).

Die höchsten Armutsgefährdungsquoten in Niedersachsen wiesen 2017 mit 55,9 % weiterhin die Erwerbslosen auf (2016: 54,7 %). Bei den Alleinerziehenden ging die Quote das zweite Mal in Folge zurück (2017: 42,1 %; 2016: 44,9 %). Einen Rückgang gab es ebenfalls bei den Menschen ab 65 Jahren auf 14,6 % (-0,4 Prozentpunkte). Während sich zuletzt die Quoten der Deutschen und der Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit kontinuierlich in unterschiedliche Richtungen entwickelten, sanken 2017 beide Quoten, auf 13,3 % bzw. 41,0 %. Auch die Gruppierung nach Zuwanderungsgeschichte (siehe Infokasten: amtliche Sozialberichterstattung) zeigte gesunkene Quoten: ohne Migrationshintergrund auf 11,9 % und mit Migrationshintergrund auf 30,1 %; die Veränderungen der Zahlen der Armutsgefährdeten waren jedoch gegenläufig (-32 000

und +18 000). Der Rückgang der Gesamtquote ist daher vor allem auf die Verringerung der Zahl der armutsgefährdeten Menschen ohne Migrationshintergrund zurückzuführen.

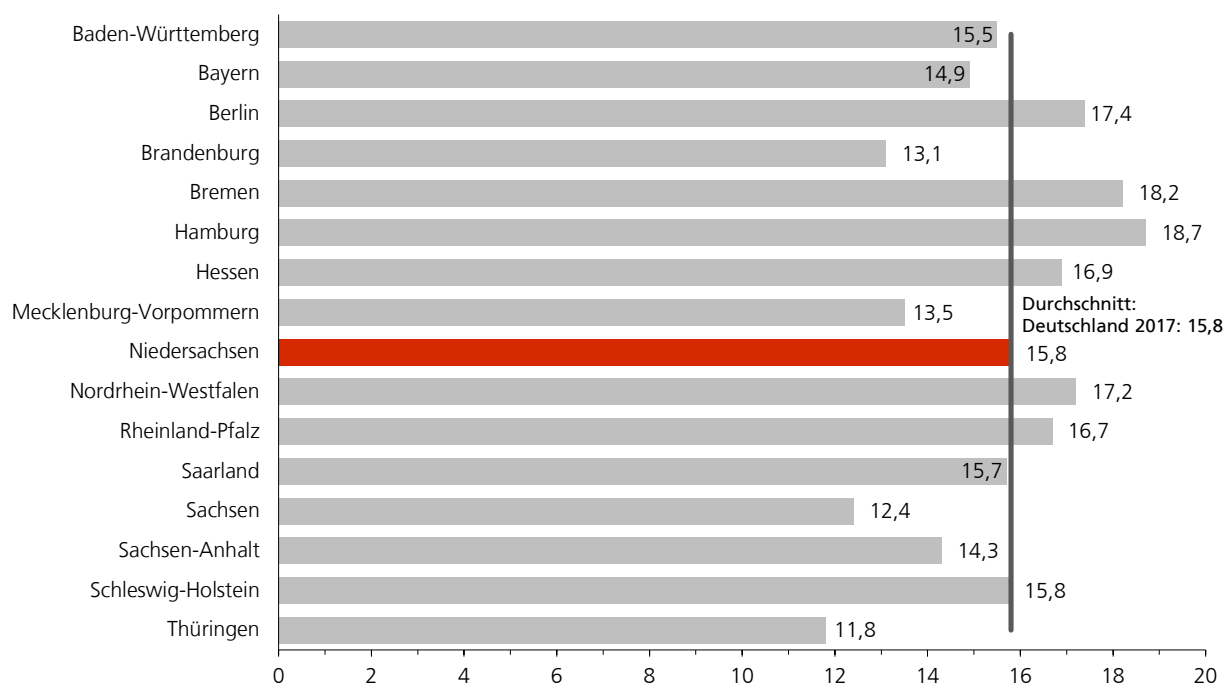
Mehr Menschen auf SGB II-Leistungen angewiesen

Die Zahl der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften, also in Haushalten mit Beziehenden von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld, erhöhte sich in Niedersachsen 2017 um 0,9 % auf 607 553 Personen (Tab. 64). Dabei stieg in allen Ländern ausschließlich die Zahl der Beziehenden mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, und zwar zumeist im Zuge der Übergänge von Asylbewerberleistungen in das SGB II (siehe Infokasten: Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende). In Niedersachsen und sieben weiteren Ländern konnte der Rückgang bei den Deutschen den Zuwachs bei den Ausländerinnen und Ausländern nicht vollständig kompensieren.

Insgesamt erhielt 2017 in Niedersachsen mit 9,8 % etwa jede zehnte Einwohnerin bzw. jeder zehnte Einwohner im Alter von 0 bis unter 65 Jahre SGB II-Leistungen. In Bayern waren es weniger als jede zwanzigste und in Bremen knapp jede fünfte gleichaltrige Person.

Die Mindestsicherungszahlen 2016 geben Auskunft darüber, wie viele Menschen insgesamt auf existenzsichernde staatliche Hilfen angewiesen waren. In Niedersachsen betraf dies im Jahr 2016 insgesamt 768 718 Personen, also knapp ein Zehntel (9,7 %) der Gesamtbevölkerung (Tab. 65). Bundesweit lag die Quote mit 9,5 % leicht darunter.

■ Armutsgefährdungsquoten 2017 – Prozent –



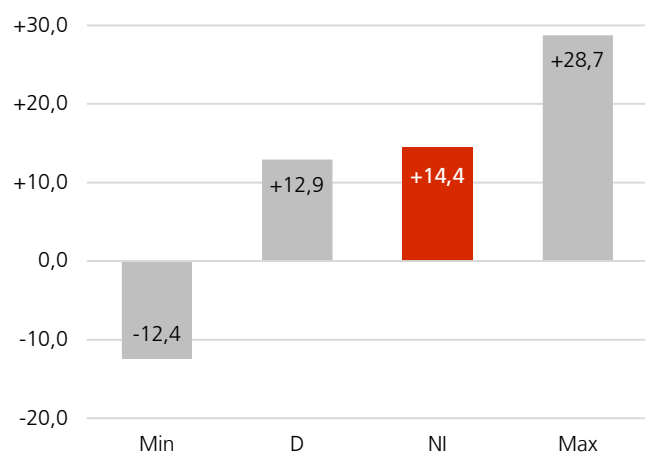
In Bayern waren nur 5,1 % der Bevölkerung auf die staatlichen Leistungen angewiesen, in Berlin war der Anteil am größten (18,8 %).

Die Zahl der Mindestsicherungsempfängerinnen und -empfänger umfasst neben den SGB II-Leistungen (Hartz IV) die Sozialhilfeleistungen nach SGB XII (Hilfe zum Lebensunterhalt sowie Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (siehe Infokasten).

Während die Mindestsicherungszahlen 2015 insbesondere aufgrund der gestiegenen Zahl von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern zunahmen, zeigte sich in Niedersachsen von 2015 zu 2016 ein Minus von 0,8 %. Dies ist insbesondere auf den Rückgang bei den deutschen SGB II-Beziehenden und den Empfängerinnen und Empfängern von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zurückzuführen. Zwar sank die Zahl der Asylbewerberleistungsbeziehenden kräftig – wie in allen Ländern außer Hessen –, die meisten der vormaligen Asylbewerberinnen und Asylbewerber erhielten 2016 jedoch nach Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder als Asylberechtigte SGB II-Leistungen. Wie in Niedersachsen nahm in Deutschland insgesamt die Zahl der SGB II-Leistungsbeziehenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit infolgedessen zu. Dieser Anstieg wurde durch den Rückgang bei den Deutschen nicht vollständig kompensiert. Da aber auch bei der Hilfe zum Lebensunterhalt (in Niedersachsen leichter Anstieg) und der Grundsicherung im Alter die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger zurückging, fiel die Mindestsicherungszahl insgesamt kleiner aus als im Vorjahr.

Mittelfristig im Vergleich 2011 zu 2016 stieg die Zahl der Mindestsicherungsbeziehenden in Niedersachsen mit 14,4 % stärker als in Deutschland insgesamt (+12,9 %).

■ Veränderung der Zahl der Empfänger und Empfängerinnen von sozialer Mindestsicherung 2016 gegenüber 2011 – Prozent –



Insolvenzen weiter rückgängig

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen ging in Niedersachsen 2017 zum siebten Mal in Folge zurück auf nunmehr 10 355, im Vergleich zum Vorjahr betrug der Rückgang 6,4 %. Deutschlandweit verringerte sich die Zahl um 6,9 % auf 71 896 (Tab. 66). Dies kann in unmittelbarem

Zusammenhang der anhaltenden konjunkturellen Entwicklung gesehen werden. Auch die Zahl der Insolvenzen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner war mit 13,0 in Niedersachsen kleiner als im Jahr 2016 (13,9), nach Bremen und dem Saarland jedoch mit am höchsten im Ländervergleich. Deutschlandweit fiel die Häufigkeitszahl mit 8,7 Insolvenzen deutlich geringer aus. In Bayern lag der Wert bei nur 5,4.

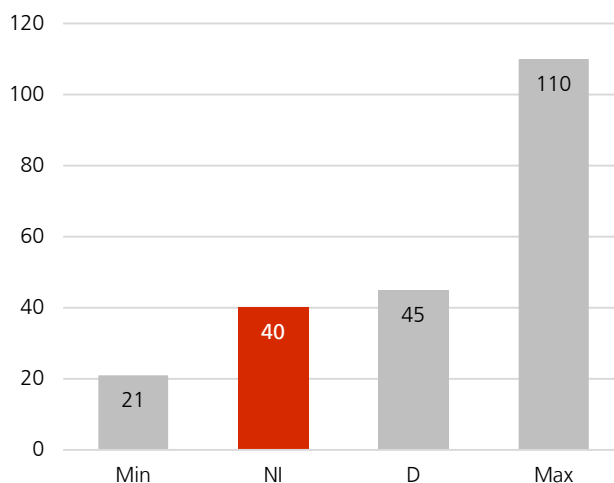
Zahl der vorläufigen Schutzmaßnahmen geht deutlich zurück

2017 sank die Zahl der von den Jugendämtern in Obhut genommenen Kinder und Jugendlichen nach zwei Jahren des kräftigen Anstiegs in Niedersachsen deutlich um mehr als ein Drittel (-36,3 %) auf 5 321. Bundesweit fiel der Rückgang mit etwas mehr als einem Viertel (-27,1 %) schwächer aus (Tab. 68).

Bei einer vorläufigen Schutzmaßnahme ist das Jugendamt verpflichtet, Kinder und Jugendliche in Obhut zu nehmen, wenn sie darum bitten oder eine dringende Gefahr für ihr Wohl besteht. Das Jugendamt ist zudem verpflichtet, ausländische Kinder oder Jugendliche in Obhut zu nehmen, die unbegleitet nach Deutschland kommen und sich weder deren Personensorge- noch Erziehungsberechtigte im Inland aufhalten.

Der starke Rückgang ist hauptsächlich damit zu erklären, dass 2017 viel weniger von den Jugendämtern in Obhut genommene unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer nach Deutschland kamen als 2016. In Niedersachsen entfielen 2016 mehr als die Hälfte (52,3 %) der Schutzmaßnahmen auf unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer, ein Jahr später nur noch ein Viertel (25,6 %). In Deutschland fiel der Anteil von 53,3 % auf 36,6 % (siehe Infokasten: Schutzmaßnahmen).

■ Zahl der vorläufigen Schutzmaßnahmen je 10 000 Kinder und Jugendliche 2017



Auf 10 000 Kinder und Jugendliche kamen in Niedersachsen im Jahr 2017 insgesamt 40 vorläufige Schutzmaßnahmen, bundesweit waren es 45. Die Zahl verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 23 bzw. 18. Mittelfristig stiegen die Zahlen jedoch an: 2012 waren es in Niedersachsen noch 27 und bundesweit 31 Schutzmaßnahmen.

Zahl der Schwangerschaftsabbrüche gestiegen

Im Jahr 2017 wurden bei Frauen aus Niedersachsen 8 308 Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen (Tab. 62). Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl um 478 bzw. 6,1 % und war damit höher als in den vier Berichtsjahren davor. Bundesweit erhöhte sich die Zahl um 2,5 % auf 101 209.

Um demographische Effekte zu verringern, wird die Häufigkeitszahl der Eingriffe auf die Zahl der Lebendgeborenen bezogen. Da die Zahl der Lebendgeborenen 2017 in Niedersachsen zurückging, erhöhte sich die Häufigkeitszahl umso stärker von 104 auf 114 Abbrüche je 1 000 Lebendgeborene. Im Vergleich zu 2012 ging die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche je 1 000 Lebendgeborene allerdings um 18,3 % zurück, etwas weniger als im Bundesdurchschnitt (-18,7 %). Niedrigere Werte als in Niedersachsen gab es 2017 nur in Baden-Württemberg (89), Bayern (96) und Rheinland-Pfalz (100). Die höchsten Werte wurden in Bremen (210) und Berlin (231) registriert.

Weniger Straftaten

Die Polizei registrierte 2017 in Niedersachsen insgesamt 526 120 Straftaten (Tab. 69), das bedeutete gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme um 6,4 %. Bundesweit fiel der Rückgang mit beinahe einem Zehntel (9,6 %) noch höher aus. Auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen in Niedersachsen 6 621 Straftaten und damit weniger als im bundesdeutschen Durchschnitt (6 982). In den Stadtstaaten fielen die Häufigkeitszahlen am höchsten aus.

Besonders aussagekräftig ist die Häufigkeitszahl für den Wohnungseinbruchdiebstahl. Hier ist die „Dunkelziffer“ relativ gering und zugleich ist ein Wohnungseinbruch ein Ereignis, das das Sicherheitsgefühl der Einbruchsopfer und deren Nachbarschaft tief beeinträchtigt.

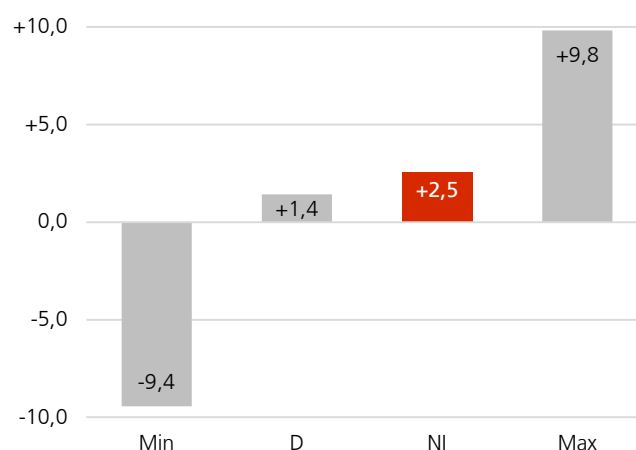
Insgesamt 13 595 Fälle von Wohnungseinbruchdiebstahl wurden in Niedersachsen im Jahr 2017 erfasst und damit 17,1 % weniger als im Vorjahr. Deutschlandweit ging die Zahl der Einbrüche sogar beinahe um ein Viertel auf 116 540 zurück. Auf 100 000 Einwohnerinnen und Ein-

wohner (am 31.12.2016) kamen in Niedersachsen 2017 insgesamt 171 Wohnungseinbruchdiebstähle. In Bremen (384), Hamburg (319) und Berlin (240) waren die Werte am höchsten, in Bayern (47) am niedrigsten.

Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr leicht gestiegen

Die Zahl der Verunglückten (Verletzte und Getötete) im Straßenverkehr ist in Niedersachsen 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 % auf 43 122 leicht gestiegen (Tab. 70). Die Entwicklung verlief damit entgegen dem Bundestrend (-1,6 % auf 393 492). Die Zahl der tödlich Verunglückten im Straßenverkehr in Niedersachsen war 2017 mit 405 die niedrigste seit Einführung der Statistik 1980. Im mittelfristigen Vergleich von 2012 zu 2017 betrug der Anstieg der Zahl der Verunglückten 2,5 % und bundesweit 1,4 %.

■ Veränderung der Zahl der Verunglückten bei Straßenverkehrsunfällen 2017 gegenüber 2012 – Prozent –



Je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner lag 2017 die Zahl der Verunglückten in Niedersachsen mit 542 etwas über dem Vorjahreswert (539). Im Bundesdurchschnitt ging die Zahl zurück (-10) und war mit 476 deutlich niedriger. Werte über 500 gab es außerdem in Hamburg, Bayern, Schleswig-Holstein und Bremen (Höchstwert: 579).

Infokasten mit Quellen sowie Fundstellen für weiterführende Informationen:

- **Armutsgefährdungsquoten, soziale Mindestsicherung:** Statistische Ämter des Bundes und der Länder: [Amtliche Sozialberichterstattung](#)
- **SGB II-Leistungen:** Bundesagentur für Arbeit: [Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Zeitreihe der Eckwerte](#)
- **Verbraucherinsolvenzen:** [Unternehmen und Arbeitsstätten. Insolvenzverfahren \(Fachserie 2 Reihe 4.1\)](#)
- **LSN:** [Statistische Berichte Niedersachsen D III 1 - j / 2017: Insolvenzverfahren 2017](#)
- **Vorläufigen Schutzmaßnahmen:** Statistisches Bundesamt: [Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Vorläufige Schutzmaßnahmen 2016, Wiesbaden 2017](#)
- **LSN:** [Statistische Berichte Niedersachsen K I 3 Jugendhilfe](#)
- **Schwangerschaftsabbrüche:** Statistisches Bundesamt: [Schwangerschaftsabbrüche 2017 \(Fachserie 12 Reihe 3\), Wiesbaden 2018](#)
- **Straftaten:** Bundesministerium des Inneren: [Polizeiliche Kriminalstatistik 2017, Berlin 2018](#)
- **Bundeskriminalamt:** [Polizeiliche Kriminalstatistik \(PKS\): PKS 2017 - BKA \(Länder-, Kreis- und Städte\) Übersicht Falltabellen](#)
- **Verunglückte im Straßenverkehr:** Statistisches Bundesamt: [Verkehrsunfälle. Zeitreihen 2017, Wiesbaden 2018](#)
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder: [Unfallatlas, Deutschland 2018.](#)

Tabellen Soziales und Sicherheit

62. Schwangerschaftsabbrüche

Land	Schwangerschaftsabbrüche nach dem Wohnsitz der Frauen			Häufigkeitszahl je 1 000 Lebendgeborene			Veränderung der Häufigkeitszahl	
	2012	2016	2017	2012	2016	2017	2017/2012	2017/2016
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	11 809	9 661	9 505	132	90	89	-32,9	-1,5
Bayern	12 040	11 483	12 143	112	91	96	-14,4	+5,3
Berlin	9 269	8 871	9 289	267	216	231	-13,5	+7,1
Brandenburg	3 497	3 343	3 287	189	160	162	-14,6	+1,2
Bremen	1 578	1 484	1 467	280	208	210	-25,1	+0,8
Hamburg	3 867	3 090	3 302	218	144	156	-28,5	+8,6
Hessen	8 745	7 984	8 321	169	131	136	-19,5	+3,8
Mecklenburg-Vorpommern	2 970	2 774	2 463	234	206	188	-19,4	-8,8
Niedersachsen	8 558	7 830	8 308	139	104	114	-18,3	+9,3
Nordrhein-Westfalen	21 866	21 041	21 869	150	121	127	-15,2	+4,7
Rheinland-Pfalz	3 933	3 801	3 759	126	101	100	-20,4	-0,9
Saarland	1 177	1 164	1 311	171	142	158	-7,8	+11,3
Sachsen	5 594	5 368	5 580	161	141	151	-6,1	+7,1
Sachsen-Anhalt	3 891	3 399	3 310	230	188	186	-19,5	-1,2
Schleswig-Holstein	3 487	3 314	3 248	158	130	130	-18,2	-0,6
Thüringen	3 446	3 166	2 984	199	171	165	-17,2	-4,0
Deutschland¹⁾	106 815	98 721	101 209	159	125	129	-18,7	+3,5
Westdeutschland	77 060	70 852	73 233	143	110	115	-19,8	+4,0
Ostdeutschland	28 667	26 921	26 913	213	180	184	-13,6	+2,4

1) Inkl. nicht zuordenbarer Wohnsitze und Auslandswohnsitze. In den Summen West- und Ostdeutschland sind nicht zuordenbare Wohnsitze und Auslandswohnsitze nicht enthalten.

63. Armutsgefährdung

Land	Armutsgefährdungsquoten auf Basis des Medians der jeweiligen Regionaleinheit ¹⁾		Von 65-Jährigen und Älteren	Von Ausländern/ -innen	Von Allein- erziehenden	Von Erwerbslosen	Armutsgefähr- dungsschwel- le Einperso- nenhaushalt	Veränderung der Armuts- gefährdungsquoten		
	2012	2016	2017					2017/2012	2017/2016	
	%						€	Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	14,6	15,4	15,5	17,2	32,6	43,1	48,5	1 091	+0,9	+0,1
Bayern	14,1	14,9	14,9	21,7	29,1	43,0	50,5	1 074	+0,8	0,0
Berlin	15,2	16,6	17,4	11,2	35,1	30,6	59,7	967	+2,2	+0,8
Brandenburg	14,4	13,4	13,1	9,0	/	39,2	60,9	959	-1,3	-0,3
Bremen	18,3	18,2	18,2	9,3	38,1	49,2	(56,4)	914	-0,1	0,0
Hamburg	17,6	18,3	18,7	16,8	40,9	44,1	62,4	1 090	+1,1	+0,4
Hessen	15,9	16,5	16,9	15,9	35,1	42,9	54,3	1 034	+1,0	+0,4
Mecklenburg-Vorpommern	13,2	13,5	13,5	7,1	/	40,1	54,2	879	+0,3	0,0
Niedersachsen	15,2	16,0	15,8	14,6	41,0	42,1	55,9	980	+0,6	-0,2
Nordrhein-Westfalen	15,4	16,7	17,2	14,4	40,6	43,9	57,8	968	+1,8	+0,5
Rheinland-Pfalz	15,8	16,6	16,7	18,4	40,9	50,8	52,9	1 023	+0,9	+0,1
Saarland	14,6	16,6	15,7	16,0	38,3	38,8	51,5	975	+1,1	-0,9
Sachsen	11,9	12,4	12,4	6,7	/	31,4	63,4	902	+0,5	0,0
Sachsen-Anhalt	14,0	14,0	14,3	7,5	/	42,1	60,3	871	+0,3	+0,3
Schleswig-Holstein	15,4	16,2	15,8	13,4	50,0	35,8	59,2	1 020	+0,4	-0,4
Thüringen	10,8	12,0	11,8	7,6	/	35,1	56,0	904	+1,0	-0,2
Deutschland	15,0	15,7	15,8	14,6	36,2	42,8	57,2	999	+0,8	+0,1
Westdeutschland	15,4	16,2	16,4	16,7	36,5	44,1	55,3	1 025	+1,0	+0,2
Ostdeutschland	13,0	13,5	13,6	8,2	39,3	34,0	59,1	915	+0,6	+0,1

1) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. - Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

64. Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften¹⁾

Land	Personen in in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (Dezember)			Darunter sonstige Personen ²⁾	Personen in in SGB II-Bedarfsgemeinschaften je 100 Einwohner/-innen ³⁾			Veränderung der Zahl der Leistungsempfänger/-innen	
	2012	2016	2017		2012	2016	2017	2017/2012	2017/2016
	Anzahl							%	
Baden-Württemberg	431 204	472 493	479 037	20 762	5,1	5,4	5,4	+11,1	+1,4
Bayern	421 618	460 616	456 625	23 874	4,2	4,5	4,4	+8,3	-0,9
Berlin	585 031	560 897	541 507	17 173	21,4	19,4	18,5	-7,4	-3,5
Brandenburg	258 011	217 257	201 676	9 005	13,6	11,4	10,6	-21,8	-7,2
Bremen	93 821	102 992	104 720	3 574	18,2	19,2	19,5	+11,6	+1,7
Hamburg	185 928	191 041	193 052	7 297	13,2	13,0	12,9	+3,8	+1,1
Hessen	407 253	434 646	447 831	16 046	8,5	8,8	9,0	+10,0	+3,0
Mecklenburg-Vorpommern	198 327	167 073	156 449	8 753	15,9	13,6	12,8	-21,1	-6,4
Niedersachsen	589 201	602 251	607 553	28 087	9,6	9,7	9,8	+3,1	+0,9
Nordrhein-Westfalen	1 599 085	1 716 665	1 731 827	62 415	11,4	12,1	12,2	+8,3	+0,9
Rheinland-Pfalz	219 342	242 710	245 026	12 125	6,9	7,6	7,7	+11,7	+1,0
Saarland	75 231	92 587	91 232	3 402	9,7	12,1	12,0	+21,3	-1,5
Sachsen	415 189	337 105	313 934	16 060	13,6	11,1	10,4	-24,4	-6,9
Sachsen-Anhalt	290 215	251 340	236 232	12 604	17,0	15,1	14,4	-18,6	-6,0
Schleswig-Holstein	222 167	230 187	233 117	10 016	10,2	10,3	10,5	+4,9	+1,3
Thüringen	190 919	162 044	153 589	8 980	11,5	10,0	9,6	-19,6	-5,2
Deutschland	6 182 542	6 241 904	6 193 407	260 173	9,7	9,6	9,5	+0,2	-0,8
Westdeutschland	4 244 850	4 546 188	4 590 020	187 598	8,2	8,6	8,7	+8,1	+1,0
Ostdeutschland	1 937 692	1 695 716	1 603 387	72 575	15,8	13,7	13,0	-17,3	-5,4

1) Darunter fallen Regelleistungsberechtigte (erwerbsfähig und nicht-erwerbsfähig) sowie sonstige Leistungsberechtigte, vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen und Kinder ohne Leistungsanspruch.

2) Sonstige Leistungsberechtigte sowie vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen und Kinder ohne Leistungsanspruch.

3) Bevölkerung im Alter von 0 bis unter 65 Jahren am 31.12. des jeweiligen Jahres.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Eckwerte der Grundsicherung SGB II; Stand: Juli 2018

65. Soziale Mindestsicherung am 31.12.

Land	Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung ¹⁾			Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung je 100 Einwohner/-innen			Mindest- sicherungs- quote Frauen	Veränderung der Zahl der Empfänger/-innen	
	2011	2015	2016	2011	2015	2016		2016/2011	2016/2015
	Anzahl							%	
Baden-Württemberg	501 138	650 679	645 134	4,8	6,0	5,9	5,6	+28,7	-0,9
Bayern	516 730	668 639	662 409	4,2	5,2	5,1	4,8	+28,2	-0,9
Berlin	651 817	684 436	671 169	19,6	19,4	18,8	17,7	+3,0	-1,9
Brandenburg	276 460	273 128	254 029	11,3	11,0	10,2	9,5	-8,1	-7,0
Bremen	107 215	124 092	122 494	16,4	18,5	18,0	17,6	+14,3	-1,3
Hamburg	223 465	247 723	247 213	13,0	13,9	13,7	13,1	+10,6	-0,2
Hessen	479 667	576 454	586 177	8,0	9,3	9,4	9,1	+22,2	+1,7
Mecklenburg-Vorpommern	211 266	210 699	190 600	13,1	13,1	11,8	11,0	-9,8	-9,5
Niedersachsen	671 815	775 056	768 718	8,6	9,8	9,7	9,3	+14,4	-0,8
Nordrhein-Westfalen	1 784 681	2 135 701	2 150 035	10,2	12,0	12,0	11,6	+20,5	+0,7
Rheinland-Pfalz	252 648	314 446	310 762	6,3	7,8	7,6	7,4	+23,0	-1,2
Saarland	86 009	106 405	107 950	8,6	10,7	10,8	10,3	+25,5	+1,5
Sachsen	438 486	419 168	383 898	10,8	10,3	9,4	8,8	-12,4	-8,4
Sachsen-Anhalt	306 202	301 702	279 753	13,4	13,4	12,5	11,7	-8,6	-7,3
Schleswig-Holstein	252 556	295 124	296 061	9,0	10,3	10,3	9,8	+17,2	+0,3
Thüringen ²⁾	200 245	203 542	184 018	9,2	9,4	8,5	8,1	-8,1	-9,6
Deutschland	6 960 400	7 986 994	7 860 420	8,7	9,7	9,5	9,1	+12,9	-1,6
Westdeutschland	4 875 924	5 894 319	5 896 953	7,6	8,9	8,9	8,5	+20,9	+0,0
Ostdeutschland	2 084 476	2 092 675	1 963 467	13,1	13,0	12,2	11,4	-5,8	-6,2

1) Leistungen nach dem SGB II: Arbeitslosengeld II (ALG II) und Sozialgeld, Leistungen nach dem SGB XII: Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in und außerhalb von Einrichtungen sowie Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

2) Untererfassung: Aus Thüringen fehlen die Daten einer Berichtsstelle zu den Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Quellen: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

66. Verbraucherinsolvenzen

Land	Verbraucherinsolvenzen			Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Verbraucherinsolvenzen	
	2012	2016	2017	2012	2016	2017	2017/2012	2017/2016
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	8 514	6 349	6 188	8,1	5,8	5,6	-27,3	-2,5
Bayern	9 898	7 852	7 020	7,9	6,1	5,4	-29,1	-10,6
Berlin	4 476	3 492	3 367	13,4	9,8	9,4	-24,8	-3,6
Brandenburg	3 879	2 913	2 767	15,8	11,7	11,1	-28,7	-5,0
Bremen	1 418	1 254	1 122	21,7	18,5	16,5	-20,9	-10,5
Hamburg	2 581	2 099	1 939	15,0	11,7	10,6	-24,9	-7,6
Hessen	6 131	4 747	3 997	10,2	7,7	6,4	-34,8	-15,8
Mecklenburg-Vorpommern	2 113	1 665	1 724	13,2	10,3	10,7	-18,4	+3,5
Niedersachsen	13 282	11 059	10 355	17,1	13,9	13,0	-22,0	-6,4
Nordrhein-Westfalen	25 238	19 804	18 167	14,4	11,1	10,2	-28,0	-8,3
Rheinland-Pfalz	4 518	3 309	3 209	11,3	8,1	7,9	-29,0	-3,0
Saarland	1 619	1 477	1 346	16,3	14,8	13,5	-16,9	-8,9
Sachsen	3 983	3 387	3 086	9,8	8,3	7,6	-22,5	-8,9
Sachsen-Anhalt	3 336	2 685	2 626	14,7	12,0	11,8	-21,3	-2,2
Schleswig-Holstein	4 175	3 324	3 237	14,9	11,6	11,2	-22,5	-2,6
Thüringen	2 447	1 822	1 746	11,3	8,4	8,1	-28,6	-4,2
Deutschland	97 608	77 238	71 896	12,1	9,4	8,7	-26,3	-6,9
Westdeutschland	77 374	61 274	56 580	12,0	9,3	8,5	-26,9	-7,7
Ostdeutschland	20 234	15 964	15 316	12,7	9,9	9,5	-24,3	-4,1

67. Pflegebedürftige

Land	Pflegebedürftige			Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung insgesamt			Veränderung der Zahl der Pflegebedürftigen	
	2011	2013	2015	2011	2013	2015	2015/2011	2015/2013
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	278 295	298 769	328 297	2,6	2,8	3,0	+18,0	+9,9
Bayern	329 341	329 016	348 253	2,6	2,6	2,7	+5,7	+5,8
Berlin	107 917	112 509	116 424	3,2	3,3	3,3	+7,9	+3,5
Brandenburg	95 970	102 953	111 595	3,9	4,2	4,5	+16,3	+8,4
Bremen	22 178	22 564	24 787	3,4	3,4	3,7	+11,8	+9,9
Hamburg	47 207	49 566	52 649	2,7	2,8	2,9	+11,5	+6,2
Hessen	199 655	205 126	223 579	3,3	3,4	3,6	+12,0	+9,0
Mecklenburg-Vorpommern	67 559	72 445	79 145	4,2	4,5	4,9	+17,1	+9,2
Niedersachsen	270 399	288 296	317 568	3,5	3,7	4,0	+17,4	+10,2
Nordrhein-Westfalen	547 833	581 492	638 103	3,1	3,3	3,6	+16,5	+9,7
Rheinland-Pfalz	112 743	117 910	132 283	2,8	3,0	3,3	+17,3	+12,2
Saarland	32 793	34 102	37 991	3,3	3,4	3,8	+15,9	+11,4
Sachsen	138 987	149 461	166 792	3,4	3,7	4,1	+20,0	+11,6
Sachsen-Anhalt	88 021	92 416	99 119	3,9	4,1	4,4	+12,6	+7,3
Schleswig-Holstein	80 221	82 692	89 428	2,9	2,9	3,1	+11,5	+8,1
Thüringen	82 322	86 889	94 280	3,8	4,0	4,3	+14,5	+8,5
Deutschland	2 501 441	2 626 206	2 860 346	3,1	3,3	3,5	+14,3	+8,9
Westdeutschland	1 920 665	2 009 533	2 192 938	3,0	3,1	3,3	+14,2	+9,1
Ostdeutschland	580 776	616 673	667 355	3,7	3,9	4,1	+14,9	+8,2

68. Vorläufige Schutzmaßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe

Land	Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche			Schutzmaßnahmen je 10 000 Kinder und Jugendliche ¹⁾			Veränderung der Zahl der Schutzmaßnahmen	
	2012	2016	2017	2012	2016	2017	2017/2012	2017/2016
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	3 617	11 714	7 683	20	63	41	+112,4	-34,4
Bayern	3 046	6 730	4 421	15	32	21	+45,1	-34,3
Berlin	2 329	2 005	2 930	45	35	50	+25,8	+46,1
Brandenburg	1 470	2 930	2 312	42	77	60	+57,3	-21,1
Bremen	487	1 330	1 201	49	123	110	+146,6	-9,7
Hamburg	1 632	2 140	2 214	60	72	73	+35,7	+3,5
Hessen	3 011	5 178	4 491	30	50	43	+49,2	-13,3
Mecklenburg-Vorpommern	981	1 759	1 592	44	73	66	+62,3	-9,5
Niedersachsen	3 560	8 347	5 321	27	63	40	+49,5	-36,3
Nordrhein-Westfalen	11 475	22 193	15 951	39	74	53	+39,0	-28,1
Rheinland-Pfalz	1 288	3 152	2 123	20	48	32	+64,8	-32,6
Saarland	728	1 205	580	50	83	40	-20,3	-51,9
Sachsen	2 574	5 774	4 197	45	92	66	+63,1	-27,3
Sachsen-Anhalt	1 082	2 298	1 266	37	72	39	+17,0	-44,9
Schleswig-Holstein	1 844	4 836	3 350	39	102	71	+81,7	-30,7
Thüringen	1 103	2 639	1 751	37	83	54	+58,7	-33,6
Deutschland	40 227	84 230	61 383	31	63	45	+52,6	-27,1
Westdeutschland	30 688	66 825	47 335	28	61	43	+54,2	-29,2
Ostdeutschland	9 539	17 405	14 048	43	71	56	+47,3	-19,3

1) Bevölkerung unter 18 Jahren am 31.12. des gleichen Jahres.

69. Polizeilich bekannt gewordene Straftaten, Wohnungseinbruchdiebstahl und Aufklärungsquote

Land	Polizeilich bekannt gewordene Straftaten insgesamt					Darunter Wohnungseinbruchdiebstahl ¹⁾		Veränderung der Zahl der Straftaten insgesamt	
	Erfasste Fälle			Häufigkeitszahl ²⁾	Aufklärungsquote	Erfasste Fälle	Häufigkeitszahl ²⁾		
	2012	2016	2017					2017/2012	2017/2016
	Anzahl				%	Anzahl		%	
Baden-Württemberg	573 459	609 133	579 953	5 295	62,4	8 437	77	+1,1	-4,8
Bayern	626 865	882 473	629 512	4 868	66,8	6 045	47	+0,4	-28,7
Berlin	495 297	568 860	520 437	14 558	44,2	8 580	240	+5,1	-8,5
Brandenburg	195 146	185 831	175 003	7 015	55,3	3 167	127	-10,3	-5,8
Bremen	86 814	91 904	81 176	11 960	48,5	2 606	384	-6,5	-11,7
Hamburg	227 570	239 230	225 947	12 480	44,4	5 769	319	-0,7	-5,6
Hessen	395 626	412 104	375 632	6 046	62,8	8 287	133	-5,1	-8,9
Mecklenburg-Vorpommern	126 677	123 061	110 337	6 850	62,0	1 180	73	-12,9	-10,3
Niedersachsen	557 219	561 963	526 120	6 621	62,3	13 595	171	-5,6	-6,4
Nordrhein-Westfalen	1 518 369	1 469 426	1 373 390	7 677	52,3	39 057	218	-9,5	-6,5
Rheinland-Pfalz	267 471	274 593	251 713	6 191	64,4	4 834	119	-5,9	-8,3
Saarland	72 872	76 981	70 860	7 110	56,3	1 391	140	-2,8	-8,0
Sachsen	312 406	324 736	323 136	7 917	59,2	4 071	100	+3,4	-0,5
Sachsen-Anhalt	189 234	196 464	186 552	8 342	55,7	2 715	121	-1,4	-5,0
Schleswig-Holstein	211 928	206 541	188 979	6 557	53,9	5 403	187	-10,8	-8,5
Thüringen	140 087	149 226	143 237	6 637	64,5	1 403	65	+2,2	-4,0
Deutschland	5 997 040	6 372 526	5 761 984	6 982	57,1	116 540	141	-3,9	-9,6
Westdeutschland	4 538 193	4 824 348	4 303 282	6 484	58,3	95 424	144	-5,2	-10,8
Ostdeutschland	1 458 847	1 548 178	1 458 702	9 029	53,7	21 116	131	-0,0	-5,8

1) Wohnungseinbruchdiebstahl nach § 244 Abs. 1 Nr. 3, 244a StGB (seit 2016 erweitert um die bandenmäßige Begehung).

2) Anzahl je 100 000 Einwohner/-innen am 31.12.2016; Aufgrund der geänderten Datenbasis bei den Bevölkerungszahlen ist ein Vergleich der Häufigkeitszahl ab 2017 mit den Vorjahren nur bedingt möglich.

Quelle: Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik, April 2018

70. Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen

Land	Verunglückte insgesamt			Verunglückte je 100 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Verunglückten	
	2012	2016	2017	2012	2016	2017	2017/2012	2017/2016
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	47 088	48 508	47 758	447	444	435	+1,4	-1,5
Bayern	70 143	72 379	70 267	562	562	541	+0,2	-2,9
Berlin	16 895	17 392	17 420	505	490	485	+3,1	+0,2
Brandenburg	10 493	11 447	11 525	428	460	461	+9,8	+0,7
Bremen	3 958	3 828	3 931	607	566	579	-0,7	+2,7
Hamburg	9 865	9 829	9 611	572	546	528	-2,6	-2,2
Hessen	28 980	28 294	28 438	483	458	457	-1,9	+0,5
Mecklenburg-Vorpommern	6 604	7 134	6 894	412	443	428	+4,4	-3,4
Niedersachsen	42 051	42 880	43 122	540	539	542	+2,5	+0,6
Nordrhein-Westfalen	75 541	79 598	77 861	431	445	435	+3,1	-2,2
Rheinland-Pfalz	19 651	19 816	19 300	493	488	474	-1,8	-2,6
Saarland	5 341	5 335	4 837	536	535	486	-9,4	-9,3
Sachsen	17 176	17 462	16 995	425	428	417	-1,1	-2,7
Sachsen-Anhalt	10 471	10 646	10 535	462	475	472	+0,6	-1,0
Schleswig-Holstein	15 041	16 593	16 255	536	577	563	+8,1	-2,0
Thüringen	8 680	8 731	8 743	399	404	406	+0,7	+0,1
Deutschland	387 978	399 872	393 492	483	486	476	+1,4	-1,6
Westdeutschland	317 659	327 060	321 380	492	494	483	+1,2	-1,7
Ostdeutschland	70 319	72 812	72 112	443	452	446	+2,5	-1,0

Gleichstellung von Frauen und Männern

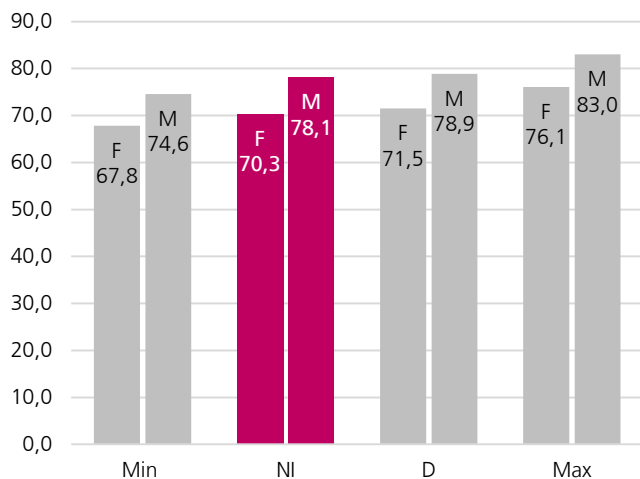
Ergänzend zu den vorangegangenen Kapiteln werden nachfolgend einige wichtige Indikatoren aus verschiedenen Bereichen differenziert nach Geschlecht dargestellt: Diese sind den Themenfeldern Beruf und Familie (Tab. 5 bis 9), Erwerbstätigkeit (Tab. 13, 14, 15 und 17) und schulische Qualifikation (Tab. 44) sowie Verdienste (Wirtschaft: Tab. 29; Niedersachsen in Europa: Tab. 73) entnommen.

Eine Zusammenstellung von Indikatoren zu den Geschlechterverhältnissen an Hochschulen 2016 enthält zudem das Kapitel Wissenschaft und Kultur (Tab. 46, 47, 48 und 49).

Erwerbstätigenquoten nähern sich allmählich an

Die Erwerbstätigenquote der niedersächsischen Frauen lag 2017 bei 70,3 % (Tab. 13). Das waren 7,8 Prozentpunkte

■ Erwerbstätigenquote der Frauen und Männer (15 bis unter 65 Jahre) 2017 – Prozent –



weniger als bei den Männern, wobei dieser Unterschied allmählich abnimmt. Fünf Jahre zuvor lag die Differenz noch bei 10,4 Prozentpunkten. In den Ländern reichte die Quoten-Differenz von nur 1,4 % in Brandenburg bis 8,7 % in Bayern (Deutschland: 7,4 %).

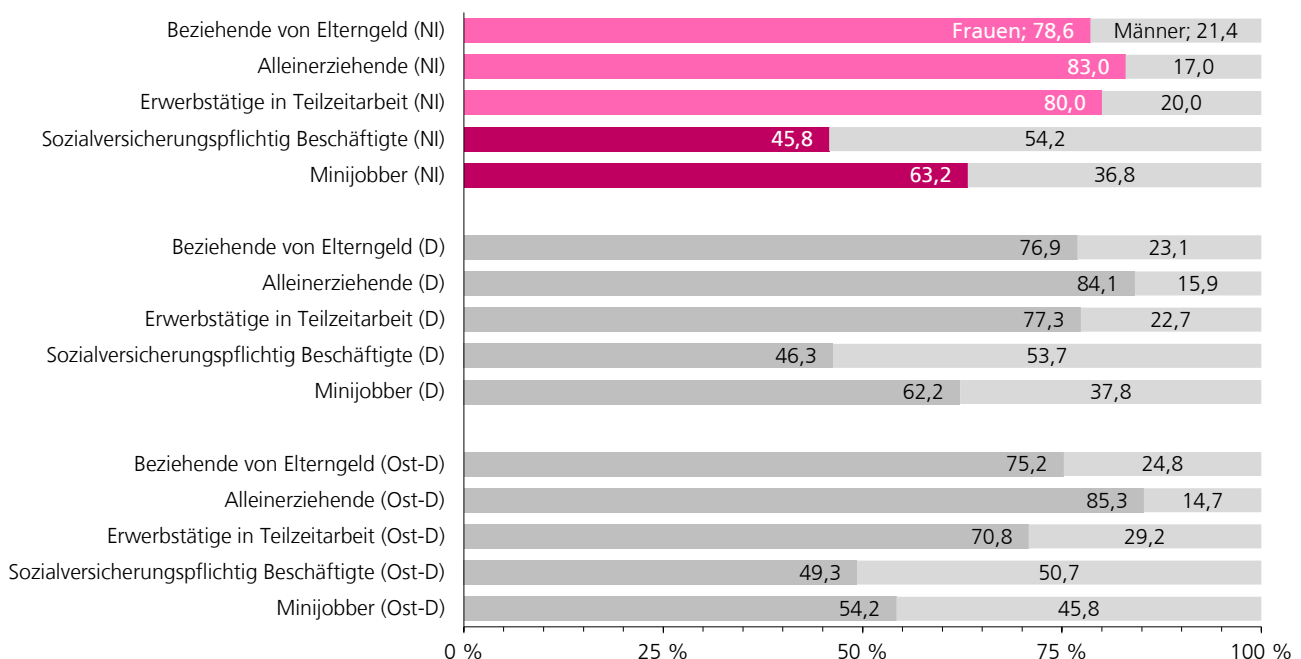
Von den 2017 etwa 1,3 Mio. in Niedersachsen arbeitenden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten waren 45,8 % Frauen (2012: 45,0 %; Tab. 14). Dieser Anteil lag 2017 leicht über dem westdeutschen Durchschnitt (45,6 %). In den ostdeutschen Ländern war das Geschlechterverhältnis etwa ausgeglichen.

Frauenanteil bei Minijobbern und Teilzeittätigen weiterhin sehr hoch

In Niedersachsen und Westdeutschland lag 2017 das Zahlenverhältnis von ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten (sogenannten Minijobbern; Tab. 15) zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten etwa bei 1 zu 6, in Ostdeutschland etwa bei 1 zu 10. In Niedersachsen waren unter den 504 717 Personen mit Minijobs von je 20 Personen etwa 13 Frauen und 7 Männer (63,2 %; Westdeutschland: 63,4 %). In Ostdeutschland war das Verhältnis mit etwa 11 zu 9 deutlich ausgeglichener (54,2 %). In Niedersachsen sank der Frauenanteil gegenüber 2016 um 0,9 Prozentpunkte.

Seit 2012 sanken die absoluten Zahlen der ausschließlich geringfügigen Beschäftigten. Die Geschlechteranteile glichen sich in allen Ländern weiter an, bundesdurchschnittlich um 3,3 Prozentpunkte.

■ Anteil der Frauen und Männer an Beziehende von Elterngeld, Alleinerziehende, Erwerbstätige in Teilzeit, SVP Beschäftigte und Minijobber 2017 – Prozent –



Bei den etwa 1,1 Mio. Erwerbstätigen in Teilzeit blieb der Frauenanteil in Niedersachsen 2017 mit 80,0 % unverändert gegenüber dem Vorjahr (Tab. 8). Bundesweit sank der Anteil leicht auf 77,3 %, in Ostdeutschland auf 70,8 %. In Berlin ging der Anteil der Frauen auf 62,1 % zurück – immerhin 37,9 % der Teilzeitjobs wurden dort also von Männern ausgeübt.

Etwa 4 von 5 Alleinerziehenden und Elterngeldbeziehenden waren Frauen

Unter den Alleinerziehenden waren 2017 in Deutschland 84,1 % Frauen (Niedersachsen: 83,0 %; Tab 9), und auch in Paarbeziehungen übernahmen traditionell die Mütter überwiegend die Erziehungsaufgabe. Dies führt oft dazu, dass Mütter gar nicht oder in Teilzeit arbeiten, während die Väter in Vollzeit tätig sind. Auch beim Bezug von Elterngeld zeigt sich diese Ungleichheit: 78,6 % der Beziehenden von Elterngeld waren in Niedersachsen Frauen, in Deutschland durchschnittlich 76,9 % (Tab. 7).

Fehlende Betreuungsmöglichkeiten für Kinder tragen dazu bei, dass Eltern ihre Erwerbstätigkeit nicht nach ihren Vorstellungen gestalten können. Der Ausbau der öffentlich geförderten Kindertagesbetreuung und besonders der Ganztagsbetreuung (Tab. 5 und 6) fördert die Möglichkeit, Familie und Beruf zu vereinbaren – insbesondere für Frauen. In Niedersachsen lag die Quote der Ganztagsbetreuung bei unter 3-Jährigen bei 12,2 % und die Quote bei 3- bis unter 6-Jährigen bei 30,4 %. Im bundesweiten Durchschnitt wurden bei 3- bis unter 6-Jährigen Quoten von 18,5 % bzw. 45,5 % erreicht, in Ostdeutschland von 39,9 % bzw. 73,6 %.

Arbeitslose Jugendliche überwiegend männlich

Zumeist sind es Frauen, die durch die noch nicht erreichte Gleichstellung der Geschlechter benachteiligt sind. Bei genauerer Betrachtung von Untergruppen zeigen sich aber auch Bereiche, in denen die männliche Bevölkerung betroffen ist.

Unter allen männlichen Jugendlichen (18 bis unter 25 Jahre) lag der Anteil der frühen Schulabgänger in Niedersach-

sen 2017 (Tab. 44) mit 12,2 % um etwa ein Fünftel höher als der Anteil der frühen Schulabgängerinnen unter den weiblichen Jugendlichen (10,3 %). Deutschlandweit lagen die Anteile bei 11,1 % bei männlichen Jugendlichen und bei 9,0 % bei weiblichen Jugendlichen.

Auch war 2017 ein größerer Anteil der männlichen Jugendlichen (15 bis unter 25 Jahre) in Niedersachsen arbeitslos gemeldet: 6,2 % der männlichen und 4,6 % der weiblichen Jugendlichen suchten eine Arbeit (Tab. 17). Der Unterschied von 1,6 Prozentpunkten zu Ungunsten der männlichen Jugendlichen lag im Durchschnitt der westdeutschen Länder. In den ostdeutschen Ländern unterschieden sich die Quoten um 2,5 Prozentpunkte und lagen zudem auf einem deutlich höheren Niveau (9,6 % und 7,1 %).

Unbereinigter Gender Pay Gap: Verdienstabstand zwischen den Geschlechtern auf Vorjahresniveau

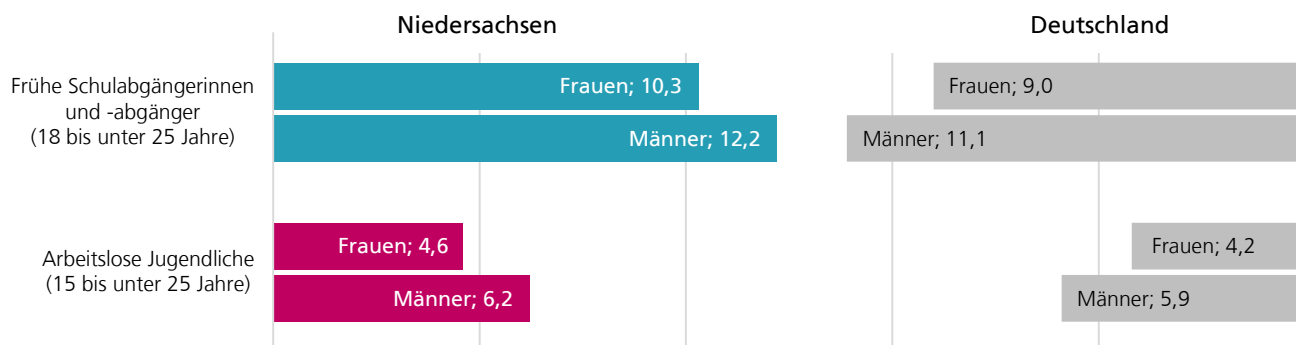
Entsprechend internationaler Konventionen ist der unbereinigte GPG definiert als Differenz des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes der Frauen und Männer im Verhältnis zum durchschnittlichen Bruttostundenverdienst der Männer (jeweils ohne Sonderzahlungen). Die Angaben beziehen sich auf die Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich (ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung).

Der unbereinigte Gender Pay Gap (GPG) ist eine wichtige Maßzahl zur Beschreibung des Verdienstabstandes von Männern und Frauen. Der unbereinigte GPG konzentriert in sich sowohl strukturelle Unterschiede als auch Benachteiligungen zwischen den Geschlechtern. Da die ungleiche Geschlechterverteilung in den Leistungsgruppen, Beschäftigungsarten und Branchen nicht berücksichtigt wird, ist der unbereinigte GPG nicht gleichzusetzen mit verschiedenen Verdiensten bei prinzipiell gleicher Tätigkeit.

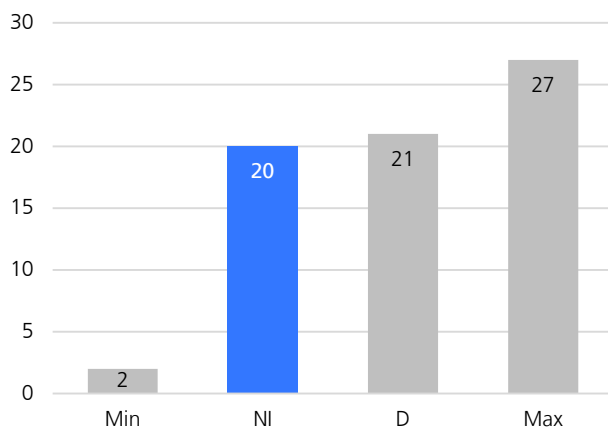
In den Jahren 2017 und 2016 verdienten Frauen in Niedersachsen im Durchschnitt pro Stunde etwa 20 % weniger als Männer (Tab. 29). In Deutschland insgesamt war der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern 1 Prozentpunkt höher (21 %).

Der mittel- und langfristige Vergleich zeigt eine positive Entwicklung: 2012 lag der unbereinigte GPG in Niedersachsen bei 21 % und im Bundesgebiet bei 23 %, wäh-

■ Anteile früher Schulabgänger/-innen (18 bis unter 25 Jahre) sowie arbeitsloser Jugendlicher (15 bis unter 25 Jahre) nach Geschlecht an allen Frauen beziehungsweise Männern der gleichen Altersgruppe 2017 – Prozent –



■ **Unbereinigter Gender Pay Gap 2017 – Prozent –**
Verdienstabstand von Frauen zu Männern im
Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich
gemessen am Bruttostundenverdienst



rend der Verdienstabstand in Niedersachsen 2006 noch 25 % und in Deutschland 23 % betrug.

In den ostdeutschen Ländern lag der unbereinigte GPG zwischen 2 % in Sachsen-Anhalt und 15 % in Thüringen. In Westdeutschland reichte die Spanne von 8 % in Schleswig-Holstein bis 27 % in Baden-Württemberg. Im europäischen Vergleich ist ein unbereinigter GPG von 21 % wie in Deutschland und von 20 % in Niedersachsen vergleichsweise hoch. Im Jahr 2016 lag der unbereinigte GPG im

Durchschnitt der EU bei 16 %, wobei Italien und Rumänien einen GPG von jeweils nur 5 % aufwiesen (Tab. 73).

Bereinigter GPG: großer Teil der Verdienstunterschiede strukturell erklärbar

Für das Jahr 2014 wurde ein bereinigter GPG für die Länder ermittelt, der den Verdienstabstand von Männern und Frauen mit vergleichbaren Qualifikationen, Tätigkeiten und Erwerbsbiografien aufzeigt. In den westdeutschen Ländern mit einem hohen unbereinigten Gender Pay Gap ist der statistisch erklärbare Anteil des Verdienstunterschiedes zwischen Männern und Frauen besonders groß. (siehe Infokasten: WISTA 4/2018). Allerdings wird gegen den bereinigten GPG eingewandt, dass er die Verdienstunterschiede um Faktoren bereinigt, die ihrerseits bereits Ausdruck von Benachteiligungen sind.

In Niedersachsen lag der bereinigte GPG nach EU-Abgrenzung 2014 bei 5,2 % (unbereinigter GPG: 22,2 %) leicht unter dem bundesweiten Niveau. Die Spanne reichte in den Ländern von 4,3 % in Thüringen bis 9,6 % in Brandenburg. Der unbereinigte GPG war höher und variierte deutlich stärker zwischen 5,1 % in Sachsen-Anhalt und 27,2 % in Baden-Württemberg. Auch beim bereinigten GPG für alle Beschäftigten – unter Verwendung der kompletten Verdienststrukturhebung – unterscheiden sich die Ergebnisse nur wenig.

Infokasten mit Quellen sowie Fundstellen für weiterführende Informationen:

- **Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen:** Statistisches Bundesamt: [Verdienste und Arbeitskosten. Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen. Unbereinigter Gender Pay Gap nach Bundesländern ab 2006](#)
- Statistisches Bundesamt: [Martin Beck: Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen nach Bundesländern](#), in: *WISTA Wirtschaft und Statistik. Ausgabe 4/2018, Seite 26 ff.* Wiesbaden 2018
- Bruttostundenverdienste nach Geschlecht: Landesamt für Statistik Niedersachsen: [Pressemitteilung 23/2018](#)

In den Tabellen 71 bis 73 wird die Position Niedersachsens im europäischen Vergleich sichtbar. Alle Angaben entstammen der regionalstatistischen Internetdatenbank von Eurostat. Unterteilt wird das EU-Gebiet nach der NUTS-Systematik, der Grundlage der EU-Regionalstatistik. Es wird der aktuellste Datenstand für die Analyseebenen NUTS 0 (Mitgliedsstaaten), NUTS I (für Deutschland: Länder) und NUTS II (für Niedersachsen: Statistische Regionen) ausgewiesen. Kleine Abweichungen zu anderen Veröffentlichungen gehen auf unterschiedliche Berechnungsstände und auf im Europa-Vergleich unvermeidbare definitorische Unterschiede zurück. Zudem ist zu beachten, dass die bei Eurostat aktuell vorliegenden Zahlen in einigen Fällen ein älteres Berichtsjahr haben, als dies auf Deutschland- bzw. Länderebene der Fall ist. Die Europaangaben beziehen sich immer auf alle 28 Mitgliedsstaaten, so auch bei Angaben vor dem Beitritt Kroatiens im Jahr 2013.

Niedersachsen mit mittelgroßen EU-Staaten vergleichbar

Gemessen an seiner Fläche, Bevölkerungszahl und Wirtschaftsleistung ist das Land Niedersachsen mit mittelgroßen EU-Staaten vergleichbar (Tab. 71 und 72). Unter den 28 EU-Mitgliedsstaaten würde Niedersachsen nach der Bevölkerungszahl an 16. Stelle hinter Österreich und vor Bulgarien stehen. Die Wirtschaftsleistung Niedersachsens entspricht in etwa der Dänemarks oder Irlands, die an den Positionen 11 und 12 in der Europäischen Union rangieren.

Niedersächsische Bevölkerung wächst stärker als in den meisten EU-Staaten

Mit seinen annähernd 8 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern macht das Land Niedersachsen etwa 1,6 % der über eine halbe Milliarde Menschen zählenden Europäischen Union aus (Tab. 71). Die Bevölkerungszahl Niedersachsens stieg mittelfristig im Vergleich der Jahre 2011 und 2016 um 2,2 % und damit stärker als im EU-Durchschnitt (+1,5 %). Innerhalb Niedersachsens war der Bevölkerungszuwachs in der Statistischen Region Weser-Ems mit 2,8 % besonders groß, während in der Statistischen Region Braunschweig die Bevölkerung leicht unterdurchschnittlich um 1,2 % zunahm. Die Regionen Hannover und Lüneburg wuchsen wie Gesamtniedersachsen um 2,2 %.

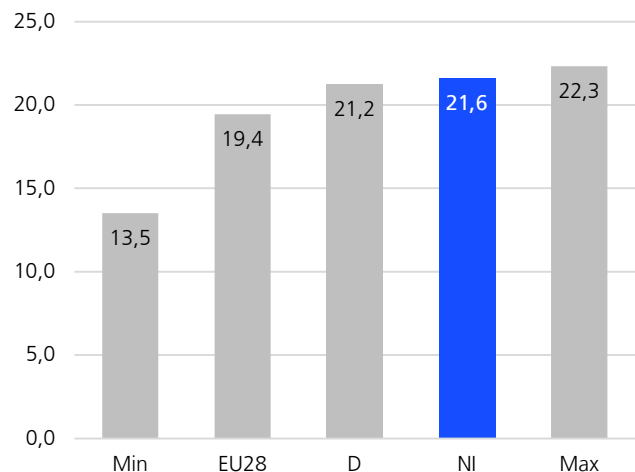
Der Vergleich der Bevölkerungsentwicklung der Jahre 2011 und 2016 zeigt einen deutlichen Ost-West-Gegensatz innerhalb der EU. Die Bevölkerungszahl stieg in der gesamten Europäischen Union überwiegend aufgrund der Zuwächse in den Ländern Nord- und Westeuropas. Hingegen ging die Bevölkerung in 12 von 17 Ländern Ost- und Südeuropas zurück. Die größten Verluste zeigten sich in Litauen (-5,2 %), Lettland (-4,6 %) und Bulgarien (-3,1 %). Das besonders stark von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffene Griechenland hat seit 2011 insgesamt 2,9 % seiner Einwohnerinnen und Einwohner eingebüßt. Einen Bevölkerungsanstieg um mehr als ein Zehntel gab es in Luxemburg (+12,5 %) und Malta (+10,2 %). In Deutschland war mit 2,7 % ein überdurchschnittlicher Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen.

Niedersachsens Geburtenziffer im oberen Drittel – Hoher Seniorenanteil

Die zusammengefasste Fruchtbarkeitsziffer (total fertility rate, TFR) ist die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern für die Altersjahre 15 bis 49. Eine altersspezifische Geburtenziffer zeigt die Relation zwischen der Zahl der von Müttern eines bestimmten Alters geborenen Kinder und der Zahl aller Frauen dieses Alters.

Niedersachsens Frauen im Alter von 15 bis unter 50 Jahren haben 2016 durchschnittlich 1,7 Kinder geboren (zusammengefasste Fruchtbarkeitsziffer). Nur in 7 EU-Ländern war diese Ziffer höher (Tab. 71). Gleichzeitig waren jedoch 21,6 % der niedersächsischen Bevölkerung 65 Jahre oder älter. EU-weit (durchschnittlich 19,4 %) würde Niedersachsen damit an zweiter Stelle hinter Italien liegen (22,3 %).

■ Anteil der Bevölkerung 65 Jahre und älter im EU-Vergleich 2016 – Prozent –



Wirtschaftswachstum in Niedersachsen im EU-Vergleich leicht überdurchschnittlich

Die Angaben zum Bruttoinlandsprodukt weichen von anderen Veröffentlichungen ab, da Eurostat die Revisionen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (AK VGRdL) nicht zeitnah berücksichtigen kann.

Die Wirtschaftsleistung Niedersachsens (Tab. 72), gemessen am Anstieg des BIP (in jeweiligen Preisen), ist laut Eurostat von 2015 auf 2016 mit 2,9 % schwächer gestiegen als von 2014 auf 2015 (+4,0 %). Gegenüber dem EU-weiten Anstieg von lediglich 0,7 % fiel das niedersächsische Wirtschaftswachstum jedoch deutlich überdurchschnittlich aus. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass es 2016 im Vereinigten Königreich – der zweitgrößten Volkswirtschaft der Europäischen Union – zu einem starken Kursverfall des Britischen Pfunds gegenüber dem Euro kam. Da das nominelle BIP im europäischen Vergleich in Euro ausgewiesen wird, steht 2016 für das Vereinigte Königreich ein massiver Einbruch um 7,9 % zu Buche. Ohne das Vereinigte König-

reich wuchs das BIP in der Europäischen Union 2016 um 2,6 % und damit nur etwas geringer als in Niedersachsen.

Die Statistische Region Niedersachsens mit dem höchsten BIP war 2016 wie bereits in den Vorjahren die Region Weser-Ems mit rund 84 Mrd. Euro. Der stärkste nominale Anstieg des BIP binnen Jahresfrist war derweil in der stark vom Fahrzeugbau geprägten Statistischen Region Braunschweig mit 3,1 % zu beobachten.

Das BIP in Kaufkraftstandards (KKS) je Einwohner bzw. Einwohnerin ist ein Indikator für die wirtschaftliche Leistung eines Landes bzw. einer Region (Tab. 73). Mit Hilfe einer fiktiven Geldeinheit werden die Unterschiede zwischen den Preisniveaus der Länder rechnerisch aufgehoben. So kann man mit einem KKS in allen Mitgliedsstaaten dieselbe Menge an Waren oder Dienstleistungen kaufen. Das BIP pro Kopf in KKS ist die zentrale Variable zur Festlegung der Förderfähigkeit der Regionen (NUTS II) im Rahmen der Strukturpolitik der Europäischen Union. Es wird normiert dargestellt am Durchschnitt des BIP pro Kopf in KKS der Europäischen Union (= 100). Regionen mit einem Wert über 100 haben dementsprechend ein BIP pro Kopf über dem EU-Durchschnitt und umgekehrt.

In Niedersachsen erreichte 2016 das BIP in KKS pro Kopf einen Wert von 108 (Tab. 72). Das bedeutet, dass die Wirtschaftsleistung pro Kopf preisbereinigt 8 % über dem EU-Durchschnitt lag (Deutschland: 124). Diesem Indikator zufolge erreichten 8 osteuropäische Länder und Griechenland mit Werten bis 75 die geringsten Wirtschaftsleistungen pro Kopf in der EU. Unter den deutschen Ländern wies Hamburg mit 200 den mit Abstand höchsten Wert auf und würde damit EU-weit auf Rang 2 hinter Luxemburg liegen.

Innerhalb Niedersachsens lag das BIP pro Kopf in KKS in den Statistischen Regionen Braunschweig (119), Hannover (115) und Weser-Ems (108) über dem EU-Durchschnitt. In der Statistischen Region Lüneburg erreichte dieser Indikator nur 88 % des EU-Durchschnitts. Dabei ist zu beachten, dass der Indikator bei großen Pendlerströmen über die Grenzen einer NUTS II-Region ein verzerrtes Bild ergibt, da er die Wirtschaftsleistung am Arbeitsort auf die Bevölkerung am Wohnort bezieht. So haben die Stadtstaaten und Einpendlerzentren Hamburg und Bremen z. B. gesteigerten Einfluss auf die (geringe) Höhe des BIP pro Kopf in der Statistischen Region Lüneburg.

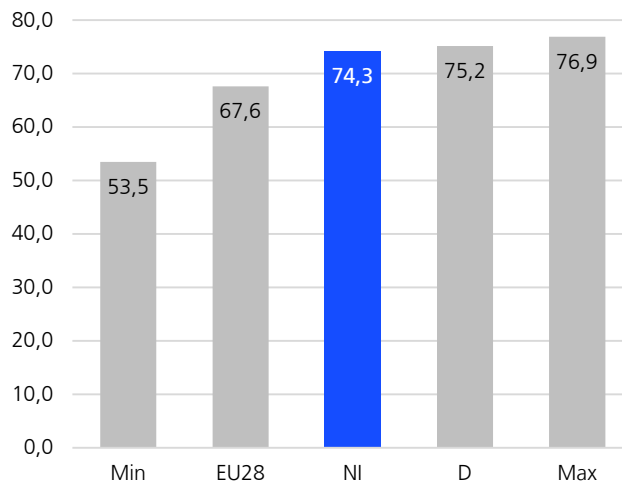
Niedersächsischer Arbeitsmarkt entwickelt sich im europäischen Vergleich weiter positiv

Grundlage für die Teile der Tabelle 73 ist die EU-Arbeitskräftestichprobe, die für alle Mitgliedsstaaten europaweit vergleichbare Daten liefert. Diese sind mit den Arbeitsmarktdaten der Bundesagentur für Arbeit nicht kompatibel. Die Erwerbstätigenquoten beziehen sich auf die erwerbsfähige Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Die Erwerbslosenquoten beziehen sich auf die 15-Jährigen und Älteren. Alle Angaben sind wohnortbezogen.

Im Jahr 2017 betrug die Erwerbstätigenquote in Niedersachsen nach Angaben von Eurostat 74,3 % und lag damit wieder deutlich über dem EU-Durchschnitt von 67,6 % (Tab. 72). Die EU-Quote ist gegenüber dem Vorjahr um 1,0 Prozentpunkte gestiegen (Niedersachsen +0,9 Prozent-

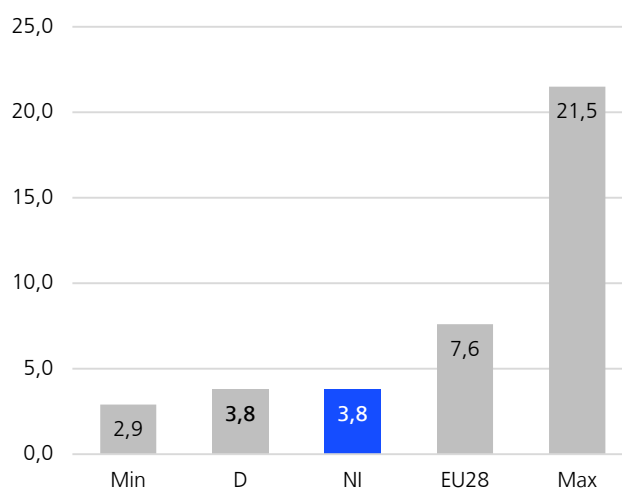
punkte). Europaweit findet sich die höchste Erwerbstätigenquote in Schweden (76,9 %), die niedrigste in Griechenland (53,5 %). Innerhalb Niedersachsens war die Erwerbstätigenquote in der Statistischen Region Lüneburg mit 76,4 % am höchsten und in der Statistischen Region Braunschweig mit 72,3 % am niedrigsten.

■ Erwerbstätigenquote im EU-Vergleich 2017 – Prozent –



Die Erwerbslosenquote in der EU ist 2017 das vierte Jahr in Folge gesunken auf zuletzt 7,6 % (-1,0 Prozentpunkte gegenüber 2016, Tab. 72). In Niedersachsen ist die Quote nur leicht um 0,2 Prozentpunkte zurückgegangen auf nun 3,8 %. Die niedrigste Erwerbslosenquote hatte 2017 die Tschechische Republik (2,9 %), die höchste wiederum Griechenland (21,5 %). In Niedersachsen weist nach wie vor die Statistische Region Hannover die höchste Erwerbslosenquote auf (4,5 %). Die niedrigste Quote findet sich in der Region Weser-Ems, wo zuletzt auch der stärkste Rückgang mit 0,6 Prozentpunkten zu beobachten war.

■ Erwerbslosenquote im EU-Vergleich 2017 – Prozent –



Trotz Verbesserung weiter großer Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern

Der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern, der sogenannte (unbereinigte) Gender Pay Gap, ist in Nieder-

sachsen 2016 auf 20 % zurückgegangen, liegt damit aber weiter deutlich über dem EU-Durchschnitt von 16 % (Tab. 73). Europaweit zeigte sich nach wie vor eine große Spanne beim Verdienstabstand: Am höchsten war er in Estland (25 %), am niedrigsten in Rumänien und Italien (jeweils 5 %).

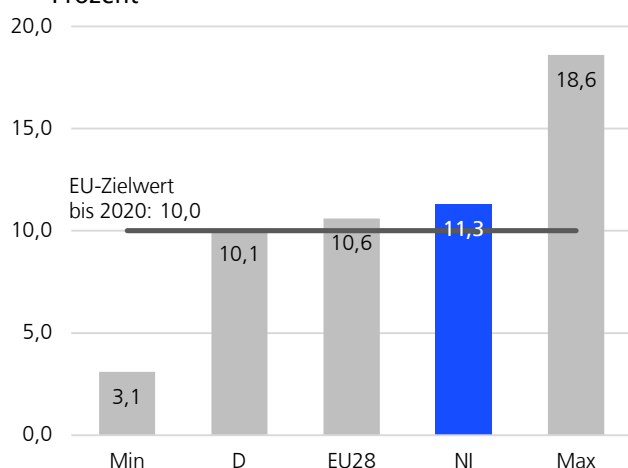
Anteil früher Schulabgängerinnen und Schulabgänger mittelfristig leicht gesunken, in Niedersachsen aber nach wie vor zu hoch

Der Indikator der frühen Schulabgängerinnen und -abgänger misst den Anteil junger Menschen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren, die sich nicht mehr in der Aus- oder Weiterbildung befinden und nicht über einen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügen, an der gleichaltrigen Bevölkerung. Der Indikator lässt Aussagen darüber zu, wie erfolgreich junge Menschen den Übergang vom Bildungssystem zum Erwerbsleben bewältigen. Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich dazu verpflichtet, den Anteil der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger bis zum Jahr 2020 auf weniger als 10 % zu senken.

Zwischen 2012 und 2017 ist der Anteil der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger in der EU um 2,1 Prozentpunkte auf 10,6 % zurückgegangen (Tab. 73). Die Spanne zwischen den Ländern der Europäischen Union war dabei aber nach wie vor groß. Hohe Anteile sind weiterhin in Malta (18,6 %), Spanien (18,3 %) und Rumänien (18,1 %) zu beobachten, während Kroatien (3,1 %) und Slowenien (4,3 %) zuletzt sehr niedrige Werte aufwiesen.

Deutschland lag 2017 mit 10,1 % nah am erklärten Zielwert für 2020. In Niedersachsen betrug der Anteil noch 11,3 % (-0,6 Prozentpunkte im Vergleich zu 2012). Dabei lag der Höchstwert mit 12,8 % in der Statistischen Region Hannover, das Minimum bei 10,0 % in der Statistischen Region Weser-Ems.

■ Anteil der frühen Schulabgänger/-innen an der gleichaltrigen Bevölkerung 2017 im EU-Vergleich 2017 – Prozent –



Infokasten mit Quellen sowie Fundstellen für weiterführende Informationen:

- **Alle Themengebiete:** [Eurostat-Datenbank](#)
- **Bildungsabschlüsse:** Statistische Ämter des Bundes und der Länder: [Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich](#), 2018, Tabelle A1.1a

Geringer Anteil von Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen in Niedersachsen und Deutschland täuscht

In den Ländern der Europäischen Union verfügten 2017 durchschnittlich 31,4 % der Frauen und Männer im Alter von 25 bis unter 65 Jahren über einen tertiären Bildungsabschluss (Tab. 73), d. h. einen Abschluss der Stufe 5 bis 8 gemäß der International Standard Classification of Education (ISCED 2011).

Tertiäre Abschlüsse können in Deutschland an Hochschulen und Fachhochschulen (ISCED Levels 6 bis 8) sowie an Verwaltungshochschulen, Berufs- und Fachakademien, Fachschulen und Schulen des Gesundheitswesens erworben werden.

In Deutschland betrug der Anteil der Menschen mit tertiären Bildungsabschlüssen 2017 nur 28,6 %, in Niedersachsen 23,8 %. Die höchsten Anteile fanden sich 2017 in Irland (45,7 %) und Finnland (43,7 %). Schlusslichter waren Rumänien (17,6 %), Italien (18,7 %) und Malta (20,4 %).

Die unterdurchschnittlichen Anteile in Deutschland und Niedersachsen täuschen an dieser Stelle jedoch, da sie die sogenannten postsekundären nicht-tertiären Abschlüsse (ISCED Level 4) nicht berücksichtigen. In Deutschland spielen diese Bildungsabschlüsse aber eine besonders große Rolle, während es sie in vielen anderen Ländern nicht gibt. Der Anteil der 25- bis unter 65-Jährigen mit einem solchen Abschluss betrug 2017 in Deutschland und Niedersachsen 11,9 %, im Durchschnitt der OECD Staaten hingegen nur 5,1 % (siehe Infokasten: Internationale Bildungsindikatoren).

Postsekundäre nicht-tertiäre Bildungsabschlüsse sind dadurch gekennzeichnet, dass zwei Abschlüsse des Sekundarbereichs II nacheinander oder auch gleichzeitig erworben werden, zum Beispiel zunächst ein Abitur und im Anschluss eine Lehrausbildung.

Lebenserwartung in Niedersachsen und Deutschland unter westeuropäischem Niveau

Bei der Lebenserwartung reihten sich Niedersachsen und Gesamtdeutschland 2016 im Mittelfeld der Europäischen Union ein (Tab. 73). So betrug die Lebenserwartung bei der Geburt in Niedersachsen 80,5 Jahre, in Gesamtdeutschland 81,0 Jahre. In Westeuropa und Slowenien war die Lebenserwartung höher als in Deutschland, in den anderen ehemaligen Ostblockstaaten niedriger. Die Spitzenreiter waren Spanien und Italien mit über 83 Jahren. Im Vergleich zu 2012 stieg die Lebenserwartung der Einwohnerinnen und Einwohner von Malta (+1,7 %) und Zypern (+1,6 %) besonders stark.

Tabellen Niedersachsen in Europa

71. Bevölkerungsdaten der Mitgliedsstaaten der EU und der deutschen Länder

Staat Land Statistische Region	Bevölkerung am 31.12. ¹⁾	Darunter Bevölkerung im Alter ab 65 Jahren	Veränderung der Bevölkerungs- zahl ¹⁾	Fläche ²⁾	Einwohner/ -innen je qkm ²⁾	Bevölkerungs- anteil an EU 28	Zusammen- gefasste Fruchtbarkeits- ziffer ³⁾ (TFR)	Veränderung der TFR
	2016		2016/2011	2015		2016	2016	2016/2012
	Anzahl	%		km ²	Anzahl	%	Anzahl	%
Belgien	11 351 727	18,5	+2,3	30 665	372	2,2	1,7	-6,1
Bulgarien	7 101 859	20,7	-3,1	110 995	65	1,4	1,5	+2,7
Tschechische Republik	10 578 820	18,8	+0,7	78 870	137	2,1	1,6	+12,4
Dänemark	5 748 769	19,1	+3,0	42 926	136	1,1	1,8	+3,5
Deutschland	82 521 653	21,2	+2,7	357 568	233	16,1	1,6	+13,5
Baden-Württemberg	10 951 893	19,9	+4,2	35 748	309	2,1	1,6	+13,6
Bayern	12 930 751	20,1	+3,9	70 542	184	2,5	1,6	+12,2
Berlin	3 574 830	19,2	+7,5	891	4 193	0,7	1,6	+8,4
Brandenburg	2 494 648	23,7	+1,7	29 654	86	0,5	1,7	+15,0
Bremen	678 753	21,1	+4,1	420	1 727	0,1	1,6	+21,6
Hamburg	1 810 438	18,5	+5,4	755	2 534	0,4	1,6	+14,8
Hessen	6 213 088	20,4	+3,7	21 115	295	1,2	1,6	+13,6
Mecklenburg-Vorpommern	1 610 674	23,6	+0,2	23 293	71	0,3	1,6	+7,5
Niedersachsen	7 945 685	21,6	+2,2	47 707	168	1,6	1,7	+17,5
Statistische Region Braunschweig	1 595 609	22,5	+1,2	8 115	198	0,3	1,7	+22,6
Statistische Region Hannover	2 139 976	22,1	+2,2	9 065	238	0,4	1,6	+19,7
Statistische Region Lüneburg	1 703 945	22,2	+2,2	15 542	111	0,3	1,7	+16,3
Statistische Region Weser-Ems	2 506 155	20,2	+2,8	14 986	168	0,5	1,7	+14,8
Nordrhein-Westfalen	17 890 100	20,7	+2,0	34 113	528	3,5	1,6	+14,9
Rheinland-Pfalz	4 066 053	21,2	+1,9	19 852	206	0,8	1,6	+16,7
Saarland	996 651	23,1	-0,1	2 571	388	0,2	1,5	+17,3
Sachsen	4 081 783	25,5	+0,7	18 450	225	0,8	1,7	+9,9
Sachsen-Anhalt	2 236 252	25,6	-1,8	20 452	111	0,4	1,6	+11,7
Schleswig-Holstein	2 881 926	22,7	+2,8	15 802	186	0,6	1,6	+11,8
Thüringen	2 158 128	24,8	-1,1	16 202	134	0,4	1,6	+10,1
Estland	1 315 635	19,3	-0,7	45 336	30	0,3	1,6	+2,6
Irland	4 784 383	13,5	+4,3	69 946	69	0,9	1,8	-8,6
Griechenland	10 768 193	21,5	-2,9	131 692	82	2,1	1,4	+3,0
Spanien	46 528 024	19,0	-0,6	505 983	93	9,1	1,3	+1,5
Frankreich	66 989 083	19,2	+2,6	638 474	106	13,1	1,9	-4,5
Kroatien	4 154 213	19,6	-2,8	56 594	75	0,8	1,4	-6,0
Italien	60 589 445	22,3	+2,0	302 073	204	11,8	1,3	-6,3
Zypern	854 802	15,6	-0,8	9 253	92	0,2	1,4	-1,4
Lettland	1 950 116	19,9	-4,6	64 586	31	0,4	1,7	+20,8
Litauen	2 847 904	19,3	-5,2	65 286	46	0,6	1,7	+5,6
Luxemburg	590 667	14,2	+12,5	2 595	225	0,1	1,4	-10,2
Ungarn	9 797 561	18,7	-1,4	93 013	108	1,9	1,5	+14,2
Malta	460 297	18,8	+10,2	315	1 450	0,1	1,4	-3,5
Niederlande	17 081 507	18,5	+2,1	37 368	498	3,3	1,7	-3,5
Österreich	8 772 865	18,5	+4,3	83 882	106	1,7	1,5	+6,3
Polen	37 972 964	16,5	-0,2	311 928	124	7,4	1,4	+6,9
Portugal	10 309 573	21,1	-2,2	92 226	114	2,0	1,4	+6,3
Rumänien	19 644 350	17,8	-2,2	238 397	84	3,8	1,6	+7,9
Slowenien	2 065 895	18,9	+0,5	20 273	103	0,4	1,6	0,0
Slowakei	5 435 343	15,0	+0,6	49 035	112	1,1	1,5	+10,4
Finnland	5 503 297	20,9	+1,9	338 441	18	1,1	1,6	-12,8
Schweden	9 995 153	19,8	+5,4	447 424	24	2,0	1,9	-3,1
Vereinigtes Königreich	65 808 573	18,1	+3,6	248 536	271	12,9	1,8	-6,8
Europäische Union (28 Länder)	511 522 671	19,4	+ 1,5	4 554 864	118	100	x	x

1) In Eurostat veröffentlicht als 1.1.2017; Angaben für Europäische Union und Frankreich: vorläufig; Europäische Union und Luxemburg: Zeitreihenbruch, daher eingeschränkt vergleichbar mit 2012.

2) Neue einheitliche Berechnungsmethode der Fläche, daher nicht vergleichbar mit früheren Veröffentlichungen.

3) Total fertility rate (TFR) ist die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern für die Altersjahre 15 bis 49. Eine altersspezifische Geburtenziffer zeigt die Relation zwischen der Zahl der von Müttern eines bestimmten Alters geborenen Kinder und der Zahl aller Frauen dieses Alters.

Quelle: Eurostat

72. Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten der Mitgliedsstaaten der EU und der deutschen Länder

Staat Land Statistische Region	Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen		BIP in Kaufkraftstandards je Einwohner/-in in Prozent des EU-Durchschnitts (EU = 100)		Erwerbslosenquote		Erwerbstätigenquote	
	2016	Veränderung 2016/2015	2016	Veränderung 2016/2015	2017	Veränderung 2017/2016 ¹⁾	2017	Veränderung 2017/2016 ¹⁾
	Mio. €	%		Prozent- punkte	%	Prozent- punkte	%	Prozent- punkte
Belgien	423 048	+3,1	118	-1,0	7,1	-0,7	63,1	+0,8
Bulgarien	48 129	+6,3	49	+2,0	6,2	-1,4	66,9	+3,5
Tschechische Republik	176 564	+4,8	88	+1,0	2,9	-1,1	73,6	+1,6
Dänemark	277 489	+2,1	124	-3,0	5,7	-0,5	74,2	-0,7
Deutschland	3 144 050	+3,3	124	0,0	3,8	-0,3	75,2	+0,5
Baden-Württemberg	478 492	+3,6	142	-1,0	2,9	-0,2	77,8	+0,2
Bayern	570 035	+3,6	143	-1,0	2,3	-0,3	78,7	+0,5
Berlin	129 924	+4,6	118	-1,0	7,0	-0,8	72,8	+1,2
Brandenburg	68 757	+3,3	89	-1,0	4,5	-0,1	76,8	0,0
Bremen	32 376	+3,5	155	-2,0	4,3	-1,1	71,7	+0,6
Hamburg	111 076	+2,4	200	-4,0	4,2	+0,1	76,4	+0,9
Hessen	270 369	+2,8	142	-1,0	3,3	-0,6	74,9	+0,7
Mecklenburg-Vorpommern	41 580	+3,1	84	0,0	5,2	-1,1	73,5	+1,0
Niedersachsen	265 047	+2,9	108	-1,0	3,8	-0,2	74,3	+0,9
Statistische Region Braunschweig	58 728	+3,1	119	-1,0	4,4	-0,2	72,3	+1,0
Statistische Region Hannover	76 096	+2,8	115	-2,0	4,5	-0,2	72,7	+0,6
Statistische Region Lüneburg	46 426	+2,9	88	-1,0	3,4	+0,1	76,4	+0,8
Statistische Region Weser-Ems	83 797	+2,8	108	-2,0	3,0	-0,6	75,6	+1,1
Nordrhein-Westfalen	672 108	+3,2	122	0,0	4,1	-0,4	72,0	+0,6
Rheinland-Pfalz	139 959	+3,0	111	-1,0	3,3	-0,3	74,8	+0,3
Saarland	35 231	+1,4	114	-3,0	4,5	-0,4	72,6	+0,7
Sachsen	118 887	+4,3	94	+1,0	4,4	-0,6	77,5	+1,0
Sachsen-Anhalt	59 593	+2,6	86	-1,0	6,9	-0,5	73,9	+0,2
Schleswig-Holstein	89 551	+2,9	101	-1,0	3,6	-0,4	75,1	+1,0
Thüringen	61 064	+3,5	91	0,0	4,4	-0,7	76,6	+0,8
Estland	21 098	+3,7	75	0,0	5,8	-1,0	74,1	+2,0
Irland	275 567	+5,2	183	+2,0	6,7	-1,7	67,7	+1,2
Griechenland	174 199	-1,2	68	-1,0	21,5	-2,1	53,5	+1,5
Spanien	1 118 522	+3,6	92	+1,0	17,2	-2,4	61,1	+1,6
Frankreich	2 228 857	+1,6	104	-1,0	9,4	-0,7	64,7	+0,6
Kroatien	46 382	+4,2	60	+1,0	11,2	-1,9	58,9	+2,0
Italien	1 680 523	+1,7	97	+2,0	11,2	-0,5	58,0	+0,8
Zypern	18 123	+2,1	83	+1,0	11,1	-1,9	65,6	+1,9
Lettland	24 927	+2,4	65	+1,0	8,7	-0,9	70,1	+1,4
Litauen	38 668	+3,3	75	0,0	7,1	-0,8	70,4	+1,0
Luxemburg	53 005	+1,7	257	-10,0	5,5	-0,8	66,3	+0,7
Ungarn	113 731	+2,7	67	-1,0	4,2	-0,9	68,2	+1,7
Malta	9 927	+7,1	96	+3,0	4,6	-0,1	67,4	+1,6
Niederlande	702 641	+2,8	128	-1,0	4,9	-1,1	75,8	+1,0
Österreich	353 297	+2,6	127	-3,0	5,5	-0,5	72,2	+0,7
Polen	425 980	-0,9	68	0,0	4,9	-1,3	66,1	+1,6
Portugal	185 179	+3,0	77	0,0	9,0	-2,2	67,8	+2,6
Rumänien	169 771	+5,9	58	+2,0	4,9	-1,0	63,9	+2,3
Slowenien	40 418	+4,1	83	+1,0	6,6	-1,4	69,3	+3,5
Slowakei	81 154	+2,9	77	0,0	8,1	-1,6	66,2	+1,3
Finnland	215 615	+2,9	109	0,0	8,6	-0,2	70,0	+0,9
Schweden	465 186	+3,6	123	-2,0	6,7	-0,3	76,9	+0,7
Vereinigtes Königreich	2 395 801	-7,9	108	0,0	4,4	-0,4	74,1	+0,6
Europäische Union (28 Länder)	14 907 852	+0,7	100	x	7,6	-1,0	67,6	+1,0

1) Belgien, Dänemark, Irland und Malta: Zeitreihenbruch 2017, daher eingeschränkt vergleichbar mit 2016.

Quelle: Eurostat

73. Bildung und soziale Verhältnisse in den Mitgliedsstaaten der EU und in den deutschen Ländern

Staat Land Statistische Region	Anteil der frühen Schulabgänger/-innen an der gleichaltrigen Bevölkerung ¹⁾		Anteil der Personen mit tertiärem Bildungsabschluss an der Gesamtbevölkerung (25 bis unter 65 Jahren) ¹⁾		Lebenserwartung bei der Geburt ²⁾		Gender Pay Gap ³⁾ (Verdienstabstand von Frauen zu Männern)	
	2017	Veränderung 2017/2012	2017	Veränderung 2017/2012	2016	Veränderung 2016/2012	2016	Veränderung 2016/2012
	%	Prozent- punkte	%	Prozent- punkte	Jahre		%	Prozent- punkte
Belgien	8,9	-3,1	40,3	+5,0	81,5	+1,0	6	-2
Bulgarien	12,7	+0,2	27,8	+3,8	74,9	+0,5	14	-1
Tschechische Republik	6,7	+1,2	23,9	+4,6	79,1	+1,0	22	-1
Dänemark	8,8	-0,3	39,1	+4,3	80,9	+0,7	15	-2
Deutschland	10,1	-0,4	28,6	+0,4	81,0	+0,3	21	-2
Baden-Württemberg	8,7	+0,3	31,3	+0,2	82,0	+0,2	27	0
Bayern	7,1	-0,2	31,0	+1,0	81,7	+0,5	24	-1
Berlin	13,2	-0,2	40,5	+3,3	80,9	+0,4	14	-1
Brandenburg	12,4	+2,2	26,9	-2,7	80,7	+0,4	4	-3
Bremen	11,1	-2,0	28,4	+1,2	80,1	+0,2	23	-4
Hamburg	11,2	-1,2	35,7	+4,5	81,2	+0,5	20	-4
Hessen	10,1	+0,6	31,8	+1,6	81,6	+0,5	23	-1
Mecklenburg-Vorpommern	9,7	-1,5	26,5	-0,2	80,1	+0,4	6	-1
Niedersachsen	11,3	-0,6	23,8	-0,3	80,5	+0,1	20	-1
Statistische Region Braunschweig	10,5	-1,2	27,2	+2,0	80,1	-0,3	.	.
Statistische Region Hannover	12,8	-0,5	25,7	-0,9	80,8	+0,2	.	.
Statistische Region Lüneburg	12,2	-1,5	23,1	+0,3	80,6	+0,2	.	.
Statistische Region Weser-Ems	10,0	+0,2	20,6	-1,6	80,5	+0,2	.	.
Nordrhein-Westfalen	11,6	-1,3	25,7	+0,9	80,6	+0,3	22	-2
Rheinland-Pfalz	11,8	-0,7	26,1	-0,2	81,1	+0,5	20	-2
Saarland	11,7	-1,1	23,0	+0,1	80,2	+0,2	24	-1
Sachsen	8,6	+0,5	29,1	-2,4	81,1	+0,4	11	0
Sachsen-Anhalt	13,6	+2,4	22,2	-3,6	79,8	+0,4	2	-3
Schleswig-Holstein	8,8	-3,8	24,2	-0,7	80,6	+0,2	9	-1
Thüringen	8,7	+1,1	26,8	-3,7	80,4	+0,4	17	+1
Estland	10,8	+0,5	39,7	+2,1	78,0	+1,3	25	-5
Irland	5,1	-4,8	45,7	+5,7	81,8	+0,9
Griechenland	6,0	-5,3	31,0	+4,9	81,5	+0,8
Spanien	18,3	-6,4	36,4	+3,8	83,5	+1,0	14	-5
Frankreich	8,9	-2,9	35,2	+4,5	82,7	+0,6	15	-0
Kroatien	3,1	-2,0	23,7	+5,2	78,2	+0,9
Italien	14,0	-3,3	18,7	+2,9	83,4	+1,0	5	-1
Zypern	8,6	-2,8	42,4	+3,1	82,7	+1,6	14	-2
Lettland	8,6	-2,0	33,9	+4,7	74,9	+0,8	17	+2
Litauen	5,4	-1,1	40,3	+6,2	74,9	+0,8	14	+3
Luxemburg	(7,3)	-0,8	39,9	+0,8	82,7	+1,2	6	-2
Ungarn	12,5	+0,7	24,1	+2,0	76,2	+0,9	14	-6
Malta	18,6	-2,5	20,4	+2,8	82,6	+1,7	11	+2
Niederlande	7,1	-1,8	37,2	+4,2	81,7	+0,5	16	-2
Österreich	7,4	-0,4	32,4	+12,6	81,8	+0,7	20	-3
Polen	5,0	-0,7	29,9	+5,4	78,0	+1,1	7	+1
Portugal	12,6	-7,9	24,0	+5,5	81,3	+0,7	18	+3
Rumänien	18,1	+0,3	17,6	+2,3	75,3	+0,9	5	-2
Slowenien	4,3	-0,1	32,5	+6,1	81,2	+0,9	8	+3
Slowakei	9,3	+4,0	23,1	+4,1	77,3	+1,0	19	-2
Finnland	8,2	-0,7	43,7	+4,0	81,5	+0,8	17	-2
Schweden	7,7	+0,2	41,9	+6,2	82,4	+0,6	13	-2
Vereinigtes Königreich	10,6	-2,8	42,8	+4,2	81,2	+0,2	21	-0
Europäische Union (28 Länder)	10,6	-2,1	31,4	+3,7	80,3	81,0	16	-1

1) Diverse Zeitreihenbrüche (2014 bei allen Ländern), daher eingeschränkt vergleichbar mit 2012.

2) Angaben für Europäische Union geschätzt und vorläufig.

3) Angaben für Europäische Union, Spanien, Frankreich, Finnland und Vereinigtes Königreich vorläufig; Angaben für Rumänien geschätzt.

Quelle: Eurostat; Verdienstabstand von Frauen zu Männern für Deutschland und seine Länder 2016: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Ansicht:
Deutschland
und seine Länder
Niedersachsen
und seine Statistischen Regionen



